



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

78. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 18. Mai 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Fragestunde**

– Drucksache 4/2264(neu) –	4687, 4776
Dr. Ulrich Born, CDU	4687, 4688, 4689
Minister Dr. Otto Ebnet.....	4687, 4688, 4776
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU.....	4688
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann.....	4688,
.....	4689, 4779

Antrag der Fraktionen

der SPD und Linkspartei.PDS:

**Entschließung zur Reform der
bundesstaatlichen Ordnung**

– Drucksache 4/2248 –	4689
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	4689
Detlef Müller, SPD	4691
Dr. Armin Jäger, CDU	4692
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS.....	4697
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS	4700
B e s c h l u s s	4701

Antrag der Fraktion der CDU:

Bundeseinheitliche Entgelte für Krankenhäuser

– Drucksache 4/2247 –	4701
Harry Glawe, CDU	4701, 4708
Rudolf Borchert, SPD	4702
Ministerin Dr. Marianne Linke	4703
Bernd Schubert, CDU.....	4705
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS	4706
B e s c h l u s s	4710

Antrag der Fraktionen

der Linkspartei.PDS und SPD:

G-8-Gipfel

– Drucksache 4/2251 –	4710
-----------------------------	------

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/2271 –	4710
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS.....	4710
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	4712
Dr. Armin Jäger, CDU	4713
Bodo Krumbholz, SPD	4716
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS	4718, 4721
Reinhard Dankert, SPD	4721
B e s c h l u s s	4722

Erklärung zur Abstimmung durch die Abgeordnete Beate Mahr, SPD, gemäß § 97 GO LT 4722

Erklärung zur Abstimmung durch den Abgeordneten Lorenz Caffier, CDU, gemäß § 97 GO LT 4723

Antrag der Fraktion der CDU:

Sicherheit bei öffentlichen Übertragungen der Fußball-WM-Spiele

– Drucksache 4/2245 – 4723

Bernd Schubert, CDU 4723

Minister Dr. Gottfried Timm 4725

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 4725

Wolf-Dieter Ringguth, CDU 4727

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS 4729

B e s c h l u s s 4730

Antrag der Fraktionen

der Linkspartei.PDS und SPD:

Kultur ins Grundgesetz

– Drucksache 4/2249 – 4730

Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS 4730, 4734

Lorenz Caffier, CDU 4731

Frank Ronald Lohse, SPD 4732

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann 4735

B e s c h l u s s 4736

Antrag der Fraktion der CDU:

Kormoranmanagement in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 4/2246 – 4736

Beate Schlupp, CDU 4736

Minister Dr. Till Backhaus 4737

Hans-Heinrich Jarchow, SPD 4741

Udo Timm, CDU 4741

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS 4743

B e s c h l u s s 4744

Antrag der Fraktion der CDU:

Alleingänge des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei Abschiebungen nach Togo verhindern

– Drucksache 4/2244 – 4744

Wolf-Dieter Ringguth, CDU 4744

Minister Dr. Gottfried Timm 4746

Angelika Volland, SPD 4747

Maika Friemann-Jennert, CDU 4748

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS 4750

B e s c h l u s s 4751

Unterrichtung durch die Landesregierung:

Regionales Förderprogramm Mecklenburg-Vorpommern 2006

– Drucksache 4/1934 – 4751

Minister Dr. Otto Ebnet 4751

Dr. Ulrich Born, CDU 4753

Ute Schildt, SPD 4755

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS 4756

B e s c h l u s s 4758

Unterrichtung durch die Landesregierung:

Luftverkehrskonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern

– Erste Fortschreibung

– Drucksache 4/1613 – 4758

Minister Dr. Otto Ebnet 4758

Dr. Ulrich Born, CDU 4760

Jochen Schulte, SPD 4762

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS 4764

B e s c h l u s s 4765

Unterrichtung durch die Landesregierung:

Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ Mecklenburg-Vorpommern für 2004

– Drucksache 4/1890 – 4765

Wolfgang Riemann, CDU 4766

Ministerin Sigrid Keler 4768

Rudolf Borchert, SPD 4771

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS 4773

B e s c h l u s s 4775

Gesetzentwurf der Landesregierung:

Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/2240 – 4775

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung

– Drucksache 4/2270 – 4775

B e s c h l u s s 4775

Nächste Sitzung

Dienstag, 27. Juni 2006 4775

Beginn: 9.05 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 78. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/2264(neu) vor.

Fragestunde**– Drucksache 4/2264(neu) –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Dr. Ulrich Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Herr Minister!

Der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat laut Pressemeldung vom 28.04.2006 in der SVZ auf einem Unternehmerforum betont, dass das Wirtschaftswachstum der Industrie in Mecklenburg-Vorpommern „fast schon chinesisches Niveau“ erreicht habe. Auf der gleichen Veranstaltung erklärte der zuständige Umweltminister dem gleichen Bericht zufolge, dass der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor bereits positiv gewirkt habe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die wiedergegebenen Aussagen vor dem Hintergrund, dass das Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2005 nach 1998, 2002 und 2003 zum mittlerweile vierten Mal negativ gewesen ist?

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Herr Dr. Born, es gehört sich nicht, die Frage zu analysieren, aber ich bitte Folgendes zu bedenken: Es handelt sich bei den Zahlen, die Sie hier zugrunde gelegt haben, um das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Dieses unterscheidet sich vom Wirtschaftswachstum. Der größte Sektor im Bruttoinlandsprodukt ist der öffentliche Bereich. Wenn Sie den rausnehmen, wären die Zahlen des reinen Wirtschaftswachstums positiv gewesen. Aber das war die Vorbemerkung.

Wir haben tatsächlich in Mecklenburg-Vorpommern – das wird auch noch so weitergehen – noch einen Strukturwandel in der Wirtschaft. Wir haben Bereiche, die haben ein Minus davor, und wir haben welche, die haben ein Plus davor. Die Minusbereiche sind ja bekannt, das ist der Baubereich, das war die Landwirtschaft im letzten Jahr und das ist der öffentliche Bereich. Im öffentlichen Bereich bauen wir ja bekanntlich ab. Es wird auch Personal abgebaut, was sich auswirkt. Es gibt Plusbereiche, das sind die Dienstleistungen und das ist vor allem das verarbeitende Gewerbe. Wir haben im verarbeitenden Gewerbe zum Beispiel 2004 ein Wachstum von 7,9 Prozent gehabt und 2005 waren es 7,7 Prozent. Wenn ich daraus nur den industriellen Bereich nehme, dann war das ein Wachstum von 9,4 Prozent beziehungsweise 8,2 Prozent. Das sind Spitzenwerte in Deutschland. Deutscher Durchschnitt war 3 Prozent, der ostdeutsche Durchschnitt 6 Prozent. Wir liegen also deutlich darüber.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Bravo!)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, ich möchte Ihnen entsprechend der Geschäftsordnung zwei Zusatzfragen stellen. Die erste Zusatzfrage lautet: Können Sie sagen, wie der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor sich in diesem Zusammenhang auswirkt?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Dr. Born, dieser gehört nicht in meinen Zuständigkeitsbereich und somit nicht in den Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministers. Ich habe die Zahlen als Grundlage nicht zur Verfügung und insofern kann ich mich hier nicht äußern.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, ich stelle die zweite Frage. Ich gehe davon aus, dass Sie für die Landesregierung antworten, da ich nur die Fragen an die Landesregierung richten kann. Insofern bin ich schon überrascht, dass Sie meine Nachfrage jetzt nicht beantworten. Ich bitte Sie, das schriftlich nachzuholen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Machen Sie doch eine kleine Anfrage, Herr Dr. Born!
Machen Sie doch eine kleine Anfrage an den Arbeitsminister! – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich bitte das schriftlich nachzureichen, wie die Geschäftsordnung das vorsieht, Herr Kollege Bluhm.

Die zweite Frage lautet: Herr Minister, wenn Sie das Wirtschaftswachstum der Industrie zum Vergleichsmaßstab nehmen und sagen – Sie haben eben die Zahlen noch einmal gesagt –, dass Sie entweder auf 8,2 oder 9,4 Prozent kommen, können Sie mir bestätigen, dass der Anstieg der industriellen Wertschöpfung in China, damit man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht, sondern wirklich den gleichen Maßstab hat, nicht bei 8 oder 9 Prozent, sondern bei 16,4 Prozent im Jahr 2005 lag?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Dr. Born, ich habe jetzt die chinesischen Zahlen nicht im Detail hier. Ich weiß auch nicht, was ich von chinesischen Statistiken zu halten habe. Das ist eine Sonderfrage.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Siegfried Friese, SPD: Was soll das hier im Landtag?!)

Wenn Sie aber das chinesische Wachstum von 9,5 Prozent nehmen, dann sind wir in dem Teilbereich Industrie nicht weit davon entfernt.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, dann stelle ich die zweite Frage, nachdem ich nun zur Kenntnis genommen habe, dass die Hälfte fast das Gleiche ist. Die zweite Frage lautet:

2. Welche Erkenntnisse aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Volksrepublik China und des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben die Mitglieder der Landesregierung zu den genannten Aussagen gewonnen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Ich habe einmal nachsehen lassen, wie die Wachstumszahlen des Bruttoinlandsproduktes – wohlgemerkt Bruttoinlandsprodukt, nicht Wirtschaftswachstum – in China waren. Da kam heraus, dass sie in den Jahren von 2001 bis 2003 in konstanten Preisen und Wechselkursen von 7,5 über 8,3 auf 9,3 Prozent gestiegen sind. Ich denke, das ist beeindruckend, aber beeindruckend ist natürlich auch bei uns die Zahl 9,4 beim Wachstum unserer Industrie. Natürlich liegen diese chine-

sischen Zahlen des gesamten Wachstums, des gesamten Bruttoinlandsproduktes deutlich über den europäischen Zahlen und auch deutlich über den deutschen Zahlen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Vielen Dank.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD, und
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur, hierzu die **Fragen 3 und 4** der Abgeordneten Kerstin Fiedler-Wilhelm.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Guten Morgen, Herr Minister! Ich frage Sie:

3. Aus welchen Gründen erstattet das Land Mecklenburg-Vorpommern keine Schulkostenbeiträge an die jeweiligen Schulträger für Schüler aus anderen Bundesländern, die beispielsweise aufgrund der Attraktivität und des Profils der Sportgymnasien in Mecklenburg-Vorpommern ihre Ausbildung in unserem Bundesland aufnehmen oder fortsetzen wollen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Die Frage impliziert die Feststellung, dass seitens des Landes keine Schulkostenbeiträge für Schüler aus anderen Bundesländern gezahlt werden, die ihre einmal in Mecklenburg-Vorpommern begonnene Schulausbildung hier fortsetzen wollen. Das trifft so nicht zu.

Seit dem 1. August 2005 ist im Schulgesetz ein Passus in Kraft getreten, der bestimmt, dass für Schüler aus einem anderen Land, mit denen zu diesem Zeitpunkt bereits ein Schulverhältnis begründet wurde und die auch eine Schule in Mecklenburg-Vorpommern besuchen, 80 Prozent des Schulkostenbeitrages vom Land an die jeweiligen Schulträger gezahlt werden. Für den Bereich der Gymnasien wird dieser Beitrag für einen Zeitraum von längstens sechs Jahren gezahlt. Lediglich für Schüler aus anderen Bundesländern, die nach diesem Stichtag ein Schulverhältnis in Mecklenburg-Vorpommern begründen, wird kein Schulkostenbeitrag mehr gezahlt. Grundlage für diese Handlungsweise ist der geänderte Paragraph 115 des Schulgesetzes, der eine Zahlung von Schulkostenbeiträgen für Schüler aus anderen Bundesländern, abgesehen von der beruflichen Bildung, nicht mehr vorsieht.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Darf ich die zweite Frage anfügen?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Sie können zwei Zusatzfragen stellen.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, ich weiß. Frage 4 möchte ich jetzt stellen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gut.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Auch wenn die Antwort jetzt ähnlich sein wird, ich muss die Frage stellen:

4. Aus welchen Gründen gibt es keine staatsvertraglichen Regelungen zwischen den Bundesländern bzw. erstattet das Land Mecklenburg-Vorpommern keine Schulkostenbeiträge an die jeweiligen Schulträger für Schüler aus anderen Bundesländern, die aufgrund der Grenz Nähe bzw. der unmittelbaren Nachbarschaft ihres Wohnortes in einem anderen Bundesland eine Schule in Mecklenburg-Vorpommern besuchen möchten?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Fiedler-Wilhelm, wir sind ja noch im Pflichtteil unseres Frageprogrammes. Die Antwort lautet: Der Gesetzgeber hat mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes beziehungsweise mit der Neufassung des Schulgesetzes vom 13. Februar 2006 entschieden, dass das Land für Schüler aus anderen Bundesländern keine Schulkostenbeiträge mehr zahlen soll. Es soll somit keine generelle Regelung zur Finanzierung oder Bezuschussung von Schülern aus anderen Bundesländern seitens des Landes geben. So ist jedenfalls der Wille des Gesetzgebers. Mit dem Abschluss staatsvertraglicher Regelungen würde die Möglichkeit bestehen, diesen erklärten Willen quasi zu unterlaufen. Von daher wird diese Variante eher skeptisch gesehen, soweit der Grund für den Schulbesuch lediglich in der örtlichen Nähe zur Landesgrenze besteht. Das bedeutet aber gerade in diesem Falle natürlich nicht, dass Regelungen auf anderer Ebene, beispielsweise kommunaler Ebene, nicht möglich sind.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ja.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Anknüpfend an Ihre letzten Ausführungen, Herr Minister frage ich Sie: Gibt es in irgendeiner Weise Ausnahmen oder Härtefallregelungen oder gibt es andere Wege, die Kindern, die zum Beispiel in Grenznähe zu unserem Bundesland wohnen, die Aufnahme des Schulbesuches in unserem Bundesland ermöglichen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Es gibt seit einigen Jahren einen Staatsvertrag mit dem Land Brandenburg, der für diese Fälle besondere Vorhaben der Kooperation, das heißt also Lösungsmöglichkeiten aufzeigt.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Darf ich eine zweite Frage stellen?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ja.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Da Sie gerade den Staatsvertrag mit Brandenburg erwähnen, frage ich Sie: Herr Minister, sind Ihnen die Situationen gerade in Penkun und für die Heimkinder in Wilsickow, angrenzend an den südlichen Teil des Kreises Uecker-Randow, bekannt oder warum gibt es für diese Kinder keine Regelungen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Die Situation ist mir sehr gut bekannt, gerade weil ich die Betroffenen zum Teil auch persönlich kenne und schon mehrere Möglichkeiten gefunden habe, dort zu sprechen. Gerade für die Kinder aus Wilsickow, aus einem anderen Bundesland, aber mit einer Beschulung in unserem Bundesland, gibt es gute Absichten, den begründeten, in diesem Falle begründeten pädagogischen Bedarf auch finanziell auszugleichen. Aber es gibt noch keine Regelungen, weil ich noch keine offiziellen Äußerungen von Seiten der Kommunen dafür habe. Ich nehme das noch einmal mit und werde Ihnen schriftlich vorlegen, wie der Stand ist.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Der Abgeordnete Herr Dr. Born möchte eine weitere Zusatzfrage stellen.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Selbstverständlich.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, können Sie mir bestätigen, dass ich Sie vor etwa drei Jahren, genauso

wie Ihren Vorgänger Herrn Professor Kauffold, auf die besondere Situation in den Nachbarländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern angeschrieben habe und Sie mir damals mitgeteilt haben, dass ein Staatsvertrag erforderlich und sicherlich auch sinnvoll sei, um der besonderen Situation Rechnung zu tragen, dass es gerade im Grenzgebiet zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern nicht nur einseitig darum geht, dass hier Schüler aus dem Nachbarland beschult werden? Und können Sie mir sagen, warum im Gegensatz zum Land Brandenburg mit dem Land Schleswig-Holstein noch kein Staatsvertrag abgeschlossen worden ist?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Dr. Born, ich gestehe freimütig, dass ich mich an den Wortlaut unseres Gedankenaustausches nicht mehr präzise erinnern kann, aber natürlich an den Geist der Fragestellung. Hintergrund ist, dass inzwischen eine andere Meinungsbildung der Kultusministerkonferenz besteht, die in großer Übereinstimmung mit dem Wortlaut des zitierten Gesetzestextes steht.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie noch eine weitere Zusatzfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ja.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, können Sie nachvollziehen, dass insbesondere betroffene Eltern es nicht verstehen können, dass ihre Kinder große Umwege in Kauf nehmen müssen, weil sie nicht ohne Weiteres Schulen, die nur ein oder zwei Kilometer entfernt sind, aufsuchen können, weil es keinen entsprechenden Staatsvertrag gibt?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Ich kann das nachvollziehen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS – Entschließung zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung, auf Drucksache 4/2248.

**Antrag der Fraktionen
der SPD und Linkspartei.PDS:
Entschließung zur Reform der
bundesstaatlichen Ordnung
– Drucksache 4/2248 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Am 10. März 2006 hat im Bundestag und im Bundesrat das Gesetzgebungsverfahren für die Föderalismusreform, die Reform der bundesstaatlichen Ordnung, begonnen. Es ist die bisher umfangreichste Änderung des Grundgesetzes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. Ich sage heute noch einmal klar und deutlich: Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Föderalismus-

reform. Die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung ist sinnvoll und teilweise notwendig. Da sind wir uns einig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Wir wollen die politische Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern stärken. Wir wollen, dass der Bundesrat künftig nicht mehr als Blockadeinstrument missbraucht werden kann. Wir sind für die Entflechtung und Entkrustung der politischen Strukturen in Deutschland, für klare Verantwortlichkeiten und für Transparenz durch eine möglichst eindeutige Zuordnung von Kompetenzen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollziehen können, welche Entscheidungen an welcher Stelle gefällt und verantwortet werden. Wir sind für die Revitalisierung der Landtage und wir sind für eine angemessene Kompensation für die Länder im Zuge der Abgabe von Mitwirkungsrechten im Bundesrat sowohl was die Stärkung der Gesetzgebungskompetenzen betrifft als auch die Mitsprache der Länder bei Bundesgesetzen mit erheblichen Kostenfolgen. Wir sind dafür, dass die Handlungsfähigkeit Deutschlands in Europa gestärkt und die Europatauglichkeit des Grundgesetzes verbessert wird. Das heißt, dass insbesondere die Umsetzung der europäischen Rechtsetzung effizient gestaltet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, das Anliegen der Föderalismusreform ist fortschrittlich und notwendig, aber der derzeitige Gesetzentwurf wird diesem Anspruch nicht gerecht. Es kann nicht richtig sein, dass wir am Ende mehr Kleinstaaterei in der Bundesrepublik haben als zuvor.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Es kann vor allen Dingen nicht richtig sein, ungebremstem Wettbewerbsföderalismus die Tür zu öffnen und die Chancengleichheit finanzschwächerer Länder auszuhebeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Am Grundverständnis der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem bewährten kooperativen und solidarischen Föderalismus darf nicht gerüttelt werden. Für uns in Mecklenburg-Vorpommern steht die Wahrung des Grundsatzes „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland“ an erster Stelle. Alles andere ist Rückschritt und nicht Fortschritt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wir wollen eine Föderalismusreform, aber wir wollen eine Reform, die ihren Namen auch verdient. Wir wollen eine Reform, die den gegenwärtigen Zustand nicht verschlechtert, sondern verbessert. Und deshalb sage ich ganz klar: Dieser Entwurf kann noch nicht das letzte Wort sein.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Ein paar wenige, aber wesentliche Inhalte sind nicht stimmig. Und mit dieser Kritik, meine Damen und Herren, stehen wir längst nicht mehr allein,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD, und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

denn immer mehr Politiker und Fachleute äußern sich ebenso. Ich bin froh, dass dank der konsequenten Haltung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eine Diskussion um diese Punkte geführt wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Wenn man daran nichts mehr ändern könnte, dann könnten wir uns das Parlament sparen. Darauf hat zum Beispiel Peter Struck zu Recht hingewiesen.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Der Entschließungsantrag, der uns vorliegt, teilt genau diese Einschätzung. Er bestärkt die Landesregierung in ihren Aktivitäten, mit denen sie durch konstruktive Vorschläge Änderungen erreichen will. Für diese Unterstützung bedanke ich mich, denn diese Unterstützung begrüße ich ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Monaten immer wieder einzelne Aspekte der Föderalismusreform kritisiert. Es sind die gleichen Felder, die auch dieser Entschließungsantrag hervorhebt, da stimmen wir völlig überein. Unsere Kritik betrifft zum Beispiel die Zurückdrängung des Bundes aus der Bildungsplanung und dem Hochschulbereich sowie die Streichung der Möglichkeiten des Bundes, über Finanzhilfen seine Ressourcen auch im Bildungsbereich mit einzubringen. Ich glaube, das ist nicht gut. Der Standort Deutschland braucht die Potenziale der Länder und des Bundes, um sein Bildungsangebot wettbewerbsfähig zu gestalten und die berechtigten Erwartungen der Bürger an ein leistungsfähiges Bildungssystem und die Zukunftschancen ihrer Kinder zu erfüllen. Ein neues Ganztagschulprogramm wäre künftig mit einem Kooperationsverbot nicht mehr möglich. Kooperationsverbot bedeutet, dass der Bund in Bereichen, die der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder unterliegen, selbst wenn er es wollte, nicht mehr helfen dürfte. Und das ist gerade für die finanzschwachen Länder schädlich.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Ich glaube, die strukturschwächeren Länder brauchen die gesamtstaatliche Verantwortung im Sinne eines Ausgleiches wirtschaftlicher und finanzieller Ungleichgewichte.

In der Expertenanhörung, bei der ich am Montag in Berlin mit dabei war, wurde die Notwendigkeit einer erheblichen Veränderung des Artikel 104b(neu) des Grundgesetzes auch von Sachverständigen wie Professor Scharpf, dem Direktor des Max-Planck-Institutes für Gesellschaftsforschung in Köln, betont. Er sagte sogar, er kann sich gar nicht vorstellen, dass die finanzschwächeren Länder diesem Entwurf in der vorliegenden Form zustimmen konnten, weil sie sich selbst vieler Möglichkeiten berauben. Würde das Kooperationsverbot beibehalten, so würden sich auch nach seiner Einschätzung die aus der unterschiedlichen Leistungskraft der Länder erwachsenden Probleme nicht nur im Bildungsbereich immer mehr zuspitzen. Die Probleme würden umso gravierender, je mehr Kompetenzen im Zuge der Reform auf die Länder übertragen werden. Und das kann nicht im Sinne der Sache sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, es kann nicht im Interesse Mecklenburg-Vorpommerns sein, für den Solidarpakt II

wichtige Transferwege wie Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen zu streichen oder zu beschränken. Umso wichtiger ist es aber, in diesen Fällen die Verteilungsneutralität für jedes Land zu wahren. Die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau trifft das Land auf halber Strecke beim Ausbau seiner Hochschullandschaft. Eine Kompensation für bisher gezahlte Bundesmittel wird aber nur in Höhe von 70 Prozent vorgenommen, festgeschrieben bis zum Jahr 2013. Die Frage ist doch: Was kommt danach? Wenn 30 Prozent der bisherigen GA-Mittel für Hochschulbau künftig beim Bund zur Förderung konkreter Forschungsprojekte verbleiben, sind die Länder mit großen Universitäten und etablierten Instituten klar im Vorteil. Ich erinnere daran, ostdeutsche Universitäten und Hochschulen haben bisher bei der Exzellenzinitiative bekanntlich ja nicht punkten können, warne aber davor, regionale Ungleichheiten in der deutschen Wissenschaftslandschaft weiter zu vertiefen. Hier muss in der Föderalismusreform nachgesteuert werden! Das war auch die klare Forderung der Hochschulrektorenkonferenz, die vor zwei Wochen in Greifswald ihre Jahreshauptversammlung veranstaltet hat.

Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, spricht sich auch für die Beibehaltung eines bundeseinheitlichen Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts aus,

(Beifall Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

um einen Bezahlungswettbewerb unter den Ländern sowie eine Ausweitung des bürokratischen Aufwandes zu unterbinden.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Die gleichgerichtete bundesweite Entwicklung der Beschäftigungsbedingungen der verschiedenen Statusgruppen des öffentlichen Dienstes sollte nicht aufgegeben werden. Eine Zersplitterung des Versorgungsrechts steht zudem im Gegensatz zum bundeseinheitlichen Rentenrecht. Ich weise noch einmal darauf hin, mit guten Gründen ist das Besoldungsrecht 1971 vereinheitlicht worden in der Bundesrepublik, es war vorher zersplittert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ein weiterer Punkt. Mit dem Übergang des Strafvollzuges in Länderhoheit würde die Rechtseinheit und Rechtssicherheit im Strafvollzug beendet. Eine einheitliche Rechtsstellung der Gefangenen im deutschen Strafvollzug wäre nicht mehr gegeben und wir bekämen einen Flickenteppich im Strafvollzug. Und diese Entwicklung, meine Damen und Herren, unterstützen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und auch die Festlegungen im Umweltbereich vermögen nur zum Teil die mit der Föderalismusreform verfolgten Ziele zu verwirklichen. Die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten müssen so gestaltet sein, dass die Schaffung einer verfahrensbedingten oder verfahrensbeschleunigenden integrierten Vorhabengenehmigung als Herzstück eines Umweltgesetzbuches des Bundes möglich wird.

Zudem ist eine fristgerechte Umsetzung von Europarecht, das oftmals einen medienübergreifenden Ansatz verfolgt, zu sichern. Zurzeit ist es so, dass dieser Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegen soll. Der Bund macht ein Gesetz, dann dauert es sechs Monate,

bis das Gesetz in Kraft tritt. Die Länder haben die Möglichkeit, von dieser Gesetzgebung abzuweichen. Dann kann aber der Bund, wenn ihm diese Abweichung nicht passt, wiederum ein neues Gesetz machen. Daraufhin können die Länder wieder neue Gesetze machen. Ich glaube, dieses Pingpongspiel kann nicht im Sinne des Erfinders sein. Es trägt nicht dazu bei, dass Rechtsklarheit auf Dauer geschaffen wird.

Der Bundesrat und Bundestag zu den Föderalismusgesetzen vorliegende Entschließungsentwurf nimmt die Vereinbarung aus der Koalitionsvereinbarung auf, dass in einem weiteren Reformschritt in der 16. Wahlperiode die Bund-Länder-Finanzbeziehungen den veränderten Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb Deutschlands, insbesondere für die Beschäftigungs- und Wachstumspolitik, angepasst werden sollen. Zu dem entsprechenden Beschluss der MPK vom 14.12.2005 hat das Land zu Protokoll gegeben, dass es davon ausgeht, dass die bis einschließlich 2019 geltenden Regelungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich und zum Solidarpakt II bei einem weiteren Reformschritt nicht zur Disposition stehen.

Es ist nachdrücklich zu hinterfragen, meine Damen und Herren, was mit dem zweiten Reformschritt in der Sache bezweckt werden soll.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Mecklenburg-Vorpommern hat nicht das geringste Interesse daran, Bestrebungen zu unterstützen, auf dem Weg zu einem wettbewerbsföderalistischen Staat voranzuschreiten.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Sämtliche Fragen zur Reformnotwendigkeit der Finanzverfassung sind in der zurückliegenden Föderalismusdiskussion ausführlich erörtert worden. Ich erinnere nur an die kontrovers geführte Diskussion um regionale Steuerautonomie und den damit verbundenen Steuerwettbewerb. Unbeschadet dessen, dass in der derzeitigen historischen Situation ein fairer Wettbewerb über Steuereinkommen unter den Ländern nicht möglich ist, denn ein Rekonvaleszent kann nicht gegen einen Hochleistungssportler antreten, unbeschadet dessen frage ich mich, wie die Politik angesichts der Bemühungen um Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene und eines intensiven internationalen Steuerwettbewerbs Steuerkleinstaaterei erklären und verantworten wollte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Eine Ausnahme in den Erörterungen der Bundesstaatskommission bildeten der bundesstaatliche Finanzausgleich und der Solidarpakt II, und dies aus gutem, aus sehr gutem Grund. Eine verfassungskonforme Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehung ist erst 2001 von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden und zum 01.01.2005 in Kraft getreten. Und es war das erklärte Ziel beider Gremien, dass damit zur Überwindung der Folgen der Teilung und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse innerhalb einer Generation beigetragen werden soll. Die Regelungen sind daher befristet bis einschließlich 2019. Es kann nicht das Ziel sein, diese grundlegenden politischen Weichenstellungen bereits im zweiten Jahr ihres In-Kraft-Tretens erneut infrage zu stellen und einer Debatte zu unterziehen.

Meine Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern hat zu Recht in den vergangenen Monaten immer wieder diese Aspekte der Föderalismusreform kritisiert. Durch das Engagement des Landes ist eine Diskussion der Vorlagen nun nicht nur im Innenausschuss des Bundesrates, sondern auch in weiteren Ausschüssen vorgesehen, und das ist ein erster Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Über Bereiche, in denen Änderungen notwendig sind, sind wir uns einig. Das Land hat bereits entsprechende Anträge im federführenden Ausschuss für Innere Angelegenheiten des Bundesrates und in die befassen Fachausschüsse eingebracht. Im Übrigen wird Mecklenburg-Vorpommern ausgewählte Anträge unterstützen, die beispielsweise Schleswig-Holstein in den Ausschüssen vorgelegt hat. Die Ausschüsse des Bundesrates haben ihre Beratungen bis zur Auswertung der gemeinsamen Anhörung von Bundesrat und Bundestag vertagt. Am Montag hat die gemeinsame Anhörung begonnen. Auch in diesem Rahmen werden die vorliegenden Vorschläge nochmals überprüft. Experten haben in der begonnenen Anhörung ausdrücklich davor gewarnt, die Reform ohne Änderungen durchzuwinken. Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben bereits alles in die Wege geleitet. Mit diesem Entschließungsantrag stärken Sie unsere Bemühungen, die Bemühungen der Landesregierung um konstruktive Verbesserungsvorschläge.

Der Föderalismus ist ein hohes Gut für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und er hat sich auch nach der Wiedervereinigung bewährt. Die Modernisierung der föderalen Ordnung verlangt viel Verantwortung. Das Grundgesetz ändert man nicht alle paar Monate. Die geplante Bundesstaatsreform wird auch auf Mecklenburg-Vorpommern gravierende Auswirkungen haben, und in der jetzigen Form nicht nur positive. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir uns gemeinsam um die bestmögliche Lösung bemühen auch zum Wohl unseres Landes. Dafür setzt sich die Landesregierung ein und ich bitte Sie dazu um Ihre Unterstützung. Für die Interessen unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Detlef Müller von der Fraktion der SPD.

Detlef Müller, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn mir jemand vor acht Jahren, als ich hier meine Laufbahn im Landtag begonnen habe, gesagt hätte, du wirst im Landtag auch mal über das Thema Föderalismus sprechen,

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

dann hätte ich ihn sicherlich belächelt und ihm versucht klarzumachen, dass das weiß Gott nicht mein Thema ist.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt, acht Jahre danach, nachdem ich die Vorteile, aber auch die Tücken unseres föderalistischen Systems hautnah erlebt habe, sehe ich das natürlich ganz anders. Ich bin eigentlich froh darüber, hier zum Thema Föderalismus sprechen zu dürfen. Ganz besonders froh bin ich darüber,

dass ich nicht nur zum Thema Föderalismus spreche, sondern zum Thema Föderalismusreform.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Inhaltlich habe ich in der letzten Landtagssitzung schon einiges gesagt zu dieser Reform und der Ministerpräsident hat hier auch alles noch einmal, wie ich finde, gut dargestellt. Insofern will ich mich inhaltlich weiter gar nicht dazu äußern. Aber die Aktuelle Stunde in der letzten Landtagssitzung hat auch dazu geführt, dass wir Ihnen hier heute diesen Entschließungsantrag mit den Bedenken vorlegen, so, wie sie auch schon Herr Ministerpräsident Ringstorff genannt hat, und zwar dass wir Bedenken haben in der Bildung, in Besoldungsfragen, zum Strafvollzug, zur Umwelt und zum Heimrecht.

Ein weiterer Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist natürlich, auch darauf ist bereits hingewiesen worden, dass in dieser Woche die Anhörung im Bundestag stattfindet. Über 100 Experten sollen gehört werden. Das wird die größte Anhörung, die der Bundestag je gesehen hat. Für mich ist besonders bemerkenswert dabei, dass keine Lobby-Verbandsvertreter als Fachmänner benannt worden sind, sondern ausschließlich Wissenschaftler, natürlich vorwiegend Rechtswissenschaftler. Ob dieses Verfahren okay ist, da bin ich mir nicht ganz sicher, auch wenn sicherlich schriftliche Stellungnahmen von Verbänden vorgelegt werden. Ich werde dieses Thema mit meinem Fraktionsvorsitzenden Volker Schlotmann noch einmal erörtern, denn er hat den Auftrag von den anderen 15 SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden, an dieser Anhörung teilzunehmen. Ich will einmal hören, wie er die Situation einschätzt. Aus diesem Grund ist er heute auch nicht hier, sondern in Berlin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Das Ziel dieser Reform ist eine Entflechtung von Bundes- und Landeskompetenzen. Der Bundesrat soll deutlich weniger Vetorecht bekommen, was bemerkenswert ist, weil in der Vergangenheit der Bundesrat häufig durch die Opposition dominiert wurde und somit oft Gesetze blockiert worden sind. Als Ausgleich dafür erhalten die Länder zahlreiche Politikfelder, wie Hochschulen bis Strafvollzug, zur eigenständigen Gestaltung zurück. Was für die Bürger natürlich auch ganz wichtig ist, ist, dass sie in Zukunft besser erkennen können, welche Entscheidungen wer zu treffen hat. Entscheidungen werden transparenter und das ist, wie ich meine, gut so.

Was das Vetorecht betrifft, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Studie vorgestellt, in der unter anderem dargestellt wird, was passiert wäre, wenn die Föderalismusregeln, die jetzt auf den Weg gebracht werden sollen, schon in den letzten Legislaturperioden gegolten hätten. Das Ergebnis ist, wie ich finde, sehr bemerkenswert. In der letzten Wahlperiode von 2002 bis 2005 wäre der Anteil von 51 Prozent auf 24 Prozent zustimmungspflichtiger Gesetze gesunken und in der Wahlperiode davor, auch das ist bemerkenswert, von 55 auf 25 Prozent. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, da könnte in Zukunft vieles schneller gehen, was die Übertragung weiterer Rechte an die Landesparlamente betrifft, auch das habe ich in der letzten Aktuellen Stunde schon gesagt und dabei bleibe ich, das ist gut so.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Teufel steckt aber im Detail und da haben wir doch einige Bedenken. Diese haben wir hier noch einmal in dieser Entschließung aufgeschrieben. Natürlich ist mir klar und ich bin mir auch ziemlich sicher, dass sich die Koalitionspart-

ner in Berlin sehr schwer tun werden, bestimmte Punkte noch einmal aufzumachen. Schließlich war man froh, einen tragbaren Kompromiss gefunden zu haben, und schließlich soll auch hiermit die Handlungsfähigkeit der Großen Koalition unter Beweis gestellt werden. Dies ist auch alles okay. Unter dem Aspekt, dass man mit diesem Projekt nicht scheitern soll, muss man sicherlich die Dinge ganz nüchtern sehen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade aus diesem Grund warne ich vor übertriebener Eile bei der Verabschiedung der Reform und mir ist auch nicht ganz klar, warum nun unbedingt schon vor der Sommerpause diese Dinge beschlossen werden sollen. Ich glaube, das Tempo ist etwas zu hoch. Es wird dazu führen, dass bestimmte Vorschläge und Hinweise nicht tiefgründig genug diskutiert und erörtert werden, und das wäre aus meiner Sicht schade. Ich will nicht hoffen, dass es so kommt, aber wenn es dann doch so kommt und einiges so bleibt, wie es eingebracht wird, dann sollten wir als Länder versuchen, über bestimmte Mustergesetzesentwürfe, zum Beispiel beim Strafvollzug, es hinzubekommen, dass dann doch in den Ländern bestimmte Dinge einheitlich geregelt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube dennoch, vieles ist im Fluss.

Zum Abschluss möchte ich für meine Fraktion Nachfolgendes feststellen:

Erstens: Die Reform ist notwendig.

Zweitens. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie kommt, ist sehr hoch.

Drittens. Die Vorlage ist im Kern gesund.

Viertens. Sie darf auf keinen Fall ohne Korrektur so durchgehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Wir gehen davon aus, dass es so passiert. Insofern bitte ich um Ihre Zustimmung zu der Ihnen vorliegenden Entschließung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich erstaunlich, wie kreativ die Fraktionen der Koalition sind, wenn es darum geht, Themen noch einmal aufzugreifen, die schon einmal behandelt wurden. Wenn ich an die Redebeiträge unseres Ministerpräsidenten in der Aktuellen Stunde der letzten Landtagssitzung denke, wenn ich daran denke, ...

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Wiederholung ist die Mutter der Weisheit! –
Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Lassen Sie mich doch ausreden, das ist einfacher.

Wenn ich daran denke, was wir hier schon alles ausgetauscht haben, und nun kommen Sie mit einem Entschließungsantrag. Es erstaunt schon ein wenig, dass einerseits ein von uns allen sehr geschätzter Kollege,

nämlich Herr Schlotmann, an einer Anhörung teilnimmt, und wir andererseits, obwohl die noch gar nicht beendet ist, eine EntschlieÙung fassen, was aus der Anhörung herauskommen sollte. Meine Damen und Herren, so macht man keine Föderalismusreform.

(Beifall Rainer Prachtli, CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Wir hätten das
auch ein bisschen später anpassen können. –
Zurufe von Heike Polzin, SPD,
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS, und
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Eins ist allerdings klar geworden, Herr Ministerpräsident, wir scheinen in einem übereinzustimmen: Wir alle wollen eine Reform des Föderalismus. Aber aus Ihren Reden habe ich so viel Ängstlichkeit vor eigener Verantwortung herausgehört,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist doch albern!)

dass ich hoffe, dass die anderen Ministerpräsidenten etwas mehr an Selbstvertrauen in die Diskussion einbringen.

(Beifall Rainer Prachtli, CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ich finde, das Gegenteil ist der Fall. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Sehr deutlich war aus den Äußerungen von Herrn Kollegen Müller zu entnehmen, wo es eigentlich hingehen wird. Und, Herr Müller, da teile ich vollkommen Ihre Auffassung.

Es wird wenig bringen, wenn man einen über eine längere Zeit ausgehandelten Kompromiss, der von sehr gutem Willen – einschließlich des guten Willens unseres Ministerpräsidenten, das unterstelle ich, denn er war ja an den Verhandlungen beteiligt – getragen worden ist, nur an den Punkten aufmachen will, wo man glaubt, dass man die Kompromisse, die man selber mit formuliert hat, nicht mehr mittragen kann. Deswegen ist der Hinweis, den Sie gegeben haben, dort, wo Einheitslichkeit trotz Selbstständigkeit der Landesgesetzgebung erwünscht ist, etwa mit Musterentwürfen zu arbeiten, ein sehr vernünftiger. Das haben wir bereits, denken Sie nur an die Musterentwürfe zu den Bauordnungen. Oder wir haben eine ganze Reihe von anderen Dingen. Da haben Sie mir etwas vorweggenommen, da sind wir sehr einig. Aber wir sind auch, und das sage ich deutlich, dafür, dass in jedem Gesetzgebungsverfahren Feinkorrekturen innerhalb von Kompromissen natürlich vorgenommen werden.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ja, selbstverständlich.

Und, Herr Ministerpräsident, ich habe mich etwas gewundert, dass Sie gesagt haben beim Artikel 104 b des Grundgesetzes, da sei das so oder anders. Es ist doch noch gar nichts beschlossen. Es geht doch darum, dass erst die Grundlinien festgelegt werden. Und wenn Sie zu Finanzbeziehungen kommen, dann können Sie Finanzbeziehungen doch nur so regeln, wie Sie die Materien geregelt haben. Wenn Sie aber ganze Materien herausnehmen, dann bringen Sie das Gebäude, das notdürftig konstruiert worden ist, wieder zu Fall. Da liegt eigentlich Ihre Fehleinschätzung. Sie können nicht einfach, ohne den Landtag vorher zu beteiligen, das haben Sie nicht getan, an Kompromissen mitwirken und sich anschließend über eine EntschlieÙung des Landtages die Begründung dazu

geben lassen, warum Sie das alles nicht mehr wollen. So werden wir als Land unglaublich und das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Prachtli, CDU)

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir auch von der Landesregierung in diesen Punkten mehr Selbstvertrauen. Es hilft nichts, wenn wir überall nur sagen, dafür sind wir zu schwach, das können wir nicht, das ist für uns ungünstig, wenn wir das selber entscheiden müssen. Meine Damen und Herren, jemand, der nur zögert, der nie zu seinen Überzeugungen steht, der wird in dem bundesstaatlichen Gefüge aus der Sicht der anderen gar nicht gebraucht, weil er nicht verlässlich ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass die Diskussion darüber geführt wird, ob wir das wollen oder nicht, und dass wir uns auch häufiger rechtfertigen müssen für Finanztransfers. Deswegen ist es eigentlich sehr gut, dass nicht nur hinter vorgehaltener Hand getuschelt wird, sondern dass offen diskutiert wird, wie schaffen wir es in diesem Lande, etwas zu bringen, was Sie als Beispiel ohnehin noch zitieren werden, deswegen nehme ich das einmal vorweg, wie das Bayern geschafft hat. Die waren auch einmal Nehmerland. Die haben mit sehr viel Selbstvertrauen ihre eigenen Dinge in die Hand genommen.

(Siegfried Friese, SPD: Mit viel Geld aus Bonn! –
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
Das haben sie schon vergessen.)

Es ist wunderschön, wie Sie mich ergänzen. Wir können das als Spielchen miteinander treiben.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich habe ja gesagt, dass Bayern einmal Nehmerland war. Darf ich übersetzen, was das heißt?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das wissen wir!)

Nehmerland heißt, dass aus dem horizontalen Finanzausgleich der Länder untereinander Geld von dem einen Land zum anderen fließt, Herr Kollege. Genau das habe ich gesagt. Und da bin ich dem Ministerpräsidenten für die Nennung eines Datums sehr dankbar, aber er muss dann auch darauf hinwirken, das tut er nämlich nicht. Das kann nur heißen, dass wir auch wettbewerbsfähig sind bis zu dem Zeitpunkt, wo wir alleine gehen müssen. Aber immer nur zu sagen, wir können das nicht, wir wollen das nicht, wir haben vor allen Risiken deswegen Angst, weil wir dann eigene Verantwortung haben, hat uns nicht weitergebracht.

(Siegfried Friese, SPD: Das sagt kein
Mensch! Herr Dr. Jäger, bleiben Sie bei der
Wahrheit! Herr Dr. Jäger, das sagt kein Mensch! –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das sagt doch gar keiner!)

Herr Friese, ich weiß nicht, wie empfindsam Sie heute sind. Der Ministerpräsident hat heute eine sehr leidvolle Erklärung abgegeben,

(Heiterkeit bei Michael Ankermann, CDU)

was er alles nicht will und wovon er dieses Land schützen muss.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Eine sehr selbstbewusste Erklärung hat er abgegeben. – Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS: Es ist doch gut, dass er sich engagiert! – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Und Sie wollen das alles nicht, was im Kompromiss ist. Was wollen Sie denn eigentlich? Schwierig wird es immer und das ist das Schlimme.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Sie hören auch von allen anderen Ministerpräsidenten, dass man nicht weiß, was wir eigentlich wollen. Und das ist ganz schädlich, wenn man mit den anderen arbeiten will.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Frank Ronald Lohse, SPD: Doch, doch, sie wissen schon, was sie wollen. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das so schlimm finden, eigene Verantwortung zu übernehmen, weil Sie sagen, ja, wir sind so finanz- und wirtschaftsschwach, ...

(Siegfried Friese, SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

Eben hat aber der Wirtschaftsminister – jetzt ist er nicht mehr da – noch ausgeführt, wie man bei seiner Art, Zahlen zu lesen, erklärt, man sei erfolgreich.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

... frage ich: Was wollen Sie eigentlich? Innerhalb von einer halben Stunde dreht sich für Sie die Welt, das ist zu schnell, da wird einem schwindelig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren! Wenn der Ministerpräsident sagt, wenn das, das und das auf Bundesebene nicht anders geregelt wird, dann sind die Interessen der Länder gefährdet und das ist schädlich, dann frage ich mich, warum andere Ministerpräsidenten – übrigens teilweise sogar mit gleichen Mehrheitsverhältnissen in ihren Landtagen – wie Herr Wowereit oder mit anderen Vorzeichen Herr Platzeck und sogar Ihr neuer Bundesvorsitzender Herr Beck all diesen Kompromissen, die sicher sehr schwierig auszuhandeln waren, zustimmen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das wissen Sie doch ganz genau!)

Sind das alles Ministerpräsidenten, die keine Verantwortung haben? Das kann ich mir nicht vorstellen. Damit tut man diesen doch durchaus wichtigen Menschen sehr, sehr unrecht.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Was mir fehlt in der ganzen Diskussion, was schon schmerzt, ist, dass wir immer unsere Schwächen betonen. Warum sagen wir nicht einmal, wie wir es machen, damit dieses Land noch attraktiver wird? Es ist ja schon attraktiv, vergessen Sie das doch nicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich finde es ganz schlimm, dass Sie die Chance, die der Föderalismus bietet, immer wieder ablehnen, weil Sie Angst vor der eigenen Courage haben. Das wird uns nicht weiterbringen. Föderalismus heißt ja gerade nicht

Zentralismus. Ich finde es schade, dass an diesem Pult bisher eigentlich nur von lauter Ängsten geredet wurde und nicht von den Chancen, die es uns bringt, wenn der Föderalismus wieder entfesselt wird, die Fesseln, die entstanden sind über eine Verkrustung durch politische Praxis im Gesetzgebungsverfahren. Wir fassen uns alle dabei an die eigene Nase, egal in welcher Verantwortlichkeit wir über die vielen Jahre waren. Das ist richtig und das ist auch zu beklagen. Aber wenn jetzt endlich einmal die Kruste aufgebrochen wird, dann schreien Sie doch nicht gleich wieder, wir brauchen einen neuen Panzer, der uns vor der eigenen Verantwortung schützt. Das bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, was ich sehr, sehr bedauert habe, ist, dass Sie so locker darüber hinweggehen. Gesetzgebungsverfahren, darüber reden wir, Herr Ministerpräsident. Gesetzgebungszuständigkeiten, darüber reden wir, Herr Ministerpräsident. Ohne dass Sie den Landtag vorher gefragt haben, haben Sie lauthals verkündet: Die Regelungsmaterie wollen wir als Länder nicht, die wollen wir nicht, die wollen wir nicht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wir haben eine Beschlusslage dieses Landtages zu diesen Fragen.)

Genau das.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Seit drei Jahren haben wir die!)

Sie wollen dies weiter ausschließlich ohne den Landtag machen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Damals noch mit der CDU.)

Das, meine Damen und Herren, finde ich absolut nicht in Ordnung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Bedeutung der Landtage, so war es einmal vereinbart,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wir haben das geklärt untereinander!)

sollte durch die Föderalismusreform gestärkt werden. Ein zaghafter Ministerpräsident spricht uns das Recht ab, auf den Gebieten, die er nicht haben will, darüber zu reden und auch tatsächlich mit zu entscheiden,

(Siegfried Friese, SPD: Herr Dr. Jäger, Sie sind der Sprecher der reichen Bundesländer.)

weil er die Gesetzgebungs...

(Siegfried Friese, SPD: Warum vertreten Sie die Geberinteressen und nicht die von Mecklenburg-Vorpommern?)

Ich bin jetzt ein bisschen still geworden, damit ins Protokoll kommt, welchen Unsinn Sie hier dauernd dazwischenrufen.

(Siegfried Friese, SPD: Das kann ich gerne wiederholen, das ist die Wahrheit.)

Tun Sie das.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist unverantwortlich, was Sie da sagen.)

Meine Damen und Herren, wir waren uns einmal einig,

(Siegfried Friese, SPD: Herr Dr. Jäger, Sie sind der Sprecher der reichen Bundesländer.)

bevor wir gemerkt haben, wie zaghaft ein Ministerpräsident werden kann, wenn es an Verantwortung, dass eine Entflechtung der Gesetzgebungsverfahren uns als Ländern dient, unsere Verantwortlichkeit stärkt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das sind wir doch heute noch.)

Das genau lehnen Sie in den Regelungsbereichen, die Sie in der Entschließung haben, einfach ab.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
In 6 von 31. Das finde ich akzeptabel.)

Ich will nicht sagen, welcher Prozentsatz akzeptabel ist bei der Kleingläubigkeit, die Sie hier an den Tag legen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Danke.)

Ich bin jedenfalls nicht so kleingläubig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich traue diesem Landtag mehr Entscheidungskompetenz zu als anderen Gremien, die sehr weit weg von diesem Land sind. Und das hätte ich gern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ja, dann machen Sie doch mit!)

Meine Damen und Herren, das heißt nämlich, und daran darf ich Sie erinnern, mit Ihrer Entschließung sprechen Sie sich dafür aus: weniger Gesetzgebungszuständigkeiten für diesen Landtag. Das genau steht in der Entschließung. Um Gottes willen, das ist so verantwortlich, das wollen wir lieber nicht haben. Genau so werden wir das Land nicht voranbringen.

Herr Ministerpräsident, die Neuordnung der Zuständigkeiten sollte den Ländern eigene Entscheidungsrechte bringen. Wir dachten, dass das gut für das Land ist, weil wir glauben, dass eine Landesregierung, ein Landtag näher an den Problemen der Menschen in unserem Lande ist als ein Bundestag. Das liegt einfach im Prinzip der bundesstaatlichen Ordnung. Und genau da sehen wir Ihr Problem. Wir finden es beängstigend, wie Sie mit einer wirklich kleinen Sicht aus der Sicht eines Ministerpräsidenten sagen, das ist Gleichmacherei, das ist Wettbewerbsföderalismus. Ja, was denn sonst? Föderalismus ist die Möglichkeit, dass sich in den Ländern eines Bundesstaates Modelle entwickeln, die sich möglicherweise in der Praxis so bewähren, dass sie im ganzen Bund übernommen werden. Wettbewerb in diesem Sinne, den wollen wir sogar. Wir möchten gern als Land in manchen Bereichen vorbildlich sein, dass sich andere an uns orientieren, so, wie wir gute Beispiele von anderen übernehmen wollen.

(Beifall Michael Ankermann, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Was Sie nicht wollen, ist, dass Sie verglichen werden können, aber das werden Sie ohnehin.

Meine Damen und Herren, manchmal verstehe ich die Landesregierung überhaupt nicht mehr. Da lehnen Sie jetzt im Augenblick Zuständigkeiten ab, die die Föderalismusreform uns bringen soll. Zur gleichen Zeit verkündet der Ministerpräsident, weil es halt gerade so passt, dass er dafür ist, die Ladenöffnungszeiten so weit wie möglich

freizugeben, wenn denn nur endlich dieser Föderalismuskompromiss in Kraft tritt. Was wollen Sie denn nun eigentlich, Herr Ministerpräsident? Wollen Sie, dass er kommt, oder wollen Sie ihn nicht?

(Beifall Michael Ankermann, CDU,
und Rainer Pracht, CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das hat er doch gesagt.)

Und, Herr Müller, das ist der einzige Punkt, wo ich Ihnen widerspreche. Sie haben gesagt, wir müssen uns mehr Zeit nehmen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Da haben Sie recht!)

Das glaube ich Ihnen, dass das auch ein sinnvoller Weg ist. Nur irgendwann muss dann auch entschieden werden. Was ich nicht erleben möchte, ist das, was in der letzten Legislaturperiode uns alle erschüttert hat. Da war man fertig, da gab es – auch daran hat unser Ministerpräsident mitgewirkt – eine klare Linie, wie die Reform erfolgen solle. Ja, und das war es dann auch. Und genau davor, meine Damen und Herren, würde ich uns warnen.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Müller, hier muss noch einmal sehr sorgfältig in der Feinarbeit an den Gesetzen gearbeitet werden. Ich traue das auch allen Beteiligten zu. Mit Ihrer Entschließung machen Sie aber das Gegenteil. Sie lehnen rundweg für wichtige Regelungsbereiche eine Zuständigkeit der Länder ab. Und was mich besonders geärgert hat, ist, welche Angst Sie davor haben, im Umweltbereich gesetzliche Zuständigkeiten des Landes dazuerwerben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Haben wir es nötig, hier unser Licht unter den Scheffel zu stellen? Sind wir nicht vorbildlich gewesen als Land, und zwar jetzt für alle Regierungen, die bisher in diesem Land Verantwortung getragen haben seit 1990? Ist die Gesetzgebung im Abwasser- und im Umweltbereich in unserem Lande mit dem schmalen Zuständigkeitsbereich, den wir bisher hatten, nicht vorbildlich? Ist sie nicht effektiv und ist sie nicht erfolgreich gewesen? Schauen Sie sich doch mal an, wie sich unsere Gewässer verändert haben! Schauen Sie sich an, wie unsere Umwelt sich insgesamt verändert hat! Warum sollten wir diesen Vorteil abgeben?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Den wollen wir auch nicht abgeben.)

Herr Ministerpräsident, haben Sie doch nicht Angst vor der eigenen Verantwortung!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie trauen doch hoffentlich diesem Landtag zu, dass, wenn er mehr Kompetenzen im Umweltbereich bekommt, er sie auch im Interesse dieses Landes anwenden wird. Also wir würden das sehr gerne tun. Wir würden sehr gerne viele Regelungen direkt auf dieses Land zuschneiden.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Allerdings, meine Damen und Herren, dann dürfen auch nicht solche Schlappen wie unter Ihrer Regierung stattfinden, dass die Umweltzertifizierung von Nationalparks aufgehoben wird, weil Sie das nicht auf die Reihe kriegen.

Meine Damen und Herren, das hat aber mit Gesetzgebung nichts zu tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Und das von Ihnen, Herr Jäger!)

Ja, das von mir.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja ganz was Neues.)

Also, Frau Gramkow, das ist ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Oh, Entschuldigung!)

Ja natürlich, es ist gar nichts Neues, das ist überhaupt nichts Neues. Aber Umweltzertifizierung zu verlieren ist eine peinliche Ohrfeige.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wenn es stimmt, dann stimmt es.)

Es steht so ja wohl in allen Berichten.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dann stimmt es. Das steht leider so in der Zeitung. Sie sollten sich informieren!)

Habe ich. Also, Frau Gramkow, Ihre Zwischenrufe sind richtig nett. Sie geben mir Gelegenheit zu sagen, es ist peinlich genug, dass die Landesregierung hierüber überhaupt noch nicht informiert hat, dass wir das als Landtag und die Ausschüsse aus den Zeitungen entnehmen müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es ist katastrophal, wie diese Landesregierung mit dem Parlament umgeht in einer wichtigen, für unser Land sehr wichtigen Frage.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber die PDS interessiert das ja nicht. – Rainer Prachtl, CDU: Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern!)

Also, ich wollte heute eigentlich ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Haben Sie sich informiert?)

Ja, selbstverständlich.

(Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich möchte ein Weiteres sagen. Meine Damen und Herren, Sie wollen die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen bundeseinheitlich verankert wissen. Prima! Ja, aber, meine Damen und Herren, glauben Sie etwa, dass Baden-Württemberg, dass Bayern und einige andere Bundesländer, die zumindest national die Pisa-Liste oben anführen, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner mit dem, was Sie Schulreform nennen, mit Ihnen einig werden?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Reden Sie für unser Bundesland oder für die anderen Bundesländer? – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Meine Damen und Herren, Sie reden aber hier doch in einer sehr gespaltenen Weise. Die Schulpolitik, die Sie ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie reden! Sie reden!)

Ja, ja, wir machen das für die anderen Bundesländer.

Sie kennen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts München. Das Verwaltungsgericht München hat riesige Bedenken, das Abitur noch so einheitlich anzuerkennen, wie das mal in dieser Republik üblich war. Und daran haben wir einen hübschen Anteil, einen sehr hübschen Anteil mit Ihrer Schulgesetzgebung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wenn Sie so weiterreden, dann wird es auch so weitergehen. – Heike Polzin, SPD: Wie wär's denn mit einheitlichen Abiturprüfungen?)

Das wäre nicht schlecht, ne?

(Heike Polzin, SPD: Ja, die kann man vergleichen. Dafür sind wir immer. Darum geht es, Herr Jäger.)

Na also, richtig, richtig. Aber Sie wollen ...

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren, ich finde, Sie sind richtig bemerkenswert.

(Heike Polzin, SPD: Das sind wir.)

Ein Chamäleon ist dagegen ein eherner Block. Herrlich, wie Sie das machen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Immer wenn es so passt, dann heißt es, wir sind dafür, aber eine Gesamtkonzeption wollen Sie dann doch nicht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Haben wir vorgelegt.)

Das ist dann wieder alles zu aufregend.

In einem Punkt, Herr Ministerpräsident, ist ...

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ja, okay.

In einem Punkt, Herr Ministerpräsident, bin ich dabei, an Ihrer Aufrichtigkeit zu zweifeln. Sie haben hier noch einmal wiederholt, wie wichtig es für dieses Land aus Wettbewerbsgründen ist, wie Sie gesagt haben, einheitliche Besoldungs- und Versorgungsregeln für die Beamten zu haben. Das klingt auf den ersten Blick richtig toll. Sie vermuten also, dass uns reihenweise die Beamten weglaufen, wenn in Niedersachsen auf einmal ein Landesbesoldungsgesetz besteht, wo man mehr Geld bekommt. Aber, Herr Ministerpräsident, bei geltendem Recht haben Sie alle Möglichkeiten ausgenutzt, um die Beamten, und zwar die des mittleren Dienstes, auch die im Polizeivollzugsdienst, im Justizvollzugsdienst zu schröpfen, als es darum ging, ihnen das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld abzusenken.

(Ministerin Sigrid Keler: Oh, oh!)

Ja, Frau Finanzministerin, wenn auch Zwischenrufe von der Regierungsbank nicht so gern gesehen werden.

Sie haben dies getan bei geltendem Recht. Das heißt also: Wie ist es denn eigentlich mit dem Wettbewerb, Herr Ministerpräsident? Sie machen immer den Wettbewerb nach unten für die Mitarbeiter. Das kann auch nicht richtig sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Schön wäre es für Sie natürlich, wenn Sie dafür nicht mehr die Verantwortung tragen müssten und hintenherum zum Landtag hereinkommen, wenn vorn die Mitarbeiter, denen Sie gerade an die Geldbörse gehen, demonstrieren. Schön wäre es natürlich, wenn Sie nach Berlin verweisen könnten, die haben gesagt, die haben einheitliches Besoldungsrecht, die bösen Menschen haben das da gemacht. Herr Ministerpräsident, Verantwortung tragen heißt auch zur Verantwortung stehen. Da haben Sie Defizite.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich persönlich würde mir wünschen, dass wir hier nicht irgendwelche Entschließungen fassen, dass wir nicht auf Bestellung der Landesregierung erklären, das ist alles prima. Aber das haben Sie getan, indem Sie ein von uns eingebrachtes Gesetz erst einmal aufgehoben – das Parlamentsinformationsgesetz, ich nenne einmal den Namen – und dann im Rechtsausschuss abgelehnt haben.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:

Nachdem Sie ja so viel Interesse hatten!

Das habe ich im Rechtsausschuss gemerkt. –

Zuruf von Bodo Krumbholz, SPD)

Ich hätte mir gewünscht, dass wir sehr ernsthaft hier in diesem Landtag nicht irgendwelche Entschließungen beraten, die die Welt sowieso nicht verändern werden, sondern dass wir einmal debattieren, was wir uns als Gesetzgeber, als Landtag zutrauen, denn, meine Damen und Herren, die ganze Diskussion vor lauter Angst, Verantwortung zu übernehmen, ist in den Hintergrund geraten. Dieser Föderalismuskompromiss – diese Regelungen, die ins Grundgesetz nach dem Willen aller Länder, wie ich das übersehe, hinein sollen – soll das Verhältnis von Gesetzgebung zur Verwaltung regeln, nämlich auch das Verhältnis von Landtagen zu Regierungen.

Wenn der Ministerpräsident beklagt hat – Herr Müller hat die Zahlen genannt und die sind unbestreitbar so, wie Sie gesagt haben –, dass eine Blockade im Bundesrat möglich ist, dann ist doch eine Entflechtung von Gesetzgebungszuständigkeiten deshalb erforderlich, weil diejenigen auch die Gesetze machen, und das sind in erster Linie die Parlamente. Die Mitwirkung des Bundesrates ist praktisch nur der Ausgleich dafür, dass der Bund Gesetze beschließt, die die Länder auszuführen haben, die auch finanzielle Auswirkungen haben. Ich will das nicht alles zitieren, warum das so ist. Genau an dem Punkt, meine Damen und Herren, würde ich mir die Diskussion eigentlich von uns wünschen. Wie verhalten wir uns als Abgeordnete gegenüber dieser Möglichkeit, dass im Vermittlungsausschuss und in den Bundesratsausschüssen sowie später im Plenum des Bundesrats, ohne dass in den Landtagen darüber debattiert wird, die Regierung macht, was sie will? Und das, meine Damen und Herren, ist ein Aspekt der Föderalismusreform, den Sie offenbar noch gar nicht so richtig mit uns diskutieren wollen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Das wäre mir viel lieber, weil dann endlich einmal klar wäre, wer in einem Land Verantwortung vor den Wählern trägt und wer nicht. Und dann wäre endlich auch Schluss mit diesen peinlichen Auftritten, gerade unseres Landes, das sich bei wesentlichen Dingen, die die Bundesrepublik

Deutschland, die Länder und damit auch unser Land betreffen, deswegen enthält, weil Sie sich in der Landesregierung nicht einigen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, schon deshalb brauchen wir eine Föderalismusreform, weil dieses Land nicht weiter mit diesen Peinlichkeiten leben darf. Wir möchten gern in dem Konzert der 16 Bundesländer endlich auch gleichwertig vertreten sein. Wir möchten mitwirken und nicht als das wankende und schwankende Rohr angesehen werden, wo man einerseits an Kompromissen mitwirkt und sich andererseits über Entschließungen wieder hereinholen lässt, was man doch nicht mitmachen will. Haben Sie mehr Mut!

Deswegen glaube ich, dass es nicht gut war, eine solche Entschließung einzubringen. Aus diesem Grunde und nicht aus Obstruktion werden wir diese Entschließung, diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bekanntlich fallen in diesen Tagen und Wochen im Bundestag und Bundesrat die Entscheidungen über die Föderalismusreform.

Zurzeit finden die entsprechenden Anhörungen statt, die bereits jetzt ein sehr gemischtes Bild ergeben. Das war sicherlich auch nicht anders zu erwarten. Deutlich wird aus unserer Sicht, dass es gut und richtig war, dieses Reformvorhaben nicht einfach durchlaufen zu lassen, sondern die geplanten Einzelentscheidungen fachlich sehr genau zu prüfen. Und wer schon vor Beginn der Anhörung die öffentliche Debatte verfolgt hat, wird feststellen können, dass das, was wir hier im Antrag gemeinsam in der Entschließung formuliert haben, genau die Fragen sind, über die sich andere Fachleute, andere Politikerinnen und Politiker auch in anderen Ländern Gedanken machen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, ob diese Regelungen wirklich richtig sind, ob diese Veränderungen richtig sind und ob man nicht ernsthaft darüber nachdenken sollte, hier ein Schrittlchen zurückzugehen. Aber das will die CDU offensichtlich nicht wahrhaben.

Ich möchte ausdrücklich an dieser Stelle der Regierung unseres Landes und dem Ministerpräsidenten danken dafür, dass sie im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern die von uns aufgeworfenen Fragen auch in der öffentlichen Debatte ganz genau auf den Punkt gebracht haben und dafür streiten, dass hier Änderungen herbeigeführt werden,

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

und nicht deshalb, weil wir Angst

(Egbert Liskow, CDU: Wovor denn?)

vor der Eigenverantwortung haben, nein, sondern weil wir gemeinsam dafür Sorge tragen wollen, dass in der Bundesrepublik Deutschland bestimmte Entwicklungen eben nicht passieren. Und da will ich nur eine Frage aufwerfen und sage Ihnen ganz deutlich: Ich zweifle wirklich

an der Glaubwürdigkeit der CDU hier im Landtag, wenn ich mir die Debatte im Untersuchungsausschuss angucke und die Debatte gestern in Bezug auf den Strafvollzug verfolgt habe. In einer Überschrift lesen Sie heute in der „Süddeutschen Zeitung“: „Strafvollzug als Spielmaterial“. Im Untersuchungsausschuss wird herausgearbeitet, dass wir Defizite bei den Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern haben,

(Michael Ankermann, CDU: Nicht nur da.)

dass wir zu wenig Geld einstellen und, und, und. Und die Fachleute sagen, genau hier ist zu befürchten, wenn die Fragen so, wie jetzt vorgesehen, entschieden werden, dass bestimmte Instrumente herausgenommen werden, um Geld zu sparen und populistisch zu agieren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, bei dieser Landesregierung ist das nicht so klar.)

und genau das wollen wir nicht. Hier frage ich mich,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sind wir der Landtag?)

wie ernst nehmen wir uns.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben doch die Defizite zu verantworten! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Machen Sie mal weiter!

(Wolfgang Riemann, CDU: Mehr Kompetenzen, Frau Borchardt! Sie haben doch mehr Kompetenzen, Frau Borchardt! – Egbert Liskow, CDU: Sie sind doch in der Regierung. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, auch darüber reden wir in der nächsten Sitzung. Aber offenbar habe ich Sie ja getroffen,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Jawohl. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

sonst würden Sie sich hier nicht so aufregen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Unredliche Äußerungen finden immer Widerspruch.)

Auch wir haben uns in den letzten Jahren immer für eine Föderalismusreform ausgesprochen,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, bloß keine richtige.)

aber – und das halten wir für einen wesentlichen Punkt – immer unter der Voraussetzung der Stärkung des föderalen Solidarprinzips

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

und nicht ausschließlich, Herr Dr. Jäger, in Richtung Wettbewerbsföderalismus.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wollen weiter die Hand aufhalten, ja. – Rainer Pracht, CDU: Die halten nicht nur eine, die halten mehrere auf.)

Und hier beginnt eben unsere wesentliche Kritik. Die vorliegenden Vorschläge stärken den Wettbewerbsföderalismus und schwächen das Solidarprinzip.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, auch das erkennen wir an. Mit dieser Reform werden ein paar längst überfällige Fragen geklärt. Bundes-

und Länderkompetenzen werden durch den Austausch beziehungsweise den Zugewinn gestärkt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Katalog der konkurrierenden Gesetzgebung wird ausgedünnt. Im Ergebnis werden Zuständigkeiten von Bund und Ländern in einer Reihe von Sachbereichen entflochten. Ob die Reform allerdings die Krise des föderalen Staates grundlegend beheben wird, wage ich zu bezweifeln, weil strukturelle Defizite einfach nicht angepackt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Mit dem vorliegenden Antrag haben wir, die Koalitionsfraktionen, noch einmal versucht, die konkreten Forderungen aus Sicht unseres Landes festzuschreiben, und nicht alle Politikfelder benannt, wobei allerdings anzumerken ist, dass seitens des Landes auch zu weiteren Fragen Diskussions- und Klärungsbedarf besteht, zum Beispiel zur Haftung nach dem Stabilitätspakt.

Es ist in diesem Zusammenhang als Erfolg zu verbuchen, dass das klare und beharrliche Agieren unserer Regierung im Bundesrat wenigstens dazu geführt hat, dass in einzelnen Ausschüssen weitere Verhandlungen erfolgen und Anhörungen durchgeführt werden. Was dort bewirkt werden kann, steht freilich in den Sternen.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Zum Glück haben Sie da nichts zu bestellen.)

Aber wer die Diskussion aufmerksam verfolgt hat, kann sich unserer Einschätzung eigentlich nicht entziehen. Die Abschaffung der Rahmengesetzgebung und die Neuordnung konkurrierender Gesetzgebung erhöhen die Gefahren von Flickenteppichlösungen

(Beifall Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

und bieten keine Lösungen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Siegfried Friese, SPD)

Und das sei an dieser Stelle auch gleich gesagt: Wir sind für einen fairen Wettbewerb.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gleichheit der Lebensverhältnisse auf Ihrem niedrigen Niveau, das wollen wir nicht.)

Er sollte aber von Beginn an fair gestaltet sein und der bislang angedachte Wechsel ist es eben nicht. Niemand kann übersehen, dass die reichen Bundesländer jetzt bereits über einen Vorteil verfügen, den wir als arme Bundesländer

(Dr. Armin Jäger, CDU: Mit Ihnen werden wir das weiter bleiben, ja.)

und insbesondere die neuen Bundesländer nie aufholen können. Mit Ihnen auch nicht, Herr Jäger.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie sind Garant für die Armut. Acht Jahre haben Sie dieses Land kaputtgemacht.)

Also darüber bin ich mir auch ganz sicher, das werden wir am 17. September erleben. Wir sprechen uns am 18. September. Wir haben unterschiedliche Voraussetzungen, die in keiner Weise Berücksichtigung finden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also wenn jemand wie Sie von Föderalismus redet, das ist ja traurig. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ein weiteres Problem: Natürlich wird so getan, als ob die Reform nunmehr die Europatauglichkeit der Bundesrepublik Deutschland sicherstellt. Dem ist eben mitnichten so. Dass die Länder auf einigen wenigen Feldern in Brüssel am Verhandlungstisch sitzen dürfen, löst das Grundproblem nicht. Sie sind in den allermeisten Fällen lediglich Betroffene von EU-Politik.

Schließlich, wenn auch unbestritten, ist es so, dass das Kompetenzwirrwarr sogar ein gutes Stück gelichtet wird. Es ist ebenfalls richtig, dass in Bildung, Hochschule, Forschung und Umwelt Flickenteppiche überhaupt erst begründet werden. Und, Herr Dr. Jäger, der Parlamentarische Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat ausführliche Stellungnahmen erarbeitet. Genau diese Stellungnahmen weisen darauf hin, dass das, was wir in der letzten Zeit ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Na, die sind nun wirklich nicht aus der Linkspartei, die da arbeiten.

(Heiterkeit bei Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Das wollen wir hier auch einmal feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

So viel Einfluss haben wir nun auch noch nicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Da sei der liebe Gott vor. Da haben Sie Recht. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Dieser Parlamentarische Dienst stellt ausdrücklich fest, dass natürlich die Befürchtungen – Sie wollen das immer nicht hören – berechtigt sind, gerade im Hochschul- und im Schulbereich, worauf wir immer hingewiesen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja, immer die Verantwortung schön weitergeben. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ein solcher Staat – und was soll ein Zentralstaat, der sich fast vollständig aus der Verantwortung für Bildung und Hochschule zurückzieht – amputiert sich sozusagen selbst ein Bein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch gar nicht vorgesehen.)

Ich frage mich besorgt: Was haben wir denn auf diesen Gebieten mit der Reform erreicht? Kurzum, es kann niemand darüber hinwegsehen, dass diese Reform bei Weitem nicht der große Wurf ist. Eigentlich ist in Berlin alles gesagt, dennoch hoffen wir, dass die Landesregierung, die Anhörung, die Sachverständigen, die dort zu Worte kommen, dazu beitragen werden, dass es wesentliche Änderungen gerade in den vier bis sechs Punkten im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern geben wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schauen wir mal!)

Mir wäre lieb, wenn Sie gemeinsam mit uns an der Seite sein würden, erst einmal dafür zu kämpfen, für dieses Land Mecklenburg-Vorpommern, dass das Solidarprinzip ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da sind wir dabei, aber nicht mit Ihnen.)

Ja, Sie sind immer dabei, aber Sie sind auch ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie doch sind die Bremse. Wissen Sie, Motor und Bremse sind immer schwer zusammenzubringen. – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ja, die alte Leier, Herr Jäger, die alte Leier kennen wir alle.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben doch immer den Rückwärtsgang eingelegt. – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben doch alles verhindert.)

Ich würde mich freuen und deshalb stellen wir diesen Antrag und diesen Entschließungsantrag auch noch einmal, genau deshalb, weil wir meinen, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Landesregierung und Sachverständige, die dort für uns auftreten, politisch unterstützen sollten genau mit den Punkten, wofür wir kämpfen und gemeinsam eintreten wollen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Rückwärts immer, vorwärts nimmer! So bringen wir das Land voran.)

In dem Sinne werbe ich um die Zustimmung zu unserem Antrag und wünsche der Landesregierung viel Erfolg. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Haben Sie gelesen, was der sächsische ...? – Dr. Armin Jäger, CDU: Hab ich! Ich verstehe nicht so viel von Umwelt, da reden wir nachher noch mal drüber. – Ministerin Sigrid Keler: Oh!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt, der Rednerin Frau Schwebs zuzuhören und auch auf der Regierungsbank bitte keine Äußerungen zu tätigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also das geht so nicht! – Rainer Pracht, CDU: Sie müssen mal die Regierungsbank zur Ordnung rufen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie mir eben zugehört hätten, ...

(Zurufe von der CDU: Haben wir ja! Haben wir ja!)

Nein, offensichtlich nicht. Vielleicht müssten Sie sich etwas disziplinierter verhalten,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Fällt ihnen schwer, fällt ihnen schwer.)

dann würden Sie nämlich auch wahrnehmen, was ich hier oben sage.

(Harry Glawe, CDU: Ja, wir werden wieder eine Auszeit beantragen.)

Ansonsten weise ich darauf hin, dass die Entscheidung über die Wahrung der Disziplin hier oben liegt und nirgends anders.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Guten Morgen, Herr Jäger. Ich hätte von Ihnen nichts anderes erwartet. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Müssen Sie Ihre Vorurteile auch hier immer wieder verteilen?)

Niemand, meine Damen und Herren, wird die Notwendigkeit einer grundgesetzlichen Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern ernsthaft bestreiten wollen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

auch nicht im Umweltrecht, denke ich, besonders weil die derzeitige Zersplitterung des Umweltrechtes alle bisherigen Ansätze zu seiner Zusammenlegung in einem einheitlichen Umweltgesetzbuch verhindert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ein einheitliches Umweltrecht – und darüber besteht ausnahmsweise Konsens in den Umweltverwaltungen, den Verbänden der Umweltschützer und der Wirtschaft – ist für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung mit hohen Umweltstandards von großer Bedeutung.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Ja, das wollen Sie doch nicht.)

Hinzu kommt, meine Damen und Herren, dass europarechtliche Vorgaben mehr und mehr einen integrierten Umweltschutz vorsehen, der die Umwelt in ihrem Gesamtzusammenhang betrachtet. Die Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben in deutsches Recht ist deshalb wie bei der EG-Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung zur Genehmigung industrieller Anlagen zunehmend darauf angewiesen, dass im Umweltrecht ein medienübergreifender Ansatz verfolgt wird. Das ist aber nur dann möglich, wenn im Umweltrecht eine einheitliche Kompetenzzuweisung herrscht.

Aber, meine Damen und Herren, wie sehen die geplanten Änderungen konkret aus? Die Bereiche Naturschutz, Landschaftspflege und Wasserrecht fallen derzeit in die Rahmengesetzgebung des Bundes. Mit dieser legt der Bund sie in den Grundzügen fest und die Länder konkretisieren diese dann mit eigenen Gesetzen. Das haben wir im Landtag hervorragend gemacht. Das hat Herr Jäger auch gesagt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das stimmt so, ja.)

Diese Rahmengesetzgebung des Bundes soll aber insgesamt abgeschafft werden. Die bisher zugeordneten Bereiche sollen formal in die konkurrierende Gesetzgebung überführt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig.)

Als Zugeständnis sollen die Länder wiederum die Möglichkeit einer abweichenden Gesetzgebung erhalten. Dieses Vorgehen hat zur Folge – das sagen wir und das sagt auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, was meine Kollegin hier ausgeführt hat –,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Und der CDU-Umweltminister von Sachsen sagt das ähnlich. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass sich die Länder an fast gar keine Vorgaben des Bundes halten müssen, wenn sie ihre eigenen Gesetze machen. Neben dem Rückfall in eine feudalistisch anmutende gesetzgeberische Kleinstaaterei werden diese Bereiche dann mehr und mehr zum Spielball politischer Mehrheiten in den Ländern.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Aha, und das wollen Sie nicht, ja.)

Das föderalistische Solidarprinzip wird damit ausgehebelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Ein Flickenteppich von Gesetzen wird eine Absatzspirale der Standards in diesen Bereichen zur Folge haben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

denn die Länder werden sich überbieten im Wettbewerb um den schnellsten Standardabbau, nur um potenzielle Investoren ins Land zu locken.

(Egbert Liskow, CDU:
Das ist gegen Föderalismus.)

Und für diese, meine Damen und Herren, gibt es dann keineswegs mehr Rechtssicherheit. Im Gegenteil, die Umweltverbände werden auf unterschiedliche Genehmigungen reagieren und Entscheidungen juristisch anfechten.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Andere umweltpolitische Bereiche wie Klimaschutz und Chemikalienrecht sind beispielsweise weiterhin nirgends zugeordnet.

Ein weiterer Kritikpunkt an den geplanten Änderungen: Die Erforderlichkeitsklausel für Luftreinhaltung und Lärmschutz wird abgeschafft, für das Abfallrecht aber bleibt sie bestehen. Wer soll das letztendlich verstehen?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Wer wird sich im Vorfeld von Entscheidungen die Mühe machen, das alles zu recherchieren? Es wird mehr Bürokratie geben, mehr Verwaltungsaufwand, Kompetenzgerangel und Entscheidungen vor Gericht.

Im Übrigen sind die Bedenken gegen die Föderalismusreform gerade im Umweltbereich nicht nur auf der linken Seite des politischen Denkens zu finden. Der Zwischenruf von Frau Gramkow bezog sich auf die FAZ von heute. Da warnt nämlich der sächsische Umweltminister Tillich (CDU)

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir haben gute Leute, ne?)

vor der Föderalismusreform im Umweltbereich, wenn sie so durchgeführt wird, wie sie geplant ist. Er sieht die Gefahr einer Pingponggesetzgebung.

(Heiterkeit bei
Gabriele Mest'an, Die Linkspartei.PDS)

Und wie die Entflechtung der Gesetzgebung für das nichteinheitliche Umweltrecht und die Kompetenzzuweisung an die Länder aussehen werden,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

beschreibt Ihr Minister an den Regelungen zum Wasserhaushaltsrecht ganz deutlich. Und wenn Sie sich das durchlesen, dann wissen Sie, dass man dort etwas verändern muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie das auch verstanden. Ich kenne den Artikel. Genau das habe ich gesagt. –
Egbert Liskow, CDU: Von der CDU lernen heißt siegen lernen.)

Ich habe Ihnen sehr gut zugehört, Herr Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, dann haben Sie das nicht verstanden.)

aber wahrscheinlich haben Sie sich nicht richtig ausgedrückt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, sicher. Das wird so sein.)

Man sollte immer zuerst ...

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Aber gewusst hat er es schon immer, wie immer. –
Heike Polzin, SPD: Ich bin besser als die anderen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich freue mich darauf.

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Jedenfalls bitte ich darum, dass Sie dem Antrag der Koalitionsfraktionen Ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sicherlich, sicherlich.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2248. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2248 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS und des fraktionslosen Abgeordneten sowie Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bundeseinheitliche Entgelte für Krankenhäuser, auf Drucksache 4/2247.

Antrag der Fraktion der CDU: Bundeseinheitliche Entgelte für Krankenhäuser – Drucksache 4/2247 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bundeseinheitliche

Entgelte für Krankenhäuser sind, denke ich, wieder auf der Tagesordnung, denn in Schleswig-Holstein gibt es eine Initiative, die dem Bundesrat zugeführt werden soll, um eine bundeseinheitliche Basis für Krankenhäuser im Rahmen der DRGs zu unterstützen und sie auszuhandeln.

Meine Damen und Herren, warum ist das so wichtig für Mecklenburg-Vorpommern? Mecklenburg-Vorpommern liegt, wenn man sich die Mühe macht, auf die Landesbasisfallwerte zu schauen, bei der Vergütung an letzter Stelle in Deutschland, und das mit einem Basisfallwert von 2.636 Euro pro Fall in einem Krankenhaus. Verglichen mit Berlin ist das ein großer Unterschied, Berlin hat einen Basisfallwert von 3.085 Euro. Das sind 17 Prozent weniger, die bei uns gezahlt werden, als sie zum Beispiel in Berlin gezahlt werden können.

Meine Damen und Herren, das Land Mecklenburg-Vorpommern hat das Ziel, Gesundheitsland Nummer eins zu werden, zu dem alle Fraktionen in diesem Hause stehen. Die Auswirkungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes sind in der jetzigen Zeit zu spüren und wir haben zurzeit nach der Konvergenzphase bis zum Jahre 2009 Zeit, diese Dinge erneut anzusprechen.

Wovon rede ich? Es kann auf Dauer nicht sein, dass die Gefahr besteht, dass die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern, speziell die Universitäten, eine Vergütung der Grund- und Regelversorgung im Vergleich zu anderen Bundesländern erhalten, während andere Universitäten in Deutschland diese deutlich höheren Vergütungen auf sich vereinen können.

In der Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern sind 85.000 Menschen beschäftigt und die Universitäten sowie die Krankenhäuser haben eine besondere Kernkompetenz für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Mecklenburg-Vorpommern hat seine Hausaufgaben gemacht. Wir sind, wenn man so will, seit 16 Jahren dabei, unsere Krankenhauslandschaft effizient, effektiv und vor allem in einer hohen Qualität auszugestalten. Wir haben, wenn ich das noch einmal sagen darf, im Jahre 1990 52 Krankenhäuser gehabt mit etwa 18.000 Betten. Heute haben wir 35 Krankenhäuser, davon 33 stationäre und 2 Tageskliniken, mit einem Bettenbestand von 9.950, die zukünftig noch auf etwa 9.100 abgebaut werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen – und das ist wichtig für unser Land – Planungssicherheit.

(Wolfgang Riemann, CDU: Eine neue Regierung!)

Wir brauchen insbesondere für die Menschen, die in der Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt sind, gute Rahmenbedingungen. Und da kann es nicht sein, dass man verschiedene Debatten führt. Ich kann es auch verstehen, wenn man sagt, wir überfordern unsere Krankenkassen. Natürlich sind naturgemäß die Krankenkassen erst einmal dagegen, dass man Erhöhungen vornimmt.

Aber lassen Sie mich auf einen Aspekt hinweisen, bevor ich in der Aussprache vielleicht noch einmal rede. Sozialversicherungsbeiträge sind im Bundesgebiet weitestgehend gleich. Für gleiche Leistungen muss angemessen vergütet werden. Es kann nicht sein, dass für einen Patienten, der hier in Mecklenburg-Vorpommern behandelt wird und gut behandelt wird, die Ärzte, die Krankenhäuser eine Vergütung erhalten – am Beispiel eines Blinddarmpa-

tienten, der keine Komplikationen hat –, die in Mecklenburg-Vorpommern um etwa 500 Euro geringer ausfällt als in Berlin oder in Bremen.

Meine Damen und Herren, das sind Einnahmeverluste, das sind Probleme, die wir bis zum Jahre 2009 lösen müssen. Deswegen bitten wir darum, dass auch Mecklenburg-Vorpommern der Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein beitrifft und dieses unterstützt unter dem Aspekt, dass wir wieder die Letzten in Deutschland sind bei der Bezahlung, bei der Qualität nicht, aber bei der Bezahlung. Herr Ministerpräsident sagt immer, wir sollen das Land nicht schlechtreden, aber so richtig gut ist es auch nicht und regiert ist es eigentlich auch nicht gut.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Ja nanu!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Leuchttürme, die Universitäten, wir brauchen die Krankenhäuser.

(Heinz Müller, SPD: Das mit der Mehrheit muss aufhören oder was? Haben wir die Diktatur der Minderheiten?)

Wir wollen etwas für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern tun und daher bitten wir um Unterstützung für diesen Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Rudolf Borchert von der Fraktion der SPD.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Gesundheits-experte. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Finanzpolitiker sind sehr flexibel

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD:
Außer Herrn Riemann.)

und sind durchaus in der Lage – ne, Herr Riemann –, sich auch mal zu anderen Themen zu positionieren,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

weil, und wir werden es auch bei diesem Thema gleich sehen, ja fast jedes Thema, ob es uns gefällt oder nicht, irgendwo mit Geld zu tun hat.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man ungeprüft und ohne kritisch zu hinterfragen einer Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein beitreten möchte, glaube ich, dann wäre es nicht gut. Wir sind alle gut beraten, Herr Glawe, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Materie so einfach nun auch wieder nicht ist und dass es durchaus nicht so ist, dass es im Bund oder in den Bundesländern eine Tendenz hin zum bundeseinheitlichen Basisfall gäbe. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in einer Probeabstimmung einer Unterkonferenz der Bundesgesundheitsministerkonferenz lediglich fünf Bundesländer bereit waren, dem Vorschlag von Schleswig-Holstein zu folgen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Und nun? – Wolfgang Riemann, CDU:
Wie hat sich Mecklenburg-Vorpommern
verhalten? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieses ist insofern wichtig zu wissen, um deutlich zu machen, da sind elf Bundesländer und durchaus auch Bundesländer mit geringen Landesbasisfallwerten, die sich ganz offensichtlich anders positionieren als Schleswig-Holstein.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zweitens macht es deutlich, dass die Erfolgsaussichten dieser Bundesratsinitiative als äußerst gering einzuschätzen sind.

Da dieses Thema ja nun wirklich nicht parteipolitisch zu besetzen ist, weil eine Reihe von CDU-Ländern überhaupt nicht daran denken, einen einheitlichen Bundesfallwert einzuführen, glaube ich, müssten wir schon ein bisschen einsteigen und kritisch hinterfragen, Herr Glawe, welche Gründe könnten denn möglicherweise gegen einen bundeseinheitlichen Basisfallwert sprechen. Es sind im Wesentlichen vier:

Als Erstes möchte ich deutlich sagen und irgendwelchen auch nur andeutungsweise bestehenden Befürchtungen entgegentreten, geringe Landesbasisfallwerte sind nicht gleichbedeutend mit geringen medizinischen Leistungen. Das ist eine ganz klare Bewertung und insofern darf man auch nicht die Illusion haben, dass man durch die Einführung von bundeseinheitlichen Basisfallwerten möglicherweise zu einer besseren medizinischen Versorgung kommt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im Gegenteil, in Mecklenburg-Vorpommern haben es unsere Krankenhäuser aufgrund hoher Effizienz geschafft, wirtschaftlich zu sein

(Egbert Liskow, CDU:
Auf Kosten der Mitarbeiter.)

und gleichzeitig einen hohen medizinischen Standard zu haben. Das können wir uns bei den Krankenhäusern vor Ort sicherlich ganz gut angucken.

Zweitens. Die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern schreiben keine roten Zahlen und im Gegensatz zu vielen anderen Branchen und vielen anderen Berufsgruppen sind die Löhne und Gehälter unserer Krankenhäuser durchschnittlich bei etwa 97 Prozent der Löhne und Gehälter in den westdeutschen Ländern. Mancher wäre froh, wenn er in seiner Berufsgruppe diesen Wert erreichen könnte.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Das heißt, wenn über einen höheren einheitlichen Bundesfallwert, so, wie Herr Glawe es möchte, mehr Geld kommen würde, würde es nicht notwendig und gleichbedeutend sein mit der Verbesserung der medizinischen Leistungen, auch nur relativ unbedeutend Einfluss haben auf Löhne und Gehälter, sondern es würde in erster Linie den privaten Krankenhausketten zugute kommen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau
das ist es. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen 60 bis 70 Prozent private Träger von Krankenhäusern, die

in der Regel ihren Stammsitz nicht in Mecklenburg-Vorpommern haben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und insofern sehe ich hier durchaus einen Zusammenhang zu sagen, mehr Geld ins Land Ja, aber die Frage muss gestattet sein, wo geht es hin und was wird mit diesem Geld gemacht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Drittens. Der Gesetzgeber hat seinerzeit ganz bewusst von einem bundesdurchschnittlichen Basisfallwert Abstand genommen – daran waren auch CDU-Politiker beteiligt, weil die Länder logischerweise einbezogen waren –, weil es sich in der Praxis bewährt hat, dass man aufgrund der unterschiedlichen Situation nicht nur in Ost und West, sondern auch in Nord und Süd die regionalen Besonderheiten in den Bundesländern berücksichtigt. Dieses ist mit Landesbasisfallwerten logischerweise viel besser zu realisieren.

Und ich komme zu einem vierten und letzten Punkt. Da ist Herr Glawe so leicht drüber hinweggegangen, da ging es nämlich wirklich um konkretes Geld. Der Antrag der CDU würde natürlich, das hat Herr Glawe ja auch zugestanden, bedeuten, dass die Kassen stärker belastet werden.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Erheblich, erheblich!)

Denn wenn ich davon ausgehe, dass Herr Glawe einen bundeseinheitlichen Basisfallwert haben will mit der Zielsetzung, insgesamt das Volumen zu erhöhen, würde das die Ausgaben der Kassen in entscheidendem Maße erhöhen. Das ist unstrittig. Für Mecklenburg-Vorpommern wären das circa 180 Millionen Euro. Das kann man auf den Bund hochrechnen. Da kommt eine erhebliche Summe zusammen, die nach vorsichtigen Schätzungen insgesamt dazu führen würde, dass Krankenkassenbeiträge um mindestens zwei Prozentpunkte erhöht werden müssten.

(Holger Friedrich, SPD: Um Gottes willen!)

Und das geht an die Adresse der Partei, die ja regelrecht als Fetisch die Senkung der Lohnnebenkosten vor sich herträgt. Herr Glawe, wie wollen Sie das zueinander bringen? Das funktioniert doch überhaupt nicht!

(Torsten Renz, CDU: Sagen Sie, haben Sie
eigentlich ein Feindbild? – Heiterkeit bei
Maika Friemann-Jennert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Das ist kein Feindbild, das ist eine sachliche Feststellung. Ich kann nicht einerseits immer wieder propagieren, wir brauchen eine Senkung der Lohnnebenkosten, um damit angeblich die Arbeitslosigkeit zu senken,

(Egbert Liskow, CDU: Also
die Löhne noch senken?!)

und gleichzeitig hier Vorschläge unterbreiten, die zu einer exorbitanten Erhöhung der Lohnnebenkosten über die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge führen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS und Heinz Müller, SPD –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einführung von bundeseinheitlichen Basisfallwerten ist also nur scheinbar im Interesse unseres Landes. Ich stelle fest, dass Herr Glawe und die Kolleginnen und die Kollegen der CDU dieses Thema leider nur sehr oberflächlich und eben nicht im Interesse unseres Landes bereit waren, etwas tiefgründiger zu bewerten.

(Egbert Liskow, CDU: Das kennen wir
von anderen gut, dass sie nur oberflächlich
arbeiten. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Bundeseinheitliche Basisfallwerte würden Versicherte und Unternehmen belasten, die Wirtschaft in unserem Land, und sie würden eben nicht die medizinische Versorgung verbessern. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion diesen Antrag der CDU ab. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Borchert.

Ums Wort hat jetzt gebeten die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung hat sich in den letzten Jahren außerordentlich stark gemacht für die Krankenhäuser des Landes. Wir haben uns für den Erhalt der Krankenhausstandorte eingesetzt, haben mit dem vierten Krankenhausplan, der vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2008 gilt, Planungssicherheit gegeben und wir haben einen sehr guten Stand mit 9.950 Betten und 352 Tagesklinikplätzen, die am 1. Januar 2005 in den Krankenhausplan aufgenommen wurden. Wir haben eine sehr hohe Auslastung. Sie liegt bei etwa 83 Prozent, erreicht also im Wesentlichen die Vorgabe. Und wir haben, das möchte ich noch einmal an dieser Stelle sagen, mit der Krankenhausplanung im wahrsten Sinne des Wortes eine Punktlandung hingelegt.

Sie erinnern sich, wir haben seit 1991 1,7 Milliarden Euro in die Sanierung, in die Rekonstruktion, in den Neubau unserer Krankenhäuser investiert. Und ich bin sehr froh, dass wir sagen können, das ist ja in dem laufenden Doppelhaushalt festgeschrieben, auch für Neustrelitz gibt es eine Perspektive.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Allein in den Jahren 2002 bis zum Jahr 2005 wurden 450 Millionen Euro im Krankenhausbereich investiert. In diesem Jahr werden es noch einmal 80,6 Millionen Euro sein.

Der gemeinsame Planungsprozess mit allen Planungsbeteiligten und den einzelnen Krankenhäusern unter Leitung meines Hauses hat sich bewährt. Der notwendige Strukturwandel im Krankenhauswesen ist gerade in Mecklenburg-Vorpommern sehr, sehr gut bewältigt worden. Wir haben eine Bettenziffer von 58 Betten je 10.000 Einwohner und eine Verweildauer von 7,9 Tagen. Wir liegen damit bundesweit im Vergleich an der Spitze, wenn es um eine effektive, eine in hoher Qualität gesicherte medizinische stationäre Versorgung unserer Bevölkerung geht.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist richtig.
Das habe ich auch gar nicht bestritten.)

Und all diese Veränderungen, Sie haben es angedeutet, Herr Glawe, haben sich in einem außerordentlich schwie-

rigen gesellschaftlichen Umfeld vollzogen. Ich will nur an die rückläufige Bevölkerung, also an das Demografieproblem, worüber wir schon des Öfteren gesprochen haben, erinnern.

(Egbert Liskow, CDU: Denken Sie immer daran!)

Ich will daran erinnern, dass sich gerade im Krankenhausbereich vieles vom stationären in den ambulanten Bereich verlagert hat infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bereich der Medizin.

Und ich will auch daran erinnern, dass es im Laufe dieser Jahre eine Veränderung im Finanzierungsbereich gegeben hat. Bis zur Einführung des DRG-Systems wurde ja im Krankenhausbereich auf der Grundlage der tagesgleichen Pflegesätze, das heißt auf der Basis realer Kosten zwischen den Leistungserbringern und den Kassen abgerechnet. Über Jahrzehnte hat sich dieses Kostendeckungsprinzip im Westen entwickelt und im Ergebnis zu einer hohen Ausdifferenzierung, also einer enormen Spannweite der realen Krankenhauskosten zwischen den einzelnen Ländern, aber auch innerhalb der Länder zwischen einzelnen Krankenhäusern geführt. Das Ergebnis waren immer weiter steigende Belastungen für die gesetzlichen Krankenversicherungen, das heißt also für die Versicherten, sodass die Gesellschaft, die Versicherten, aber eben auch der Gesetzgeber im Interesse der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler diese Entwicklung nicht hinnehmen konnten und hier Veränderungen erforderlich waren.

Mit dem Gesundheitsreformgesetz 2000 wurde der Anstoß zur Einführung eines anderen Abrechnungssystems, des Fallpauschalensystems, vorgenommen, wobei es im Kern darum geht, gleiche Leistung für gleiche Vergütung, also Leistungen in der Perspektive zunehmend nach den entstandenen tatsächlichen Kosten abzurechnen. Es war eine Überlebensfrage für unsere Krankenhäuser, aber eben auch für die gesetzlichen Krankenversicherungen, sich diesem Problem im Interesse der Finanzierbarkeit, im Interesse des Erhalts der Krankenhäuser als wichtige Elemente in unserem Gesundheitssystem zu stellen, Kosten zu optimieren und damit anzugleichen.

Nach und nach mussten oder müssen immer noch die kostendeckenden tagesgleichen Pflegesätze hin-, also umorientiert werden zu Fallpauschalen. Das erfordert ein straffes Kostenmanagement, eine Optimierung der Abläufe. Krankenhäuser bedürfen eines stringenten internen betriebswirtschaftlichen Arbeitens. Ich möchte sagen, die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern sind hier Schrittmacher und wir haben in den neuen Ländern, ich denke, allein wegen des gesellschaftlichen Wandels 1990, diesen Wechsel auch schneller vollzogen als viele Krankenhäuser in den alten Ländern. Es ergeben sich damit große Unterschiede zwischen den neuen Ländern und den alten Bundesländern.

Optimierung der Kosten, das heißt auch für den Bundesgesetzgeber von Anfang an mehr Transparenz, mehr Vergleichbarkeit bei den Entgelten. Herr Glawe, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, es ist einfach nicht nachvollziehbar, wenn es bei einer Blinddarmoperation Differenzen in den Entgelten zwischen mehreren Hundert Euro gibt. Damit musste aber auch umgegangen werden. Eine jahrzehntelange Entwicklung, die zu riesigen Unterschieden zwischen Kosten und Entgelten geführt hat, kann nicht innerhalb weniger Monate aufgehoben werden. In Mecklenburg-Vorpommern liegt nach einem mehrjährigen Anpassungsprozess der durchschnittliche Basisfallwert

im Jahr 2005 bei 2.585 Euro, ist damit im bundesweiten Vergleich am kostengünstigsten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Berlin hat einen von 2.999 Euro, das ist der höchste Landesbasisfallwert. Schleswig-Holstein, Thüringen und Brandenburg liegen etwa bei 2.600 Euro, also dicht bei. Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein haben relativ niedrige Basisfallwerte. Aber Länder wie das Saarland oder Hamburg liegen bei 2.900 Euro. Das ist die Differenzierung zwischen den Ländern, also zwischen 2.600, 2.900, 3.000 Euro. So, wie diese Differenzen schwanken, schwanken aber wie gesagt auch die Unterschiede innerhalb der Länder. 2.585 Euro für Mecklenburg-Vorpommern – dieser Wert setzt sich immerhin zusammen aus einer Spannweite von 2.055 Euro, niedrigster Basisfallwert für Boizenburg, und 3.417 Euro, der höchste Basisfallwert für Wismar.

Wegen dieser schwierigen Ausgangslage hat der Bundesgesetzgeber bei Erlass des Fallpauschalengesetzes 2002 es zunächst bei der Einführung von landesweiten Festsetzungen belassen und festgelegt, dass dieser Prozess schrittweise zu gestalten ist. In der damaligen Diskussion wurden auch bundeseinheitliche Fallpauschalen diskutiert. In der Begründung zum Gesetz heißt es: „Ziel auf mittlere Frist sind bundeseinheitliche Basisfallwerte. Im Hinblick auf die Auswirkungen für die Krankenhäuser und die regional organisierten Krankenkassen wird jedoch für die mit diesem Gesetz geregelte Übergangsphase bis Ende 2006 zunächst ein einheitliches DRG-Preisniveau auf Landesebene eingeführt.“ Ziel ist ganz klar auch hierbei gleiches Geld für gleiche Leistung. Das möchte ich noch einmal betonen.

Natürlich ist es möglich, diesen Prozess nun enorm zu beschleunigen. Wir haben das diskutiert mit den Krankenkassen und mit den Geschäftsführern der Krankenhäuser. Es wäre theoretisch denkbar, dass wir diesen Prozess beschleunigen, die Krankenhäuser mehr Geld erhalten, aber es müsste finanziert werden. Herr Borchert hat hier sehr ausführlich dargelegt, welche Konsequenzen das hätte, auch für die AOK Mecklenburg-Vorpommern. Krankenhäuser könnten auch in Berlin oder Hamburg mit ihren Pauschalen heruntergehen.

Wir wissen, was das bedeutet für Krankenhäuser, wenn sie weniger Geld erhalten. Ich bin schon dafür, wegen dieser über Jahrzehnte gewachsenen Schwierigkeiten den Prozess schrittweise zu gestalten, das heißt klares Kostenmanagement, die Finanzierbarkeit regeln über die gesetzlichen Krankenversicherungen. Da bin ich mir einig mit den Direktoren der Krankenhäuser. So etwas muss finanzierbar sein. Will ich einen Vorschlag einbringen, der Punkt A beinhaltet, muss ich auch die Konsequenzen mit auf den Tisch legen.

Die Vorgaben des Gesetzgebers, so, wie sie jetzt festgelegt sind, entsprechen dem Interesse der Krankenhäuser, dem Erhalt der Krankenhäuser. Sie sind im Interesse der Patientenversorgung. Was den Antrag der CDU-Fraktion anbelangt, möchte ich sagen, solange es keine Bundesratsinitiative gibt, kann ich ihr nicht beitreten. Uns geht es darum, die Interessen der Krankenhäuser des Landes zu sichern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch künftig möchte ich von dieser Stelle aus sagen, die Krankenhäuser des Landes haben unsere volle Unter-

stützung. Sie haben in der Vergangenheit diese Unterstützung gehabt und sie sind sich sicher, dass wir sie auch weiterhin unterstützen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Reden Sie doch mit Ihren schleswig-holsteinischen Kollegen, Frau Kollegin! Dann können Sie mit ihnen gemeinsam die Probleme besprechen.)

Es ist wichtig, dass die Krankenhäuser eine stabile, eine zukunftsfähige Perspektive haben.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Im System unserer gesundheitlichen Versorgung sind sie wichtige Zentren. Wir haben gestern darüber gesprochen im Zusammenhang mit der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, diese Unterstützung ist ihnen gewiss.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben doch ein Telefon. Sie können sie doch anrufen, Frau Ministerin. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und in diesem Sinne habe ich ganz klar eine kritische Haltung zu dem Antrag der CDU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion will mit ihrem Antrag erreichen, dass wir dem Anspruch Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern jetzt und auch in Zukunft gerecht werden. Das ist unser Anliegen, Herr Borchert.

(Heike Polzin, SPD: Das ist aber akausal. – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Aber damit in die Tasche der Versicherten greifen.)

Aber Sie haben ja schon versucht, den Antrag zu zerreden.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich würde bitten, sehen Sie sich doch den Antrag aus Schleswig-Holstein mal richtig an, Herr Borchert.

(Heike Polzin, SPD: Ich würde mal an Ihre Diskussion zum ersten Tagesordnungspunkt erinnern.)

Da steht ganz eindeutig drin: „Ziel muss dabei weiterhin eine Stabilisierung der Beiträge der Krankenversicherung bleiben.“

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist der Antrag von SPD und CDU aus Schleswig-Holstein. Da hat man genau darauf Bezug genommen.

(Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: Kleines Zauberkunststück! – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Es heißt nämlich nicht, dass wir den Landesbasisfallwert – das haben wir mit keinem Ton gesagt – unbedingt erhöhen wollen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das ist aber die Konsequenz, Herr Schubert.)

Wir wollen aber, dass er bundes...

Nein.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Wir wollen für gleiche Leistungen die gleiche Bezahlung. Das wollen wir und da muss man sicher angleichen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das wollen wir auch. Das wollen wir auch.)

Mit der Gesundheitsreform 2000 ist mit den Fallpauschalen ein neues Abrechnungssystem für die Krankenhäuser auf den Weg gebracht worden.

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Der Systemwechsel stellt im Bereich der Krankenhausfinanzierung einen Quantensprung dar. Durch die Fallpauschalen wird nun nicht mehr nach Liegezeit des Patienten vergütet, sondern nach der jeweiligen Behandlung. Für jede Diagnose wird eine feste Pauschale vergütet. Auf diese neue Finanzierung haben sich die 35 Krankenhäuser des Gesundheitslandes Mecklenburg-Vorpommern rechtzeitig eingestellt. Die durchschnittliche Verweildauer beträgt nunmehr sieben Tage. Das ist ein Spitzenwert im Vergleich zu anderen Bundesländern. Unsere Krankenhäuser arbeiten wirtschaftlich und effizient. Das kann keiner bestreiten.

(Beifall bei Wolfgang Riemann, CDU – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Leider wurde dieses Engagement durch den Systemwechsel der Krankenhausfinanzierung auf das Abrechnungssystem nach Fallpauschalen nicht honoriert. Das ist nämlich unser Ansatz.

(Beifall Rainer Pracht, CDU)

Es ist ungerecht, wenn die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund des durch Einsparungen erzielten niedrigen Landesbasisfallwertes weniger Geld für gleiche Leistungen erhalten als weniger wirtschaftliche Häuser anderer Bundesländer. Das ist der Ansatzpunkt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es, so ist es. – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. – Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Mecklenburg-Vorpommern hat den geringsten Landesbasisfallwert in der Bundesrepublik. Er beträgt 2.649,63 Euro, das wurde schon genannt. Berlin liegt 17 Prozent höher mit 3.085,81 Euro. Thüringen, Bayern und Saarland, auch diese Werte wurden schon genannt. Eine solche Differenzierung ist aus meiner Sicht nicht begründbar. Die Bundesländer Berlin und Mecklenburg-Vorpommern liegen mit ihren Krankenhäusern direkt beieinander und haben überschneidende Einzugsbereiche. Sowohl Berlin als auch Mecklenburg-Vorpommern haben große Krankenhäuser der Maximalversorgung und zahlreiche kleine Krankenhäuser der Grundversorgung.

Ferner kann man feststellen, dass im großen Freistaat Bayern auch kein Unterschied zwischen dem Klinikstandort München und den ländlich geprägten Regionen Franken, Ober- und Niederbayern oder Bayerisch Schwaben gemacht wird, obwohl es aus meiner Sicht hier angebracht wäre, zwischen den teuren Oberzentren und den einzelnen Bezirken dieses großen Flächenlandes zu differenzieren. So ist es auch nicht sinnvoll, die Höhe des Entgeltes lediglich an Landesgrenzen festzumachen, die mit

dem Einzug von Versorgungsbereichen der Krankenhäuser selten übereinstimmen.

Die derzeitige Rechtslage von landesweiten Basisfallwerten ist somit ein Wettbewerbsnachteil für die Krankenhäuser unseres Landes und ich glaube, als Landtagsabgeordnete sollten wir uns für unsere Landeskrankenhäuser einsetzen, die die geringsten Entgelte bekommen. Die Folge ist ein massiver Einnahmeausfall, der sich negativ auf die Krankenhauslandschaft, die Löhne und Gehälter der Beschäftigten in den Kliniken auswirkt. Der Ärztetourismus ist vorprogrammiert, und das ist auch ein Punkt, warum wir diesen bundeseinheitlichen Basisfallwert einführen wollen.

Meine verehrten Damen und Herren, Jutta Schümann, Mitglied der SPD-Fraktion des Landtages Schleswig-Holstein, hat Recht, wenn sie sagt: „Gleiche Preise für gleiche Leistungen in allen deutschen Krankenhäusern.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. –
Ministerin Sigrid Keler: Wir würden das
auch wollen. – Heinz Müller, SPD: Ja.)

Der Landesvorsitzende des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschlands e.V., Landesgruppe Schleswig-Holstein, Herr Lothar Obst, schreibt in einem Brief an seine Kolleginnen und Kollegen: „Den Kolleginnen und Kollegen unseres Partnerverbandes Mecklenburg-Vorpommern möchte ich den Vorschlag machen, eine ähnliche Initiative im politischen Raum zu ergreifen und in gleicher Weise einen Beschluss des Landtages zu erreichen. Wir haben jetzt den ersten Landtagsbeschluss in Deutschland. Darauf könnten wir aufbauen und so nacheinander die Landtage der Bundesländer für solche Beschlüsse gewinnen, die durch extrem niedrige Landesbasisfallwerte von dem jetzigen DRG-System stark benachteiligt sind.“ Das sollten wir aufgreifen und da sollten wir weitermachen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Schleswig-Holstein hat den drittniedrigsten Fallwert, Mecklenburg-Vorpommern den geringsten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Es ist deshalb für uns eine Pflicht, dass wir der Aufforderung von Herrn Obst nachkommen.

(Michael Ankermann, CDU: Ja.)

Es gibt jedoch noch andere Gründe, warum wir die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern auffordern sollten, sich der Initiative von Schleswig-Holstein anzuschließen. Folgende Gründe sprechen dafür: Die Sozialversicherungsbeiträge sind im Bundesgebiet gleich. Für gleichwertige Leistungen ist es angemessen, auch gleiche Vergütungen zu entrichten.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Sie sind nicht gleich.)

Bei deutlich schlechterer Vergütung in den einzelnen Bundesländern wird sich die Qualität der stationären Gesundheitsvorsorge in diesen Ländern im bundesweiten Vergleich auf Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Dies ist weder für die Patienten noch für das in den Krankenhäusern arbeitende Personal zumutbar. Es widerspricht auch dem Gebot gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Qualitätseinbußen würden gerade Mecklenburg-Vorpommern als Gesundheitsland besonders hart

treffen, da unser Bundesland die Gesundheitswirtschaft als Eckpfeiler seiner weiteren Entwicklung betrachtet.

Herr Koplin, ich möchte mal daran erinnern, es gab einen Brief von Herrn Gagzow an Frau Pau, Bundestagsabgeordnete Ihrer Partei, und wie sie darauf antwortet.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das ist die Bundestagsvizepräsidentin.)

Ja gut.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
So viel Zeit muss sein.)

Also sie schreibt: „Die zurzeit praktizierten Regelungen der unterschiedlichen Landesbasisfallwerte ist ein wesentlicher Kritikpunkt an den viel zu komplizierten Bestimmungen im Gesundheitswesen. Ich unterstütze eine bundesweit einheitliche Regelung.“

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU:
Und was machen Sie?!)

„auch in der Hoffnung, dass nicht nach unten novelliert wird.“

(Zuruf von Ministerin Dr. Marianne Linke)

Sie sagt sogar, es soll erhöht werden. Also dann würde ich sagen, schließen Sie sich dieser Initiative an,

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

denn Ihre Vizepräsidentin möchte das! – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schubert.

(Rudolf Borchert, SPD: Herr Schubert, warum
haben Sie denn nicht CDU-Politiker zitiert?)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss zugestehen, dass ich an diesem Antrag meine helle Freude hatte. Und ich habe natürlich gehaut, dass Sie auf diese Art und Weise versuchen glauben zu machen, dass die PDS-Abgeordnete im Bundestag das eine sagt und wir dann das andere sagen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Um deutlich zu machen, das Ziel haben wir auch:

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

gleiche Vergütung für gleiche Leistung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach?!)

Nur der Weg dahin ist ein anderer,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha!)

weil Sie versuchen, einen Webfehler, der im System liegt, durch eine Stellschraube zu beheben,

(Egbert Liskow, CDU:
Herr Koplin, nicht rausreden!)

und wir sagen, das System muss gewechselt werden.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Egbert Liskow, CDU: Nicht rausreden,
Herr Koplin! – Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, ja, ja! Warum hat der Teufel
seine Großmutter erschlagen?)

Das kann ich nicht beantworten, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil er
keine Ausrede mehr wusste. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich suche eine Antwort,

(Heinz Müller, SPD: Ja, in diesen Fragen
ist Herr Riemann sehr kompetent. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich suche eine Antwort auf Ihren Antrag in vier Punkten.
Einmal möchte ich zu Formalem reden, dann zu Kuriosem,
zu Absonderlichem und zu Alternativen.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das Formale: Ich bin Autoschlosser und kein Mediziner.
Also habe ich mich hingesetzt und habe mich gefragt, was
will uns die CDU mit diesem Antrag sagen.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich habe im Internet recherchiert. Unter dem Stichwort
„Basisfallwert“ oder „Landesbasisfallwert“ komme ich auf
eine Internetseite und als ich das dort lese, denke ich,
mensch, das hast du schon mal gelesen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich gucke in den CDU-Antrag und siehe da, original
www.hkgev.de.

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD,
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Sie haben abgeschrieben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja und?!)

Wer ist aber www.hkgev.de? Das ist die Hamburgische
Krankenhausgesellschaft, von der Sie abschreiben.

(Rudolf Borchert, SPD: Ach so? –
Heinz Müller, SPD: Ach! –
Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Ach nee!)

Nun muss man aber wissen, dass die Hamburgische
Krankenhausgesellschaft

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

ganz andere Interessen, ganz andere Interessen hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schlecht
recherchiert, Herr Kollege!)

Das ist nicht schlecht recherchiert. Das bringe ich Ihnen
im Anschluss an meine Rede bei.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die haben andere Interessen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Lach nicht zu früh!)

Die sind nämlich Kostentreiber im System. Und an der
Stelle sage ich, sie machen sich nicht zu Interessenvertre-
tern der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, sondern
zu Interessenvertretern von Kostentreibern und Konzer-
nen, die außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpom-
mern agieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Hört,
hört! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Zu Frau Pau komme ich noch. Wir sind gar nicht im
Widerspruch. Das sage ich noch.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Nun zu dem Kuriosen. Erst einmal klingt der Vorschlag
ja vernünftig. Warum sollte es nicht eine gleiche Vergü-
tung für die gleiche Leistung geben?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja
weil es von der CDU kommt.)

Aber an dieser Stelle muss man immer bedenken, alles
Handeln im Leben hat Konsequenzen. Auch wenn ich die
Basisfallwerte anhebe, hat das Konsequenzen, ganz kon-
kret für die Menschen in unserem Land, für die Versiche-
rten in der Bundesrepublik insgesamt. Und nun passiert
das Kuriose, das darin besteht, dass die CDU ihre eigene
Logik über den Haufen wirft.

(Egbert Liskow, CDU: Jetzt
kommt das alles rückwärts.)

Sie vertreten ja immer den Lohnnebenkostenfetisch.
Und die Logik wäre dann, wenn die Fallwerte steigen, stei-
gen die Ausgaben der Krankenkassen. Herr Borchert hat
das ja vorhin auch schon mal ausgeführt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie
Herrn Schubert nicht zugehört?! –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich will das noch mal vertiefen. Wenn die Ausgaben der
Krankenkassen steigen, steigen die Beiträge der Versi-
cherten, und das wiederum führt zu höheren Lohnneben-
kosten. Auch an dieser Stelle, wenn ich mal Ihrer Logik
folge, handeln Sie insofern gegen Ihre eigenen Interessen.
Das verstehe ich nun rein gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Rudolf Borchert, SPD: Das passt
überhaupt nicht zusammen.)

Und nun passiert Folgendes. Ich habe heute früh einen
Geschäftsführer eines Krankenhauses angerufen und er
hat gesagt, natürlich haben wir ein Interesse daran, dass
wir ordentliche Vergütungen finden. Aber an dieser Stelle,
muss ich sagen, läuft die CDU gegen die Auswirkungen
Ihrer eigenen Politik Sturm. Ich habe mir nämlich mal er-
klären lassen, wie es überhaupt zu den Landesbasisfall-
werten gekommen ist, welchen Weg alles genommen hat,
und musste erfahren, dass diese Basisfallwerte keine
reale Widerspiegelung der Kostensituation sind, sondern
sie reflektieren de facto historische Kosten. Das heißt, in
dem Moment, in dem die neuen Bundesländer mit dem
Abrechnungssystem faktisch konfrontiert worden sind,
haben sie in diesem System eine besondere Stellung
erhalten. Mecklenburg-Vorpommern ist verglichen wor-
den mit der Kostenstruktur in Schleswig-Holstein, deswe-

gen gibt es da eine Kopplung. Die Situation dort ist aber eine andere als bei uns.

(Wolfgang Riemann, CDU: Deswegen gibt es auch gemeinsame Interessen.)

Die Kostenermittlung hat ergeben, dass wir eine Situation haben wie 1992. Vor allen Dingen die Stadtstaaten – Preistreiber ist ja nicht Bayern –, und zwar die Stadtstaaten Hamburg und Berlin haben höhere Basisfallwerte und wir geringere.

(Egbert Liskow, CDU: Ach so?!)

Die Geschäftsführung des Krankenhauses, das ich angerufen habe, hat aber gesagt, den richtigen Schlag – wo auch immer hin – haben wir bekommen im kritischen Jahr 1996. Damals hat der Gesetzgeber die Leistung gekappt. Wir konnten also nicht mehr höher steigen und er hat mit der Deckelung angefangen, die wir im Übrigen auch beklagen. Wenn Sie heute diesen Antrag stellen, beklagen Sie die Auswirkungen Ihrer eigenen Politik aus dem Jahre 1996, wenn ich das mal sagen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Im Gegensatz zu Ihnen sind wir aber lernfähig.)

Sie sind lernfähig?

So, und jetzt Folgendes. Ich habe mir überlegt, jetzt müsste ja Folgendes passieren.

(Egbert Liskow, CDU: Unterstützen Sie uns!)

Wissen Sie, wenn reine Marktwirtschaft, Sie sind ja Verfechter der reinen Marktwirtschaft, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Der sozialen Marktwirtschaft oder noch besser der neuen sozialen Marktwirtschaft. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Okay. Der neuen, genau, der neuen sozialen Marktwirtschaft.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Jetzt passiert es, jetzt habe ich folgende Denklage aufgemacht und gesagt, wenn wir die geringeren Fallwerte haben, dann müssten doch zum Beispiel die Berliner ein Interesse haben, Busse zu chartern, um zur Entfernung des Blinddarms und so weiter hier nach Mecklenburg-Vorpommern zu fahren, denn die Krankenkassen in Berlin würden davon profitieren, würden ja weniger zahlen müssen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja gar nicht zulässig. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da ist mir gesagt worden in Berlin, wir haben daran gar kein Interesse. Wir haben eine Landeskinderregelung und haben ein Interesse, dass die Leute bei uns behandelt werden. Klar, Herr Schubert hat es ja selber gesagt, weil Vivantes Unterstützung erfahren muss. Wenn nämlich die Patienten hier behandelt werden, obwohl es billiger wäre, obwohl das auch ginge – da steht rechtlich nichts dagegen –,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Es gilt ja die freie Arztwahl.)

dann bleiben die auf der reinen Notfallversorgung sitzen. Das könnte dazu führen, dass ihre großen Kranken-

hauskonzerne wie Vivantes in Hamburg oder woanders krachen gehen, weil die regulären Behandlungen ausgelagert werden würden, in unser Bundesland kommen und sie auf teuren Fällen und Notfallbehandlungen sitzen bleiben würden. Die haben also gar kein Interesse, an der Stelle marktwirtschaftlich zu denken. Das führt bei mir zu dem Fazit – und insofern gebe ich Frau Pau recht –, wir wollen gleiche Vergütung für gleiche Leistung,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

aber dieser Webfehler kann in diesem System mit der jetzigen Systematik im Gesundheitswesen nicht geheilt werden. Es wäre ein anderes System notwendig.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Bernd Schubert, CDU)

Und jetzt komme ich mit einem Vorschlag, den Sie kennen. Wir plädieren für eine solidarische Bürgerversicherung: Erstens zahlen alle ein und alle Vermögenswerte werden herangezogen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch heute auch schon so. Das wird doch heute schon gemacht.)

Zweitens, dieser ganze Trouble mit den Kassen – eine Kasse reicht in diesem Land und drittens reicht dann auch ein Vergütungssystem.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Das klingt alles sehr seltsam für Sie, aber das ist eine mögliche Alternative.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wenn wir das hätten, dann würde es auch mit den Basiswerten klappen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Ums Wort gebeten hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Zuruf von der CDU: Nun erzähle ihnen mal was, Harry! –

Wolfgang Riemann, CDU: Im Gegensatz zu ihm bist du ja wenigstens noch ein Fachmann. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja eine Frechheit! – Zuruf aus dem Plenum: Er hat doch gesagt, er ist Autoschlosser. – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Dazu stehe ich auch. – Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bundeseinheitliche Entgelte für Krankenhäuser, dabei bleibe ich, müssen als Thema auf der Tagesordnung bleiben. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass wir im Jahre 2009 unsere Universitäten und unsere Krankenhäuser im Vergleich mit anderen Ländern wettbewerbsfähig halten. Und das ist die entscheidende Botschaft.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Herr Koplin, wenn Sie hier den Vergleich zwischen einem Auto als Ersatzteil und einem Menschen in der Versorgung machen, dann ist das weit daneben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das hat er doch gar nicht gemacht. –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Oi, oi, oi! –
Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Das kann man nicht tun, denn es geht ja um einen Versorgungsauftrag, den die Krankenhäuser erfüllen, und dieser Versorgungsauftrag wird vom Staat gegeben, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und angesichts der Frage, die Sie hier teilweise immer wieder vortragen, dass Sie jetzt private Krankenhäuser sozusagen geißeln oder zumindest infrage stellen, muss ich Ihnen sagen:

(Rudolf Borchert, SPD: Das
kann man nicht infrage stellen. –
Egbert Liskow, CDU: Rudi, hör zu!)

Unter Ihrer Regie von SPD und PDS sind in besonderer Weise in den letzten acht Jahren Privatisierungen in Größenordnungen durchgeführt worden.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist nicht wahr.)

Wir haben doch nur noch fünf Krankenhäuser, die in kommunalem Betrieb sind.

(Rudolf Borchert, SPD: Das waren
wohl in erster Linie CDU-Anträge.)

Das ist so. Entschuldigen Sie mal! Das hat unter der Federführung von SPD und PDS, unter deren Aufsicht in diesem Land stattgefunden. Da können Sie reden, wie Sie wollen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Die Aufsicht hat gar keine Einflussnahme
bei der Privatisierung kommunaler
Krankenhäuser. So viel zum Experten!)

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal auf die Ministerin eingehen. Die Ministerin hat richtig gesagt, dass wir im Rahmen der dualen Finanzierung Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro in den letzten Jahren in den Krankenhäusern vorgenommen haben. Man muss aber der Fairness halber sagen, dass 50 Prozent der Mittel durch den Bund bereitgestellt worden sind. Das hätten wir alleine nicht geschafft.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
40 Prozent von den Kommunen refinanziert.)

Meine Damen und Herren, ein Landesbasisfallwert, der dazu führt, dass es im Vergleich der Krankenhäuser passieren wird, dass die Universitäten in Schwierigkeiten kommen, kann nicht der Weg sein. Deswegen brauchen wir die Debatte, um bundeseinheitliche Entgelte zu schaffen. Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Kernkompetenz der Universitäten und die Regel- und Grundversorgung im Land, um insgesamt die Gesundheitsversorgung im Land auf hohem Niveau als Gesundheitsland Nummer eins voranzubringen. Das ist doch der Weg, den wir brauchen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Und da können wir nicht kleinkariert darüber diskutieren, ob wir nun 1 Milliarde Euro oder 1,2 Milliarden Euro für Gesundheit in den stationären Bereichen ausgeben. Das geben wir heute nämlich schon aus, Herr Borchert. Das sagen Sie nicht.

(Rudolf Borchert, SPD: Dann
brauchen wir ja nichts zu verändern.)

Auch die Krankenkassen machen untereinander zum Beispiel über RSA einen Ausgleich. Da fließt nämlich Geld von A nach B. Über diese Debatten muss man bei der jetzt anstehenden Gesundheitsreform zumindest noch diskutieren dürfen.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Mit Sachverstand diskutieren.)

Deswegen stellen wir diesen Antrag. Und wir stellen diesen Antrag, weil Schleswig-Holstein genau dieselben Probleme hat, die Mecklenburg-Vorpommern auch hat. Nur Sie geben diese Probleme im Vorfeld eines Wahlkampfes nicht zu. Das ist nämlich Ihr Leidensdruck, den Sie haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Genauso ist es. – Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Ein Letztes, Frau Ministerin.

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Es ist eben so, dass das, was Sie hier heute zum Thema gemacht haben, durchaus unterstützt wird durch die Krankenhausgesellschaft, durch den Landesverband der Krankenhausärzte, durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Krankenpflegepersonen und durch die Krankenhausdirektoren in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Rudolf Borchert, SPD: Haben Sie
die Krankenkassen auch gefragt?)

Und dieses Schreiben ist nicht nur uns zugegangen, dieses Schreiben ist auch der Ministerin zugegangen und dieses Schreiben ist auch der Bundesministerin für Gesundheit zugegangen. Also wir reden hier nicht davon, dass Sie das alles nicht wissen und dass Sie davon völlig überrascht sind, meine Damen und Herren. Ich kann in gewisser Weise verstehen, dass Sie die schützende Hand über die Krankenkassen halten wollen. Das ist schon richtig. Aber insgesamt, glaube ich, geht es hier um die Zukunftsfähigkeit unserer Krankenhauslandschaft und die Zukunftsfähigkeit der Universitäten

(Rudolf Borchert, SPD, und Ute Schildt, SPD:
Das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern.)

und letzten Endes um die medizinische Versorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau mit einer vernünftigen Qualität. Und Qualität kostet auch Geld, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Dann lasst uns mal
die Krankenkassenbeiträge erhöhen! –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Lasst uns
doch das Geld der Leute nehmen und verteilen!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Fühlen Sie sich wieder betroffen, Herr Riemann?)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2247.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat Sie wohl getroffen, Herr Ritter? – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ich kenne Sie ja. Ich weiß ja, dass Sie das nicht ehrlich meinen. – Wolfgang Riemann, CDU: Und ehrlich sind Sie!)

Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2247 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der Linkspartei.PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD – G-8-Gipfel, auf Drucksache 4/2251. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2271 vor.

**Antrag der Fraktionen
der Linkspartei.PDS und SPD:
G-8-Gipfel**

– **Drucksache 4/2251 –**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– **Drucksache 4/2271 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Barbara Borchardt von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr hatten wir, der Rechts- und Europaausschuss dieses Hohen Hauses, Gelegenheit, das Schottische Parlament zu besuchen und mit unterschiedlichen Ausschüssen ins Gespräch zu kommen. Dieser Besuch fand wenige Wochen vor dem G-8-Gipfel in Gleneagles statt. Mit Erstaunen nahmen wir, die Mitglieder des Ausschusses, und das fraktionsübergreifend, zur Kenntnis, dass das Schottische Parlament direkt, und zwar sehr frühzeitig, in die Vorbereitungsphase einbezogen wurde, ja, sich bewusst diesem Thema gewidmet hat.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie wir, wieder fraktionsübergreifend, uns vorgenommen hatten, uns diesem Thema im Landtag durch einen gemeinsamen Antrag zu stellen. Das Leuchten in vielen Augen meiner Kollegen sehe ich noch heute. Leider – und ich sage das ganz bewusst – ist aus diesem gemeinsamen Antrag nichts geworden. Wir haben aber als Landtag nicht nur einmal bestimmte Fragen zur Kenntnis nehmen müssen, weil sie eben stattfinden.

Nun ist es uns nach Wochen umfangreicher Diskussionen gelungen, einen entsprechenden gemeinsamen Antrag mit unserem Koalitionspartner auf die Tagesordnung zu setzen. Zugegeben, der Antrag ist in seinem Anliegen und seinen Forderungen überaus maßvoll. Er will im Prinzip lediglich bewirken, dass das Thema G-8-Gipfel auf die Tagesordnung kommt, bevor der Landtag für diese Legis-

latur seine Arbeit beendet. Er ist sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner.

Gewiss erwarten wir keine Beschlüsse in Richtung inhaltliche Position zum Gipfel, denn dazu sind die Auffassungen hier im Hause zu unterschiedlich. Im Übrigen hat das Land hierzu leider im Prinzip sowieso nichts zu sagen. Das unterscheidet uns wohl auch nicht oder kaum vom Schottischen Parlament. Im Gegenteil, auch das Schottische Parlament wurde nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen und, wie kann es anders sein, auch im Schottischen Parlament gab es unterschiedliche Auffassungen zu diesem weltpolitischen Ereignis. Und bei allem Für und Wider hat es sich das Schottische Parlament nicht nehmen lassen, die Regierung bezüglich der Vorbereitung des G-8-Gipfels in die Pflicht zu nehmen.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

So hat sich das Parlament darauf verständigt, dass die Regierung feststellen soll, welche Möglichkeiten die Regierung festgestellt hat, um den G-8-Gipfel und die Ratspräsidentschaft zu beeinflussen sowie von Ereignissen, abgesehen vom reinen Geschäftstourismus, zu profitieren. Der Ausschuss möchte zudem bestimmen, welche Bandbreite an Möglichkeiten für die Regierung besteht, auf einer nationalen Stufe über die Hauptschwerpunkte des Treffens hinaus, nämlich internationale Entwicklungshilfe und Klimawechsel, beizutragen.

Der Ausschuss möchte weiterhin Schritte herausarbeiten, welche die Exekutive zu unternehmen hat, sich auf den Gipfel vorzubereiten. Die Exekutive möchte ebenso die ökonomischen Gewinne des Gipfels für Schottland maximieren, nicht nur im Zeitraum des Gipfels selbst, sondern auch in den Folgejahren. Die Kosten des Polizeieinsatzes des Gipfels sowie alle mit dem Gipfel verbundenen Ereignisse wurden hinterfragt. Die Exekutive wurde aufgefordert, dem Parlament stabile und klare ökonomische Vorteile aufzuzeigen, welche man sich von der Ausrichtung des Gipfels erhofft. Die Regierung wurde beauftragt, dem Parlament die Nachbetrachtungsstudie des Gipfels zur Nachdiskussion und Bewertung zu übergeben. Empfohlen wurde der Regierung, die Agenda des Gipfels zum Thema „Afrika und Klimawandel“ zu nutzen, um die Bewusstseinswerdung für diese Probleme an Schulen in der höheren Bildung sowie unter der Bevölkerung Schottlands voranzutreiben.

Ich könnte hier fortfahren, bin aber fest davon überzeugt, dass die von mir aufgezeigten inhaltlichen Fragen deutlich machen, das Parlament hat Möglichkeiten, sich an den konkreten Fragen zu beteiligen, Fragen zu stellen und sich in diesen Gesamtprozess mit einzubringen.

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Nun zurück zu unserem Land. Wir stellen fest, wir haben bezüglich des Gipfels nichts zu sagen, aber dürfen auf jeden Fall zahlen. So war zunächst bekanntlich die Rede von 10 Millionen Euro, die wir vor allem für Sicherheit ausgeben sollen. Für die Bezahlung der Polizeikräfte aus den anderen Bundesländern sind, so hört man, 5,6 Millionen Euro vorgesehen. Man konnte inzwischen von der letzten Innenministerkonferenz in den Medien lesen und hören, dass der Bund die Geldtaschen zuhält und auch

die Länder die Zeche dieses Gipfels, jedenfalls was die Ausgaben für die Sicherheit betrifft, nicht mitzahlen möchten. Letzteres kann ich durchaus verstehen. Nicht verstehen kann ich aber, dass Mecklenburg-Vorpommern dafür bluten soll, dass es hierzulande Politiker gibt, die durchaus meinen, dass Mecklenburg-Vorpommern die Rolle des Lückenbüßers spielen soll. Das Vergnügen könnte uns teuer zu stehen kommen, denn die Kosten für Sicherheitsvorkehrungen werden inzwischen mit fast 45 Millionen Euro insgesamt angegeben. Niemand weiß, ob dies reicht. Es werden voraussichtlich allein 15.000 Polizisten zum Einsatz kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum denn? Das sind doch Ihre Leute. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Von anderen Kräften wollen wir in diesem Zusammenhang mal absehen, aber die sind natürlich auch vor Ort. Absperrungen und flächendeckende Videoüberwachung sind auch nicht billig. Kurzum, niemand kennt die realen Kosten, doch wenigstens hierüber möchten wir ein genaues Bild haben. Es hat doch wohl auch die Öffentlichkeit, denke ich, ein Recht darauf, reinen Wein eingeschenkt zu bekommen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

und dies vor allem auch deshalb, weil einige bereit sind, das Geld mit vollen Händen – mit Verlaub gesagt – zum Fenster rauszuwerfen.

(Egbert Liskow, CDU:
Ja, so, wie Sie das machen!)

Wenn sonst allenthalben und überall geknabbert und geknausert wird, hier sollen wir das Geld haben und darum werden im Haushalt gleich 10 Millionen Euro locker aus dem Ärmel geschüttelt. Ich muss schon sagen, mich wundert das sehr.

(Egbert Liskow, CDU: Sie sind doch in der Regierung. Sie haben doch den Haushalt beschlossen.)

Aber es entstehen ja nun nicht nur die Kosten für die Sicherheit, die man bei uns wohl gern übernehmen möchte, sondern auch für Speis und Trank sowie Logis für die großen Acht und deren Anhang. Ich bin mir sicher, dass auch das Kempinski Grand Hotel in Heiligendamm seine Preise kennt. Selbst wenn man den Großen ihre Sicherheit sowie Schmaus und Vergnügen im Kaiserbad Heiligendamm vielleicht gönnt, ist derzeit von einem Investitionsvolumen von 145 Millionen Euro die Rede. Und auch da sollten wir hinterfragen, wie hoch die wirklichen Kosten sind, wer das alles bezahlt, welche Zusagen Mecklenburg-Vorpommern bisher gemacht hat und, auch das will ich an dieser Stelle sagen, zu wessen Lasten diese Mittel bereitgestellt werden.

(Egbert Liskow, CDU: Das war ja schon Thema im Kabinett. –
Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Wir gehen davon aus, dass das Land die Mittel von den bestehenden Förderprogrammen nehmen wird.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich gehe natürlich schlicht und einfach davon aus, dass das Grundprinzip gilt: Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich habe nichts davon gehört, dass Mecklenburg-Vorpommern diese Veranstaltung bestellt hätte.

(Egbert Liskow, CDU: Die Musik macht Berlin, heute so, morgen so.)

Was die Musik betrifft, die freilich auch keiner bestellt hat,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

spielt sie bereits pausenlos bei der hiesigen CDU.

Nun werden wir angegriffen – und das erfolgt ja hier auch in den Zwischenrufen –, dass wir durch unsere Haltung zum G-8-Gipfel mit dazu beitragen,

(Egbert Liskow, CDU: Sie sind doch auch in der Regierungsverantwortung.)

dass die Kosten für die Sicherheit zu hoch sind.

(Harry Glawe, CDU: Sie sind doch staatstragende Regierungspartei.)

Ja, wir sind in der Regierungsverantwortung und dieser Antrag richtet sich mit Anforderungen an die Regierung. Und ich denke, das ist legitim,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

weil wir möchten, dass nicht nur wir als Koalitionsfraktionen mit in diesen Prozess einbezogen werden, sondern auch die Opposition. Aber Sie haben ja scheinbar kein Interesse daran. Das ist wieder sehr komisch.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie hätten auch die Möglichkeit gehabt, diesen Antrag zu stellen, Sie haben es nicht getan. Wieder das Gleiche, Sie rufen und rufen, es ist immer das Gleiche.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Das sollten Sie mal mit ins Kabinett reinbringen! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also noch mal:

(Harry Glawe, CDU: Das können Sie jeden Dienstag auf die Tagesordnung bringen.
Das sollten Sie endlich mal machen! –
Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Ja, wir werden von Ihnen angegriffen wegen unserer Haltung in Bezug auf den G-8-Gipfel. Ich sage Ihnen ganz bewusst: Wir als Partei stehen dazu!

(Rainer Prachtl, CDU: Wir werden sehen! Wir werden sehen!)

Und ich denke, es muss auch im Interesse der Demokratie möglich sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Fragen Sie mal Herrn Ritter!)

dass man sich zu einem G-8-Gipfel zu inhaltlichen politischen Fragen äußern kann. Das wurde in Schottland durchaus sehr bewusst unterstützt und wir kriegen das in Deutschland nicht hin, dass man, wenn es unterschiedliche Auffassungen gibt, sich demokratisch gemeinsam streiten muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben Ihnen nicht nur einmal gesagt, dass wir uns von Gewalt distanzieren.

(Harry Glawe, CDU: Sie schaden dem Ansehen dieses Landes und merken das nicht.)

Das haben wir immer deutlich gemacht. Und wer die Beratung in Rostock ganz deutlich verfolgt hat, wenn Sie da gewesen wären, hätten Sie mitbekommen, dass sich die Vereine und Verbände und die Globalisierungsgegner ganz deutlich gegen Gewalt ausgesprochen haben, was wir wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Wissen Sie, Sie mit Ihrem Glauben!

(Dr. Armin Jäger, CDU: So naiv kann man nicht sein!)

Ich glaube ganz fest daran, dass diejenigen, die sich inhaltlich in die Debatte zur Globalisierung einbringen wollen, hier bereit sind, inhaltlich zu diskutieren und Alternativen aufzuzeigen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

die Sie wohl nicht hören wollen. Das ist mir natürlich auch klar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bin fest davon überzeugt. Und wenn man ganz genau hinguckt, erkennt man, der G-8-Gipfel steht doch nicht nur aus Sicht der PDS in der Kritik. Schauen Sie sich doch an, durch welche Reihen es geht: durch die Kirchen, die hinterfragen, was ist denn aus den inhaltlichen Debatten nach den G-8-Gipfeln geworden, was ist denn zum Beispiel in Richtung der weiteren Entwicklung der Entwicklungsländer geworden und so weiter und so fort.

(Rudolf Borchert, SPD: Auch der Papst.)

Auch der Papst hat sich dazu geäußert.

Also wir sollten ganz deutlich sagen, wozu findet dieser G-8-Gipfel statt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und was wollen Sie jetzt mit diesem Antrag?)

Und was mir wichtig ist – wir haben gestern über Demokratie und über politische Bildung gesprochen –:

(Rudolf Borchert, SPD: Das passt.)

Es ist Gelegenheit, die unterschiedlichen Positionen zur Entwicklungspolitik, auch zum G-8-Gipfel zum Ausdruck zu bringen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sollten Sie.)

Und ich glaube, es wird Zeit, dass wir hier politische Aufklärung machen. Sie können sich gerne an diesem Diskussionsprozess beteiligen, aber dazu werden Sie sicherlich nicht bereit sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Warum haben Sie denn nicht einen anderen Antrag gestellt?)

Ich denke, dass wir gemeinsam Augenmaß und Sachlichkeit brauchen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dazu gehört als Allererstes eine ordentliche Information über die Kosten der Sicherheit, die Vor- und Nachteile dieses Gipfels. Die Befürworter des Gipfels mögen an ihm ihre helle Freude haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat die Regierung mit beschlossen.)

Ich muss ehrlich sagen, ich wäre froh, wenn das erst mal vorbei wäre. Ich hoffe allerdings, dass Mecklenburg-Vorpommern ein sehr guter Gastgeber ist, auch unter Berücksichtigung dessen, dass wir demokratische Spielregeln einhalten und die unterschiedlichen Auffassungen hier gemeinsam diskutieren. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Borchardt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Gipfeltreffen der führenden Wirtschaftsnationen der Welt einschließlich Russlands findet im Sommer 2007 in Heiligendamm statt. Mecklenburg-Vorpommern ist damit das erste ostdeutsche Bundesland, das Gelegenheit erhält, Gastgeber für ein so hochrangiges internationales Treffen zu sein, und das ist für unser Land eine große Ehre und Herausforderung zugleich.

(Beifall bei SPD und CDU)

Daraus ergibt sich für uns die Chance, Mecklenburg-Vorpommern als weltoffenes, gastfreundliches und modernes Bundesland national und vor allem international zu präsentieren, und diese Chance sollten wir auch nutzen.

(Beifall bei SPD und CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Sowohl die alte Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch die neue Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel waren beziehungsweise sind der Auffassung, mit Heiligendamm einen würdigen Austragungsort gefunden zu haben. Und das ist ein großer Vertrauensbeweis,

(Beifall bei SPD und CDU)

denn die Organisation eines solchen Ereignisses bedarf erheblicher Anstrengungen, auch aufseiten des Landes. Land und Bund arbeiten daher Hand in Hand. Auch bei den derzeitigen Verhandlungen zu den Kostenfragen hat sich der Bund bislang als vernünftiger Partner erwiesen. Doch wir zählen nicht nur auf die Solidarität des Bundes, sondern auch auf die Solidarität und Unterstützung der anderen Bundesländer,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

denn die Ausrichtung eines Weltwirtschaftsgipfels ist eine nationale Herausforderung und dieser Herausfor-

derung müssen wir uns in Deutschland gemeinsam stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, mit dem Weltwirtschaftsgipfel 2007 in Heiligendamm wird Mecklenburg-Vorpommern für kurze Zeit im internationalen Rampenlicht stehen. Das Land wird weltweit auf der internationalen Landkarte auftauchen. Es gibt viele Regionen auf der Welt, die vom Bekanntheitsgrad gegenüber Mecklenburg-Vorpommern im Vorteil sind. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt jede Chance nutzen, um für uns zu werben, und der Gipfel bietet dazu eine exzellente Gelegenheit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Unsere Wirtschaft, vor allem der Tourismus, kann Werbung gut gebrauchen. Seit Jahren sind wir als Tourismusland außerordentlich erfolgreich. Doch wenn wir weiter wachsen wollen, dann brauchen wir vor allem noch mehr internationale Gäste. Mit unserer tausendjährigen Kultur und Geschichte, der herrlichen Bäderarchitektur, der Backsteingotik haben wir eine Menge zu bieten und darüber hinaus noch viel frische Luft und eine herrliche Natur.

(Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Richtig.)

Dass der Weltwirtschaftsgipfel in der weißen Stadt am Meer die Geschichte und Gegenwart auf faszinierende Weise verkörpert, ist eine Riesenchance, um international noch bekannter zu werden, nicht nur als Tagungsort, auch als Kulturland, als Gesundheits- und Wellnessland und Adresse für Investoren. Bereits in den 20er Jahren galt es als ein gesellschaftliches Muss, zur Sommerfrische nach Heiligendamm zu fahren.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und nach Heringsdorf.)

An diese alte Tradition wollen wir heute für das gesamte Land wieder anknüpfen. In Mecklenburg-Vorpommern kann man nicht nur da arbeiten, wo andere Urlaub machen, man kann auch einfach nur Urlaub machen. „MV tut gut.“, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber ich will es nicht verschweigen: Natürlich bringt ein solcher Gipfel neben den genannten Vorteilen auch Belastungen mit sich, vor allem für die Bürgerinnen und Bürger in der Umgebung von Heiligendamm. Doch lassen Sie mich Ihnen versichern, Land und Bund bemühen sich nach allen Kräften, die Belastungen für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Für die Gestaltung und Vorbereitung des Gipfels werden vom Land und vom Bund regionale Firmen eingebunden. Das, glaube ich, erhöht die Akzeptanz bei der Bevölkerung, das nützt der Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Das ist gut für den Standort Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, wann immer eine große Sache ansteht – das gilt nicht nur für diesen Bereich –, gibt es Befürworter und natürlich auch Gegner. So war es bei den Gipfeltreffen in der Vergangenheit und so ist es auch im Vorfeld des Gipfeltreffens 2007 in Heiligendamm. Unsere Demokratie, meine Damen und Herren, ermöglicht die freie Meinungsäußerung. Das ist gut so. Schließlich mussten wir lange genug darauf verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Linkspartei.PDS und einzelnen
Abgeordneten der CDU)

Den friedlichen Gipfelgegnern – ich betone, den friedlichen – werden wir mit Respekt begegnen. Aber jeder extremistischen und gewalttätigen Ausschreitung werden wir genauso entschieden entgegentreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen
Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Gewalttäter und Extremisten haben in Mecklenburg-Vorpommern keinen Platz!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen
Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, wir wollen gute Gastgeber sein. Der Weltwirtschaftsgipfel 2007 soll zum Erfolg werden. Lassen Sie uns gemeinsam unseren Beitrag dazu leisten!

Nun vielleicht noch ein paar Bemerkungen zum Antrag der Fraktion der CDU. Meiner Meinung nach, Kollege Jäger, ist dieser Antrag überflüssig. Wir arbeiten vertrauensvoll mit dem Bund zusammen, haben auch eine klare Position gegenüber gewalttätigen Gegnern dieses Gipfels. Die habe ich hier sehr deutlich gemacht. Gut, man kann darüber streiten, ob dieser Antrag in alle Ausschüsse oder nur in den Rechts- und Europaausschuss überwiesen werden soll. Hier glaube ich aber, dass wir bei der bisherigen Praxis bleiben sollten, sodass ich Ihren Antrag eigentlich für überflüssig erachte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Dr. Jäger.

(Reinhard Dankert, SPD:
Jetzt zieht er den Antrag zurück.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident! Eigentlich, da haben Sie recht, müsste ein solcher Antrag, wie wir ihn gestellt haben, überflüssig sein.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Aber nach der Rede von Frau Kollegin Borchardt weiß man sehr deutlich, dass dieser Antrag erforderlich ist, und zwar aus mehreren Gründen:

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Wir können stolz sein.)

Erstens. Frau Kollegin Borchardt hat gesagt, das sei der kleinste gemeinsame Nenner, den man gefunden habe. Und wenn man sich den Antrag anguckt, dann ist das noch sehr freundlich ausgedrückt, denn der größte Teil des Antrags ist vorne in der Einführung, was auch immer das bedeuten soll. Und dann steht: „Der Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, den Rechts- und Europaausschuss des Landtages regelmäßig über den Vorbereitungsstand zu informieren.“ Wozu brauchen wir eigentlich solche Anträge, meine Damen und Herren? Das ist doch ganz normal,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das ist es ja gerade. Das sollte man meinen.)

dass der Rechts- und Europaausschuss auch im Selbstbefassungsrecht die Landesregierung auffordert zu informieren. Meine Damen und Herren, dahinter steht ein ganz anderes Problem.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Herr Ministerpräsident, ich habe gegen alles, was Sie gesagt haben, überhaupt nichts einzuwenden. Ganz im Gegenteil, ich bin sehr einverstanden mit Ihrer Bewertung dieses Gipfels.

(Rudolf Borchert, SPD: Inklusive der
Bewertung der friedlichen Gipfelgegner.)

Inklusive der Bewertung der friedlichen Gipfelgegner.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Zum Beispiel Attac.)

Ich denke, darüber sollten wir uns als Demokraten einig sein.

(Rudolf Borchert, SPD: Weil
bei Ihnen was anderes steht.)

Was bei mir steht, lieber Herr Kollege, können Sie allenfalls aus irgendeinem Vorabdruck haben. Was ich zu sagen habe, werde ich hier sagen, lieber Herr Kollege.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: In
Ihrer Rede steht „Attac“ und Attac
ist ein friedlicher Gipfelgegner.)

Lieber Herr Kollege Ritter, Sie haben da sicher eingehendere Kenntnisse als ich, weil Sie ja die Gegendemonstrationen vorbereiten. Sie sollten sich eigentlich schämen, lieber Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Da
denke ich gar nicht dran, Herr Kollege.)

Das, was Sie hier tun, ist ein doppeltes Spiel und Sie schaden den Interessen dieses Landes, indem Sie die extremistischen Gewalttäter auch noch ermuntern. Das ist es.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Bitte wiederholen Sie noch mal, dass
Attac extremistisch ist. Das möchte
ich fürs Protokoll noch mal haben.)

Was immer Sie im Protokoll haben, das interessiert in diesem Hause zum Glück keinen mehr, Herr Ritter.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Der Demo-
krat Dr. Jäger! – Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Sie haben sich abgewertet. Sie sind jemand, der den Interessen des Landes schadet, weil Ihnen der Gipfel nicht passt. Das passt in Ihre Ideologie nicht hinein.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja, ja, ja!)

Sie haben das eben bis heute noch nicht verinnerlicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ob Ihnen
das passt oder nicht, wir machen das trotzdem.)

Regen Sie sich doch nicht auf! Regen Sie sich doch nicht auf! Wenn Sie das wirklich ehrlich, ganz ehrlich meinen,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Peter Ritter ist ehrlich!)

wenn Sie das ehrlich meinen würden, was Sie hier mit Zwischenrufen uns weismachen wollen,

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

dann würden Sie sich nicht in der Art und Weise darüber beschweren, dass Sie nur aus der Zeitung erfahren haben, welche taktischen Vorkehrungen die Polizei trifft.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Über
das Sicherheitskonzept reden wir heute noch.)

Meine Damen und Herren, da drängt sich schon der Verdacht auf, dass manche Leute die Ausschüsse des Landtages dazu missbrauchen wollen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

dass sie Erkenntnisse bekommen, um sie dann an die Chaoten weiterzugeben.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Unerhört! Unerhört!)

Und genau das, Herr Ritter, genau den Eindruck habe ich von Ihnen. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Unruhe bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Wie ist das mit
dem Sicherheitskonzept für die Fußball-WM? –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Sie widersprechen sich doch selbst.)

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass der Landtag sich sehr wohl mit dem G-8-Gipfel befassen sollte. Natürlich. Deswegen haben wir ja Ihrem Antrag etwas Fleisch hinzugefügt, Frau Borchardt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Das ist dann nicht mehr der kleinste gemeinsame Nenner, sondern da ist dann ein Inhalt drin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das ist ja sehr dürrig! –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Den haben Sie ja auch sehr frühzeitig gestellt.)

Es macht nämlich sehr viel Sinn, dass man zunächst einmal die Haltung des Landtages zu diesem Gipfel formuliert, so, wie es der Ministerpräsident hier gesagt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dem können wir, Herr Ministerpräsident, ohne Einschränkungen zustimmen. Da haben Sie sicher die gesamte Fraktion der CDU hinter sich. Ich hätte aber wirklich gerne, dass sich die Ausschüsse damit befassen, die eine besondere Fachkunde einbringen könnten. Das ist zum Beispiel auch der Wirtschaftsausschuss.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das hätte er schon längst machen können im
Selbstbefassungsrecht. Wer ist denn Ausschuss-
vorsitzender?! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Und auch der Innenausschuss.)

Ja, ja.

Wenn Sie nur den Rechts- und Europaausschuss haben wollen, dann ist diese Auswahl doch sehr zufällig. Wieso, Frau Borchardt, sollen nicht die Kollegen, die sich im Bereich der wirtschaftlichen Fragen stärker spezialisiert haben, mitreden über Inhalte? Und wieso sollen eigentlich die Kollegen aus dem Innenausschuss ausgeschlossen werden?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr richtig.)

Der Innenminister ist hier in einem sehr hohen Maße gefordert.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Und der PUA auch.)

Das qualifiziert Sie richtig, Herr Körner, dass der PUA sich auch damit befasst.

(Heiterkeit bei
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Aber
das steht doch hier, das steht doch hier! Die
Ausschüsse, das haben Sie doch geschrieben!)

Okay, ab und zu braucht man einmal einen richtig sachlichen Hinweis aus dem Plenum, Herr Kollege Körner, das können Sie immer so schön.

(Rudolf Borchert, SPD: Alle Ausschüsse?
Alle Ausschüsse? – Angelika Peters, SPD:
Alle Ausschüsse steht hier!)

Ja, natürlich alle.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Der Untersuchungsausschuss auch.)

Entschuldigung, wir haben bisher immer bei Gesetzesvorhaben auch die Ausschüsse beteiligt. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Wollen Sie sich nicht damit befassen? Das war ja das einzig Richtige an dem, was Frau Kollegin Borchardt gesagt hat. Es ist ein Ereignis, mit dem wir uns auch als Landtag befassen wollen. Und da bin ich genau auf Ihrer Seite. Sie haben sich nur nicht mit Inhalten durchsetzen können, aber die wollten wir nachliefern.

Noch einmal zur Sache.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das hätten Sie ja vorher beantragen können. –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Wieso? Das haben wir doch, denn der Änderungsantrag liegt Ihnen doch vor. Sie haben ihn ja zitiert, dafür bin ich Ihnen sehr dankbar.

Aber noch einmal zurück. Ich finde es bedauerlich, dass es zumindest eine Kraft in diesem Landtag gibt, die noch nicht verstanden hat, dass wir eine Einladung an die ganze Welt aussprechen, wenn eine solche Konferenz zu uns kommen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Die ganze
Welt?! Die reiche Welt, die reiche Welt. – Zuruf
von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ja, die ganze Welt. Ihre ideologischen Scheuklappen sollten Sie einmal, wenn es um Interessen des Landes geht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der PDS, zur Seite legen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das ist die Realität, Herr Dr. Jäger. –
Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sie sollten daran denken, dass wir uns alle einmal verpflichtet haben, jedenfalls haben Sie das auch einmal behauptet, für dieses Land etwas zu tun.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Sie sollten aufhören mit Ihren Bedenkensträgerien, denn Ihr Antrag geht einfach in die falsche Richtung. Die Chancen, die dieses Land bekommt, die sollten wir erst einmal bejahen, dann macht es auch Sinn, dass wir uns damit inhaltlich befassen. Aber zunächst sollten wir sagen: Herzlich willkommen, das ist gut so.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Ein Land, das sehr stark vom Tourismus lebt – und das hat der Ministerpräsident zutreffend gesagt, das kann man nicht besser sagen, deswegen kann ich einen Teil meiner Rede einfach weglassen –, das ist darauf angewiesen, dass es auch große Ereignisse bekannt machen. Und stundenlange Fernsehzeiten weltweit, die können wir uns gar nicht leisten, aber die bekommen wir auf diese Weise. Was wir tun müssen, ist ganz einfach: Wir sollten das tun, was wir eigentlich ganz gut können, nämlich gute Gastgeber sein. Und das werden wir auch gemeinsam tun.

Meine Damen und Herren, wenn Sie immer und bei jeder Gelegenheit Bedenken vor sich hertragen, dann wird dieses Land nicht vorankommen. Wenn Sie es aus ideologischen Gründen tun, halte ich das für bösartig dem Land gegenüber. Sie sollten ihre Vorurteile endlich überwinden! Sie sollten angekommen sein in einer Welt, in der Demokratie und parlamentarische Auseinandersetzung auch offen geführt werden!

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das sollte so sein.)

Ich bin überhaupt nicht dagegen, dass Gegner dieser Großveranstaltung von ihrem Demonstrationsrecht in diesem Lande Gebrauch machen.

(Rudolf Borchert, SPD: Wie großzügig!)

Dazu kann man nur einladen. Das gibt diese Verfassung Gott sei Dank her.

Aber, meine Damen und Herren, und da wiederhole ich gerne, was der Ministerpräsident gesagt hat: Chaoten, gewaltbereite Chaoten haben bei solchen Veranstaltungen nun wirklich nichts zu suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Sie, meine Damen und Herren von der PDS, sollten aufhören mit Ihrem Gerede,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Selbstverständlich.)

nicht nur das gesamte Potenzial der Bundesrepublik, sondern auch aus dem europäischen Ausland hierher einzuladen, um Randalen zu machen. Das ist unverantwortlich, was Sie hier treiben!

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Sagen Sie doch mal, was Sie wirklich meinen!)

Ein Zweites. Ich finde es schade, dass Sie hier den Eindruck erwecken, dass unsere Landespolizei nicht in der Lage sei, ein solches Ereignis aus polizeilicher Sicht zu bewältigen. Richtig ist, ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das haben wir überhaupt nicht gesagt.
Das ist eine Frechheit!)

Entschuldigung.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wer hat denn das gesagt?!)

Frau Gramkow, wer das gesagt hat? Ihr Landesvorsitzender will unbedingt wissen,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das ist eine Unterstellung!)

wo die entsprechenden Verstärkungskräfte untergebracht werden.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Recht hat er, weil nämlich die Polizisten es auf ihrem Rücken austragen in diesem Land. – Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich finde das richtig niedlich, dass Sie sich jetzt sogar noch um die Polizeibeamten aus den anderen Bundesländern einen Kopf machen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Natürlich! – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Hätten Sie sich einmal um unsere Polizeibeamten einen Kopf gemacht und sie dabei unterstützt, dass sie nicht Stellen ...

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Sind die weniger wert als unsere eigenen? Das ist aber komisch. Hierfür habe ich kein Verständnis. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wir machen uns überhaupt einen Kopf um unsere Polizeibeamten. – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Es macht ja richtig Spaß, Ihnen zuzuhören.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Ja?!)

So einen vielstimmigen Chor von Unzulänglichkeiten,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

das macht richtig Spaß.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sagen Sie überhaupt noch mal was Inhaltliches?)

Sie lassen mich doch gar nicht dazu kommen! Sie haben eine solche Angst davor,

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

dass man Ihnen endlich mal die Maske vom Gesicht nimmt,

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der CDU – Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

dass Sie nur Randalie in diesem Land wollen, dass Sie dieses Land nicht so wollen, wie es sich entwickelt. Und wenn das Land einmal eine Chance hat, dann sind Sie bei

denen, die dagegen nicht nur demonstrieren, Sie organisieren den Widerstand!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, was ich nicht verstehe, ist Folgendes: Es soll ja in diesem Lande noch ein Kabinett geben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Und wenn das so ist, dann hat der Ministerpräsident uns sicher die Wahrheit in der letzten Sitzung gesagt, dass alle Minister, auch die der PDS, dem Gipfel und den Vorbereitungen zugestimmt haben. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Was soll das denn jetzt, was Frau Borchardt hier vorgetragen hat? Macht es Sinn, dass die einen so reden und die anderen so? Beenden Sie den vielstimmigen Gesang! Versuchen Sie hinzukommen zu einer freundlichen Einladung, wie Sie sie hier ausgesprochen haben! Unsere Bitte ist, dass Sie unserem Antrag zustimmen, dann haben wir wenigstens eine Grundvoraussetzung, die wir gemeinsam machen. – Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krumbholz von der Fraktion der SPD.

Bodo Krumbholz, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Bedeutung des G-8-Gipfels im Jahre 2007, über die Chancen für den Tourismus und über die Belastungen für die Bevölkerung hat der Ministerpräsident Ausführungen gemacht. Deswegen möchte ich mich hier darauf beschränken, zum Antrag selbst etwas zu sagen.

Der Antrag lautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, den Rechts- und Europaausschuss des Landtages regelmäßig über den Vorbereitungsstand zu informieren.“ Die Kollegin Borchardt sagte bereits, das war der kleinste gemeinsame Nenner. Kollege Dr. Jäger, ich muss Ihnen recht geben, was Sie vorhin zum kleinsten gemeinsamen Nenner gesagt haben. Nur der guten Ordnung halber muss ich erwähnen, dass die Landesregierung bisher auch schon ohne diesen Antrag den Rechts- und Europaausschuss informiert hat. Es gab eine Sitzung am 08.09.2005, die 64. Sitzung des Ausschusses, bei der die Staatskanzlei anwesend war, mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, die uns über den damaligen Stand der Vorbereitungen unterrichtet haben.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das war dürrtig genug.)

Das war dürrtig genug, natürlich, Kollege Ritter. Man muss einmal eines bedenken, es gibt eine einzige Tatsache, und zwar dass Deutschland den Gipfel 2007 ausgerichtet. Das ist die einzige Tatsache! Da gibt es einen Arbeitstitel, der heißt

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Deutschland.)

Heiligendamm.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und irgendwann im Juni vor dem Gipfel jetzt in Sankt Petersburg wird erwartet, dass die Bundeskanzlerin Frau Merkel offiziell bekannt gibt, dass der nächste Gipfel 2007

in Heiligendamm durchgeführt wird. Das ist bisher offiziell durch die Bundesregierung noch nicht bekannt gegeben worden. Demzufolge sind natürlich die Informationen dürftig, denn bis jetzt gibt es nur die Arbeitsebene. Die Planungsebene geht nachher los, und zwar in dem Augenblick, wenn Heiligendamm offiziell bekannt gegeben wird. So ist es nun einmal.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Erst dann wird über konkrete Fragen der Kostenverteilung et cetera diskutiert und erst dann kann man darüber sprechen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das ist doch beschlossene Sache, das weiß er doch ganz genau!)

Das spielt keine Rolle dabei.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das war aber überzeugend vorgetragen hier von Ihnen.)

Ja, natürlich.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Jetzt habe ich natürlich einmal eine Frage zu der technischen Umsetzung dieses Antrages. Ich rede jetzt über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Rechts- und Europaausschuss regelmäßig zu berichten. Ich muss hierzu sagen, ich war mit der Staatskanzlei stetig in Kontakt. Ich habe alle vier Wochen angefragt, ob es neue wesentliche Erkenntnisse gibt. Nein, die gab es nicht. Das habe ich eben ausgeführt, weil es bis jetzt noch nicht offiziell bekannt gegeben wurde. Ich habe mit der technischen Umsetzung meine Probleme, weil wir kurz vor dem Ende der Wahlperiode stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Zweifel am Antrag?)

Wir haben als Ausschuss noch zwei reguläre Sitzungen. Die eine Sitzung wird sich mit dem polnischen Nachbarn befassen, das heißt, sie wird gar nicht in Schwerin stattfinden, und dann haben wir die allerletzte reguläre Sitzung Ende Juni. Nach dieser Sitzung stellen wir die politische Arbeit im Ausschuss ein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist ja noch nicht raus. –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Also
nichts vorzeitig verabschieden! – Zuruf
von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Ich weiß nicht, ob es viel Sinn macht, wenn man auf der allerletzten Sitzung noch einen Bericht bekommt, aber das sei dahingestellt. Ich denke, dass ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dann
beantragen wir eine Sondersitzung. Es sollte doch
möglich sein, darüber informiert zu werden. –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Natürlich, wenn es wesentliche Informationen gibt.

(Reinhard Dankert, SPD: Das machen
wir in der regulären Sitzung.)

Ich glaube, dass er dahingehend gerichtet ist, dass die nächste Landesregierung den nächsten Rechts- und Euro-

paausschuss – wie das Konstrukt dann heißt, das weiß ich nicht, das vermag ich nicht zu sagen – unterrichten soll.

Jetzt zum Antrag der Fraktion der CDU. Ich habe mich gewundert, warum der erst heute Morgen, eine halbe Stunde bevor wir beginnen, kommt. Ich habe ihn mir durchgelesen, denn einige Passagen davon kannte ich. Ich weiß auch nicht, woher. Ich habe mir einmal die Pressemitteilung des Ministerpräsidenten vom gestrigen Tage genommen, in der stand: „Ausrichtung des G8-Gipfels ist eine nationale Angelegenheit“,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

da fand ich Worte wie „herausragendes weltpolitisches Ereignis“, „eine Ehre“, „Imagegewinn“ und „ausschließlich als Chance für unser Land“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir
unterstützen den Minister.)

Ja, das ist doch schön,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

dass Sie einen Änderungsantrag aus der Pressemitteilung des Ministerpräsidenten heraus anfertigt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Warum soll ich
hier etwas anderes beantragen, wenn es
so gut formuliert ist? Hier hat es der
Ministerpräsident gut formuliert.)

Ich wollte Sie jetzt nicht unterbrechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, toll!)

Das war so schön, was Sie gesagt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie haben vorhin gesagt, dass das in alle Ausschüsse rein soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich habe damit meine Probleme, dass das in alle Ausschüsse rein soll. Es mag den Wirtschaftsausschuss bestimmt betreffen, es mag den Innenausschuss bestimmt betreffen. Aber ob Herr Koplin im Sozialausschuss nun wirklich tangiert ist, ob der Petitionsausschuss tangiert ist,

(Holger Friedrich, SPD: Ja, wir
werden noch Petitionen bekommen. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

ob die Bildungsleute tangiert sind?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Wobei ich sagen muss, dass wir als Rechts- und Europaausschuss auch schon gemeinsame Anhörungen mit dem Wirtschaftsausschuss,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

wenn er tangiert war, gemacht haben,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Wir
wollen mal die soziale Frage beleuchten.)

das lief alles sehr unproblematisch. Auf jeden Fall ist die Formulierung „in alle Ausschüsse“ ein bisschen fehlgefallen. Deshalb seien Sie uns nicht böse, aber wir wollen diesen Änderungsantrag so nicht annehmen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Lustig.
Ja, das verstehe ich.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Krumbholz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Jäger, ich kann Ihre Aufgeregtheit ja verstehen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso aufgeregt? Ich bin gar nicht aufgeregt.)

aber eines müssen Sie mir heute im Laufe des Tages noch einmal erklären, und zwar, warum Sie sich darüber aufregen, dass wir Informationen über die Vorbereitung des G-8-Gipfels abfordern

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ist verdächtig bei Ihnen. Bei Ihnen ist das sehr verdächtig.)

und meinen,

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Generalverdacht.)

dass wir uns mit diesen Informationen in die von Ihnen bezeichneten verdächtigen Kreise einschleichen würden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das nehme ich an.)

Zum anderen stellen Sie heute einen Antrag, wo Sie die Landesregierung auffordern, ein Sicherheitskonzept für die Fußball-WM öffentlich zu machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

In welche Kreise wollen Sie denn hinein, Herr Dr. Jäger?

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Da sind wir zum
Glück unverdächtig. – Zuruf von
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht haben Sie ja von vielen Sachen Ahnung, aber vom Fußball weniger. Aber das ist nicht das Thema.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es legitim, über die Politik von G 8 zu diskutieren? Ist es legitim, gegen die Politik von G 8 zu protestieren?

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Zweimal Ja.)

Nach Auffassung der hiesigen CDU offensichtlich nicht, denn das ist aus den Redebeiträgen hervorgegangen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und wenn ich dann sehe, wie Gipfelkritiker diffamiert werden, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, da wird vieles nicht verstanden. Demokratie ist schwer, Herr Ritter.)

möchte ich doch einmal ein paar andere Gipfelkritiker zitieren, die unverdächtig sind, der PDS nahezustehen.

Ich habe noch einmal im Internet recherchiert und eine interessante Meldung, nicht vom Sender „Jerewan“, sondern von Radio „Vatikan“ gefunden vom 13.06.2005.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Hört! Hört!)

Radio „Vatikan“ meldete: „G8-Schuldenerlass reicht nicht aus.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

„Der Vatikan hat den von den G8-Staaten beschlossenen Schuldenerlass für die achtzehn Entwicklungsländer begrüßt. Die Streichung von Schulden armer Länder beurteilte er als positiv, sie reiche aber nicht aus“, sagte der Sekretär des päpstlichen Wohlfahrtsrates Karl Kastel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

„Die internationale Gemeinschaft hätte seiner Auffassung nach mehr für die Länder tun müssen, deren Bevölkerung von Hunger bedroht ist.“

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Recht hat er.)

„Gerade einmal drei Industriestaaten hätten bislang ihre Versprechen in Sachen Entwicklungshilfe gehalten, beklagte der Vatikanvertreter.“ Zitatende. Dreimal dürfen Sie raten, ob Deutschland zu diesen drei Industriestaaten gehört – nämlich nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ohne G 8 wäre noch nicht einmal dieser Beschluss.)

Und wie wird er realisiert? Seit 1975 tragen die G-8-Staaten, damals noch G-7-Staaten, diese Forderung vor sich her, etwas gegen die Armut in der Welt zu tun. Seit 1975!

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Seit 30 Jahren.)

Was ist an Realität passiert in der Welt? Die Armen sind noch ärmer geworden, Herr Dr. Jäger.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber gehen wir noch ein Stück zurück.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsforum in New York im Februar 2002 ist zu lesen:

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

„Führende Politiker haben auf dem Weltwirtschaftsforum in New York die reichen Nationen aufgefordert, arme Länder mehr zu unterstützen. Dabei kritisierte der Chef des internationalen Währungsfonds, Horst Köhler“, Sie werden ihn kennen

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, den kennen wir.)

„die reichen Länder in ungewöhnlich scharfer Form. Die Gesellschaft in den reichen Ländern ist zu egoistisch, um Vorteile aufzugeben“, sagte Köhler am Samstagabend.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Recht hat er ja.)

Und warum nehmen Sie uns das Recht ab, auch solche Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit kundzutun?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Dieses Recht haben Sie nicht, Herr Dr. Jäger!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist einfach Unsinn, was Sie hier erzählen. Ich bitte Sie, diesen Unsinn zu unterlassen!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich fahre fort mit anderen bekannten Politikerinnen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Die Grüne Nationalrätin Pia Holstein aus der Schweiz antwortet auf die Frage: „Warum wird eigentlich demonstriert,“ – das war im Zusammenhang mit dem Gipfel in Irian – „wenn die Staats- und Regierungschefs acht mächtiger Nationen zusammentreffen? Gegen die Art der Globalisierung, wie sie in den letzten Jahren stattgefunden und die Situation auf der Welt verschlimmert hat, muss ein Zeichen gesetzt werden.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja richtig.)

„Mit dieser Globalisierung werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie hat demonstriert gegen den Gipfel. Wir werden es auch tun, Herr Dr. Jäger!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Eine weitere Frage, die dieser Politikerin aus einem anderen europäischen Staat gestellt wird, lautet: „Ist es nicht gerade ein Zeichen für das Primat der Politik, wenn sich die acht mächtigsten politischen Führer der Welt treffen?“ Und sie antwortet darauf: „Die kommen nicht zusammen, um die Probleme im Sinne der Bevölkerung zu lösen. Die Probleme, die der Gipfel behandelt, müssen in der UNO gelöst werden. Stattdessen schwächen diese G8-Herren die UNO.“

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Das ist auch unsere Position, Herr Dr. Jäger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau, genau.)

Schließlich kommen wir zurück zum G-8-Gipfel in Schottland.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Jaja, Scheuklappen! Ich nenne Ihnen noch eine andere Scheuklappe im Zusammenhang mit dem G-8-Gipfel in Schottland. Da erklärt der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber: Er hat vom G-8-Gipfel wirksame Schritte gegen die weltweite Armut gefordert. „Armut ist und bleibt ein Skandal“, erklärte Huber zu dem am Mittwoch im schottischen Gleanagles beginnenden Treffen der Staats- und Regierungschefs.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da hat er ja recht.)

Trotz wirtschaftlicher Probleme in Deutschland muss nach den Worten des Bischofs die vorrangige Option für die Armen eingehalten werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das können wir ja in Mecklenburg-Vorpommern gerne tun.)

Deutschland sei von dem selbst gegebenen Versprechen, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe einzusetzen, noch sehr weit entfernt. „Derzeit“, so Huber, „beträgt der Anteil 0,28 Prozent.“

(Zuruf von

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Das wird die Evangelische Kirche auch vor dem nächsten Gipfel kundtun und wir werden es auch machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, Kritik an der G-8-Politik und Protest gegen die G-8-Politik sind keineswegs eine Erfindung der Linkspartei,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, das ist so.)

sondern international übergreifend und notwendig, ob Ihnen das nun passt oder nicht, Herr Dr. Jäger.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber Sie stellen zu Recht die Frage, ob der vorliegende Antrag nicht etwas dürrig ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die kriegen in diesem Land für die Kinder Sozialhilfe. – Zuruf von Gabriele Mészán, Die Linkspartei.PDS)

Ja, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, dass wir auch die Landtagspräsidentin auffordern, mit den Parlamentariern in Edinburg und in Sankt Petersburg Verbindung aufzunehmen und dort den Erfahrungsaustausch zu pflegen: Wie ist da der Gipfel vorbereitet worden? In welchen Maßnahmen hat sich das dortige Parlament eingebracht? Wie ist der Gipfel in Edinburg und Gleanagles ausgewertet worden?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und warum stellen Sie nicht solche Anträge?)

Das war leider nicht möglich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum tun Sie es denn nicht?)

Ich hätte mir mit einem solchen Antrag auch gewünscht, Herr Dr. Jäger, dass wir hier im Parlament einmal über Alternativen zur Globalisierung sprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also wir stellen die Anträge, die wir für richtig halten.)

Ich sage aber hier deutlich, mehr war nicht drin, Herr Dr. Jäger!

(Beate Schlupp, CDU: Die Mauer, die Mauer, die hatten wir ja schon, Herr Ritter. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, genau.)

Aha! Ist das schön! Ist das schön!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Ich habe ja nach unserem gemeinsamen Besuch in Schottland auf jeder Landtagssitzung gewartet, dass die Kollegen, die von der CDU im Rechtsausschuss sitzen, einmal so einen Antrag stellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso wir?! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber nicht einmal dazu sind Sie in der Lage, obwohl es ein offensichtlicher Dissens zwischen den Koalitionsfraktionen ist, da einen ordentlichen Keil reinzuschlagen. Nicht einmal das bringen Sie fertig!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS – Zurufe von
Dr. Armin Jäger, CDU, und
Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Aber ich sage noch einmal:

(Beate Schlupp, CDU: Ihr solltet euch was
schämen! Ihr solltet euch was schämen!)

Auch ein solcher Antrag hätte eigentlich nicht notwendig sein müssen,

(Unruhe bei Beate Schlupp, CDU, und
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

da bin ich auch bei Ihnen, denn es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass mir erstens alle zuhören,

(Egbert Liskow, CDU: Ja, nicht
mal schämen tun Sie sich.)

und zweitens sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Regierung das Parlament informiert.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber ich muss Ihnen sagen, es macht mich doch schon nachdenklich, wenn wir bei unseren Recherchen im schottischen Parlament

(Wolfgang Riemann, CDU: Über
Standorte von Einsatzkräften.)

über die Nachbereitung des Gipfels erfahren müssen, dass schon längst eine hochrangige Delegation von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Edinburg war.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das will ich hoffen.)

Wäre das nicht einmal eine Gelegenheit gewesen, darüber im Innenausschuss zu informieren?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja,
ich hoffe, das machen die.)

Es stimmt mich doch sehr nachdenklich, wenn ich am Rande einer Konversionsberatung, die mit diesem Thema überhaupt nichts zu tun hat, von einem hochrangigen Bundeswehroffizier erfahren muss, dass der Innenminister dieses Landes einen Brief an den Bundesverteidigungsminister geschrieben hat mit der Bitte, frei werdende Kasernen zur Verfügung zu stellen, um die Sicherheitskräfte unterzubringen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber Herr Timm!)

Dazu sage ich, das ist sicherlich eine sinnvolle Alternative, um zwischen dem Zeitpunkt der Schließung und der zivilen Nachnutzung Kasernen am Leben zu erhalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat doch nichts
gebracht. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Bundesverteidigungsminister Jung antwortet natürlich auch: Klar, gar kein Problem. Für die Bundespolizei machen wir das kostenlos und die Landespolizei darf dafür bezahlen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also auch an dieser Stelle will sich der Bund auf unsere Kosten refinanzieren. Wäre das nicht einmal eine Gelegenheit gewesen, das in den Ausschüssen zu debattieren?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier deutlich sagen, wir sind nicht einfach nur Stimmvieh, das dazu da ist, wenn es darum geht, für 10 Millionen Euro den Finger zu heben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also Ihre Fraktions-
vorsitzende ist in der Kabinettsitzung.
Die weiß das doch.)

Wir wollen in die Vorbereitungsprozesse mit einbezogen werden! Das ist das Recht, das wir als Parlamentarier haben.

(Egbert Liskow, CDU: Ihr habt doch den
Finger gehoben. So ein Schwachsinn! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wenn wir aufgerufen sind, würdige Gastgeber zu sein, dann möchte ich mich auf einen solchen Besuch auch umfassend vorbereiten können.

(Harry Glawe, CDU: Wenn ihr den
Haushalt beschließt. Ihr kriegt das
wohl gar nicht mehr mit, oder was?!)

Ach so, weil wir gerade bei Besuchen sind, Herr Dr. Jäger, noch ein paar Bemerkungen zu den Besuchern, die uns demnächst heimsuchen. Sie sagen

(Lorenz Caffier, CDU: Was soll denn
diese Bemerkung? – Dr. Armin Jäger, CDU:
Unterlassen Sie das bitte! Sie sollten dem
Land nicht noch mehr antun!)

Sie sagen – ja, lieber Kollege Caffier –, das ist alles kleinkariert und so weiter und so fort.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

In den Zeitungen liest man gelegentlich: Ganz Mecklenburg-Vorpommern freut sich auf Herrn Bush.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Hurra!)

Ich war nun die letzten Tage wirklich sehr intensiv im Land unterwegs, aber ich habe niemanden getroffen, der sich auf den Besuch von Herrn Bush freut.

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das
glaube ich. Das glaube ich Ihnen. –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

In dem Zusammenhang bin ich beim Innenminister, der gefordert hat, dass die Bundeskanzlerin oder Bundesregierung bitte schön auch die Finanzierung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen übernehmen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig. – Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wie es der Zufall so will, empfehle ich Ihnen einen Blick in den zweiten Teil des Pressespiegels von heute. Da steht ein interessanter Leserbrief drin unter der Über-

schrift „Besuch bringt nur Kosten“. Ich zitiere einmal aus diesem Leserbrief von Menschen, die ich nicht kenne. Da heißt es:

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Wenn Besuch von irgendwoher kommt,
dann übernehmen wir das auch.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Ritter, sprechen Sie bitte zum Antrag.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: „Die CDU ist wieder mal großzügig“

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und zwar mit dem Geld, welches bei wichtigen Projekten im Land dringend gebraucht wird.“ Wenn der Innenminister im Zusammenhang mit dem Bush-Besuch fordert,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Also das ist jetzt aber wirklich witzig. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass der Bund die Kosten übernimmt, dann, denke ich, ist es beim G8-Treffen genauso notwendig. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Reinhard Dankert, SPD: Ich wollte noch reden.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bekomme gerade das Signal, dass es noch eine weitere Wortmeldung gibt.

Das Wort hat jetzt Herr Dankert von der Fraktion der SPD. Bitte, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist, glaube ich, nach der hitzigen Debatte, die verständlich ist bei so einem Thema, ein Wort oder ein Appell zur Sachlichkeit angebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der PDS, es ist ja nun kein Geheimnis mehr, dass dieser Antrag eine Minimalvariante ist. Ich habe es mehrfach gesagt in der Aussprache, Paragraph 43 Absatz 2 wäre sinnvoller gewesen. Insofern, glaube ich, meine sehr verehrten Damen und Herren – schade, dass das Publikum gerade hinausgeht –, sind die Reden hier heute wichtiger gewesen als beide Anträge.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Ich glaube, da sind wir uns einig. Insofern möchte ich das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Reden richten, in der die Standpunkte sehr vielfältig und manchmal auch ein bisschen überspitzt dargestellt wurden. Ich glaube, das Entscheidende, was passiert ist, hat der Ministerpräsident gesagt. Ich würde das einfach noch einmal ganz kurz seitens der SPD-Fraktion zusammenfassen und hoffe, dass ich mit den Kollegen einer Meinung bin.

Natürlich will die Landesregierung die Bundesregierung beim G-8-Gipfel unterstützen. Hohe Gäste sind uns ebenso willkommen wie viele andere Menschen, die zu uns kommen, die weiterhin zu uns kommen werden und auch sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich haben solche Anlässe den Vorteil, dass die Infrastruktur verbessert wird, was sonst vielleicht nicht so schnell geschehen würde.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Ritter?

Reinhard Dankert, SPD: Wenn ich sie beantworten kann, ja.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ich gehe davon aus, weil Sie eine Behauptung aufgestellt haben zu Beginn Ihrer Rede, dass Sie jetzt wieder zur Sachlichkeit zurückkehren möchten. Ich möchte gerne wissen, an welcher Stelle meiner Rede ich unsachlich war.

(Harry Glawe, CDU: Na an allen!)

Reinhard Dankert, SPD: Ich meinte das Temperament, das vielleicht in Ihrer Rede mitgeschwungen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Siegfried Friese, SPD: Er meinte kämpferisch!)

Vielleicht bei Ihnen nicht ganz so unsachlich, aber zu einem Teil der Unsachlichkeit komme ich noch, und zwar bezogen auf den Kollegen Jäger.

Natürlich haben solche Anlässe auch den Vorteil, dass Infrastruktur verbessert wird, ich sagte es bereits. Es wird dem Kreis Doberan insgesamt auch guttun, wenn die hohen Gäste wieder weg sind und zum nächsten G-8-Gipfel schreiten. Natürlich wird Mecklenburg-Vorpommern während des Gipfels stärker in der Weltöffentlichkeit stehen, hoffentlich positiv. Natürlich gibt es auch kritische Menschen, die den Gipfel nicht gut finden, auch das haben wir heute gehört, aber sie sollen friedlich ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit ausüben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und natürlich, auch das gehört zu solchen Veranstaltungen, wird es militante Demonstranten geben, auf die angemessen reagiert werden muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Und sicher ist, dass das dann nicht mehr nur politische Argumente sein werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Natürlich gibt es zur Sinnhaftigkeit eines solchen Gipfels – und wir haben das sehr eindeutig gehört, insbesondere auch bei den Ausführungen, die, sage ich einmal, die Hintergründe eines G-8-Gipfels betreffen – unterschiedliche Meinungen. Die gibt es natürlich zwischen SPD und PDS,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Na, das ist auch gut so.)

aber die gibt es auch in allen Parteien untereinander. Natürlich, das weiß ich auch von der CDU, ist es so, dass es nicht nur Befürworter eines G-8-Gipfels gibt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

Aber das ist normal.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das ist normal, genau.)

Ich denke, insofern ist die Aussprache zu diesem Thema, ich wiederhole es noch einmal, wichtiger gewesen als möglicherweise die Anträge.

Aber, Herr Dr. Jäger, ein Wort noch zur Unsachlichkeit. Ein großer Teil der Rede war sachlich, denke ich, okay. Es

steht mir nicht zu, das zu bewerten, sonst werden Sie gleich wieder sagen: Ich entschuldige mich im Vorfeld.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist okay.)

Aber es gibt einen Teil, wo ich sage, das hätten Sie lieber sein lassen sollen, denn – auch das ist mein gutes Recht, so etwas zu sagen – Sie wollen im Vorfeld polarisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Jetzt darf ich einmal ein bisschen polemisch werden, denn Sie haben an einer Stelle die Begründung gebracht, weshalb es denn nicht in alle Ausschüsse soll. Sie haben den Verdacht geäußert, dass aus diesen Ausschüssen Einzelheiten nach außen dringen könnten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Also ist doch ein Ausschuss sicherer als viele.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Insofern möchte ich darum bitten, den Änderungsantrag der CDU abzulehnen, weil er wirklich überflüssig ist. Das Entscheidende dazu hat der Ministerpräsident gesagt. Das Beste wäre, man zieht beide Anträge zurück.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie kennen sich noch nicht in Koalitionsangelegenheiten aus. Einige Kollegen der CDU sitzen hier, die kennen das Geschäft.

(Rainer Prachtl, CDU: Dem
Minister zur Kenntnisnahme.)

Von 1994 bis 1998 haben wir auch mit der CDU ähnliche Geschäfte gemacht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, insofern wissen Sie alle, was Koalitionsarithmetik ist, da sollte man auch nicht drum herumreden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Der Antrag war das kleinste gemeinsame Vielfache in diesem Fall oder das größte gemeinsame Vielfache. Oder wie heißt es in der Mathematik? Insofern bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und Ablehnung des CDU-Antrages.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2271 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2271 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der Linkspartei.PDS abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD auf Drucksache

4/2251. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD auf Drucksache 4/2251 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS, Gegenstimmen der Fraktion der CDU und einer Stimmenthaltung bei der Fraktion der SPD angenommen.

Die Abgeordneten Beate Mahr und Lorenz Caffier haben am Abstimmungsverfahren nicht teilgenommen. Ich erteile daher beiden Abgeordneten das Wort zur Abgabe einer Erklärung gemäß Paragraph 97 der Geschäftsordnung.

Bitte, Frau Mahr.

Beate Mahr, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Beide Anträge können mir nicht gefallen, darum konnte ich beiden nicht zustimmen.

Ich komme auf den Antrag der PDS und SPD. Dieser ist mir zu wenig begrüßend für den G-8-Gipfel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich komme aus dem Kreis Bad Doberan und weiß, wie viel Hoffnungen der Menschen auch an diesem G-8-Gipfel hängen

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

in Bezug auf die touristische Entwicklung, auf die Bekanntheit dieses touristisch sehr interessanten Wahlkreises. Das wäre meine Kritik an dem Antrag der PDS und SPD.

Meine Kritik an dem Antrag der CDU sieht so aus: Der erste Halbsatz gefällt mir gut. „Die Landesregierung wird aufgefordert, ... G-8 ... zu unterstützen und alles in ihrer Macht stehende zu tun“ gegen die Gipfel-Gegner. Wir haben uns endlich ein Recht des Protestes erripelt damals 1989 und das dürfen wir nicht aufgeben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das steht auch
nicht drin. Das steht auch nicht drin.)

Protest ist demokratisch. Er dürfte allerdings nicht gewalttätig sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

„Der Landtag begrüßt ausdrücklich, ... diese herausragende Veranstaltung ...“ Diesen Satz kann ich wieder sehr gut finden. Die Wörter „den Rechts- und Europausschuss“, wenn schon Unterrichtung, dann nicht nur Rechts- und Europa-, dann gehört der Innenausschuss dazu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und mit seinen Auswirkungen innerhalb dieser vier, fünf Tage für die dort lebenden, in unserem Land agierenden Touristiker, ob das die DEHOGA ist

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

oder andere touristische Vereinigungen, meine ich, dass der Tourismusausschuss auch zu den Punkten unterrichtet wird,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, das ist in Ordnung, ja.)

die dem Tourismus entsprechen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Mahr.

Ich bitte jetzt Herrn Caffier, seine Erklärungen vorzutragen.

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe deswegen nicht an der Abstimmung teilgenommen, weil ich persönlich und meine Fraktion es für unerträglich halten, wie eine Regierungsfraktion, in diesem Fall die Fraktion der PDS, mit öffentlichen Staatsbesuchen im Vorfeld generell im Land Mecklenburg-Vorpommern umgeht und damit dem Land in Gänze schadet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sind nicht nur Abgeordnete, Sie sind derzeit auch Regierungsfraktion.

(Beate Schlupp, CDU: Das vergessen die immer.)

Insofern müssten Sie als Allererstes wissen, dass man mit Staatsgästen generell erst einmal so umgeht, dass alle Staatsgäste in Mecklenburg-Vorpommern herzlich willkommen sind.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und Fragen ...

Das ist meine Erklärung, Herr Riemann.

Und Fragen der Finanzierung werden immer auf Regierungsebene geklärt. Das ist so und das wird auch in Zukunft so bleiben. Deswegen sollten wir nicht nach außen ein Bild abgeben, das über Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland wieder negative Schlagzeilen erzeugt.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Deswegen war eine Abstimmung meinerseits nicht möglich. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Caffier.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sicherheit bei öffentlichen Übertragungen der Fußball-WM-Spiele, Drucksache 4/2245.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Sicherheit bei öffentlichen Übertragungen
der Fußball-WM-Spiele
– Drucksache 4/2245 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind nur noch 22 Tage bis zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2006 und bisher hat es die Landesregierung nicht für nötig gehalten, ein Konzept zur Sicherung der Liveübertragung in unseren Städten vorzulegen.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Na hoffentlich!)

Herr Ritter, ich habe schon gewartet auf Ihren Zwischenruf.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Ja, ich bin da sehr dafür.)

Wir wollen nicht wissen, wie viel Polizisten dort vor Ort sind.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ah!)

Wir wollen eigentlich wissen,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:

Für die Fußballer, aha! –

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja eben! –

Wolfgang Riemann, CDU: Ja sicher!)

welche Vorgaben gibt es an die Ordnungsbehörden vor Ort, und wir wollen wissen, wie ist die Zusammenarbeit, wie wird sie organisiert zwischen den Ordnungsbehörden und der Polizei.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Was?)

Uns interessiert nicht, wo die Polizisten stehen, wo sie untergebracht sind. Das ist nicht unser Ansatzpunkt. Das ist bei Ihnen ein bisschen anders.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sie wollen in Ihrem Antrag laufend darüber unterrichtet werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dieses Ereignis ist seit Monaten in aller Munde. Die gesamte Welt schaut auf Deutschland. Wir sind uns daher sicher alle einig, dass dieser Event eine einmalige Chance für unser Land ist, denn Fußballfreunde aus aller Welt sind zu Gast bei Freunden. Man kann allerdings nicht erwarten, dass auch wirklich jeder, der zu uns kommt, um die Weltmeisterschaft zu verfolgen, ebenfalls als Freund kommt. Deshalb haben wir aus Sicherheitsgründen eine sehr große Verantwortung.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Leider gibt es solche negativen Erscheinungen wie Hooligans, die Sportereignisse nutzen, um pöbelnd durch Städte und Gemeinden zu laufen, und weder vor fremdem Eigentum noch vor anderen Menschen Halt machen. Die Medien sprechen bereits von einem Hooligantourismus, der insbesondere auf Übertragungsstädte mit Großbildleinwänden zurollen wird. Das ist die gefährliche Kehrseite der Medaille Fußballweltmeisterschaft 2006 und dafür dürfen wir vor lauter Vorfremde nicht die Augen verschließen. Insbesondere unser Nachbarland Polen hat mit diesen randalierenden Fußballhooligans stets große Probleme und weil Polen keine Übertragungsrechte für die WM hat, wird mit ihnen zu rechnen sein.

Es gibt auch etliche Zeitungsartikel und ich möchte mit Erlaubnis der Präsidentin einmal einen vortragen: „Seit dem Tod eines jungen Mannes ist die Angst gestiegen, polnische Hooligans könnten bei der Fußball-WM in Deutschland, die in“ – damals noch – „55 Tagen beginnt, für böse Überraschungen sorgen. Bisher fürchtet man in Europa vor allem die britischen Randalierer, auch niederländische oder deutsche Hools sind für die Gewaltneigung bekannt, doch die schlimmsten Schläger könnten aus dem Osten kommen.“ Noch ein weiteres Zitat: „Die schrecken nicht vor dem Einsatz von Messern zurück. Über Beile bis zu Motorkettensägen“

(Holger Friedrich, SPD: Na, na!)

„reicht das Waffenarsenal.“ So in einem Zeitungsartikel, den ich Ihnen auch zur Verfügung stellen kann.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das werden sie auch alle über die
Grenze bringen können. – Heiterkeit bei
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Dieses Problem ist wirklich ein großes und darauf sollten wir uns einstellen. Das ist kein Schlechtmachen, das ist nur eine Tatsache.

Da in Mecklenburg-Vorpommern an 26 Orten öffentliche WM-Partys mit Liveübertragung und Ausschank geplant sind, werden wir natürlich zuallererst betroffen sein von den polnischen, aber auch den durchreisenden skandinavischen Krawalltruppen. Allein bei der WM-Party auf dem Flugplatz in Peenemünde in meinem Landkreis werden 10.000 Zuschauer erwartet.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Da spricht man doch schon von Tourismus oder?)

Das sind bereits Stadiondimensionen und die sollten nach bisherigen Erkenntnissen völlig ohne Sicherheitsstandards und Sicherheitsvorkehrungen ablaufen. Vielleicht kann der Innenminister nachher sagen, dass es doch welche gibt, das wäre erfreulich. So kann leider aus diesem großen Traum, die WM in unser Land geholt zu haben, ein schlimmer Alptraum werden. Das wäre unverantwortlich und leichtfertig unseren Bürgern und allen friedlichen Fans gegenüber.

Der WM-Sicherheitsapparat hat mehrfach insbesondere vor osteuropäischen Hooligans gewarnt, da sich dort eine neue Gewaltszene entwickelt hat. Ich hatte es an dem Beispiel schon dargestellt. Aber nicht nur die teilnehmenden Fußballanhänger könnten eine Gefahr darstellen, auch die Durchreisenden sind nicht zu unterschätzen. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass alle Fans friedlich durch Mecklenburg-Vorpommern zu den Übertragungsorten in Berlin oder Niedersachsen reisen. Viele Anhänger, die keine Eintrittskarten haben, werden die großflächigen Übertragungen bei uns im Land nutzen, um die Spiele zu verfolgen. Mein Kollege Herr Wolf-Dieter Ringguth wird noch einiges dazu sagen, warum man gerade auch diese beachten muss, die keine Eintrittskarten bekommen haben, weil die nämlich vorher überprüft worden sind.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Weil sie besonders aggressiv sind.)

Wir müssen darauf gefasst sein, dass sich auch in unserem Bundesland fanatische Anhänger mit anderen gewaltbereiten Truppen zu Kämpfen und Auseinandersetzungen verabreden. Dazu möchte ich noch einmal ein Zitat aus einer Pressemitteilung anführen: „Bei Auseinandersetzungen der Clubanhänger gab es bereits mehrere Tote, zuletzt vor wenigen Wochen im südpolnischen Krakau. Für die WM sollen die Gewalttäter, die nach Polizeiberichten längst von der Mafia unterwandert sind, einen Waffenstillstand abgeschlossen haben. Gemeinsam soll es gegen die Hooligans der anderen WM-Teilnehmer gehen.“

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Was lesen Sie bloß für Revolverblätter?)

Das steht in der „Kölnischen Rundschau“.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Na die müssen es wissen. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wenn Sie sich damit befassen würden, Herr Koplin, dann würden Sie solche Pressemitteilungen auch bekommen.

(Heiterkeit bei
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Nein, nein. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Sie haben doch nicht etwa Herrschaftsrechte?)

Haben wir nicht. Wir sind hier nicht in der Regierung, also können wir auch kein Herrschaftswissen haben.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Na wat für'n Glück! Na wat für'n Glück!)

Wegen der drastischen Sicherheitsvorkehrungen in den Austragungsstätten werden die Übergriffe im Besonderen bei öffentlichen Veranstaltungen abseits der Stadien erwartet. Der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft Michael Silkeit gibt zu bedenken, dass besonders die osteuropäischen Hooligans auf grenznahe deutsche Städte ausweichen werden.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Mit Kettensäge.)

Insbesondere das Spiel Deutschland gegen Polen am 14. Juni 2006 gibt Anlass zur Sorge, da polnische Hooligans zu den gewaltbereitesten gehören. Ich hatte es schon gesagt. Für diese wären alle 26 öffentlichen Großveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern ohne einheitliche Sicherheitsstandards ein idealer Schauplatz für Übergriffe. Unser Land ist von Polen aus leicht zu erreichen. Ohne ausreichende Sicherheitsmaßnahmen werden die friedlichen Fußballanhänger ihnen so hilflos ausgeliefert. Das können wir, meine Damen und Herren, nicht zulassen und bitten Sie daher, schnellstmöglich ein Sicherheitskonzept vorzulegen,

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

denn, wie gesagt, es sind nur noch 22 Tage bis zum Anpfiff und Sie warten hier seelenruhig auf die Hooligans,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Unterstellen Sie uns mal nichts!)

ohne für die Sicherheit unserer Bürger zu sorgen.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sie müssen sich über das Sicherheitskonzept informieren!)

Sicherheitsstandards wie Absperrzäune, kontrollierter Alkoholausschank oder Polizeipräsenz sind Mindestvoraussetzungen für eine friedliche Übertragung.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Wir sind es den friedfertigen Fußballanhängern schuldig, für eine gute Stimmung ohne Übergriffe zu sorgen.

Es ist sicher eine fantastische Sache für Fußballbegeisterte, die keine Möglichkeit haben, bei den Spielen live dabei zu sein, riesige Übertragungsleinwände in unseren Städten aufzubauen. Allerdings darf das Motto „Zu Gast bei Freunden“ nicht Gewalttätigen ebenfalls die Möglichkeit bieten, sich in unserer Land eingeladen zu fühlen. Wir dürfen die profitablen Einnahmen aus diesen Veranstaltungen nicht über die Sicherheit aller Teilnehmer stellen. Daher fordern wir ein Sicherheitskonzept, um eine friedliche Abwicklung der WM-Feierlichkeiten zu gewährleisten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schubert.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat um das Wort gebeten der Innenminister des Landes Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 9. Juni dieses Jahres wird die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland eröffnet. „Die Welt zu Gast bei Freunden“ ist das Motto, unter dem sich Deutschland als gastfreundliches, weltoffenes und sportbegeistertes Land präsentieren wird.

Drei Wochen vor Beginn der Spiele hat auch die CDU-Fraktion gehört, dass man für die sichere Durchführung der Fußballweltmeisterschaft ein Sicherheitskonzept benötigt. Guten Morgen, meine Damen und Herren von CDU, könnte man hier fast sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Egbert Liskow, CDU: Mahlzeit! – Zuruf
von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Ich nehme allerdings heute gerne die Gelegenheit, auch hier im Hohen Haus auf das Sicherheitskonzept zur Fußballweltmeisterschaft hinzuweisen. Bereits im Jahr 2001, also vor fünf oder vor sechs Jahren inzwischen fast, hat die Innenministerkonferenz mit der Erarbeitung eines nationalen Sicherheitskonzeptes für die Fußballweltmeisterschaft 2006 begonnen. Federführend war das Bundesland Nordrhein-Westfalen, auch die Justizministerkonferenz war dabei. Folgende Leitlinien sind entwickelt und auch sehr differenziert umgesetzt worden:

Die Polizei wird den Charakter der Fußballweltmeisterschaft als freundliche und tolerante Spiele durch ihre Sicherheitskonzeption unterstützen. Sicherheit allerdings hat oberste Priorität. Präventive Maßnahmen wirken darauf hin, dass dem Gefahrenpotenzial bereits beim Entstehen konsequent entgegengetreten wird. Störer werden frühzeitig aus dem Verkehr gezogen. Deshalb sind die Grenzkontrollen verschärft. Die Zusammenarbeit mit den Veranstaltern und mit der Öffentlichkeit genießt höchste Aufmerksamkeit. Meine Damen und Herren, wir wollen friedliche Sportwettkämpfe. Jeder Gewalt wird konsequent und entschlossen entgegengetreten.

Bei der Weltmeisterschaft werden insgesamt 64 Spiele stattfinden. Alle Spiele sind ausverkauft, das sind rund drei Millionen Besucher, die in den Stadien sein werden. Die Spiele selbst finden an zwölf Orten statt. Zur Durchsetzung des nationalen Sicherheitskonzeptes wird die gesamte Polizei in Deutschland im Einsatz sein. Deshalb ist auch eine Urlaubssperre beim Bund und in allen Bundesländern erlassen worden. Außerdem sind darüber hinaus in den Vorrundenspielen circa 300 Polizeibeamte aus anderen Staaten bei uns in der Bundesrepublik eingesetzt.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Nicht mal mehr elf Mitspieler sind da von der CDU. –
Holger Friedrich, SPD: Oh, das ist der eigene Antrag. Das ist ja ein Ding! – Zuruf
von Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Ich selbst, meine Damen und Herren, Herr Ritter, habe in der letzten Woche neun Landesbeamte, hoch motivier-

te Polizisten, aus unserem Bundesland verabschiedet, die im Lagezentrum der WM 2006 eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass es eine große Nachfrage nach Teilnahme an Übertragungen auf Großbildleinwänden gibt. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern sind an 17 Orten bis zu 26 Veranstaltungen geplant. Diese Public-Viewing-Veranstaltungen werden eine große Zahl von Besuchern, auch Touristen, auch aus dem Ausland, insbesondere möglicherweise auch aus Polen, anziehen. Die Landespolizei sieht in der Absicherung dieser Veranstaltungen im eigenen Bundesland ihre Kernaufgabe im Rahmen der nationalen Sicherheitskonzeption.

Wir haben den Landkreisen und den kreisfreien Städten einen von der Innenministerkonferenz entwickelten Leitfaden übergeben, der für die Genehmigung entsprechender Veranstaltungen Auflagen definiert. Dazu zählen Einfriedung des Veranstaltungsbereiches, Beschränkung der Besucherzahl, Zugangskontrollen, um das Mitführen von Feuerwerkskörpern, Hieb- und Stichwaffen, Schusswaffen

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Kettensägen.)

und anderen gefährlichen Gegenständen zu unterbinden, Einsatz von so genannten Wellenbrechern bei Veranstaltungen mit mehr als 10.000 Besuchern, Verkaufsverbot von Getränken in Glasflaschen oder Gläsern, bei besonderen Lagen Verbot des Alkoholausschankes und vieles mehr, wie zum Beispiel die Freihaltung von Rettungswegen. Diese Mindeststandards wurden mit den Ordnungsbehörden durch die Polizei fortlaufend erörtert. Ich persönlich habe im November 2005 und auch in der letzten Woche diese Angelegenheit mit den Landräten und Oberbürgermeistern im Einzelnen durchgesprochen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass wir bereits seit dem Jahr 2001 die nationale Sicherheitskonzeption zur Fußballweltmeisterschaft 2006 erarbeiten. Ihren Antrag, meine Damen und Herren von der Opposition,

(Siegfried Friese, SPD: Die nicht da ist.)

drei Wochen vor Beginn der Spiele brauchen wir nicht. Unsere Arbeit ist konzeptionell beendet. Jetzt geht es um die Umsetzung. Ich bin mir sicher, dass wir tolerante, friedliche, weltoffene und begeisternde Spiele erleben. Die Polizei, meine Damen und Herren, hat dafür die Voraussetzungen geschaffen und wird ihre Arbeit gemeinsam mit den Ordnungsbehörden erfolgreich durchführen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Körner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist ein in doppelter Hinsicht bemerkenswerter Antrag der CDU-Fraktion,

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja, das ist aber schön.)

der hier vorliegt, so bemerkenswert,

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

dass man die Adjektive nur in Anführungsstriche setzen kann. Zum einen ist die Aufmerksamkeit innerhalb der

antragstellenden Fraktion natürlich unbedingt zu würdigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Peinlich, peinlich! – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Nicht mal zu einer Viererkette reicht's.)

Das zeigt, mit wie viel Engagement und mit viel Manpower die Union hinter diesem bemerkenswerten Antrag steht.

(Gesine Skrzepski, CDU: Aber Womanpower! Aber Womanpower! – Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Das zweite Bemerkenswerte an diesem Antrag ist natürlich der Zeitpunkt.

Und weil dieser Antrag so bemerkenswert ist, möchte ich ihn noch einmal vorlesen. Er ist kurz und knapp:

„Sicherheit bei öffentlichen Übertragungen der Fußball-WM-Spiele

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, welches die Gewährleistung der Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen vor Großbildleinwänden während der Fußball-WM in Mecklenburg-Vorpommern beinhaltet.

Dr. Armin Jäger und Fraktion“

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Kollege Schubert hat es schon gesagt, 22 Tage sind es noch bis zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Da beginnen Dr. Armin Jäger und die CDU-Fraktion über die Sicherheit der Fußballweltmeisterschaft nachzudenken.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Und so was mit einem Eilantrag. – Heiterkeit bei Holger Friedrich, SPD, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Da fällt einem ein, Dr. Armin Jäger war doch einmal Innenminister dieses Landes.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und ein guter!)

Es ist schon lange her

(Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Das ist gut so.)

und das ist gut, dass es schon lange her ist. Ich denke, es wird auch nicht wieder der Fall sein, und das ist noch besser.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Denn stellen Sie sich vor,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na welche Heißluftballons lassen Sie denn hier los?! – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Der Spieler Riemann ist wieder da.)

wenn ein Innenminister Dr. Armin Jäger 22 Tage vor der Fußball-WM die Landräte und Oberbürgermeister, die Polizeidirektionen und -inspektionen und die Bereit-

schaftspolizei und andere Polizeistrukturen zusammennehmen und sagen würde, ich fühle mich nicht ganz sicher,

(Siegfried Friese, SPD, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Jetzt fangen wir an! – Holger Friedrich, SPD: Einfach anfangen! – Heiterkeit bei Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

lasst uns über ein Konzept reden!

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben den Antrag gar nicht verstanden!)

Sie haben, meine Damen und Herren von der Union, durchaus schon einmal – und da nehme ich den Einwurf aus dem Plenum –

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Unruhe bei Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

angefangen, im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft nachzudenken,

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

und zwar war das am 22. Februar 2006 zur damaligen Landtagssitzung. Damals haben Sie einen Antrag eingebracht,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das ist lange her.)

der zum Inhalt hatte, die Übertragung über Großbildleinwände in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten zu ermöglichen. Sie haben damals überlegt, ob es gegebenenfalls Lärmbelästigungen gäbe, und haben die Landesregierung auffordern wollen, dafür zu sorgen, dass bestimmte Grenzzeiten überschreitbar sind, damit eine solche Lärmbelästigung in der Nähe von Wohngebieten möglich ist. Damals haben Sie gewissermaßen dafür plädiert, lasst uns solche Großbildleinwände aufstellen, auch in Wohngebieten und allenfalls über den Lärm reden. Damals war von Sicherheit überhaupt keine Rede. Das haben Sie nun entdeckt.

Doch zurück zu Ihrem Antrag.

Sicherlich steht die Polizei in unserem Land in Anbetracht der Fußballweltmeisterschaft vor großen Herausforderungen und die Landespolizei insbesondere durch weitere Ereignisse. Ich erinnere an den Einsatz am 1. Mai 2006 in Rostock, ich erinnere an weitere Demonstrationen, insbesondere aus dem rechtsextremistischen Spektrum. Ich erinnere an den Besuch von Herrn Bush, den bevorstehenden G-8-Gipfel. Wir haben hier darüber geredet. Das sind Belastungen, die in Größenordnungen auf unsere Polizei zukommen. Doch seit über fünf Jahren – der Innenminister hat es gerade gesagt – gibt es eine Arbeitsgruppe, die ein Sicherheitskonzept erarbeitet. Und seit mehr als einem Vierteljahr liegt dieses Konzept abgeschlossen vor.

Meine Damen und meine Herren von der CDU-Fraktion, den Antrag vom Februar haben Sie damals kurz vor der Sitzung zurückgezogen, weil es vielleicht doch ein bisschen merkwürdig war, mit diesem Antrag hier ins Plenum zu gehen. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten das mit dem Antrag, der heute zur Debatte steht, ebenfalls getan. Da Sie es nicht getan haben, bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Antrag abzulehnen.

Abschließend möchte ich sagen, der Ball ist rund und läuft.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Auch die CDU läuft

(Heinz Müller, SPD: Aber nicht rund! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

der inneren Sicherheit hinterher. Guten Morgen, Dr. Armin Jäger und Fraktion! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Körner.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ringguth. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Erklär ihm mal,
was unser Antrag eigentlich bedeutet! Das geht
über seinen geistigen Horizont. – Unruhe bei
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
Das war aber unfair. –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Wir wollen jetzt Herrn Ringguth hören.)

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist schon bemerkenswert: Die CDU legt einen Antrag vor,

(Minister Dr. Till Backhaus: Und keiner ist da. –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sie ist nicht da.)

aus diesem Antrag spricht Besorgnis.

Da steht dann hier Herr Dr. Körner, der in anderem Zusammenhang – da geht es um Ballonfahrrerei – tatsächlich von sich als „sanftem Riesen“ wirbt.

(Siegfried Frieze, SPD:
Bleiben Sie mal sachlich hier, ja!)

Das tut er, das ist nachzulesen unter www.sanfterriesen.de.

(Michael Ankermann, CDU: Haben Sie
keine anderen Argumente, Herr Ringguth?!)

Warte mal ab!

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Keine Drohungen hier! – Zuruf von
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Da ist man offensichtlich der Auffassung, die anderen haben mal wieder nichts gemerkt, die kommen viel zu spät. Und auch der Innenminister sagt: Guten Morgen!

(Minister Dr. Gottfried Timm: Ja. –
Reinhard Dankert, SPD: Das macht
er eigentlich jeden Tag.)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, wir haben nie bezweifelt, dass es ein nationales Sicherheitskonzept gibt. Dieses nationale Sicherheitskonzept ist da und Günther Beckstein hat auf der letzten Sitzung, auf der Frühjahrskonferenz der Bundesinnenministerkonferenz am 4. und 5. Mai 2006 in Garmisch Partenkirchen, bei der auch unser Innenminister dabei war, feststellen können,

dass tatsächlich zur Bewältigung dieser spezifischen Problemstellung, die mit Abwehr von Katastrophen, Bewältigung größerer Gefahren und Schadenslagen, Hooliganismus, terroristischen Anschlägen, Organisierter Kriminalität und so weiter zu tun hat, wir in Deutschland bei den Sicherheitsbehörden des Bundes, aber auch der Länder einen guten Stand haben.

Günther Beckstein hat auch gesagt, Polizei- und Katastrophenschutz in Bund und Ländern sind gut einen Monat vor Start der Fußball-WM strategisch und konzeptionell sehr gut vorbereitet, um die mit der Fußball-WM verbundene Herausforderung sicher bewältigen zu können. Das mag für dieses nationale Sicherheitskonzept durchaus gelten.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht gesagt, es soll jetzt über ein Sicherheitskonzept nachgedacht werden, sondern wir haben gesagt, wir wollen es vorgelegt bekommen.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ach, sieh an!)

Das ist ein großer Unterschied.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Ach, das ist was ganz anderes, das habe
ich ja vergessen. Verzeihen Sie!)

Mein Kollege Schubert hat schon gesagt, dass wir im Gegensatz zu Ihnen nicht wissen wollen, wo Polizeikräfte zusammengezogen werden, wo sie im Rückraum sind, wo sie vielleicht übernachten

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja, ja, ja!)

oder sonst etwas. Das ist immer Ihr Interesse.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja, ja, das
ist was ganz anderes. Das habe ich vergessen. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber jetzt, meine Damen und Herren, wenn denn alles so gut vorbereitet ist, muss es einen schon erstaunen, wenn sowohl die unteren Katastrophenschutzbehörden bei den Landkreisen erheblich verunsichert sind trotz der freundlichen Gespräche, die der Innenminister schon sehr rechtzeitig mit den Landräten geführt hat, wenn heute noch überhaupt nicht klar ist bei den unteren Katastrophenschutzbehörden, wie das Zusammenspiel im Falle einer Großlage überhaupt funktionieren soll, und wenn selbst bei den Polizeibehörden nichts, noch gar nichts klar ist.

Meine Damen und Herren, wenn heute Nachmittag die Gewerkschaft der Polizei zum Beispiel um 15.00 Uhr draußen steht auf der Brücke und eine Null-Bock-Demo macht, dann auch deshalb, weil sie sich nicht genügend informiert fühlt vor einer so wichtigen Sache

(Reinhard Dankert, SPD: Ach deswegen!)

wie dem Beginn einer Weltmeisterschaft. Wir haben genügend Anlass.

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Das ist doch Quatsch!)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

jetzt will ich Ihnen einmal ein Schreiben zitieren.

(Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

Herr Innenminister, Sie werden das Schreiben kennen, es stammt aus Ihrem ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Ringguth, einen kleinen Moment bitte.

Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank. Die Minister, die sich zu Wort melden wollen, können das gern tun und dann ans Pult treten.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dieses Schreiben ist sehr aktuell, es ist nämlich vom 3. Mai 2006, von Herrn von der Heide verfasst und an die unteren Katastrophenschutzbehörden gerichtet. Da geht es um die Vorbereitungen der Sicherheitsbehörden auf die Fußballweltmeisterschaft und es geht um das, was wir sagen, um Großbildleinwände und Public Viewing.

(Siegfried Friese, SPD: Ist das ein Privatmann oder ein Angestellter? – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Dieser Herr arbeitet im Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern, Herr Vorsitzender des Innenausschusses.

So, meine Damen und Herren, und in diesem Schreiben, das ist schon einmal erstaunlich, kommt nicht etwas vom Innenminister selbst, sondern es werden als Anlage 1 im Auftrag des Innenministerium Empfehlungen des Innenministers von Nordrhein-Westfalen an die Behörden gegeben, sozusagen abgekupfert, kopiert und als Anlage beigefügt.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt will ich Ihnen einen Satz zitieren, der sollte Sie nachdenklich machen, von wegen „Guten Morgen“!

(Zurufe von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

Da steht, Herr Dr. Körner: „In Abhängigkeit vom Ergebnis der übermittelten Informationen“ – man will also Informationen haben von diesen Behörden zum Vorbereitungsstand, ob es da irgendetwas gibt, wie viel es denn gibt und so weiter im Zusammenhang mit Public Viewing, welche Besucherzahlen denn erwartet werden und dies und das – „wird darüber entschieden, ob und in welchem Umfang der Arbeitsstab des Innenministeriums tätig wird.“ Und dieses Schreiben, da geht es also darum, dass die Damen und Herren gebeten werden, bis zum 06., nein, ich glaube, heute in drei Tagen, bis zum 22. Mai 2006, möchten die Behörden, mit denen man gemeinsam zum Beispiel auch Polizeieinsätze bei Großlagen vorbereiten muss, bis zum 22. Mai 2006 sollen die dann bitte doch einmal schreiben,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Guten Morgen, Innenminister!)

und danach – wohlgemerkt, danach – wird entschieden, ob der Arbeitsstab des Innenministers tätig wird. Also, meine Damen und Herren, „Guten Morgen“ ist eher peinlich.

(Zuruf aus dem Plenum: Ich kann
nur sagen: Gute Nacht, CDU!)

Meine Damen und Herren, die Welt schaut auf Deutschland und die Welt wird auch auf Mecklenburg-Vorpommern schauen, und zwar genau dann, wenn wir, was Gott verhindern möge, das sage ich ganz deutlich –

(Wolfgang Riemann, CDU: Gottfried!)

und meinetwegen auch Gottfried –, eine Großlage haben sollten, die wir nicht beherrschen. Wir haben allen Grund, eine so großartige Sache wie eine Fußballweltmeisterschaft in unserem Land vorzubereiten. Herr Schubert hat gesagt, unser Bundesland ist zwar kein Austragungsort, aber wir sind durchaus ein Übernachtungsort und ein Durchfahrtort. Und zum Problem Public-Viewing-Zonen ist noch einiges zu sagen. Meine Damen und Herren, wenn allein in den Bereich der PI Anklam, zum Beispiel Flugplatz Peenemünde, wirklich 10.000 Leute kommen, auf den Sportplatz Heringsdorf 5.000, Koserow Autokino 2.000,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Tolle Sache!)

Ückeritz Strand 2.500 und in Löcknitz und in Anklam sind auch solche Großbildveranstaltungen, solche WM-Partys vorgesehen, dann liegt ringsherum ein Bereich von vielleicht 50 Kilometern von der Grenze zu Polen. Und ich sage es ganz deutlich: Die polnischen Hooligans gelten als die härtesten Hools europaweit. Das muss einem klar sein.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Die sind absolut gewaltbereit. Und wer in der Presse nachgelesen hat, was sich abgespielt hat im Winter, als schon einmal geübt wurde vier Autobahnabfahrten hinter der Grenze von Polen,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Haben die nicht damals den französischen
Polizisten zusammengeschlagen?)

als sich in Hundertschaftsstärke polnische und deutsche Hooligans gegenüberstanden, Herr Ritter, ja, den muss das besorgt machen.

Nun können wir alle froh sein – das sage ich wirklich, froh sein –, dass die EU Polen gezwungen hat, die Übertragungsrechte für die Fußballweltmeisterschaft auch zu erwerben, denn das wird für ein Stück Entlastung sorgen. Aber machen wir uns nichts vor: Da gibt es noch unbeglichene Rechnungen, da sind deutsche Hooligans der Auffassung, die Polen hätten sich an einen Ehrenkodex nicht gehalten, wären zum Beispiel mit Waffen angetreten und dergleichen mehr. Und wenn ich Ihnen eben gesagt habe, wie viele Veranstaltungsorte in einem 50-Kilometer-Bereich hinter der polnischen Grenze stattfinden, dann wird wenigstens an dem Tag, wo in der Vorrunde Deutschland gegen Polen spielen wird, einiges zu erwarten sein. Davor darf man die Augen nicht verschließen.

Und, meine Damen und Herren, ich will gar nicht nur in Richtung Polen gucken. Die Holländer und die Briten gelten ebenfalls als sehr schlimm, nur da gibt es ganz klare, ganz strikte Ausreiseregeln, eine restriktive Ausreisepolitik. Diese Hooligans sind ermittelt. Das ist eine andere Situation. Bei den polnischen Hooligans ist das nicht der Fall.

Ich will aber nicht nur über polnische Hooligans reden. Es ist erst ein paar Tage her, da hat Dynamo Dresden gegen Hansa gespielt.

(Bodo Krumbholz, SPD: Hansa hat verloren.)

Wer mitbekommen hat, was sich da abgespielt hat, dass zweimal die Lage zu eskalieren drohte, dass man dort die Fangnetze abgeschnitten hat und dass das eigentlich nur deshalb verhindert werden konnte, meine

Damen und Herren, weil die BFE – das ist die Beweissicherungs- und Festnahmeinheit der Bereitschaftspolizei und die sind wirklich beeindruckend, wenn sie in Zugstärke auftreten, das wirkt dann schon deeskalierend – dafür Sorge getragen hat, und das bei einem Spiel in einem Stadion, wo ganz klar ist, das Flaschenverbot herrscht, dass Security vor Ort ist und so weiter und so weiter, wo Notausgänge, wo Wege da sind, wo alles vorher geregelt ist.

Meine Damen und Herren, in Schönberg zum Beispiel, um nicht nur den östlichen Landesteil zu sehen, hat man Gott sei Dank die Übertragungsmeldung zurückgezogen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt eine Menge andere Leute, die sehr unglücklich sind. Es gibt Unmut in der Bevölkerung. Die WM-Tickets sind oft genug nicht dahin gegangen, wo wirklich die Fans waren. Große Konzerne, OBI zum Beispiel, machen Verlosungen, die Leute bekommen das aber nicht. Daraus resultiert ein Unmutspotenzial, das wir nicht unterschätzen dürfen. Jede Menge Leute haben, weil sie irgendwo einmal auffällig geworden sind mit einem FIFA-Vermerk zum Beispiel, kein WM-Ticket bekommen. Aber die gehen wohin? Die gehen genau zu diesen Veranstaltungen und das dürfen wir nicht unterschätzen, meine Damen und Herren. Was wir wollen, ist nicht, dass der Innenminister jetzt anfängt, sondern wir wollen gerne so ein Sicherheitskonzept vorgelegt bekommen, in dem wenigstens steht,

(Angelika Peters, SPD: Hooligans!)

dass es Sicherheitsstandards gibt, die vorgegeben sind, die klar aufeinander abgestimmt sind in der Vorgehensweise zwischen den unteren Ordnungsbehörden, zwischen den unteren Behörden, die von Landkreisen oder kreisfreien Städten im Bereich Katastrophenschutz zuständig sind, und der Vorgehensweise der Polizei.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und der Veranstalter.)

Und, meine Damen und Herren, das zu verlangen ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Ringguth, Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen, kommen Sie bitte zum Schluss.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: ... ist etwas ganz Normales. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ringguth.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Kollege Ringguth, Sie haben Ihren Kuli hier vergessen. Das als Erstes.

Und als Zweites ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Den hat schon einer vor mir vergessen. Lassen Sie ihn liegen!)

Na gut, dann lasse ich ihn hier liegen.

Als Zweites: Wir wollen auch vorgegebene Sicherheitsstandards. Wir wollen klare Vorgehensweisen und inso-

fern kann ich keine Unterschiede zwischen den Sicherheitskonzepten erkennen, die heute hier eingefordert worden sind. Sie haben sich zwar bemüht, eine Ausrede zu finden, aber überzeugt haben Sie keinesfalls.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Artikel in der „Schweriner Volkszeitung“ vom 24. April war zu lesen, dass der Ernstfall Fußball-WM längst bis in das Allerkleinste durchgeprobt sei. Und wenn man etwas durchprobt, ist wohl auch anzunehmen, dass dafür ein Konzept vorhanden ist.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, anzunehmen ist es.)

Ich bin davon überzeugt, lieber Kollege Ringguth, dass es an Einzäunungskonzepten nicht hapern wird, denn dass so etwas funktioniert, konnten die Teilnehmer von „Rostock bleibt bunt“ am 1. Mai auf dem Neuen Markt in Rostock hautnah miterleben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Belange der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit den großen WM-Partys sind natürlich ein ernst zu nehmendes Problem, aber nicht nur bei den Veranstaltungen zur Fußball-Weltmeisterschaft, erleben wir doch im Fußballalltag immer wieder Störungen. Ich erinnere hier an die Randalen der so genannten Hansa-Fans in Stendal oder an die vielen ausländerfeindlichen und antisemitischen Parolen in vielen Stadien, vor allen Dingen in Ostdeutschland. So berechtigt sicherheitspolitische Vorkehrungen im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft sind, so notwendig wären auch Strategien im Umgang mit der leider alltäglichen Unsportlichkeit. Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ist der uns vorgelegte Antrag zwar schön populär, aber leider eben auch populistisch. Es ist aus meiner Sicht auch unververtretbar, wenn in der Antragsbegründung vornehmlich auf die besonders gewaltbereiten polnischen Hooligans verwiesen wird. Gewollt oder ungewollt wird so ein Feindbild bedient, das andere Gewaltbereite nahezu einlädt.

Die enge Sichtweise des Antrages wird auch darin deutlich, dass die angekündigten Provokationen der Neonazis nicht einmal erwähnenswert sind. Dem Appell des Bundesvorsitzenden der GdP Konrad Freiberg an die zuständigen Verwaltungsgerichte, rechtsextreme Aufmärsche im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft zu verbieten, ist nichts hinzuzufügen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, in Ihrer Begründung stellen Sie fast begeistert fest, dass Berlin und Niedersachsen vorbestrafte Hooligans sogar genetisch registrieren lassen. Ja, und dann? Meinen Sie wirklich, dass dadurch Störungen vermieden werden können? Ich glaube es nicht. Genauso wenig glaube ich, dass die im Zusammenhang mit den Vorfällen in Stendal lediglich verhängte Bewährungsstrafe nachhaltig zum Nachdenken führt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr richtig.)

Was mich dann allerdings doch überrascht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist die Tatsache, dass Sie diesen Antrag nicht erneut nutzen, um auch den Einsatz der Bundeswehr im Inneren hoffähig zu machen.

(Jochen Schulte, SPD: Das kommt nächstes Mal.)

Habe ich es doch gewusst.

Überrascht bin ich auch, dass Sie die Landesregierung – ich sage es noch einmal – auffordern, und auch uns somit

auffordern und damit öffentlich ein Sicherheitskonzept erwarten, wo doch sonst Sicherheitskonzepte, wie vorhin beim G-8-Gipfel erlebt, nicht heimlich genug sein können. Ihr Antrag ist daher, um in der Fußballsprache zu bleiben, ein klassischer Fehlpass. Dass es bei den WM-Partys zu kontrolliertem Alkoholausschank kommen sollte, dass man bekannten gewaltbereiten Hooligans den Zutritt verwehrt und dass es im Übrigen auch für Nichtfußballinteressierte – auch solche Mitbürger soll es ja geben – keine unzumutbaren Einschränkungen gibt, all das halte ich für normal. Und ich gehe auch davon aus, dass dies erfolgt. Des Antrages dazu bedarf es nicht, der Innenminister hat dazu Ausführungen gemacht.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr wohl sollte sich der nächste Landtag einmal mit Verantwortlichen des Sports, mit Fanprojekten und Fußballmannschaften unseres Landes zusammensetzen und beraten, wie und welche Strategien entwickelt werden können, um Störungen rund um den Fußball zurückzudrängen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche den wahren Fußballfans klasse Spiele in einer tollen Atmosphäre und den im Einsatz befindlichen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten möglichst wenig zu tun. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2245. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2245 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS sowie einer Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD – Kultur ins Grundgesetz, Drucksache 4/2249.

**Antrag der Fraktionen
der Linkspartei.PDS und SPD:
Kultur ins Grundgesetz
– Drucksache 4/2249 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schmidt von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Staat wird wesentlich durch seine Verfassung bestimmt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich ein Grundgesetz gegeben, das wesentliche Grundlagen für das Zusammenleben der Einwohner/-innen festschreibt. Das Grundgesetz hat Grenzen aufgegeben, damit wir frei leben können, aber auch Aufgaben und Ziele, mit denen es unsere Freiheiten unterstützt. Es gibt Staatsziele wie soziale Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt oder Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Aber was ist mit Kultur? Noch fehlt sie im Grundgesetz. Das wollen viele ändern. Politiker und

Politikerinnen aller demokratischen Parteien, die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ und natürlich die kulturell Engagierten und Kultur schaffend Tätigen und deren Organisationen und Verbände, sie alle wollen ein Staatsziel Kultur. Was aber soll und kann es im Einzelnen bewirken? Muss man dann Kultur neu definieren?

Meine Damen und Herren! Zweimal schon wurde in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Frage der Erwähnung von Kultur im Grundgesetz in politischer Entscheidungsnähe erörtert: 1981 bis 1983 durch eine „Sachverständigenkommission Staatszielbestimmungen/Gesetzgebungsaufträge“ sowie in den Jahren 1992 bis 1993 im Rahmen einer Verfassungskommission, die Vorschläge für eine im Zuge der Deutschen Einheit angeregte Aktualisierung des Grundgesetzes erarbeiten sollte. Zwar wurden jeweils konkrete Formulierungsvorschläge zur Festschreibung eines Kulturstaatszieles angeboten, diese jedoch nicht übernommen.

Vor dem Hintergrund der europäischen Integration der Globalisierungsprozesse und den schon gestern dargelegten Grundsätzen des Europäischen Parlaments zu Fragen der Kultur beschloss der Bundestag im Jahr 2003 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Sie sollte eine Grundlage dafür erarbeiten, den gesellschaftlichen Wandel kulturpolitisch sinnvoll zu begleiten und zu gestalten, und dies tat sie parteiübergreifend auch. Einstimmig kamen die Kommissionsmitglieder zu der Auffassung, das Staatsziel „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“ als Artikel 20 b in das Grundgesetz aufzunehmen.

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl im Herbst 2005 hatten sich dieses Ziel auch alle auf die Fahnen geschrieben. Seit der Neuwahl des Bundestages ist jedoch eine entsprechende fraktionsübergreifende Initiative nicht in greifbarer Nähe. Die CDU wie auch die SPD wollen zunächst die Ergebnisse der Anhörung zum Föderalismus im Bundestag abwarten und das Thema dann in der Enquete-Kommission erneut diskutieren. Sie bräuchten noch Zeit, um für Mehrheiten in ihren Parteien zu werben. Hintergrund sind die Widerstände in einzelnen Bundesländern, die ihre Kulturhoheit bedroht sehen. In dieser Situation hat sich das Kulturforum der Sozialdemokratie mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, die Bestrebungen für ein Staatsziel Kultur zu unterstützen. Das trifft sich mit den Intentionen der Linkspartei.PDS und auch deshalb der vorliegende Antrag. Damit wollen wir den Meinungsbildungsprozess der Bundesebene auch durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern unterstützend befördern.

Meine Damen und Herren! Führende Staatsrechtler der Bundesrepublik haben im Zuge der Beratungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ betont, dass eine Staatszielbestimmung Kultur föderalismusneutral ist. Sicher führte auch diese Bewertung zu der schon dargestellten Entscheidung der Enquete-Kommission. Umso weniger ist der jetzt eingetretene Abwartezustand zu verstehen.

Warum aber ein Staatsziel Kultur? Die gesellschaftliche Entwicklung wird wesentlich von Kultur getragen. Die Erscheinungsformen von Kultur sowie die von ihr wahrgenommenen Funktionen sind unmittelbar mit den Entwicklungen des Gemeinwesens verbunden. Auf allen Ebenen der Gesellschaft bietet sie den Einwohnerinnen und Einwohnern ein Forum zur Entwicklung von Gemeinsinn, für

Integration und Verständigung über demokratisches Verhalten. In einer sich entwickelnden Bürgergesellschaft ist Kultur bereit, in noch größerem Umfang Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, generationsübergreifend.

(Beifall Frank Ronald Lohse, SPD: Das stimmt.)

Diese Bedeutung sollte sich im Grundgesetz einfach widerspiegeln.

Die Enquete-Kommission verwies in diesem Zusammenhang auch darauf, dass das Europäische Verfassungsrecht einen Kulturartikel mit dem Artikel 151 des Vertrages enthält. Im Grundgesetz gibt es bereits Staatszielbestimmungen, die die materiellen Bedingungen menschlicher Existenz abdecken. Für die geistigen, idealen Dimensionen menschlichen Daseins, so die Enquete-Kommission, fehle eine entsprechende Bestimmung, was zu einer verfassungsmäßigen Lücke führe, eine ausdrückliche Formulierung zum Schutz und zur Förderung der Kultur. Als Definition wurde von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ die grundsätzliche Umschreibung der von der Bundesregierung 1981 eingesetzten Sachverständigenkommission als zutreffend angesehen, die Folgendes formulierte: „Staatszielbestimmungen sind von dem Begriff des Gesetzgebungsauftrags, der sich allein an den Gesetzgeber richtet, von Programmsätzen mit bloßen Anregungen an den Gesetzgeber, in bestimmten Gebieten tätig zu werden, und von Grundrechten, die einklagbare, individuelle Rechtspositionen schaffen, zu unterscheiden.“

Die Kommission leistete auch auf dieser Grundlage eine umfangreiche und umfassende Arbeit. So befasste sie sich mit Modellen möglicher Verfassungsänderungen, nahm eine Bestandsaufnahme des Kulturverfassungsrechts von Bund, Ländern und der EU vor, wog Argumente pro und contra ab, befasste sich mit der Frage der Justiz und kam letztlich zur Befürwortung einer Staatszielbestimmung als Kulturgestaltungsauftrag und zum Formulierungsvorschlag, der da lautet: „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“

Aber wer oder was ist nun eigentlich mit dieser Kultur, um die es als Staatsziel gehen soll, gemeint? Bodo Pieroth schreibt: „Doch ist anerkannt, dass Kultur als Rechtsbegriff Tätigkeiten und Gegenstände geistig schöpferischer Arbeit umfasst. Sicher dazu gehören Wissenschaft, (Aus-) Bildung und Kunst. Diese Begriffe werfen ähnliche Bedenken bezüglich ihrer Bestimmtheit auf, die sich aber dadurch erledigen, dass wir diese Begriffe im geltenden Verfassungsrecht vorfinden und sie anwenden müssen; Rechtsarbeit ist immer Grenzziehung.“

Meine Damen und Herren! Niemand der Befürworter/-innen eines Kulturpassus im Grundgesetz erwartet, dass plötzlich paradiesische Zustände für die Kultur geschaffen werden könnten. Damit kann weder Geld, das bisher fehlt, herbeigezaubert werden, noch kann eine Kommune davon abgehalten werden, statt eines Festivals für zeitgenössische Musik lieber Kita-Plätze zu finanzieren. Es wird auch kein Individualanspruch auf Kulturförderung entstehen.

Der CDU-Abgeordneten Gitta Connemann, die Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ war, ist aber zuzustimmen, wenn sie mit „der Aufnahme dieser Formulierung im Grundgesetz die Erwartung“ verbindet, „dass mit der Verankerung ein Auslegungs- und

Anwendungsmaßstab für Gerichte und Verwaltungen gegeben wird, der sich positiv auf den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Kulturlandschaft auswirkt.“

Der Sachverständige in der Enquete-Kommission Oliver Scheytt, Beigeordneter der Stadt Essen für Kultur, Jugend und Sport, erwartet Erleichterungen bei Haushaltsverhandlungen, wenn auf ein Grundgesetz verwiesen werden könnte, aus dem sich auch ein Gestaltungsauftrag im Kulturbereich ergäbe.

Selbst die FDP, die sonst dem Staat gern straffe Zügel anlegen möchte, plädiert für eine solche Grundgesetzänderung.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

In einer Zeit, in der Kultur sich als globales Thema und auch als Konfliktstoff erweist, hält es die Fraktion der Linkspartei.PDS für sehr wichtig, sich zum Staatsziel Kultur zu bekennen. Das gilt insbesondere unter Beachtung der Gefahren, die der Kulturlandschaft in Deutschland drohen, zum Beispiel durch Forderungen nach immer höherer Effizienz von Kultur und Kunst. Das meine ich nicht nur in haushalterischem Sinne, sondern wegen des Infragestellens von Kultur überhaupt angesichts einer aggressiv operierenden globalen Unterhaltungs- und Werbeindustrie, die die totale Sinnfreiheit feiert und sonst gar nichts. Es geht uns also auch um eine Stärkung des Gewichts der Kultur in Konkurrenz mit anderen mächtigen Interessen.

In fast allen Bundesländern ist die Förderung von Kunst und Kultur schon eine staatliche Aufgabe von Verfassungsrang, so auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die geforderte Ergänzung des Grundgesetzes greift in diesen kulturellen Auftrag nicht ein, sondern stützt ihn. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS, Reinhard Dankert, SPD, und Frank Ronald Lohse, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schmidt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Caffier. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! „Jeder Staat hat eine kulturpolitische Verantwortung.“ stellt der Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, ein ausgewiesener und über Parteigrenzen hinweg anerkannter Kulturpolitiker, in einer viel beachteten Publikation zur Kulturpolitik fest.

Wir wollen heute trefflich darüber diskutieren, ob dieser Grundsatz, den die Linkspartei.PDS im Grundgesetz verankert sehen will, so dort als Staatsziel aufgenommen werden muss. Norbert Lammert lässt diese Frage offen. Sie ist für die Mehrheit meiner Fraktion und für mich persönlich auch in der Tat offen, denn, so stellt er auch fest, die Behauptung der Kulturhoheit der Länder im Rahmen unseres föderalen Systems sieht derzeit eine solche grundgesetzliche Verankerung in einer anderen Wechsel-

wirkung. Und dabei hat die Kulturhoheit der Länder bereits einen verfassungsrechtlich anerkannten Stellenwert. Ja, die Verankerung des Staatsziels Kultur hat eine weitaus größere Bedeutung für die Verfasstheit der Bundesrepublik, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Das stimmt.)

Ich stelle diesen Antrag in eine Reihe mit der Aktuellen Stunden im vergangenen Landtag, in der es um die Föderalismusreform ging. Dieser Antrag ist zu sehen mit der hier ebenso vorliegenden Entschließung zur Föderalismusreform und dieser Antrag steht für mich auch in einer Reihe mit den ausgeprägten Zentralismusbemühungen mit dem ausgeprägten Wunsch zur Aufhebung des föderalen Systems der Bundesrepublik, die vehement von der ganz linken Seite dieses Parlaments betrieben werden. Um hier auch keinem Etikettenschwindel auf den Leim zu gehen, ist für die CDU in der Chronologie der zur Abstimmung stehenden Beschlüsse eine Ablehnung dieses Antrages nur konsequent. Wir stehen ohne Wenn und Aber zur Kulturhoheit der Länder und das schließt ausdrücklich nicht die kulturpolitische Verantwortung des Bundes aus. Ja, mir ist bewusst, dass sich im Bundestag die kulturpolitischen Sprecher auf einen solchen Weg weitgehend geeinigt haben, ohne dass hier abschließende Entscheidungen in den Fraktionen gefallen sind.

(Zuruf von Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS)

Im gesamten Kontext der Föderalismusdebatte und im Verhalten unseres Bundeslandes können und wollen wir als CDU nicht der Steigbügelhalter für die Preisgabe unseres Bundeslandes und der Identität sein. Diese Identität, diese Kultur als Mecklenburg und Vorpommern, sehr geehrte Damen und Herren, wurde bis 1989 ganz und bis heute natürlich aus der Länge der Zeit auch nachwirkend durch Ihre Vorgänger, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, zumindest stark ideologisiert und eingeschränkt, um nicht andere unparlamentarische Worte für diese – in Anführungsstrichen – Kulturrevolution zwischen 1949 und 1989 zu gebrauchen.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ja, auch in diesem Kontext ist eine solche Forderung zu betrachten, denn wir sind nach unserer Meinung erst auf dem Weg, unsere Identitäten neu zu definieren,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Oh, wir hatten eine erfolgreiche Kulturlandschaft.)

die Geschichte, vor allem die regionale Geschichte, aufzuarbeiten und darüber regionale Identitäten neu zu beleben und zu festigen. Und weil wir diese Auffassung haben, bleiben wir dabei: Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber eine Große Anfrage zur kulturellen
Identität stellen! – Zuruf von
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Caffier.

Einen Moment, Herr Caffier, es gibt eine Frage der Abgeordneten Frau Schmidt. Wollen Sie die noch beantworten? – Nein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ach, feig ist er auch noch!)

Frau Gramkow, das ist ein unparlamentarisches Wort.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Sie hat es nicht so gemeint. Für solche
Zwecke muss man so eine kleine Flasche
„Kleiner Feigling“ in der Tasche haben!)

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Lohse. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Frank Ronald Lohse, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn auch die Vielzahl der Kollegen wahrscheinlich die Zeit nutzt, um den Stoffwechsel aufrecht zu erhalten, also essen zu gehen,

(Zuruf von Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS)

vielleicht sogar kulturvoll zu essen, möchte ich die Gelegenheit nutzen.

Es wäre unfair, Herrn Petters,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Er hat zwar die Jacke von Herrn Petters
an, aber ... – Zuruf aus dem Plenum:
Das stimmt. – Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Entschuldigung, Herrn Caffier zu unterstellen, er würde in seiner Argumentation nicht redlich verfahren. Das wäre wirklich zu unfair. Er ist übrigens dankenswerterweise eingespungen, weil der Sohn von Frau Fiedler-Wilhelm, die dieses Thema sicherlich in bewährter Form hier vorgetragen hätte,

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

krank ist, und deswegen finde ich es gut, dass Sie da eingestiegen sind, auch nicht schlecht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ach, da hätten wir ja Rücksicht nehmen müssen. –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Nun zum eigentlichen Punkt. Gestatten Sie mir mit Erlaubnis des Präsidenten gleich am Anfang der Rede zu zitieren. Sie haben einige Dinge formuliert, die Sie glauben, aus der Enquete-Kommission für Kultur zu kennen. Ich denke, es erhellt und spart Zeit. Es erhellt wahrscheinlich auch unsere Einsicht, warum Kultur bundesweit so schützenswert ist, und dann wollen wir mal sehen. Ein Zitat aus „Schlussfolgerung und Abwägung der Formulierungsalternativen“ für das Grundgesetz: „Nach Abwägung aller Argumente hält die Kommission es für erforderlich, eine kulturelle Staatszielbestimmung in das GG aufzunehmen. Diese Staatszielbestimmung soll so gefasst sein, dass sie einerseits die Vagheit und die juristische Unverbindlichkeit eines bloßen Programmsatzes vermeidet, und dass sie andererseits keine unerfüllbaren juristischen Hoffnungen weckt oder aber den Gesetzgeber in seiner Gestaltungsfreiheit einengt.“ Federführend in dieser Enquete-Kommission war die CDU-Fraktion des Bundestages.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Das Zitat geht weiter: „Sie soll so formuliert sein, dass sie in erster Linie einen Handlungsauftrag an den Staat enthält und eine normative Richtlinie für die Ausführung dieses Handlungsauftrages gibt. Die Zielbestimmung fließt damit sowohl in das politische Ermessen des Ge-

setzgebers ein als auch in verwaltungsrechtliche Ermessens- und gerichtliche Abwägungsentscheidungen.“ Genau dieser Punkt war in der Enquete-Kommission viel diskutiert. Welche Rechtsfolgen kann es in welchen Streitigkeiten und Begehrlichkeiten, die geweckt werden können, geben?

Aber weiter im Text, Zitat: „Rechtstechnisch kann es auch nach den Ergebnissen der Gemeinsamen Verfassungskommission“, und dieses Mal „von 1992“ und nicht 1991, „nicht um eine Ergänzung der Grundrechte gehen, vielmehr wird analog der Bestimmung des Art. 20a GG die Formulierung einer kulturellen Staatszielbestimmung in einem eigenständigen Grundgesetzartikel vorgeschlagen. Eine solche Regelung zieht die Kommission einer Änderung des Art. 20 GG vor, auch unter der Berücksichtigung des Art. 79 Abs. 3 GG, nach dem eine Änderung des Art. 20 GG unzulässig ist. Es bietet sich daher an, einen Art. 20b ...“ – siehe unser Antrag – „in das GG aufzunehmen. Die Enquete-Kommission schlägt folgende kurzgefasste Formulierung vor: ‚Der Staat schützt und fördert die Kultur.‘“ Nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir hier über Kultur reden – und das haben wir gestern ausführlich getan, übrigens betrug die Redezeit da 28 Minuten, genauso viel wie für andere hochwichtige Dinge, wo man glaubt, da geht es um sonst was alles, wir haben uns da sehr, sehr Mühe gegeben –, dann lassen Sie mich, weil ich denke, demnächst haben wir hier nicht ein Kulturthema, bis die Legislatur zu Ende ist, einige Bemerkungen zur Sichtweise der sozialdemokratischen Fraktion unseres Landtages sagen. Das ist eigentlich etwas, worüber wir uns grundsätzlich schon lange verständigt haben, und da glaube ich, auch im Namen der Abgeordneten, die hier noch anwesend sind, sprechen zu dürfen. Die Sozialdemokratische Fraktion unseres Landtages sieht in der Kulturpolitik und steht in der Kulturpolitik für folgende Grundwerte, und das sind die Dinge, die es eben zu schützen gilt:

Wir treten ein für kulturelle Selbstbestimmung. Das geht nicht ohne offensive Auseinandersetzungen mit politisierten Grund- und Kulturkonzepten wie die des Fundamentalismus, des Nationalismus, des Ethnozentrismus mit einer klaren Absage an Gewalt und Terror. Erster kulturpolitischer Grundsatz.

Gegen die schlichte These vom alles entscheidenden Endkampf der Kulturen – das konnte man des Öfteren ja landauf, landab in den Fernsehanstalten immer wieder hören –, gegen diese schlichte These vom alles entscheidenden Endkampf der Kulturen ist der in allen Religionen und Kulturkreisen angelegte humanistische Kern zu unterstützen. Innergesellschaftlich wie weltweit gibt es keine Alternative dazu, beides miteinander zu verbinden: die Verteidigung von Menschenwürde in Grundrechten von Freiheit und Demokratie mit dem interkulturellen Dialog, mit der Auseinandersetzung mit dem Fremden, mit kultureller Toleranz und Integration.

Unser Ziel, denke ich, ist eine lebendige politische Kultur, die problematischen Parallelgesellschaften, auch davon ist oft genug die Rede, ebenso wie der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten entgegenwirkt. Wir treten ein für das kulturelle, und jetzt sage ich es, Leitbild des gleichberechtigten Miteinanders und der nachhalti-

gen Entwicklung für Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und sozialen Fortschritt. Doch auch hierbei gilt, mangelnde kulturelle Sensibilität – und wer hat sie bei sich selbst nicht auch schon mal gespürt – führt zu einer kontraproduktiven Wirkung. Es muss immer ein Verständigungsprozess zwischen Menschen sein, die sich bei aller kulturellen Differenziertheit als prinzipiell Gleiche gegenüberstehen. Und da glaube ich, doch einiges entdeckt zu haben, was Sie, Herr Caffier, hier auch wiedergegeben haben. Ich verstehe und ich kenne diese Endlosdiskussionen, wenn es um Kultur geht, und ich verstehe und ich achte die verschiedenen Ansätze. Aber hier sei eines gesagt, wieder zurück zum Eingangszitat: Die Mehrheit und die von der CDU geführte Enquete-Kommission hat diese Handlungsempfehlung genau so einstimmig vorgeschlagen.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: Einstimmig. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Welche Scheinheiligkeit!)

Warum, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir denn oder warum wollen wir denn dies in Mecklenburg-Vorpommern tun? Ich weiß es aus den kulturpolitischen Sprecherkonferenzen des Bundes, an denen ich ja nun wirklich regelmäßig teilnehme, dass andere Länder – Baden-Württemberg et cetera, ich könnte noch weitere aufzählen – genau das auch von uns verlangen, damit nun endlich das gesetzgeberische Verfahren, das ein langes ist, Bundesrat et cetera, et cetera, in Gang gebracht wird. Also wir wären da nicht die Letzten, aber wenn wir länger warten, sind wir das. In der Mehrheit, denke ich, wird es auch endlich zum Abschluss und zu dieser wertvollen Grunderkenntnis, zur wesentlichen Grunderkenntnis dieser Enquetekommission, die zwei Jahre getagt hat, kommen und wir werden uns dem nicht verwehren. Im Gegenteil, wir tun nichts anderes, aber auch nicht mehr, als dass wir die Landesregierung auffordern, hier tätig zu werden. Nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: In dem Sinne. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend nur noch ein Zitat vortragen und deswegen schmeiße ich einfach mal das ganz dicke Konzept weg, weil der Worte sind manchmal genug gewechselt. Herr Präsident, da muss ich aber schon vorab um Entschuldigung bitten, denn ich glaube, dass ich nicht jedes Komma und jeden Punkt richtig wiedergeben kann, weil ich es aus dem Kopf versuche,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das ist auch 'ne Leistung.)

also sagen wir mal, ein literarisch unordentliches Zitat, aber es ist ordentlich genug. Johannes Rau, unser leider zu früh verstorbener Präsident unserer Bundesrepublik, hat vor zwei Jahren anlässlich eines Theaterkongresses in Berlin gesagt: Wenn ich mir eines wünschen könnte, dann wäre es, dass die Kultur im Grundgesetz als Pflichtaufgabe verankert wird.

(Bodo Krumbholz, SPD: Stimmt, das hat er gesagt.)

Und dann kam natürlich gleich der Zwischenruf, wer soll das bezahlen, das Prinzip und dann müssen die ja,

und dann kriegen die ja. Nein, sagt er, das würde eigentlich auch rechtstechnisch der Kultur momentan vielleicht keinen einzigen Eurocent mehr bringen. Aber, und so das Zitat literarisch unordentlich weiter, er war sich sicher, dass dann endlich die Kultur in dieser ersten Reihe, wo sie hingehört, nämlich im Staatsziel, verankert ist und dass es der Kultur und den Akteuren nur guttun kann. So sinn gemäß das Zitat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Bodo Krumbholz, SPD)

Ich danke für die Aufmerksamkeit und möchte natürlich, dass Sie dem Antrag zustimmen.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Lohse.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Schmidt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lohse hat gesagt, der Worte sind genug gewechselt. Sicher könnte man davon ausgehen. Nichtsdestotrotz möchte ich mit meinen nachfolgenden Ausführungen versuchen, vielleicht, Entschuldigung, den Rest der hier anwesenden CDU-Fraktion dafür zu gewinnen, doch dem Antrag zuzustimmen,

(Heiterkeit und Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

allein aus dem einfachen Grund heraus, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass in Vorbereitung der Bundestagswahl die CDU bundesweit davon ausgegangen ist, föderalismusfeindlich zu sein, indem sie den Antrag auch dort ihrerseits in ihrem eigenen Wahlprogramm gestellt hat, Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufnehmen zu wollen. Das widerspricht dann doch ein klein wenig den hier gemachten Ausführungen von Ihrer Seite, Herr Caffier.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, die aktuellen Herausforderungen, denen sich unsere Gesellschaft und damit auch wir als Politiker/-innen stellen müssen, sind zahlreich und vielschichtig. Beständig spielen sie auch in unseren Debatten hier eine Rolle. Als Stichworte nenne ich Demografie, Migration, Veränderungen in der Arbeitswelt, Kultur einer friedlichen Konfliktlösung, Mediokratie, Suche nach und Entdecken von europäischen Identitäten oder Chancengleichheit. Sie haben auch mit Kultur zu tun und Kultur mit ihnen, Kultur im Sinne der UNESCO-Definition, die ich hier gestern schon vorgetragen habe.

Kultur ist mehr als ein weicher Standortfaktor. Sie ist Instrument aktiver Krisenbewältigung, welches man gerade angesichts ungewisser Zukunft mehr den je braucht. Eine Kulturstaatsklausel im Grundgesetz ist dazu angeht, Kultur zu stärken, auch angesichts weiterer kulturpolitischer Herausforderungen. Allein in diesem Jahr stehen wiederholt Themen wie Arbeitsmarktkultur, Urheberrecht, Föderalismus im Zusammenhang mit kultureller Förderungspolitik oder bürgerschaftliches Engagement auf der Tagesordnung. Die konkreten Auswirkungen demografischer Verschiebungen werden auch den Bereich Kultur betreffen, unserer Meinung nach aber nicht in dem Sinne, nun können wir uns bei dem erreichten Stand zurückleh-

nen und vielleicht dann auch noch abbauen. Nein, unser Bestreben sollte dahin gehen, ein Bewusstsein zu entwickeln, dass demografische Veränderungen nicht zwingend weniger Kultur erfordern, sondern die Bedeutung von Kultur mit ihren bildenden und sozialen Funktionen für die Gesellschaft wachsen wird. Es geht letztlich nicht um die Frage, ob wir uns unter diesen Bedingungen noch Kultur, gemeint sind künstlerische Einrichtungen, leisten können, sondern darum, welche größeren und komplizierten Aufgaben Kultur zu leisten hat.

Allein diese Begründung würde meiner Meinung die Aufnahme der Kultur ins Grundgesetz rechtfertigen. Aber nichtsdestotrotz gibt es noch viele weitere Gründe. Zu einigen möchte ich mich dezidiert äußern.

Erstens. Nehmen wir die Chancen und Möglichkeiten, aber auch Risiken und Gefahren des Arbeitsmarktes Kultur – eine Frage, mit der sich, wenn ich mich richtig erinnere, Ende letzten Jahres auch die Kultusministerkonferenz befasste. Verlässliche Aussagen zu dieser Thematik enthält die Studie „Kulturberufe in Deutschland – Statistisches Kurzporträt zu den erwerbstätigen Künstlern, Publizisten, Designern, Architekten und verwandten Berufen im Kulturberufemarkt in Deutschland 1995 – 2003.“ Diese war von Michael Söndermann, Arbeitskreis Kulturstatistik, im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erstellt und von Christina Weiss, der damaligen Kulturstatsministerin, im Oktober 2004 vorgestellt worden. Sie verwies auf den Kulturbetrieb als eine beachtliche Wachstumsbranche, betonte aber auch, dass der Kulturbetrieb darüber hinaus andere wichtige Impulse gebe, Zitat: „Denn die Eigenschaften, die uns das Erwerbsleben der Zukunft abverlangen wird – Flexibilität, Mobilität, Offenheit im Denken und im Handeln – sind hervorstechende Merkmale einer Tätigkeit im kulturellen Sektor. Kultur ist also auch in dieser Hinsicht nicht eine bloße Kostgängerin des Staates, sondern vielmehr Avantgarde des Arbeitsmarktes.“ Zitatende.

Dieses ist aber nicht nur ideell, also Werte entwickelnd gemeint, sondern auch ganz praktisch. Laut Mikrozensus sind in Deutschland 780.000 Erwerbstätige in direkten Kulturberufen tätig. Im Vergleich dazu sind es in der deutschen Automobilindustrie 620.000. Die öffentliche Wahrnehmung spiegelt diese Tatsache leider nicht wider, da Kultur zu oft außerhalb der Betrachtungsweise von Menschen steht, auch hier im Landtag. Den Vorwurf kann ich uns nicht ersparen. Landtagsdebatten zum Thema Kultur finden im Allgemeinen vor fast leerem Haus statt.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Wie wahr, wie wahr! – Zuruf von
Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS)

Die Krönung erlebten wir dann gestern. Der Debatte zur einzigen Großen Anfrage der CDU-Fraktion in dieser Legislatur und damit eigentlich die Wichtigkeit dieser Thematik unterstreichend wohnten lediglich fünf Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion bei.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Hört, hört!)

Ein zweites Problemfeld zum Thema Kultur bedarf auch der Aufmerksamkeit. Bei einem beträchtlichen Teil der Selbstständigen in den Kulturberufen muss davon ausgegangen werden, dass sie durch ihre selbstständige Tätigkeit nur unzureichend ihren Lebensunterhalt abdecken können. Umso bedeutsamer ist die Künstlersozialversicherung, die eine soziale Absicherung im Bereich der

gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung bietet. Noch prekärer ist die Situation aber für die Selbstständigen in den Kulturberufen, die nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung werden können und sich daher privat krankenversichern sowie eine eigenständige Altersversorgung aufbauen müssen. Es steht angesichts der Daten aus der Umsatzsteuerstatistik zu befürchten, dass dieses nur einem kleinen Teil dieser Personen gelingt und darum in den nächsten Jahren viele ehemalige Selbstständige im Kulturbereich von der Altersarmut betroffen sein werden beziehungsweise ihren Beruf weit über das Rentenalter hinaus ausüben müssen. Eine Stärkung und Aufwertung der Kultur durch das Grundgesetz kann möglicherweise auch hier etwas zum Positiven bewirken.

Noch einen Aspekt will ich aufwerfen, wenn es um die Kulturstaatsklausel geht. Eine weitere Auswirkung der Realisierung unseres Antrages könnte auch bedeuten, dass, wie schon gestern hier dargestellt, endlich eine intensive Diskussion um die Inhalte und deren Angebotsbreite von Kultur diskutiert, als Werte verinnerlicht und gelebt werden können. Dazu gehört für mich auch die dringlichst notwendige Debatte und Auseinandersetzung zu den immer wieder aufkommenden Gedanken einer Leitkultur. Dieser Begriff ist ein gewollter Begriff der Abgrenzung. Ja, eine Kultur, die sich behaupten will, muss beschreiben, was sie ausmacht und wo die Grenzen ihrer Offenheit überschritten werden. Dabei ist jede Kultur an sich bereits ein Konglomerat aus Geschichte beziehungsweise Geschichten, Tradition beziehungsweise Traditionen und Religion beziehungsweise Religionen und damit in sich oft viel mehr multi als national.

Es ist zu hoffen, dass eine Staatszielbestimmung Kultur auch diese Diskussion befruchtet, und zwar im Sinne der UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Für eine solche Konvention ist die PDS beziehungsweise Linkspartei.PDS von Anbeginn an eingetreten. Jetzt müssen 30 Mitgliedsstaaten der UNESCO die Konvention ratifizieren, damit sie in Kraft treten kann. Deutschland hätte nun die Chance, einer der ersten Mitgliedsstaaten zu sein und damit ein kulturpolitisches Signal zu setzen. Das und der Satz „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“ wären wünschenswerte Kulturleistungen.

Eine vierte Bemerkung. Chancen für den weiteren Diskussionsprozess könnte ebenso bedeuten, wenn die Staatsklausel erhoben würde, dass eine wichtige Frage, die immer wieder diskutiert wird, Kulturpflege als Pflichtaufgabe auch in die Verfassung hineinkommt. Seit den Stuttgarter Richtlinien des Deutschen Städtetages von 1952 wird im kommunalpolitischen und kommunalwissenschaftlichen Diskurs wiederholt die Forderung ausgesprochen, Kultur zur Pflichtaufgabe der Kommunen, der Länder, des Bundes zu erklären. Als Begründungen werden in der Debatte unter anderem genannt, Kultur erfülle im kommunalen Gemeinwesen eine wichtige gesellschaftliche Integrationsfunktion und sei ein wichtiges Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sei ganz wesentlich für die Lebensqualität der Einwohner in den Städten und Gemeinden. Sie fördere menschliche Selbstverwirklichung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie stifte Identifikation der Einwohner mit ihren Kommunen und der Region.

Angesichts zunehmender Mediendominanz und kommerziell orientierter Freizeitangebote bedarf es einer gezielten öffentlichen Kulturförderung, um vor allem bei

Kindern und Jugendlichen darauf hinzuwirken, dass die Fähigkeit zur Entwicklung eigener Phantasie und Kreativität nicht verloren geht. Außerdem wäre die Pflege des kulturellen Erbes ohne eine darauf verpflichtete öffentliche Kulturförderung kaum möglich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und wir haben in der gestrigen Debatte hier wiederholt gehört, dass ja gerade, da es als freiwillige Leistung nach wie vor eingestuft ist, diese freiwillige Leistung auch auf kommunaler Ebene sofort Kritikpunkt von Haushalten wird, so sie nicht ausgeglichen sind und als Sparmaßnahme nach wie vor beanstandet werden.

In Sachsen ist es mittlerweile gelungen, dass die Erhebung der Kulturpflege zu einer gesetzlichen Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise in Paragraph 2 des Sächsischen Kulturraumgesetzes registriert wurde und bis heute in der Bundesrepublik Deutschland als einmalig und vorbildlich angesehen wird. Vielleicht kann die Aufnahme von Kultur als Staatsziel in die Verfassung dahin führen, dass – und da bin ich anderer Auffassung als Herr Caffier – es nicht den Föderalismus behindert, sondern bestärkt in allen Bundesländern dieses dann auch so übernommen werden kann. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung unseres Antrages.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Frank Ronald Lohse, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schmidt.

Es hat jetzt ums Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Professor Dr. Dr. Metelmann. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung begrüßt die Initiative der Regierungsfractionen zur Aufnahme der Kultur in das Grundgesetz. Und da die Kultur weitgehend in die Zuständigkeit der Länder fällt, ist es natürlich auch folgerichtig, dass eine entsprechende Aufnahme in unsere Verfassung von den Ländern vorgeschlagen und vertreten wird.

Ich glaube, wir haben in dieser Debatte, die wir gerade gehört haben, viele wertvolle Anregungen und Gedankengänge aufnehmen können:

Mir hat Ihr Gedanke, Herr Abgeordneter Lohse, gut gefallen, Sie haben das mit sehr schönen Beispielen belegt, Kultur als die Spur des Menschen auf der Erde zu begreifen. Dann ist sie natürlich aufzunehmen, wenn wir den Gegenbegriff der Natur als das, was vom Menschen nicht beeinflusst werden sollte, schon zu den Staatszielen rechnen.

Und, Frau Abgeordnete Schmidt, ich danke Ihnen dafür, dass Sie gerade im dritten Gedankengang deutlich gemacht haben, welche Bedeutung Kultur für jede Form von Werteorientierung unseres Lebens hat. Wenn wir Werteorientierung überhaupt als eine Grundlage sehen wollen für eine funktionierende Gemeinschaft, dann steht gerade die Kultur einer Gesellschaft mündiger Bürger durchaus gut zu Gesicht.

Auch die Kulturfragen sind in vielen internationalen Verträgen immer wieder festgeschrieben worden, eingebaut worden. Ich denke an die allgemeine Erklärung der Men-

schenrechte, den Pakt zu den ökonomischen, sozialen, kulturellen Rechten oder die Kinderrechtskonvention, wo das Recht auf Kunst und Kultur garantiert ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Verträge, diese internationalen Vereinbarungen ratifiziert. Sie ist damit schon eine Verpflichtung zur Sicherung des kulturellen Lebens eingegangen. Ein anderer Aspekt – auch die Europäische Union hat sich einen Kulturartikel gegeben. Ich zitiere: „Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedsstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.“

In ihren Verfassungen bekennen sich die Länder zu ihrer Verantwortung in der Pflege und Förderung von Kunst und Kultur. Ich darf aus unserer Verfassung zitieren: „Land, Gemeinden und Kreise schützen und fördern Kultur, Sport, Kunst und Wissenschaft.“

Es besteht sicherlich gar kein Zweifel daran, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Kulturstaat ist. Dies sollte sich nun auch im Grundgesetz rechtlich verankert sehen. Unsere Staatszielbestimmung formuliert im Grundgesetz bis jetzt den Sozialstaat, den Umweltschutz, den Tierschutz und ich bin ganz davon überzeugt, dass auch die Kultur in das Grundgesetz hineingeschrieben werden muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Mit der Staatszielbestimmung ist keine Verstärkung der kulturell bezogenen Bundeskompetenz verbunden. Es ist auch kein Eingriff in die kulturelle Selbstgestaltungskompetenz der Kommunen. Aber es ist eine wesentliche Rückenstärkung – das will ich noch einmal herausgreifen und das habe ich aus allen Beiträgen gehört, Sie haben es noch mal in Ihrem vierten Aspekt, im vierten Gedanken- gang genannt – für alle Menschen, die in irgendeiner Form Kultur selbst schaffen, die Kultur fördern. Es ist eine Rückendeckung für alle, die sich in Stiftungen und anderen Organisationen, in Vereinen, in Chören, in Museen in jeder Form für Kultur einsetzen. Es ist wohl auf diese Weise ein gutes Stück für das Selbstbewusstsein einer bürgerlichen und individuell im Sinne des Gemeinwesens verantwortlichen Gesellschaft, ein gutes Stück der Eigen- identität.

In diesem Sinne und zurückgreifend auf die vielen guten Argumente, die Sie alle gebracht haben, die ich jetzt gar nicht noch mal alle hervorheben muss, weil schon die heutige Debatte an sich ein Wert war, wird sich die Landesregierung für die Aufnahme einer Staatszielbestimmung im Grundgesetz verwenden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD auf Drucksache 4/2249. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD auf Drucksache 4/2249 bei Zustimmung durch die

Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS, Gegenstimmen der Fraktion der CDU und zwei Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU sowie einer Enthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Kormoranmanagement in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/2246.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Kormoranmanagement in
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/2246 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schlupp. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat heute ein aktuelles Problem auf die Tagesordnung gebracht, welches nicht nur die Existenz der Fischer unseres Landes, sondern auch vieler Fisch- und Vogelarten in unserem Land gefährdet.

Vorangestellt sei, dass nicht die Kormorane an sich das Problem sind, sondern ihre große Anzahl. Seit 1990 hat sich der Kormoranbestand in Mecklenburg-Vorpommern von circa 3.000 Brutpaaren auf über 13.000 Brutpaare erhöht. In der Brutzeit kommen die Nistlinge und danach die Jungvögel dazu. Die enorme Vermehrung der Kormorane und die mit ihr verbundenen ökonomischen und sozialen Auswirkungen für die Fischerei und den Artenschutz zwingen uns endlich zu einer Versachlichung der Diskussion. Im Interesse der Fisch- und Avifauna ist ein gezieltes Handeln mehr denn je erforderlich. Hier fehlt der Landesregierung offensichtlich ein klares Konzept, denn nur so ist zu verstehen, dass einerseits die Fangquoten für die Fischer ständig abgesenkt werden und bedrohte Fischarten wie der Aal auf die Rote Liste sollen und andererseits die explosionsartige Ausbreitung des Kormorans zugelassen wird. Geld für Förderprogramme in Millionenhöhe zur Züchtung und Wiederansiedlung von Fischen ist zum Fenster hinausgeworfen, wenn auf der anderen Seite keine effiziente Dezimierung des Kormoranbestandes erfolgt.

Die durch Kormorane an den Fischbeständen verursachten Schäden lassen sich leicht berechnen. Durchschnittlich nimmt ein Kormoran 0,5 Kilogramm Fisch zu sich. Das sind 182,5 Kilogramm Fisch pro Jahr. Insgesamt fressen also allein die 13.000 Brutpaare im Jahr mehr als 4.745 Tonnen Fisch. Noch größer ist der Schaden dadurch, dass der Kormoran vorwiegend Jungfische und Laichfische frisst. Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen der Berufsfischerei und der Anglerverbände nach einer drastischen Bestandsregulierung mehr als nachvollziehbar. Eine Bestandsreduzierung ist aber auch im Interesse des Arten- und Gewässerschutzes zwingend erforderlich. Aus diesem Grunde fordern wir in Punkt 1 unseres Antrages die Landesregierung auf, endlich geeignete Maßnahmen zur Reduzierung des Kormoranbestandes zu unternehmen, denn eins muss uns allen klar sein: Ein weiteres Aussitzen des Problems gefährdet die Existenz unserer Fischer.

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Landesverordnung zur Abwehr erheblicher Schäden an Nutzfischen durch Kormorane, durch die Zulassung von Ausnahmen

von besonderen Schutzvorschriften für besonders geschützte Tierarten, Kormoranverordnung, sind wir einen Schritt auf dem richtigen Weg vorangekommen. Diese Verordnung allerdings muss konsequenter als bisher umgesetzt werden. Die Möglichkeiten der Reduzierung des Kormoranbestandes durch Zerstörung der Gelege, durch Vergrämung, Abschuss oder andere geeignete Maßnahmen sind zwingendes Gebot im Interesse der Fischer und des Artenschutzes. Wer aus rein dogmatischen Gründen von seiner eigenen Verordnung abweicht und diese auf wenige Gebiete beschränkt, der wird weder dem Anliegen der Fischer noch dem des Artenschutzes gerecht. Anstatt für eine ordnungsgemäße Umsetzung der Kormoranverordnung zu sorgen, verwässert diese Landesregierung diese durch die Allgemeinverfügung über die Ausnahme von einzelnen Gebieten aus dem Geltungsbereich der Kormoranverordnung vom 22. Februar 2006. Damit wird die Kormoranverordnung faktisch außer Kraft gesetzt. Dieser Weg, meine Damen und Herren der Koalition, den Sie dort gerade beschreiten, führt nicht nur in eine Sackgasse, nein, er diskreditiert den ehrenamtlichen Naturschutz der Anglerverbände, er gefährdet die Existenz der Fischer, er gefährdet Arten und schadet dem Land.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Um wirkliche Effekte erreichen zu können, müssen auch Gebiete in die Bejagung einbezogen werden, die bisher durch die Kormoranverordnung ausgeschlossen sind. Im Klartext heißt das, dass die laut Verordnung zulässigen Maßnahmen auch auf Schutzgebiete erweitert werden müssen. Hierzu braucht man allerdings Mut und muss auch einmal den Gegenwind der selbsternannten Tier- und Umweltschützer ertragen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, eine wirksame Reduzierung des Kormoranbestandes und der Erhalt eines verträglichen Bestandsniveaus ist nur durch Umsetzung eines europäischen Managementplanes möglich. Alleingänge sind wie in fast allen Bereichen des Umweltschutzes zum Scheitern verurteilt. Regionale Vergrämuungsmaßnahmen und Abschüsse bringen zwar Entspannung, können das grundsätzliche Problem jedoch nicht lösen. Aus diesem Grund fordert meine Fraktion unter Punkt 3 unseres Antrages die Landesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für ein abgestimmtes Kormoranmanagement einzusetzen. Hierzu zählt für uns, dass der Kormoran in den Anhang 2 der Vogelschutzrichtlinie und als jagdbares Wild in das Jagdgesetz aufgenommen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, bereits im August 2004 wurde seitens des Umweltministeriums eine Überprüfung der Kormoranverordnung angekündigt. Leider hat sich bis heute nichts getan. Um die hohe Populationsdichte an Kormoranen nachhaltig reduzieren zu können, muss die Kormoranverordnung aus dem Jahr 2000 angepasst werden

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

und auf nationaler und europäischer Ebene ein Konzept zur Bestandsregulierung beim Kormoran erarbeitet werden. Da mit einer kurzfristigen Reduzierung der Kormoranbestände nicht zu rechnen ist, müssen Maßnahmen eingeleitet werden, um die Ertragsausfälle der Fischer auszugleichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den zurückliegenden Jahren hat die Landesregierung gerade im Bereich des Kormoranmanagements die Zeit verschlafen. Es ist

allerhöchste Zeit zu handeln. Deshalb fordere ich Sie im Interesse der Fischer und des Artenschutzes auf, unserem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schlupp.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister.

(Egbert Liskow, CDU: Der Kormoranminister!)

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die schwarzen Vögel haben es in Mecklenburg-Vorpommern wirklich nicht leicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Und wenn ich mir den Antrag anschau, der sicher ernsthaft gemeint ist, ist mir Folgendes noch einmal aufgefallen, und zwar heißt es im Punkt 3: Die Landesregierung soll „sich für ein regionales, nationales und europaweites Kormoranmanagement einsetzen.“

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Weltweit!)

Eigentlich fehlt tatsächlich nur noch „weltweit“. Dann wäre es wirklich komplett gewesen. Ich glaube, wir nehmen uns hier in dieser Frage ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie können ja einen Ergänzungsantrag machen, Herr Minister. –
Egbert Liskow, CDU: Das hoffen wir. –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Aber in doppelter Ausführung.)

Wir nehmen uns in dieser Frage wirklich ernst. Insbesondere, wenn man sich dann die schwarzen Vögel anschaut, ist es tatsächlich so, dass diese fischfressenden Vögel eine Ressource angreifen und mit uns Menschen teilen müssen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Und genau da liegt der Hase im Pfeffer.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:

Oder der Fisch in der Pfanne! –

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Der Fisch.)

Genau so.

Manchmal ist es auch so, dass von den fliegenden Kreuzen gesprochen wird oder von den Unterwasserterroristen. Am Kormoran scheiden sich tatsächlich in diesem Land seit Jahren die Geister.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig, genau.)

Und ich will das ausdrücklich auch noch einmal sagen, Frau Schlupp:

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wenn Sie von Anfang an hier gewesen wären, hätten Sie das, was Sie eben gesagt haben, hundertprozentig nicht gesagt,

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

denn ich habe vor diesem Hohen Hause einmal, glaube ich, einen Ordnungsruf bekommen, als ich gesagt habe: „Nur ein toter Kormoran ist ein guter Kormoran.“

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aber ich will hier eins deutlich sagen – ich vertrete heute auch den Umweltminister, der sich zurzeit in der Föderalismusdiskussion in Berlin befindet –: Wir sind die Regierungskoalition gewesen, die überhaupt erst ein Kormoranmanagementsystem in diesem Land aufgebaut hat. Bis 1998 gab es das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Egbert Liskow, CDU: Und warum klappt das
denn nicht? Warum klappt das denn nicht?)

Ja, ich werde gleich etwas dazu sagen. Wenn Sie mir zuhören mögen,

(Egbert Liskow, CDU: Gerne.)

dann kriegen wir das auch auf die Reihe.

Nicht nur bei den Fischern und Anglern ist der schwarze Vogel längst – und das ist freundlich ausgedrückt – äußerst unbeliebt, sondern auch in der Politik ist es so, dass wir versuchen, Maßnahmen umzusetzen. Nach wie vor ist er einerseits der Feind Nummer eins, nämlich der Fischer und der Angler, andererseits, auch das dürfen wir nicht vergessen, ist er Aushängeschild von Einfluss und Erfolg, nämlich der Naturschützer und Artenschützer. Dieser Vogel war vom Aussterben bedroht und er ist es in anderen Regionen Europas und der Welt auch nach wie vor. Entsprechend schlagen selbstverständlich die Wellen hoch. Wegen des Kormorans fehlen angeblich den einen tatsächlich die Fische, also den Fischern und den Anglern, und den anderen eine schlüssige und damit auch einer gerichtlichen Überprüfung standhaltende Konzeption.

Im Übrigen weise ich ausdrücklich darauf hin, dass gegen den Umweltminister und gegen mich Klagen vorliegen, Frau Schlupp, im Zusammenhang mit diesem Management. So wird aus der vergleichsweise sachlichen Frage, wie man tatsächlich die fischereiverträgliche Entwicklung und das Management in Mecklenburg-Vorpommern aufbauen kann, jetzt ein politischer Schlagabtausch, der uns in keinemer Weise weiterhilft. Geholfen ist damit im Übrigen niemandem. Der Streit zwischen Fischerei und Naturschutz zieht sich leider mittlerweile – ich betone, leider, da gebe ich Ihnen recht – über Jahre hin. Dabei ist es ganz klar das Ziel der Landesregierung, zu gesicherten Rahmenbedingungen für die Existenz der Teich-, der Binnen- und der Küstenfischerei und auch der Angelei in unserem Bundesland zu kommen.

Aber die Landesregierung hat natürlich auch andere Verpflichtungen zu erfüllen. Wir haben nämlich dafür Sorge zu tragen, dass die europäischen und die deutschen Artenschutzbestimmungen eingehalten werden. Dies gilt im Übrigen auch für den Kormoran. Dieses ist ein schwerer Balanceakt. Wie auch andere Bundesländer gucken wir nach Bayern oder Schleswig-Holstein, die es erfahren mussten oder unserem Beispiel folgen. Leider wird auf dem politischen Parkett bislang meist entweder der einen oder der anderen Seite das Wort geredet und damit kommen wir auch wiederum nicht weiter.

Ich hätte mir wirklich gewünscht – deswegen wird es zu einer Überweisung dieses Antrages kommen, was ich sehr begrüße –, dass sich auch die Fraktion der CDU, vor allen Dingen von diesem Podium aus, nicht nur durch Reduzierungsabschuss oder Vergrämungsabsichten in Sachen Kormoran zu Wort gemeldet hätte, sondern schauen wir uns einmal die gesetzlichen Rahmenbedingungen an, welche uns das Kormoranmanagement erschweren. Wer sich ernsthaft damit beschäftigt, stellt sehr schnell fest, dass insbesondere beim europäischen Vogelschutz Schnellschüsse ganz klar zu Rohrkrepiern werden. Und das haben Sie hier auch deutlich gemacht, Frau Schlupp, damit müssen Sie sich noch ein bisschen mehr beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Ute Schildt, SPD)

Es gilt nämlich nicht nur für den Kormoran, den wir im Visier haben, sondern auch für andere wildlebende Arten, die im Übrigen nicht vom Aussterben bedroht sind. Ob Vogelschutzrichtlinie oder Bundesnaturschutzgesetz, alle wildlebenden europäischen Vogelarten sind besonders geschützt und das ist grundsätzlich richtig so. Darauf kann man auch nur antworten: Wir müssen hier ein solides Management entwickeln. Der Schutz einer europäischen Vogelart setzt nicht voraus, dass diese ausdrücklich bedroht ist und in ihrem Bestand zurückgeht. Vogelschutz ist übergreifender zu betrachten. Auch Arten mit stabilen oder sogar zunehmenden Beständen unterliegen dem gleichen gesetzlichen Status. Mit diesem Problem haben wir es einfach in diesem Zusammenhang zu tun. Nur wenige dieser Vogelarten können überhaupt bejagt werden. Nur wenige dürfen und können bejagt werden. Im Anhang 2 steht, dass der Kormoran ausdrücklich nicht zur bejagenden Wildart gehört. Bitte berücksichtigen Sie das bei aller Kritik, die Sie hier gegenüber der Landesregierung äußern.

Wir haben wirklich alles versucht und ich bin gespannt, was Herr Seehofer in den nächsten Wochen und Monaten auf den Weg bringen kann oder wird. Es geht im Übrigen darum, das Verfahren zur jagdbaren Wildart überhaupt erst einmal wieder zu eröffnen. Dort gibt es zurzeit keine Chancen. Das müssen Sie dabei berücksichtigen. Aber selbst wenn, ist es auch kein Geheimnis, dass die Jägerschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern wenig Ambitionen entwickelt,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

um dieser Situation gerecht zu werden.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das haben Sie uns erklärt. – Zuruf von
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Das Problem lösen zu wollen ist eine große Illusion.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS und Ute Schildt, SPD)

Dieses als Allheilmittel überhaupt zu entwickeln ist für mich der blanke Populismus.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Die einschlägigen Gesetzgebungen, auf die dieses Hohe Haus bekanntlich ein Höchstmaß an Einfluss versucht auszuüben, sehen eben nur eine einzige Ausnahme: Es muss nachweislich durch den Kormoran entstandener – daran arbeiten wir seit Jahren, Frau Schlupp, das wissen Sie

auch, ich habe das auf dem Fischereitag noch einmal deutlich gemacht – fischereiwirtschaftlicher Schaden nachgewiesen werden. Und sich hinzustellen und zu sagen, dieser Vogel frisst so und so viel Fisch, das kennen wir alles,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Milchmädchenrechnung.)

das reicht allein als gerichtsfestes Argument eben nicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Ute Schildt, SPD – Zuruf von
Egbert Liskow, CDU)

Ich bitte Sie wirklich nochmals, in dieser Gretchenfrage nicht so einfach diese Worte hier zu finden, sondern die Antwort kann im Übrigen durchaus unterschiedlich ausfallen, je nachdem, ob wir Teichwirtschaften betrachten,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das ist meistens so.)

natürliche Binnengewässer oder auch die Küstenfischerei. Und da sind wir auf Daten und Fakten angewiesen, die wir mittlerweile erhoben haben, um dann gerichtsfest – ich sage das noch einmal – zu sein. Sie wollen sicherlich mir oder uns als beiden Häusern eine parlamentarische Handreichung für die Fischer und die Angler und letzten Endes auch für den Naturschutz mit herangeben. Das akzeptiere ich auch. Insofern finde ich das Thema nicht schlecht. Es hätte diesem Antrag wirklich gut zu Gesicht gestanden, wenn Sie deutlich gemacht hätten – und zwar aus fachlicher Sicht und dann auch nachvollziehbar –, welche fischereiliche Begründung für diese Maßnahmen, die europäisch untersagt sind, hier umgesetzt werden soll.

Insbesondere wäre es hilfreich gewesen zu erfahren, ob sich nach Ansicht der CDU-Fraktion erhebliche wirtschaftliche und fischereiwirtschaftliche Schäden bei uns im Land durch nachvollziehbare und fachlich begründete Methoden tatsächlich belegen lassen. Wir können das, das haben wir für die Binnenfischerei getan, und das insbesondere für die Teichwirtschaften. Ich habe die Zusage des Umweltministers, dass keine – ich betone, keine – neuen Kolonien zugelassen werden und wir auch in der Population in Form von Eingriffsmaßnahmen weiterhin Einfluss nehmen werden. Dies halte ich für richtig.

Grundsätzlich kann ich in diesem Zusammenhang feststellen, dass es im Land Mecklenburg-Vorpommern immer eine Koalition der aktiven Maßnahmen bei den Kormoranen gegeben hat. Vielleicht gibt es auch eine Geschlossenheit, wenn wir den Antrag in dieses Hohe Haus wieder zurückführen. Die Federführung bei dem Management liegt, das wissen Sie, beim Umweltministerium und es ist auch nicht zu ändern.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Gleichzeitig gab es aber eine intensive Zusammenarbeit mit den Fachleuten der Fischerei und der Jagd in unserem Hause, was ich zu vertreten habe.

Frau Schlupp, Sie wissen es auch, wir haben erhebliche Mittel für die Bejagungs- und Vergrämnungsmaßnahmen bereitgestellt, um damit die Population zurückzudrängen. Schließlich haben wir die Kormoranverordnung, die in Deutschland einmalig war, die andere nachahmen. Auch das Töten von Kormoranen zur Abwendung fischereiwirtschaftlicher Schäden war auf dieser Grundlage 1998 ein

Thema. Per Verordnung ist dieses dann pauschal zugelassen worden und wir haben Einzelfallgenehmigungen immer wieder ermöglicht. Die Ereignisse – und das wissen Sie sehr genau – im Anklamer Stadtbruch jedoch waren leider, ich betone, leider, ein Schlag in das Gesicht derjenigen, die seit Jahren einen gangbaren Weg versucht haben zu entwickeln.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Spätestens jetzt mussten und müssen wir tatsächlich gerichtsfeste Entscheidungen auf der Annahme der erheblichen – ich betone noch einmal, der erheblichen – fischereiwirtschaftlichen Schäden nachweisen. Ansonsten kommen wir hier keinen Millimeter weiter. Wenn Strafanzeigen auf dem Tisch liegen, müssen sich Handeln und Entscheidungen erst recht auf harte Fakten stützen können. Bei aller Wertschöpfung und Wertschätzung natürlich für unsere Küstenfischer – wir müssen feststellen, dass wir hier noch keine Datengrundlage in der beabsichtigten Form vorliegen haben, das heißt, im wahrsten Sinne des Wortes muss hier mehr „Butter bei die Fische“.

Aus der Unterrichtung der Landesregierung aus dem Jahr 1999 sind die fischereilichen Schäden auch dokumentiert worden. Dies ist längst unbestritten. Ich darf hier noch einmal herausarbeiten: Wir haben klare Nachweise im Bereich der Fischproduktion in traditionell geschützten und ungeschützten Teichen. Wir haben die ganz klare Beeinflussung, den Nachweis beim Fischfang in den Reusen. Das wissen wir. Das können wir auch nachweisen. Wir haben auch Probleme bei der Stellnetzfischerei. Auch das können wir ganz klar nachweisen. Und wir haben die Probleme – deswegen haben die Maßnahmen auch gegriffen – bei der fischereilichen Bewirtschaftung größerer Seen mittels Fischbesatzmaßnahmen. Ich sage hier noch einmal: Wir sind doch auf einem vernünftigen Weg. Wenn wir auf der einen Seite Besatzmaßnahmen fördern und auf der anderen Seite einen Überbestand dieser Tiere haben, dann muss einfach eingegriffen werden. Und das tun wir bereits.

Die Geister scheiden sich aber nach wie vor über den Umfang der Schäden und damit auch der Erheblichkeit. Ich glaube, ich habe das deutlich gemacht, genau da liegt der Hase oder der Fisch in der Pfanne. Vom Einfluss des Kormorans auf den sonstigen Artenschutz und auf die Gewässerökologie zu fabulieren, hilft den Fischern und den Anglern überhaupt keinen Millimeter weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Derartige negative Einflüsse der Kormoranpopulation sind zumindest in Mecklenburg-Vorpommern – und darauf kommt es nun einmal an – nicht überall belegbar. Gerade bei den FFH-Fischarten haben wir trotz gewachsener Kormoranbestände tatsächlich noch immer eine sich klar stabil entwickelnde Bestandssituation. Das trifft insbesondere für den Hering zu und glücklicherweise auch für den Dorsch.

Es ist klar, wir leben in einer Kulturlandschaft und diese ist durch den Menschen geprägt und beeinflusst. Deswegen muss auch eingegriffen werden. Daher werden wir bisweilen Bestandsreduzierungen verschiedener Tierarten auch in der Zukunft für erforderlich halten, im Übrigen im Einklang mit dem Naturschutz und dem Artenschutz. Das gilt für Rehwild genauso wie für Rotwild, Damwild

oder das Schwarzwild beziehungsweise die Füchse oder den Marderhund –

(Beate Schlupp, CDU: Sie sollten zum Thema sprechen. – Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

das hätten Sie heute alles ansprechen können –, wo selbstverständlich auch aus naturschutzrechtlichen Gründen die Artenvielfalt zurückgeht. Auch hier müssen wir einfach eingreifen und wir werden das weiterhin tun. Ein Management wird deshalb grundsätzlich beim Kormoran möglich sein, wenn es begründbar ist und in seiner Form gesellschaftspolitisch anerkannt wird. Da werden wir uns mit den Tierschützern und den Naturschützern auseinandersetzen müssen.

So ist sicherlich auch klar, zumindest bei den Teichwirtschaften des Landes gibt es zur Vergrämung der Vögel keine echte Alternative. Folgerichtig sind zwei entsprechende Anträge – im Übrigen in diesem Jahr bereits wieder von Fischern – genehmigt worden im Einvernehmen mit dem Umweltministerium. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass es in Mecklenburg-Vorpommern erneut zu einem umfangreichen Abschuss von Jungvögeln kommen wird. Dies ist gesellschaftspolitisch nicht durchführbar und die Aktion hat auch einen sehr negativen Einfluss ausgeübt. Das, was im Anklamer Stadtbruch passiert ist, darf und wird sich nicht wiederholen.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Es hat sich im Übrigen gezeigt, dass solche Aktionen erhebliche negative Auswirkungen auf andere wichtige Wirtschaftsbereiche unseres Landes haben können, nämlich auf den Tourismus. Vielleicht ist es auch an der Zeit, sich ehrlich einzugestehen, wir verfügen derzeit über kein zulässiges Mittel, derart massiv in das ökologische Gleichgewicht einzugreifen und die Kormoranbestände im Land wirksam reduzieren zu können. Das muss in Europa durchgesetzt werden. Dafür ist die Bundesrepublik Deutschland zuständig und da laufen auch unsere Maßnahmen hin.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Bisherige Regulierungsmaßnahmen, wie beispielsweise Vergrämungsabschüsse, Kolonieverhinderungen oder auch der Eiaustausch, haben sich als wenig erfolgreich erwiesen. Sie können zwar lokal tatsächlich die Situation der betroffenen Fischer und insbesondere im Binnenland verbessern, indem der Kormoran zum Abwandern gezwungen wird, aber dann verteilt sich das insgesamt weiter auf Mecklenburg-Vorpommern oder darüber hinaus. Die Bestände sind trotz der zum Teil erheblichen Maßnahmen nicht zurückgegangen, sondern weiter angestiegen. Insbesondere in der Küstenfischerei kann von Entspannung nicht die Rede sein. Die einen würden dieses also als eine Kapitulation betrachten und andere – und dafür plädiere ich ausdrücklich – als Aufruf zu einer friedlichen Koexistenz, um hier gemeinsam in die Maßnahmen eingreifen zu können. Von einer praktikablen, umfassenden und das Problem wirklich anpackenden Lösung sind wir noch weit entfernt.

Es wird zum Glück in diesem Herbst eine EU-weite Konferenz zum Kormoranmanagement geben. Dazu hat das Bundesamt für Landwirtschaft und Verbraucherschutz eingeladen und ich hoffe, dass wir dann zu praktikableren Lösungen kommen werden. Chancen für ein

rechtssichereres und erfolgreiches Kormoranmanagement stehen für die Landesregierung hoch auf der Agenda und wir haben dieses im Übrigen auch für die Binnengewässer umgesetzt. Über eine plausible und im Grundsatz allseits akzeptierende Modellrechnung muss die Kormoran AG zunächst versuchen, den erheblichen fischereiwirtschaftlichen Schaden nachzuweisen. Daran arbeiten wir, wie ich Ihnen hoffentlich habe darstellen können. Dabei stehen alle, ob Fischer, Angler, Naturschützer, Fisch- oder Vogelkundler, die Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter oder die Parlamentarier des Landes Mecklenburg-Vorpommern, gemeinsam in der Verantwortung. Die Einzelheiten müssen wir dann hier noch diskutieren, nicht zuletzt, um weitere Schäden von Fischern, Anglern oder Jägern, dem Naturschutz und dem Tourismus von Mecklenburg-Vorpommern abzuhalten.

Heute ist klar, die friedliche Koexistenz muss aus meiner Sicht möglich werden und möglich sein. Angler, Teichwirte oder auch die Fischer können und müssen mit fisch- und frischfischfressenden Tieren wie Eisvogel, Seeadler, Reiher, Kormoran oder auch dem Fischotter klar kommen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Genau, die müssen auch bekämpft werden.)

Das ist nun mal so.

Der CDU-Antrag, den ich allerdings für etwas sehr politisch aufgeplustert und als ein wirklich lahmes Flügel-schlagen betrachte, ist wohl eher in Richtung Wahlkampf

(Beate Schlupp, CDU: Der war ja schon vorher beschlossen.)

und der Auswertung des Fischereitages zu dokumentieren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das wurde ja wohl unterstützt. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich komme zum Schluss, dann können Sie gern nachher noch einmal darauf eingehen.

Der von der Opposition vorgeschlagene Weg hat 15 Jahre

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Welcher denn?)

in Mecklenburg-Vorpommern nicht zum Erfolg geführt.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Genau, in die Sackgasse.)

Wir müssen versuchen, auf europäischer Ebene dieses durchzusetzen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das hat sie kritisiert, die europäische Ebene.)

Alles andere bringt uns nicht weiter, ich hoffe, Sie haben es verstanden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir haben eine EU-Vogelschutzrichtlinie, die wir versuchen wollen zu verändern, und das ist das Bohren von dicken Brettern. Ich halte es insofern für richtig, diesen Antrag in die Ausschüsse zu verweisen, um ihn dann mit praktikablen Lösungen anzureichern. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gemäß Paragraf 85 Absatz 1 der Geschäftsordnung hat die CDU-Fraktion damit neun Minuten mehr Redezeit.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Jarchow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion zielt auf ein ganz sensibles Thema. Der Kormoran hat dieses Haus und nicht nur dieses schon mehrfach beschäftigt. Bisher stand dieses Thema in jeder Legislatur auf der Tagesordnung.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Mindestens einmal.)

Mindestens einmal.

Heute stehen wir wieder hier und sprechen wieder darüber. Und dennoch ist zu konstatieren, dass wir einer Lösung in der Tat kaum näher sind als vor nunmehr zehn Jahren. Schon damals standen sich die Interessen von Fischereiwirtschaft und Naturschützern gegenüber. Und daran, denke ich, hat sich im Grundsatz nichts geändert. Die Positionen sind klar: Fischer sehen sich in ihrer Existenz, Naturschützer den Kormoran bedroht.

Nun, meine Damen und Herren, es bleiben die Fakten festzuhalten:

Erstens. Die bisherigen Instrumentarien, gleich welcher Art, haben sich nicht bewährt. Ansonsten würden wir heute hier nicht stehen.

Zweitens. Die Auswahl an Instrumentarien ist knapp. Ansonsten hätten wir nicht auf im Sinne des Antrages wenig Erfolg versprechende Maßnahmen zurückgegriffen.

Drittens steht der Kormoran nach wie vor unter Schutz, und zwar durch Regelungen und Gesetze auf EU- und Bundesebene.

Viertens. Alle Anstrengungen im Sinne des Antrages auf diesen Ebenen sowohl bei der EU als auch beim Bund haben keine Ergebnisse gebracht und haben auch kaum Aussicht auf Erfolg.

Fünftens. Solange sich die Staaten mit den größten Populationen – und da meine ich die Niederlande und Dänemark – weiterhin einer europäischen Lösung verweigern, wird es wohl kaum zu einer Einigung kommen.

Sechstens. Deshalb gibt es zurzeit schlicht kaum eine andere Möglichkeit, als den rechtlichen Rahmen auszu-schöpfen, womit wir wieder bei Punkt 1 wären.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Thema sicher nicht gerecht, wenn wir heute hier im Landtag darüber beschließen. Ich glaube zwar an so manches, aber mit Sicherheit nicht daran, dass die eine oder andere Seite, die jeweils legitim ihre Interessen vertritt, von ihrer grundsätzlichen Position abweichen wird. Die Arbeitsgruppe Kormoran im Umweltministerium wurde bereits umstrukturiert, um eben diese Interessen für eine effektive und abgestimmte regionale Planung mit einzubeziehen.

Ich denke, dass sich der Landtag an diesem nicht neuen, aber dennoch wichtigen Diskussionsprozess beteiligt, und damit beantrage ich für meine Fraktion die Überweisung in den Umweltausschuss und mitberatend

in den Landwirtschaftsausschuss. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jarchow.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Timm. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Udo Timm, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frohe Kunde habe ich vernommen. Herr Minister und auch Herr Jarchow von der SPD-Fraktion, der Überweisungsvorschlag unseres Antrages ist ein guter Anfang dafür, dass wir uns gemeinsam darum bemühen, die Sachlichkeit aus dem Antrag herauszuholen und ihn auch genauso ordentlich zu diskutieren,

(Zurufe von Ute Schildt, SPD, und
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

diese Sachlichkeit, die wir da herausgeholt haben.

Vorgestern haben wir aktuell auf dem Parlamentarischen Abend des Landesanglerverbandes und des Landesjagdverbandes die Gelegenheit nutzen können, uns über die Probleme beim europäischen Aalmanagement zu informieren. Der Aal, einer der Brotfische unserer Fischer, ist in seinem Bestand gefährdet. Aufgrund der Bestandsgefährdung fordern Artenschützer die Beschränkung des Aalfanges und den Umbau der Gewässer. Gleichzeitig verkündet der Landwirtschaftsminister medienwirksam ein Programm zur Rettung des Fischbestandes in Höhe von 37 Millionen Euro.

All diese Aktionen, meine Damen und Herren, werden nicht ausreichen, um den Fischbestand nachhaltig zu sichern. Sie können Millionen und Abermillionen in die Fütterung der Kormorane investieren, ohne dabei den Fischbestand zu sichern.

(Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, das Problem ist keinesfalls neu. Ich zitiere:

- „1. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1.1 auch weiterhin geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die darauf hinwirken, daß
– der Kormoranbestand im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten reguliert wird,
– auch künftig Kormoranschäden durch Vergrämung an besonders gefährdeten Stellen oder durch Förderung technischer Maßnahmen zum Beispiel Teichabdeckungen vorgebeugt wird,“ und so weiter und so weiter.

Sie werden es nicht glauben, aber dieses Zitat stammt aus der Beschlussempfehlung 1/4142 des Umweltausschusses aus dem Jahre 1994 zu dem Antrag der SPD auf der Drucksache 1/3109.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Bereits im Februar 1997 wurde ein Antrag, der dem heute vorliegenden Antrag ähnelt, in diesem Hohen Haus unter Drucksache 2/2354 eingebracht. Ein Ziel des Antrages war damals die Einführung eines europaweiten Managements zur Bestandsregulierung des Kormorans.

Hierbei sollten die Präventiv- und Regulierungsmaßnahmen für Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt werden. Schon damals sollte der Kormoran aus der Liste der besonders geschützten Tiere im Anhang der EU-Vogelschutzrichtlinie herausgenommen und in den zweiten Anhang der Richtlinie aufgenommen werden. Schon damals haben selbsternannte Artenschützer ein erfolgreiches Kormoranmanagement verteuelt. Dennoch wurde dieser Antrag – man höre und staune – von der damaligen Koalition der CDU und SPD eingebracht und mitgetragen.

Meine Damen und Herren, der zuständige Minister der Landesregierung äußerte sich im Oktober 2001 zur Kormoranproblematik wie folgt: „Wenn es um das Kormoranproblem geht, fühle ich mich langsam wie Don Quichotte, der verzweifelt gegen Windmühlen ankämpft.“ Dieses Gefühl, sehr geehrter Herr Minister Methling – ich gebe das jetzt mal weiter an Herrn Backhaus –, habe ich nicht nur bei der Kormoranproblematik. Mit scheint es, als arbeite diese Landesregierung auch in vielen anderen Bereichen wie Don Quichotte.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Minister Methling forderte bereits 2001 die Einführung eines europäischen Kormoranmanagements. Bis heute hat sich leider nichts getan. Es stellt sich die Frage: Hat er überhaupt etwas getan? Im Jahre 2002 konstatierte der Umweltminister, dass mit 10.000 Brutpaaren der Kormoranbestand weit überhöht ist und die Landesregierung sich kontinuierlich mit Möglichkeiten der Schadensminderung beziehungsweise des Schadensausgleiches für die Fischerei auseinandersetzt. Auseinandersetzen allein – das wissen Sie jetzt hoffentlich auch – hilft nicht, Sie müssen auch handeln, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, heute haben wir mehr als 13.000 Kormoranbrutpaare in Mecklenburg-Vorpommern, so die Tierzähler. Bereits bei einem Bestand von 8.000 Brutpaaren gab es Einigkeit darüber, dass eine drastische Reduzierung erfolgen muss. Aus diesem Grund hat sich diese Landesregierung auch in der Koalitionsvereinbarung verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass die Schäden in der Fischereiwirtschaft durch Kormorane deutlich minimiert werden. Wie so oft sind diesen Worten noch keine konkreten Taten gefolgt oder es war sehr schwer, sie umzusetzen. Vielmehr hat der Umweltminister die geltende Kormoranverordnung in den Bereichen der Küste des Uecker-Randow-Kreises, Nordvorpommerns und Nordwestmecklenburgs außer Kraft gesetzt, sodass hier eine Reduzierung des Bestandes nicht möglich ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sagen Sie auch, warum!)

Als Vorwand muss die Vogelgrippe herhalten. Deren Auswirkungen allein sind schon eine Belastung für die Tourismuswirtschaft, zum Beispiel auf Rügen, ohne nicht absehbares Ende. Da bedarf es nicht noch zusätzlicher Belastungen unserer Küstenfischerei durch die Kormorane.

Aber nun noch einige Bemerkungen aus dem wirklichen Leben, zum Beispiel von der Insel Rügen. Da komme ich ja her, wie Sie wissen. Wir hatten über viele Jahre eine Kormoranbrutkolonie auf dem Tollow im Süden Rügens. Die Nistbäume sind da durch die Einwirkungen der Exkremente der Kormorane abgestorben und inzwischen umgestürzt. Die Kormorane haben sich verzogen, wie sie das so tun. Zwei neue Kolonien sind entstanden: Die erste auf

der Insel Heuwiese im Kubitzer Bodden, ein baumloses Eiland, das intensivste Brutgebiet der Silbermöwe und des Kiebitz in unserer Region. Der Kormoran hat sich dort als Bodenbrüter angesiedelt, 500 bis 600 Brutpaare haben die anderen Vögel fast völlig verdrängt. Der Kiebitz, früher zu tausenden als Brutvogel bei uns, ist verschwunden, restlos verschwunden. Es gibt keinen mehr in der Region.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die zweite Kolonie hat sich im Weidengebüsch im Nonnensee bei Bergen angesiedelt. Ein See, der durch Renaturierung nach 1990 wieder entstanden ist, der als nahe gelegenes Erholungsgebiet von den Bergen sehr angenommen wird, erleidet jetzt durch circa 800 Brutpaare die Umwandlung zu einer Kloake durch den Vogelkot – Tendenz steigend! In beiden Kolonien würde die Vergrämung durch Nestzerstörung möglich sein, auf der Heuwiese wäre es sehr einfach, die Eier zu entnehmen, Kalkeier in die Nester zu legen und den Kormoran bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag auf diesen Eiern sitzen zu lassen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Problem dabei ist nicht, dass wir die Jungvögel bejagen. All das wissen wir, das wissen wir selbst auch, das ist nur bei Tieren und Vögeln so. Solange wie wir nicht wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Altvögelbestände ergreifen beziehungsweise nicht auf die Bestandsvergrößerung der Altvögelbestände eingehen, werden die Bejagung des Jungvogels oder auch Maßnahmen dagegen, wie auch immer, nur halbherzige Sachen sein. Wir müssen also die Altvögel stören und Brut verhindern. Nur so wäre eine nachhaltige Verringerung der Population wirksam zu beeinflussen.

Ein Kormoran frisst am Tag zwischen 350 und 500 Gramm Fisch. Ich habe es nicht nachgewogen, aber es gibt da unterschiedliche Zahlen. Bei 1.500 Brutpaaren auf Rügen werden täglich von den Altvögeln 1.500 Kilogramm Fisch verzehrt. Bei mindestens 200 Rasttagen, und das ist eigentlich sehr niedrig gegriffen, denn der Kormoran ist in der Regel Ende März da und bleibt bis in den November hinein, aber wenn wir von 200 Rasttagen auf Rügen ausgehen, werden pro Jahr 300.000 Kilogramm Fisch, und zwar Speisefisch, von den Kormoranen verjagt.

Außerdem sind sie auch sehr exzellente Reusenfischer – Herr Minister Backhaus merkte das auch an – und holen sich den Aal aus den Reusensäcken. Das ist hoch interessant, wenn man die Viecher einmal beobachtet, wie die in die Reusen hineinschwimmen, mit welcher Gewandtheit sie den Aalen nachjagen. Das Problem ist folgendes: Wenn Sie in einem Reusensack 100 Aale drin haben, können Sie davon ausgehen, dass der Kormoran sich einen von 100 Aalen mit Sicherheit schnappt. Manchmal hat er aber Pech, dann schnappt er erst den 14. so sicher, dass er wieder aus dem Reusensack herauschwimmen kann, und das macht er auch mit einer Intelligenz, die zu bewundern ist. Das heißt, die anderen, die er bloß angehackt hat, die kann der Fischer nicht mehr als Speisefisch und als Marktfisch verkaufen. Ich habe mir das bei Fischern in Gager auf Rügen angeguckt. Es ist erschreckend, was in den Kisten los war. Jetzt reduzieren wir einmal das Problem, Herr Minister Backhaus ist darauf eingegangen, und wir wissen, dass gezielt Aalbesatzmaßnahmen gemacht werden sollen. Diese Aalbesatzmaßnahmen kosten Geld ohne Ende.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Das ist ja das Problem.)

Das heißt, der Reusenfischer hat nicht 100 Aale zur Auswahl in dem Reusensack, der hat nur noch 10 drin. Von diesen 10 holt sich der Kormoran einen mit Sicherheit und 3 oder 4 hackt er wieder an. Das heißt also, bei verringertem Fangergebnis ist der Verlust, den die Fischerei erlebt, bis auf 50 Prozent in der Aalfischerei gestiegen. Dagegen gilt es geeignete Maßnahmen einzuleiten. Dass es nicht einfach ist, das zu machen, Herr Minister, das haben Sie angedeutet und da kann ich Ihnen unbedingt folgen. Das, glaube ich, wissen wir alle.

Und wenn in unserem Antrag steht, landes-, deutschlandweites und europäisches Management, dann hat das seinen Grund. Bei einem Teil dieser Kormorankolonien haben sich, aus welchen Gründen auch immer, die Altvögel auf ihrem Vogelzug gen Osten verzogen. Ich habe mir vorgestern noch sehr interessante Informationen eingeholt. Und zwar hat mir Ulli Dost von der Insel Rügen – der ist vielleicht bekannt, ein Vogelwart in zweiter Generation, der weiß Gott kein Grüner ist – gesagt, wenn wir das Management betrachten, dann will er mir unbedingt den Hinweis geben, und ich solle das auch unbedingt sagen, ein Kormoranmanagement auf deutsche Lande bezogen ist kein ausreichendes Kormoranmanagement, weil es durch den Verzug des Kormorans besonders in Richtung Kurische Nehrung und in Richtung der Küsten der baltischen Republiken dort ein sehr großes Interesse geben muss, sich daran zu beteiligen. Die Widersprüche aus anderen Ländern sind mit Sicherheit da. Ich wollte anmerken, wenn wir das europäische Management angesprochen haben, dann ist es auch eine Sache, die meiner Ansicht nach dem Umstand angemessen ist.

Ich erwarte von Ihnen, meine Damen und Herren, und hoffe, dass Sie, Sie haben es angemerkt, unserem Antrag hier beitreten können. Mit einer Überweisung in die Ausschüsse haben wir die Möglichkeit, uns sachlich damit auseinanderzusetzen. Ich wünsche dem Antrag einen guten Verlauf. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Timm.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer gedacht hatte, wir bringen diese Legislatur ohne eine Diskussion um die schwarzen Vögel zu Ende, der sieht sich mit dem heute vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion getäuscht. Dennoch, meine Damen und Herren, es gibt etwas Neues in der ganzen Angelegenheit. Die Opposition sorgt sich mit dem vorliegenden Antrag um Biotop- und Artenschutz, entwickelt Verständnis für Gewässerökologie und möchte aus diesem Grunde den Kormoranbestand in Mecklenburg-Vorpommern und europaweit reduzieren. So steht es jedenfalls in der Begründung des Antrages. Hintergrund des Antrags sind aber nicht etwa neu aufkeimende Verantwortung der Union für Kormorane und anderes unter Schutz stehendes Getier, sondern die ökonomischen Interessen der Fischer, die meinen, die Kormorane fräßen ihnen ihre Einkommensgrundlage weg.

Noch, meine Damen und Herren, gilt die Kormoranlandesverordnung, nur leider hat sich ihre Umsetzung in der Praxis nicht bewährt. Wir müssen heute im Rückblick erkennen, dass mit dieser Verordnung kein Problem gelöst wurde, weder das ökonomische noch das ökologische. Sämtliche durchgeführte Vergrämnungsmaßnahmen und auch die Tötung haben keinen Einfluss auf das Wachstum der Population der Kormorane gezeigt. Nicht einmal eine Stagnation der Bestände hat es gegeben. Eine Regulierung des Bestandes scheint also auf diesem Wege nicht realistisch.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Und da frage ich Sie: Wozu brauchen wir dann diese Kormoranverordnung, die in ihrer jetzigen Form auch nicht mit den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes und der Europäischen Vogelschutzrichtlinie vereinbar ist? Der Minister hat es hier ausgeführt. Bei diesen wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten ist es verboten, ihnen nachzustellen, sie zu fangen, sie zu verletzen oder sie zu töten. Von diesen Verboten gibt es Ausnahmeregelungen – auch darüber hat der Minister gesprochen –, wenn es nämlich für die Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger gemeinschaftlicher Schäden erforderlich ist. Diese Schäden sind aber nicht wirklich nachweisbar, nicht im Binnenland und an der Küste schon gar nicht,

(Egbert Liskow, CDU: Das
sehen die Fischer aber anders.)

jedenfalls nicht mit vertretbarem Aufwand und schon gar nicht gerichtsfest, sagt das Institut für Fischerei. Das hat man auch in Bayern und in Schleswig-Holstein festgestellt. Um den Schaden belastbar nachweisen zu können, müsste es geografisch konkrete und mehrjährige Schadensanalysen geben. Mein Vorschlag dazu – der Herr Minister kann ja einmal darüber nachdenken –, das Landwirtschaftsministerium gibt eine solche wissenschaftliche Analyse in Auftrag und nutzt dazu Teile der Fischereiabgabe.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der
Minister denkt ständig darüber nach!)

Für Teichwirtschaft, meine Damen und Herren, sieht es anders aus. Bei nachweisbaren wirtschaftlichen Ausfällen erteilt das Umweltministerium Ausnahmegenehmigungen. Das finde ich ausreichend und zielführend, wenn punktuell entstandene Schäden durch punktuell geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden.

(Beifall Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, auch ich bin überzeugt davon, dass nur ein europaweites Kormoranmanagement Abhilfe schaffen könnte. Allerdings gibt es da auch mindestens zwei Unwägbarkeiten, zum Ersten die Bereitschaft aller betroffenen Länder, in einem derartigen Plan flächendeckend mitzuwirken und den Schutzstatus des Vogels aufzuheben. Da will nicht mal die Bundesregierung ran, habe ich gelesen. Und in den letzten Jahren scheiterte der Versuch, auch das wurde hier schon gesagt, nicht nur einmal am Verhalten der Nachbarländer.

Zum Zweiten haben wir Mutter Natur gegen uns. Um europaweit den Brutbestand der Kormorane um 25 Prozent senken zu können, müssten 100.000 Tiere jährlich getötet werden. Europaweit und über mehrere Jahre hin-

weg! Jeder, der sich ein bisschen mit Kormoranen beschäftigt hat, weiß aber auch, dass diese die Verluste durch Vergrämung oder Tötung innerhalb kürzester Zeit wieder ausgleichen. Aufgrund der innerartlich geringeren Konkurrenz gibt es innerhalb der Kolonien einen verbesserten Bruterfolg und die Kormorane entstehen quasi wie Phönix aus der Asche neu. Und wer, meine Damen und Herren, wer sollte jedes Jahr 100.000 Kormorane jagen? Die Jäger haben am Dienstagabend eindeutig gesagt, so einen Vogelzug würden sie nicht mitmachen. Das ist nämlich keine Jagd, sondern eine Vernichtung einer Tierart, und dafür wären sie nicht zuständig. Wie also?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Einige sachliche Argumente zum Aal, so, wie Frau Schlupp es vorhin gefordert hat, die Debatte sollte versachlicht werden.

Erste Bemerkung: Es gibt eine Rote Liste „Fische/Rundwürmer“, die wird regelmäßig neu aufgelegt. 1992 ist eine aufgelegt worden und 2002. Die Zahlen in diesen Roten Listen sagen eindeutig, trotz einer wachsenden Vogelzahl, die diese Viecher wegfressen, haben acht von zehn Arten der oben genannten Bestände sich im Bestand stabilisiert beziehungsweise sind angestiegen. So viel zur natürlichen Seite.

Und trotzdem haben Sie recht, der Aal geht zurück. Warum geht der Aal zurück? Gucken wir doch einmal genau hin. In den letzten 20 Jahren haben wir an unserer Küste einen Rückgang der Glasaale um 99 Prozent, aber nicht weil die Kormorane sie wegfressen, sondern weil die chinesische Farmwirtschaft dreimal mehr als den europäischen Marktpreis für das Kilo Glasaal zahlt und natürlich die Glasaale nach China verkauft und zu Delikatessen verarbeitet werden.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:

Hört, hört! –

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Deswegen das Wachstum in China. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Zum Zweiten. Hier können wir an die Debatte anschließen, die wir gestern hatten – Klimaschutz. Sie haben es alle schon irgendwann einmal in den Nachrichten gehört. Der Golfstrom reagiert auf das veränderte Klima und dadurch werden weniger Aale durch den Pazifik an unsere Küste getragen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Ziemlich komplexes Thema. – Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Drittens. Die Verbauung der europäischen Flüsse hat in den letzten 20 Jahren nicht gravierend abgenommen. Die Aale kommen teilweise gar nicht in die Flüsse hinein.

Viertens, der Parasitenbefall unter den Aalen. Wenn Sie mit Fischwissenschaftlern reden, dann werden sie Ihnen nachweisen, dass sich am Aal auch Parasiten festsetzen und ihm eine geringere Lebensdauer bescheren, dass er Krankheiten bekommt und dann auch nicht mehr geangelt werden kann.

Nicht der Kormoran ist das Aalproblem, sondern der Glasaal ist das Problem und dort müssen wir mit der Lösung ansetzen, einschließlich der Problematik der Besatzfische. Wenn die nämlich ausgesetzt werden, dann haben wir ein Nahrungsüberangebot und die Kormorane stürzen sich natürlich darauf. Damit bin ich wieder ganz bei Ihnen: Wenn wir eine integrierte Lösung für Nutz- und

Schutzaspekte hinkriegen für den Aal auf europäischer Ebene, dann kommen wir einen Schritt voran. Und nur so werden wir das Problem der Aale, der Kormorane und der Fischer vielleicht lösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, nicht der Kormoran ist das Problem der Fischer und nicht der Aal, der ist sowieso so glatt, der geht durch jede Statistik,

(Heiterkeit bei

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

sondern ein Strukturwandel, der in der Fischerei eigentlich schon vonstatten geht. Er steht nicht nur vor der Tür, er geht vonstatten. Er kostet uns Arbeitsplätze und er kostet uns Erträge, weil die Verbraucher nämlich nicht einheimischen Fisch bevorzugen,

(Beate Mahr, SPD: Ja?!)

sondern der deutsche Markt wird zu 80 Prozent von Importfisch beherrscht.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Wirtschaftswunderland!)

Das, denke ich, ist das allgemeine Problem unserer einheimischen Fischer. Und auch dort müssen wir ansetzen, um etwas zu verändern. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2246 zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss und zur Mitberatung an den Landwirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei einer Stimmenthaltung und ansonsten Zustimmung des Hauses beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Alleingänge des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei Abschiebungen nach Togo verhindern, auf der Drucksache 4/2244.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Alleingänge des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei Abschiebungen nach Togo verhindern
– Drucksache 4/2244 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ringguth. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat Ihnen einen Antrag mit einem ausländerpolitischen Thema vorgelegt.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:

Hätten Sie das mal lieber nicht gemacht! –

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Ja, das ist wirklich schlimm! – Wolfgang Riemann, CDU:
Lass dich nicht provozieren!)

Herr Ritter, wissen Sie was,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Da brauchen Sie gar nicht so freundlich zu gucken, der Antrag gehört in die Tonne!)

ich habe irgendwann einmal einem Antrag zugestimmt für Demokratie und Toleranz.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Dazu sage ich nachher was.)

Und wissen Sie was: Toleranz bedeutet, um Ihnen einmal mit Rosa Luxemburg zu kommen, immer die Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Das setze ich bei Ihnen jetzt einmal voraus und erwarte, dass Sie mir einfach nur zuhören. Danke schön, Herr Ritter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:
Aber wie denken die anderen?)

In diesem Antrag geht es uns um eine bundeseinheitliche Vorgehensweise in einem wirklich hoch sensiblen Bereich und es geht um das Wort „Abschiebung“. „Abschiebung“ ist in der deutschen Sprache ein hässliches Wort.

(Mathias Brodkorb, SPD: Das ist auch in der Wirklichkeit hässlich.)

Man assoziiert sofort Begriffe wie „unerwünscht“ oder „lästig“, „inhuman“.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Von diesem Wortverständnis und den damit verbundenen unangenehmen Gefühlen, meine Damen und Herren, müssen wir uns für die folgende Debatte allerdings frei machen. Denn wir reden über Abschiebung im rechtlichen Sinn. Für Juristen ist Abschiebung ein rechtstechnischer Begriff, der emotional unbelastet ist. Abschiebung bezeichnet die Durchsetzung der Ausreisepflicht eines Ausländers. Der Begriff ist weder positiv noch negativ besetzt.

(Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS:
Es sind immer noch Menschen.)

Der Staat setzt zwangsweise eine Verpflichtung durch, die freiwillig eben nicht erfüllt wird.

(Zuruf von Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS)

Das ist nicht nur im Ausländerrecht so, das finden wir auch in vielen anderen Rechtsbereichen. Der Grundsatz, dass der Staat für die Durchsetzung des Gesetzes notfalls auch mit Mitteln des Zwangs verantwortlich ist, ist bis heute, glaube ich, unbestritten.

Meine Damen und Herren, wann ein Ausländer ausreisepflichtig ist, regelt das Aufenthaltsgesetz, welches im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes zum 01.01.2005 in Kraft trat. Kurz gesagt besteht eine Ausreisepflicht immer dann, wenn ein Ausländer keine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis hat. Eine immer befristete Aufenthaltserlaubnis bekommt ein Ausländer, wenn er sich zum Zweck der Ausbildung, der Erwerbstätigkeit, aus humanitären Gründen oder im Wege des Familiennachzugs in Deutschland aufhält.

Meine Damen und Herren, ich will hier gar keine ausländerrechtliche Vorlesung halten, sondern nur darauf hin-

weisen, dass es ein geregeltes Verfahren für den Aufenthalt von Ausländern gibt, nach dem jeder Einzelfall beurteilt wird. Togo-lesische Staatsangehörige, meine Damen und Herren, werden nicht automatisch abgeschoben, sondern jeder Einzelne hat die Möglichkeit, seine individuellen Aufenthaltsrechte auch im Wege des Asylverfahrens geltend zu machen und gegen ablehnende Entscheidungen Rechtsmittel einzulegen. Und erst wenn alle Rechtsmittel erfolglos ausgeschöpft sind und die Ausreise nicht freiwillig erfolgt, kommt es zur Abschiebung.

Meine Damen und Herren, ich will hier Entscheidungen von Behörden, die togo-lesischen Staatsangehörigen das Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik versagt haben, nicht kritisieren. Ich kenne die Gründe und die Verfahren im Einzelnen nicht. Aber ich vertraue darauf, dass all diejenigen, die mit derartigen Entscheidungen betraut sind, diese nach Recht und Gesetz treffen. Denn dazu sind sie kraft des Grundgesetzes verpflichtet. Wenn ich darauf nicht vertrauen würde, dann würde ich ganz grundsätzlich den demokratischen Rechtsstaat anzweifeln. Und das kommt weder für mich noch für meine Fraktion infrage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dass nicht automatisch jeder togo-lesische Staatsangehörige ausgewiesen wird, zeigen im Übrigen die Zahlen. Von bundesweit 11.917 Aufhältigen sind nur 1.917 Personen ausreisepflichtig.

Meine Damen und Herren, der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat am 11.04.2006 die Abschiebung von togo-lesischen Staatsangehörigen für die Zeit vom 11.04.2006 bis zum 10.10.2006 aus humanitären Gründen gestoppt. Wir haben im Innenausschuss eine Anhörung zur Lage der togo-lesischen Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern und der Situation in ihrem Heimatland gehabt. Mein Eindruck als Landtagsabgeordneter des Landes Mecklenburg-Vorpommern hierzu war, dass es aufgrund dieser Anhörung ungemein schwierig ist, sich ein differenziertes Urteil zu bilden. Ich persönlich möchte mich nicht dazu aufschwingen, über das Urteil befähigter, qualifizierter und in der täglichen Arbeit wirklich erfahrener Fachleute im Auswärtigen Amt hinweg Entscheidungen über die Sicherheitslage von Flüchtlingen bei Abschiebungen in andere Staaten dieser Welt zu treffen. Das Auswärtige Amt schätzt die Lage nach Lagebericht, in diesem Fall von Ende Februar 2006, nach unserer Kenntnis als schwierig, aber nicht gefährlich für Rückkehrer ein. Ich will aber die Entscheidung für diesen Abschiebestopp weder kritisieren noch gutheißen. Das kann ich ebenfalls nicht beurteilen.

Unser Antrag gründet sich allein darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, im Alleingang diese Entscheidung getroffen hat. Das ist unseres Erachtens aus der Sicht der Gesamtheit aller ausreisepflichtigen Togo-lesen in der Bundesrepublik Deutschland inhuman, denn jetzt werden die ausreisepflichtigen Togo-lesen, die nach dem Königsteiner Schlüssel zufällig nach Mecklenburg-Vorpommern verteilt wurden, für sechs Monate nicht abgeschoben. Alle anderen Bundesländer aber schieben nach wie vor ab.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das ist schlimm genug.)

Eine derartige Ungleichbehandlung ist aus der Sicht der Betroffenen überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja, richtig.)

Es gibt nämlich keinen Grund für einen Abschiebestopp, der allein auf die landestypischen Besonderheiten zum Beispiel unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern zurückgeführt werden könnte. Die Gründe für den Abschiebestopp liegen, soweit ich es verstanden habe, in der Situation im Heimatland der Togolesen. Und diese Situation ist völlig identisch, und zwar für alle togolesischen Staatsangehörigen, ob sie sich nun in Niedersachsen, in Mecklenburg-Vorpommern oder in Bayern aufhalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und in Berlin.)

In Berlin haben die ganz andere Probleme. Da geht es mehr um Kongolesen. Das hat aber auch einen ganz bestimmten Grund,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das kann er ja nicht wissen.)

auf den ich hier aus Zeitgründen nicht eingehen möchte.

Eine Begründung für einen Alleingang Mecklenburg-Vorpommerns, der diese im föderalen System hinnehmbare Ungleichbehandlung rechtfertigen würde, ist mir überhaupt nicht ersichtlich. Daher – bei allem Respekt vor der Souveränität der Landesregierung, die von den rechtlichen Möglichkeiten des Paragraphen 60a Aufenthaltsgesetz (Duldung) Gebrauch gemacht hat – sieht es die CDU-Fraktion für zwingend erforderlich an, eine bundeseinheitliche Abschiebep Praxis wieder herzustellen. Das heißt, dass sich entweder der überwiegende Teil der Länderinnenminister darauf einigt, einen vorübergehenden Abschiebestopp für Togolesen auszusprechen, oder dass Mecklenburg-Vorpommern diesen aufhebt, um sich der derzeitigen Praxis der anderen Bundesländer wieder anzuschließen. Es kann doch nicht zweierlei Klassen von togolesischen Ausreisepflichtigen in der Bundesrepublik geben. Das nenne ich ungerecht.

Meine Damen und Herren, ein Abschiebestopp ist doch nur eine vorübergehende Regelung. Letztlich ist die Maßnahme an sich dadurch nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Man gaukelt den Betroffenen hier eine Sicherheit vor, die letztendlich nicht gewährleistet ist. Was passiert denn eigentlich mit den Togolesen, wenn die sechs Monate vorüber sind? Wollen Sie die Duldung dann in eine Aufenthaltserlaubnis übergehen lassen gemäß Paragraph 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz?

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Ja, warum nicht?)

Ja, warum nicht? Aber in diesem Fall müsste dann zwingend, das war ja eben der Verweis auf Paragraph 23 Absatz 1, die Bundeseinheitlichkeit hergestellt werden. Wenn dies aber schon beim Abschiebestopp nicht möglich war, wie wollen Sie die Zustimmung der anderen Bundesländer dann für eine Aufenthaltsgewährung herbeiführen? Ich bezweifle, dass dies möglich sein wird. Letztlich muss dann irgendwo doch abgeschoben werden. Die CDU-Fraktion hält es auch aus diesem Grund für zwingend erforderlich, bereits jetzt eine Bundeseinheitlichkeit beim Abschiebestopp zu erreichen, um dann hinterher eine Aufenthaltsgewährung zu erreichen. Alles andere ist ein Spiel mit der Hoffnung unschuldiger Menschen und das wollen wir nicht.

Der Bundesinnenminister, ich hatte es vorhin schon einmal gesagt, war bei der Bundesinnenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen. Wir haben im Ausschuss gehört, er würde dort entsprechend einen Antrag einreichen.

Nach dem, was uns bekannt ist, wir verfügen ja nicht über interne Protokolle, hat es solche Anträge nicht gegeben oder sie sind zurückgezogen worden.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Dann haben Sie ja doch interne Kenntnisse.)

Es ist, wie man hören konnte, darüber gesprochen worden, aber einen solchen Antrag hat es nicht gegeben oder er ist zumindest nicht aufrechterhalten worden. Das hätte dann aber, meine Damen und Herren, unbedingt der Fall sein müssen. Das wäre logisch, das wäre für mich konsequent. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ringguth.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat um das Wort gebeten der Innenminister des Landes Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1998, seitdem hier die Regierungskoalition aus SPD und Linkspartei.PDS besteht, verfolgen wir eine humane Ausländerpolitik. Die Entscheidung nach Paragraph 60a Aufenthaltsgesetz, für die togoischen Asylbewerber einen befristeten Abschiebestopp zu erlassen, reiht sich in die übrigen Entscheidungen unserer humanitären Ausländerpolitik ein. Deswegen will ich auch noch einmal kurz daran erinnern, Herr Ringguth.

Wir haben zum Beispiel in der 3. Legislaturperiode durch die Gemeinschaftsunterkunftsverordnung die sogenannten Dschungelheime aufgelöst. Wir haben die Anhebung der sozialen Standards in den Unterkünften durchgesetzt. Wir haben die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vollzogen. Wir haben die äußerst engen Residenzpflichten der Asylbewerber gelockert. Wir haben eine Härtefallkommission hier im Lande eingesetzt und haben immer wieder bei diesen Vorhaben, vorsichtig gesagt, die Kritik der Opposition hinnehmen müssen.

Das mag sein, dass Sie dazu andere Einstellungen, andere politische Ziele verfolgen. Aber Herr Ringguth, hinter den Kulissen habe ich persönlich immer den Eindruck, dass gerade Sie als Partei mit dem „C“ in Ihrem Kürzel durchaus in vielen, vielen Einzelfällen unsere Politik für richtig halten. Deswegen meine ich, man sollte nicht öffentlich einen künstlichen Schlagabtausch machen zu humanitären Fragen, bei denen wir uns hoffentlich alle einig sind oder jedenfalls sein müssten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Die Entscheidung nach Paragraph 60a des Aufenthaltsgesetzes, diesen Abschiebestopp zu erlassen, haben wir, wie gesagt, aus diesen humanitären Aspekten heraus gefällt. Aber ich sage auch, dass ich als zuständiger Minister längere Zeit darüber nachgedacht habe, ob diese Entscheidung getroffen werden soll. Vor allem die Situation in den anderen 15 Bundesländern stand mir dabei vor Augen – Sie haben auf die übrigen Länder bereits hinge-

wiesen, Herr Kollege Ringguth –, denn bei uns in der Bundesrepublik Deutschland leben derzeit 12.000 Togoer, davon 800 in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir mussten feststellen, dass die Aufklärung des Verbleibs eines nach Togo zurückgeführten Asylbewerbers aus Mecklenburg-Vorpommern nicht zweifelsfrei durchgeführt werden konnte. Das Bundesaußenministerium hat erklärt, dass jedem Einzelfall in Togo konkret bis zum letzten Punkt sozusagen, bis dorthin, wo er sich jeweils aufhält, nachgegangen wird und auch nachgegangen werden kann. Dieses ist in diesem Einzelfall des Asylbewerbers aus Mecklenburg-Vorpommern nicht gelungen. Deshalb haben wir eine Klausel angewandt, die entsprechend der föderalen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern den Ländern zugestanden wird. Das ist der asylpolitische Spielraum jedes einzelnen Bundeslandes, den wir hier angewandt haben und auf den auch die Bundesregierung ausdrücklich hingewiesen hat.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich will aus einem Schreiben zitieren, das der Staatssekretär Altmaier aus dem Bundesinnenministerium an Herrn Kollegen Ritter geschrieben hat mit Datum vom 27. Februar 2006, übrigens Mitglied Ihrer Partei, CDU. Er schreibt unter anderem: „Gemäß Paragraph 60a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes können die obersten Landesbehörden aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen allgemein oder in bestimmten Staaten für längstens sechs Monate ausgesetzt wird.“ Damit hat Herr Altmaier im Grunde genommen Paragraph 60a des Aufenthaltsgesetzes zitiert.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Herr Ringguth, ich sage es deswegen, weil die föderale Struktur in Deutschland, über die wir in Berlin gerade in dieser Woche sehr intensiv debattieren, um sie zu reformieren, den Ländern bereits heute Spielräume einräumt, die es in Zentralstaaten nicht gibt.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Die wir selbstbewusst nutzen!)

Insofern gibt es nur eine relative Bundeseinheitlichkeit in der Verwaltungspraxis, weil die Länder eigene Spielräume nutzen können. Dazu sind wir als Landesregierung, aber auch der Landesgesetzgeber da. Sonst können wir gleich zumachen und sagen, die Musik spielt in Berlin und nach der Melodie tanzen wir. Aber genau das machen wir nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Aber mit einer zeitlichen Begrenzung.)

Ich habe immer die Meinung vertreten, dass in humanitären Fragen und ganz besonders in humanitären Einzelfragen eigentlich ein öffentlicher, manchmal auch ein bisschen herbeigeredeter Schlagabtausch nichts nützt, keinem nützt, schon gar nicht den Betroffenen. Auch in Ihrer Diktaturbroschüre, Herr Ringguth, zu der wir in der letzten Sitzung schon eine Diskussion begonnen haben, haben Sie hierzu nichts gesagt – zum Glück, weil ich glaube, es lohnt sich gar nicht, darüber Meinungsverschiedenheiten zu verbreiten, die es vielleicht gar nicht gibt. Aber deswegen sollten wir, meinetwegen auch im Innenausschuss, uns die Einzelfälle noch mal angucken.

Wenn man mal das letzte Jahr analysiert, haben wir im ersten Halbjahr 2005, in sechs Monaten, einen Asylbewerber nach Togo zurückgeführt, im zweiten Halbjahr 2005 elf. Nun können Sie mir die Frage stellen: Wie viele sind von diesem Abschiebestopp in diesem Jahr betroffen? Ich sage es Ihnen einfach so: zwischen ein und elf Personen. Das sind also immer nur Einzelfälle, möglicherweise ist es der Durchschnitt, dann sind es eben sechs. Ich sage noch mal, wegen dieser sechs sollten wir die Dinge so betreiben, wie sich das für die Personen gehört, und nicht unnötig in der Öffentlichkeit eine Diskussion erzeugen, die eigentlich niemandem nützt.

Deswegen haben wir entsprechend den Handlungsspielräumen, die wir als Bundesland haben, verantwortlich und mit Augenmaß diesen Paragraphen angewandt und die entsprechende Entscheidung getroffen. Allerdings sind wir, wie den Gesetzen des Bundes und der Länder sowie unseren eigenen Vorschriften zu entnehmen ist, auch selbst an Bestimmungen gebunden. Nicht alle Wünsche des Flüchtlingsrates, der Linkspartei und vieler weiterer interessierter Seiten in dieser Diskussion sind erfüllbar. Ich sage noch einmal, wir nutzen unseren Spielraum mit Augenmaß, verantwortlich und immer zugunsten humanitärer Einzelfälle und ich hoffe, dass wir in diesem Hohen Hause dazu keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Voland. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Voland, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag von der CDU auf den Tisch bekommen habe, zur nächsten Landtagssitzung darüber zu diskutieren, habe ich nur mit dem Kopf geschüttelt. Ich habe gesagt, damit disqualifizieren sie sich selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Heute ist schon einmal aufgrund des Fußballs und des Gipfels das Problem angesprochen worden, wenn der Innenminister nicht aus unseren Reihen käme, sondern aus der CDU, was wohl mit dem Abschiebestopp geworden wäre.

(Bodo Krumbholz, SPD: Unvorstellbar!)

Ich bin froh, dass es unser Innenminister ist, der hier ein Kreuz gezeigt hat, der es als einziger geschafft hat, diese humanitäre Sache umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Sie kritisieren, dass die anderen Bundesländer das nicht tun. Das kritisiere ich auch.

(Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Genau. –
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Aber warum tun sie es denn nicht, dass ihre Bundesländer diesem Abschiebestopp beigetreten sind? Sie hätten die Möglichkeit gehabt beizutreten, aber das war nicht der Fall. Kritisieren Sie uns bitte nicht, wenn wir – Entschuldigung, das Wort darf ich nicht sagen – ein Kreuz beweisen und sagen, wir tun es einfach aus humanitären

Gründen. Es sind hier bereits Zahlen genannt worden. Wir haben über 835 togolesische Flüchtlinge hier, davon sind über 362 von der Abschiebung betroffen. Der Innenminister sagte schon, dass jeder Einzelfall dementsprechend überprüft wird. Wir haben aber festgestellt – Herr Ringguth, Sie waren mit in dieser Anhörung, Sie haben vorhin von Experten gesprochen in der Anhörung und Sie haben auch gesagt, Sie werden sich kein anderes Urteil überlegen, als die Experten vor Ort es dort taten –,

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

die einzige Chance wäre, wenn Sie den Experten, die alle dazu beigetragen haben, diesen humanitären Schritt zu tun, wenn Sie denen nicht glauben, dann fliegen Sie nach Togo und gucken sich vor Ort um. Ich hoffe, Sie kommen heil wieder zurück.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Besprechen Sie das mit Menschenrechtsorganisationen!)

Ich bin eigentlich ein bisschen verärgert,

(Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS:
Zu Recht.)

diese Auseinandersetzungen müssten wir hier nicht machen, denn es geht um Menschen. Wir haben uns jetzt über eine Stunde über Kraniche unterhalten.

(Beate Mahr, SPD: Kormorane! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Entschuldigung.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Ich glaube, wir sprechen hier über Menschen und über Menschenrechte. Ich weiß, dass das Auswärtige Amt und alle Experten, die vor Ort waren, versucht haben, uns davon zu überzeugen, dass in Togo nicht die Verhältnisse herrschen, wie es das Auswärtige Amt hier kundtut.

(Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS:
Da hat Herr Ringguth vielleicht
nicht zugehört im Ausschuss.)

Sie wissen, dass Hinrich Kuessner unten gewesen ist. Er hat seit September versucht, uns davon zu überzeugen, denn er hat uns Bilder gezeigt und er hat demonstriert, wie es vor Ort aussieht. Glauben Sie mir, ich glaube ihm. Ich habe daraufhin gesagt, dass wir lange versucht haben, den Innenminister davon zu überzeugen, diesen Abschiebestopp doch bitte zu verhängen. Die Expertenkommission, die wir dann im Innenausschuss hatten, hat ihn wahrscheinlich doch davon überzeugt, ein starkes Kreuz zu haben und diesen Abschiebestopp für sechs Monate auszusetzen. Wir haben jetzt die einmalige Chance, denn Sie haben gefragt, was danach passiert. Überzeugen Sie bis zum 10. Oktober die anderen Bundesländer, diesem Abschiebestopp beizutreten.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Die Innenminister vor allen Dingen.)

Wir sind uns einig, dann stimmt Ihre Aussage wieder, die heißt, wir wollen gemeinsam handeln und für alle die gleichen Bedingungen schaffen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS und Ute Schildt, SPD)

Ich würde mir wünschen, dass wir darüber nicht mehr reden müssen. Ich würde mir im Namen der Humanität

wünschen, dass diese Menschen unseren Respekt verdienen, dass sie, wenn es notwendig ist, hier bleiben dürfen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Voland.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir schon gedacht, dass bei diesem Thema die Wellen hochschlagen würden. Ich möchte versuchen, die Wogen ein wenig zu glätten.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Das wäre schön.)

In einer Kleinen Anfrage der Linkspartei.PDS, Januar 2006, an die Bundesregierung steht in der Vorbemerkung, dass Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen den Behörden vorwerfen, völlig losgelöst von der Situation in Togo und im Widerspruch zur Genfer Flüchtlingskonvention zu handeln, wenn togoische Flüchtlinge abgeschoben würden. Der Anfrage nach waren 329 Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern von der Abschiebung bedroht. Ich wage es zu bezweifeln, ob die Behörden dies ebenso sehen.

Frau Borchardt sagte gestern im Zusammenhang mit dem Petitionsbericht sinngemäß, dass man häufig nicht unterscheiden könne, welchen Status die Ausländer eigentlich genießen. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention genießen Ausländer, die die Voraussetzungen des Paragraphen 60 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz – da geht es um die völkerrechtlichen und humanitären Gründe – nicht erfüllen, jedoch unter die Absätze 2 bis 7 fallen, nur einen nachrangigen Schutz. Es werden Rechtsbestimmungen angewendet, die nur dann zur Anwendung gelangen, wenn das übergeordnete Recht keine Vorschriften gewährt. Übergeordnete Vorschriften sind für politisches Asyl der Artikel 16a des Grundgesetzes und der eben schon erwähnte Paragraph 60 Absatz 1. Es handelt sich hier übrigens um eine Kannbestimmung, denn über den nachrangigen Schutz entscheidet das Bundesamt für Asyl und Migration nach Paragraph 42 Asylverfahrensgesetz.

Nun geht es ja darum, sogenannte Altfälle zu betrachten, also die Ausländer, die schon länger in Deutschland leben und unter dem Begriff „geduldet“ geführt werden. Herr Ritter hatte dazu am 26.01. ein Schreiben an Herrn Schäuble gerichtet und sich für einen Abschiebestopp eingesetzt beziehungsweise für ein Bleiberecht. Im Zuwanderungsgesetz, früher Ausländergesetz, wurden dazu jedoch keine Regelungen getroffen. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wird eine europaweite Flüchtlingspolitik angestrebt und das Zuwanderungsgesetz soll anhand der Anwendungspraxis evaluiert werden. So weit ist die Bundesebene aber noch nicht, meine Damen und Herren.

Am Montag gab es eine Sendung des NDR mit dem Titel „Abschiebung im Morgengrauen“, die hochdramatische Szenen zeigte, Menschen, die sich über Jahre im schwächsten Aufenthaltsstatus der Duldung befanden und dann Knall auf Fall abgeschoben wurden oder werden sollten. Ich glaube, niemand im Saal würde mit den Betroffenen tauschen wollen.

Zwei Dinge zeigten sich ganz deutlich: Notlagen führten durchaus zum Abbruch der Abschiebung, aber einige der Betroffenen haben auch Tricks angewandt, um der Abschiebung zu entgehen. Die Behörden kennen diese Spielarten und sie haben geltendes Recht durchzusetzen. Der Fall Mosbaou hat eine ernsthafte Diskussion über künftiges Vorgehen in Gang gesetzt, ihm wiederum nützt das leider nichts. Ich kann zwar nachvollziehen, dass dem Innenausschuss ein Lagebericht des Auswärtigen Amtes, weil er nur für den Dienstgebrauch ist, nicht zur Verfügung gestellt werden konnte, aber dieser Bericht hat auch die Aufgabe, den Innenbehörden der Länder bei der Entscheidung über die Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer zu dienen. Die Lage in Togo und des Zurückgekehrten wurde von den Menschenrechtsorganisationen und von der Anwältin des Herrn Mosbaou drastischer dargestellt, als dies beispielsweise mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage getan wurde. Am 24.04. haben mehrere Länder Flüchtlinge nach Westafrika und unter anderem nach Togo ausfliegen lassen. Ich habe beim Bundesamt für Asyl und Migration nachgefragt, ob Mecklenburg-Vorpommern daran beteiligt gewesen ist. Bei den Abgeschobenen handelte es sich jedoch um abgelehnte Asylbewerber und Straftäter aus anderen Bundesländern.

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 25.04., dass Togo für die deutschen Behörden nicht zu den Ländern gehört, in die nicht abgeschoben werden darf. Laut Bundesamt für Asyl und Migration, das über die Anerkennung von Asylanträgen entscheidet, gibt es für Togo keine generellen Abschiebehindernisse aufgrund der Menschenrechtssituation. Selbst 2005, als es im Zuge der Präsidentschaftswahlen Unruhen gab, wurden von 674 Asylanträgen ganze fünf positiv entschieden. Für 55 Togoer wurde ein Abschiebeschutz beziehungsweise ein Abschiebehindernis festgestellt. Laut Bundestagsdrucksache 16/748, Seite 5, hat sich die Lage in Togo seit Mitte letzten Jahres etwas entspannt und erste positive Veränderungen seien danach feststellbar.

Der „Nordkurier“ berichtete am 25.04. darüber, dass die nach Paragraph 23a Zuwanderungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern installierte Härtefallkommission ihren ersten Tätigkeitsbericht abgegeben hat. Diese kann nach Abwägung aller Umstände auch gegen die Abschiebung und für ein Aufenthaltsrecht entscheiden. Seit letztem Jahr sind die Entscheidungen bindend und keine Ausländerbehörde kann an der Entscheidung etwas ändern. Acht Personen, darunter Vertreter der Kirchen, der Flüchtlingsorganisationen, der Liga der Freien Wohlfahrtspflege sowie aus dem Innen- und Sozialministerium, sind in dieser Kommission. Von den insgesamt 41 behandelten Asylfällen sind drei zugunsten der Antragsteller entschieden worden. Soweit mir bekannt ist, ist auch der Fall Alassane Mosbaou dort behandelt worden. Er gehört aber nicht zu den positiven Bescheidungen, sonst wäre er ja noch in Deutschland. Wenn die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, muss man das irgendwann akzeptieren.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Oder das Recht ändern. Oder das Recht ändern.)

Aber hier braucht man wieder einmal einen Sonderweg, obwohl schon Schleswig-Holstein im letzten Jahr beim Versuch des Alleinganges gescheitert ist.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Wir wollten keinen Alleingang, wir wollten das gemeinsam.)

Am 6. Februar hat der Innenminister einen vorläufigen Abschiebestopp erlassen, nachgelegt am 11.04., weil der aktualisierte Lagebericht des Auswärtigen Amtes nicht vorlag.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Am besten also gleich abschieben.)

Dieser Bericht kam dann per 23. Februar, Stand Januar 2006, wie vom Bundesamt zu erfahren war, für uns, wie gesagt, leider nicht. Am 29.03. hat Herr Timm uns erklärt, dass er an der Abschiebung so lange festhalten werde, bis eine amtliche Mitteilung durch die Bundesregierung über den Verbleib des abgeschobenen Togoers Mosbaou im Innenministerium eingehe und nach Vervollständigung der Unterlagen eine neue Bewertung vorgenommen werde. Das wird sicherlich etwas länger dauern, weil sich Mosbaou gar nicht mehr in Togo aufhalten soll. Aber vielleicht weiß ja jemand von Ihnen mehr.

Laut einem Zeitungsbericht der TAZ vom 26.04., aber auch im Innenausschuss, hat der Innenminister Timm angekündigt, das Thema für die Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen anzumelden, um über einen bundesweiten Abschiebestopp zu reden. Bis Freitag lag dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge keine Information vor, nach der die IMK sich auf die Aussetzung der Abschiebungen geeinigt hätte. In der Presse gab es solche Mitteilungen ebenfalls nicht. Bis gestern war auch auf der Internetseite des Bundesrates kein Beschluss der IMK dazu zu finden. Einer der Anzuhörenden, Herr Obuba, sagte in der Innenausschusssitzung am 29.03., er habe noch nie gehört oder noch nie erlebt, dass Flüchtlinge den Antrag gestellt haben, nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. Die wollen immer woanders hin. Daraufhin habe ich mir die Frage gestellt, ob nun nicht etliche Togoer gern nach Mecklenburg-Vorpommern kommen möchten.

Herr Dr. Kübler hat uns erklärt, dass mehrfache Aussetzungen der Abschiebung möglich seien, denn rechtliche Regelungen würde es nicht geben. Aber eine gibt es doch: Sind sechs Monate nach Anwendung des Paragraphen 60 um, gilt Paragraph 23 Absatz 1, insbesondere letzter Satz: „Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern.“ Das Problem der Geduldeten ist faktisch verschoben und die Tortur für die Betroffenen, hier sind es Togoer, es könnte sich aber auch um Personen anderer Nationalitäten handeln, geht am 10.10.06 wieder von vorne los.

Was ich auch nicht unerwähnt lassen möchte, ist eine ARD-Nachricht aus dem Nachbarland Brandenburg von gestern. Uwe-Karsten Heye, ehemaliger Regierungssprecher, hat Farbige gewarnt, sich während der Fußball-WM an bestimmten Orten beziehungsweise in bestimmten Stadtteilen aufzuhalten.

(Dr. Gottfried Timm, SPD:
Unverantwortlich! Unverantwortlich!)

So viel zum Thema „Zu Gast bei Freunden“, oder soll ich sagen, zur Sicherheit im eigenen Staate. Und um die Sache zu Ende zu bringen, Herr Innenminister, treiben Sie die Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes voran, und zwar gemeinsam mit allen Innenministern und nicht im Alleingang! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Friemann-Jennert.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben sicherlich versucht, etwas mehr Sachlichkeit in die Debatte hineinzu bringen, aber so richtig nachvollziehbar sind mir Ihre Begründungen nicht. Die Experten, die wir zur Anhörung eingeladen hatten zur Situation der Flüchtlinge aus Togo, unter ihnen der geschätzte Landtagspräsident a. D. Hinrich Kuessner, oder die Vertreter der Kirchen haben doch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wie die Situation in Togo ist. In verschiedenen Redebeiträgen ist ebenso deutlich geworden, dass es erhebliche Zweifel an der Lageeinschätzung, auch an der aktuellen Lageeinschätzung des Bundesaußenministeriums zur Situation in Togo gibt. Im Bericht selber, nicht öffentlich zugänglich, aber in der Ausschusssitzung auch zitiert, ist von Menschenrechtsverletzung die Rede. Das allein ist für mich ein hinreichender Grund, darüber nachzudenken, wie man mit den Flüchtlingen aus Togo verfährt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und dass der Paragraph 60a des Aufenthaltsgesetzes nur eine befristete Lösung ist, das ist uns allen klar. Das haben uns auch die Anzuhörenden mit auf den Weg gegeben. Sie haben deutlich gemacht, es gibt den Betroffenen sechs Monate Zeit. Wir sollten die Zeit nutzen, um all unsere Kräfte in Gang zu bringen, damit wir zu einer realistischen Lageeinschätzung kommen, um den Betroffenen nach diesen sechs Monaten helfen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere eine Instrumentalisierung des Themas Migration ist zu vermeiden. Das, lieber Kollege Ringguth, ist eine politische Aufgabenstellung, eine Erwartungshaltung an die Parteien, die wir uns selbst gestellt haben, nämlich in dem vor wenigen Wochen beschlossenen Handlungsrahmen „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Aus meiner Sicht schade, unverständlich und nicht zu tolerieren, dass Sie diese gemeinsame Plattform nach wenigen Wochen verlassen. Alleingänge bei Abschiebungen sollen vermieden werden. Ich bin froh, dass es diesen Alleingang im Interesse der Betroffenen gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Heinz Müller, SPD)

Ich bin dem Innenminister für diesen Schritt sehr dankbar. Ich weiß aus Gesprächen mit dem Innenminister, dass ihm dieser Schritt nicht leichtgefallen ist. Ich weiß, dass er bei seinen Innenministerkollegen dafür keinen Beifall gefunden hat, sondern Kopfschütteln und Häme. Und das wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, deshalb auch Ihr Antrag.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:

Ja, die wissen ganz genau, wovon Sie reden! –

Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS: Genau. –

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:

Vorführen! Vorführen!)

Es geht Ihnen nicht darum, einen bundesweiten Abschiebestopp durchzusetzen, sondern es geht Ihnen

darum, den Abschiebestopp zu verhindern und Abschiebungen dadurch zu ermöglichen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:

Das ist eine Unterstellung!)

Bei wem, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, soll sich denn der Minister Timm Zustimmung holen?

(Zurufe von Ministerin Sigrid Keler und Wolfgang Riemann, CDU)

Etwa bei Herrn Schönbohm oder bei Herrn Beckstein, deren asylpolitische Einstellungen und Sprüche hinlänglich bekannt sind? Oder etwa in Hessen, dem Land, wo die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft erfunden wurde und von ganz rechts außen mit Beifall bedacht wurde? Nein, Sie wissen ganz genau, dass ein solches Ansinnen locker von mehr als fünf Innenministern abgelehnt würde.

(Wolfgang Riemann, CDU: Man muss es aber erst einmal versuchen!)

Und Sie legen mit Ihrem Antrag und Ihrer Begründung auch wieder ein sehr merkwürdiges Rechtsverständnis an den Tag. Absprachen von Innenministerkonferenzen haben bei Ihnen offensichtlich einen höheren Stellenwert als Gesetze. Es gibt zwar Absprachen zwischen den Innenministern, wie man bei Abschiebungen verfahren möchte, aber es gibt die klare gesetzliche Regelung des Paragraphen 60a des Aufenthaltsgesetzes, die haben wir in Anwendung gebracht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie nicht, aber wir.)

Das ist keine Makulatur, sondern Gesetz, und darüber hinaus Ausdruck von Humanität einer sonst sehr restriktiven Ausländergesetzgebung.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Und Sie wollen, folgt man Ihrer fadenscheinigen Begründung, Abschiebetourismus verhindern mit diesem Antrag.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Was ist denn das für ein Begriff?)

Ist Ihnen eigentlich nicht klar, dass dieser Abschiebetourismus stattfindet? Sie haben eben darauf verwiesen, dass jüngst eine Massenabschiebung von Flüchtlingen stattgefunden hat, die in verschiedenen Bundesländern Schutz suchten und via Hamburg nach Westafrika und damit in eine unsichere Zukunft geflogen, nein, abgeschoben wurden. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Antrag kann keine Zustimmung finden, er gehört in den Papierkorb, und zwar nach ganz unten.

Ich bin froh, dass diese Koalition und der zu ihr gehörende Innenminister die Kraft gefunden haben, ein Zeichen der Humanität zu setzen. Lassen Sie uns nun diese Zeit nutzen im Interesse der Betroffenen, um eine realistische Lageeinschätzung zu Togo zu erwirken, um mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft friedlich für eine Demokratisierung in Togo zu streiten. Das Schicksal der Flüchtlinge ist in der Tat nur für sechs Monate aufgeschoben und eine Zukunft ohne Angst um Leib und Leben ist noch lange nicht erreicht. Und zum Schluss will ich Ihnen mitteilen, dass eine Frau aus Kongo, die in der letzten Woche abgeschoben worden ist, nach ihrer Rückkehr im Kongo

ermordet worden ist. Das Schicksal von Mosbaou ist noch unklar. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen ab über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2244. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2244 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, der Linkspartei.PDS und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Regionales Förderprogramm Mecklenburg-Vorpommern 2006, auf der Drucksache 4/1934.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Regionales Förderprogramm
Mecklenburg-Vorpommern 2006
– Drucksache 4/1934 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat um das Wort gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Dr. Ebnet. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor welcher Aufgabe steht die Wirtschaftspolitik? Ich denke, man kann sie ganz einfach beschreiben, wenn man sich die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Mecklenburg-Vorpommern ansieht. Auf der einen Seite sieht man, wir verbrauchen im Land für öffentliche und private Investitionen und für öffentlichen und privaten Konsum etwa 40 Milliarden Euro im Jahr, auf der anderen Seite schaffen wir hier im Land im Jahr eine Wertschöpfung von etwa 30 Milliarden Euro. Das heißt, wir geben 10 Milliarden Euro mehr aus, als wir selbst erwirtschaften. Das ist das Problem von Mecklenburg-Vorpommern. Wenn das anders wäre, also diese Bilanz ausgeglichen wäre, hätten wir kein Arbeitslosenproblem mehr in Mecklenburg-Vorpommern, sondern wir hätten mehr Wohlstand und wahrscheinlich auch keine Abwanderung mehr und so weiter und so fort.

Eine ganze Reihe von Problemen dieses Landes hängt an dieser Wertschöpfungslücke von 10 Milliarden Euro pro Jahr. Wir haben verschiedene Instrumente, um diese Wertschöpfungslücke zu vermindern, und wir setzen sie ein. In den letzten Jahren ist ja schon einiges geschehen, sie ist geringer geworden. Das heißt, wir sind auf einem guten Weg, aber wir sind noch lange nicht durch. Wirtschaftsförderung ist eines dieser Instrumente, aber Wirtschaftsförderung allein kann es nicht sein.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wirtschaftsförderung ist eines dieser Instrumente.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ein wichtiges.)

Dieses Instrument ist notwendig, um mehr Wirtschaft zu schaffen, und es ist notwendig, um sie schneller zu schaffen. Und das ist genau die Ausgangssituation, vor der wir stehen. Erfolge können wir vorweisen, und zwar Erfolge der Wirtschaftsförderung.

Herr Dr. Born, wir haben ja heute Morgen schon in der Fragestunde das Thema behandelt. Es ist ein Erfolg, wenn wir im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2004 ein Wachstum von 7,9 Prozent hatten und im vergangenen Jahr 7,7 Prozent. Wir können davon ausgehen, weil die Auftragsbücher der Unternehmen hier im Land voll sind, dass das Wachstum dieses Jahr auch ganz ordentlich sein wird. Es ist auch ein Erfolg, wenn wir im vergangenen Jahr die Anzahl der Industriebeschäftigten im Land um 2,1 Prozent erhöhen konnten. Es gab nur drei Länder in Deutschland, die überhaupt ein Plus davor hatten. Mecklenburg-Vorpommern ist dabei Spitzenreiter. Wir sind bei der Schaffung von Industriearbeitsplätzen in Deutschland an der Spitze.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir liegen mit unseren Wachstumsraten über dem ost-deutschen Durchschnitt und über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Über China, Herr Dr. Born, können wir noch einmal gesondert sprechen,

(Heinz Müller, SPD: Bei den Chinesen!)

denn ich glaube, das ändert an der Situation bei uns nichts, ob es dort nun ein paar Prozente mehr oder weniger sind. Ich denke, die Erfolge sind unbestreitbar, man sieht sie auch täglich,

(Rudolf Borchert, SPD: Wenn man sie sehen will.)

wenn man die Zeitungen liest, zum Beispiel Ansiedlungserfolge. Das Unternehmen siedelt sich an, dort siedelt sich wieder ein neues Unternehmen an, die Unternehmen expandieren, sie investieren, sie stellen Leute ein. Wirtschaftsnachrichten sind in dieser Zeit vor allem gute Nachrichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Wirtschaftsförderung im Zentrum die GA-Förderung für Investitionen hat auch Erfolge. Ich bitte darum, diese Erfolge gesamtwirtschaftlich zu sehen. Wenn uns ein Unternehmen heute verspricht, es schafft 20 Arbeitsplätze, dann dürfen wir nach unserer Erfahrung bei solchen Versprechen davon ausgehen, dass im Durchschnitt nach fünf Jahren die Hälfte mehr geschaffen wurde, also 30. Das sind die Erfahrungswerte, denn wir haben das untersucht und sind zu diesen Ergebnissen gekommen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es neben den direkten Wirkungen im Unternehmen indirekte Wirkungen gibt. Wo produziert wird, muss gefahren werden, dann hat der Transporteur etwas zu tun, der Produzent, denn der braucht Zulieferer, und die Zulieferer haben dann auch Aufträge. Und so geht das bis zum Steuerberater und zum Rechtsanwalt bis hin zum Catering, statt der früher unternehmenseigenen Kantine. Das heißt, es gibt eine ganze Menge indirekter Wirkungen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Und wenn Sie diese direkten und indirekten Wirkungen der GA-Förderung zusammennehmen, so können Sie im Jahr von etwa 10.000 neuen zusätzlichen Arbeitsplätzen in diesem Land ausgehen. Die brauchen wir, aber ich denke, das ist auch eine ordentliche Zahl.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Die Stimmung in der Wirtschaft ist gut, die Auftragslage ist gut, die Investitionsbereitschaft unserer Unternehmen ist groß. Das zeigt sich natürlich auch in den Förderwünschen der Wirtschaft.

(Rainer Pracht, CDU: Das ist ja wie in Bayern hier, Herr Minister!)

Wir haben im Moment im Landesförderinstitut etwa Investitionswünsche von Unternehmen von über 6 Milliarden Euro vorliegen, dazu kommen noch etwa 600 Millionen von Kommunen, also knapp 7 Milliarden Euro Investitionsbereitschaft in Zahlen ausgedrückt. Die beantragte Förderung für die 7 Milliarden Euro liegt bei etwa 2 Milliarden Euro. Es sind 1.700 Fälle nicht abgearbeitet im Landesförderinstitut. Wenn Sie das mit den Fördermitteln vergleichen, Frau Gramkow, dann können Sie sagen, da würden die Fördermittel für die Wünsche, ungefähr ein Zehntel davon haben wir, in zehn Jahren abgearbeitet werden, wenn das gleichbleibend wäre. Wir werden mit dieser Knappheit an Fördermitteln, die ja immer größer geworden ist in den letzten Jahren, zurechtkommen müssen.

Es gibt auch einige erfreuliche Entwicklungen bei der Wirtschaftsförderung. Ein wesentliches Element ist zum Beispiel die Investitionszulage, die von den Finanzämtern ausbezahlt wird. Diese sollte ja 2006 auslaufen, aber es ist gelungen, in der Koalitionsvereinbarung festzuhalten, dass die Investitionszulage verlängert wird. Es ist gelungen, durch massiven Einsatz sogar zustande zu bringen, dass das Beherbergungsgewerbe, das für Mecklenburg-Vorpommern besonders wichtig ist, ab 2007 durch die Investitionszulage begünstigt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Das wird nach einer ersten Schätzung Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten drei Jahren finanziell etwa 100 Millionen Euro zusätzlich in das Land bringen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Ich denke, das ist gut so, denn das Geld können wir brauchen, es ist bei uns immer gut angelegt.

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Netto oder brutto?)

Das alte Gesetz läuft aus, das neue tritt in Kraft. Leider ist es uns nicht gelungen, hier einen reibungslosen Übergang hinzubekommen. Wir werden in diesem Jahr eine Förderlücke haben. Eine Förderlücke, die uns im Gegenzug zur Begünstigung durch die Einbeziehung des Beherbergungsgewerbes mit etwa 30 Millionen Euro belasten wird. Diese Förderlücke ist nicht schön, sie war aber nicht zu vermeiden.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber es ist ja mal interessant, welche
Auswirkungen das hat.)

Wir müssen mit dieser Förderlücke wohl leben. Es gab in der Koalitionsvereinbarung noch eine Aussage, und zwar, dass die Wirtschaftsförderung Ost auf dem bisherigen Niveau erhalten bleibt. Leider ist diese Aussage schnell in Vergessenheit geraten. Bei der GA-Förderung wurde um 100 Millionen Euro jährlich gekürzt für ganz Deutschland, 85 Millionen davon entfallen auf Ostdeutschland, 11,5 Mil-

lionen betreffen bei dieser Kürzung Mecklenburg-Vorpommern. Es ist nicht erfreulich, wenn manche Dinge eines Dokumentes, einer Vereinbarung im Bewusstsein sind und andere dann schnell aus dem Bewusstsein verschwinden. Ich wünsche mir, dass hier möglicherweise noch eine Denkmkehr erfolgt. Noch steht das Gesetz, das Haushaltsgesetz, in jedem Fall das Haushaltsbegleitgesetz, nicht im Bundesgesetzblatt und von daher haben wir noch ein bisschen Zeit. Wir sollten jede Chance nutzen, um diesen Irrtum, diese irrtümliche Entscheidung, diese falsche Entscheidung wieder rückgängig zu machen.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

Wenn die Investitionsbereitschaft groß ist, die Förderwünsche natürlich entsprechend groß sind, die Mittel aber von Jahr zu Jahr knapper werden, und das ist in den letzten Jahren auch der Fall gewesen, dann muss man die Frage stellen: Wie kommt man dann zurecht? Das führt auch zwangsläufig zu der Frage: Wo kann man einschränken? Wir haben in den letzten Jahren schon eine ganze Reihe von Branchen aus der GA-Förderung herausgenommen und wir haben diesmal weitere Branchen herausgenommen, nämlich Druckereien, Großhandel und Versandhandel in den Fällen, in denen nicht überwiegend außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns geliefert wird. Wenn eine Druckerei wie zum Beispiel jetzt die neue Druckerei Adam in Rostock-Laage ganz Europa mit Druckerzeugnissen beliefert und nur einen winzigen Bruchteil in Mecklenburg-Vorpommern vertreibt, dann wird eine solche Druckerei auch weiterhin gefördert. Aber wenn es nur so um den Kirchturm herumgeht und ein Drucker dem anderen die Aufträge wegnimmt, dann muss eine Förderung nicht sein. Wir haben gesagt, hier kann man auf die Förderung verzichten. Das ist ein Ansatz.

Ein weiterer Ansatz für eine Einschränkung ist im Bereich der Förderung der kommunalen wirtschaftsnahen Infrastruktur erfolgt. Bisher beträgt die Förderung bis zu 90 Prozent, was dann von den Kommunen als grundsätzlich 90 Prozent verstanden wurde und auch weitgehend so gehandhabt wurde. Hier wird der Grundsatz in Zukunft 75 Prozent betragen, das ist eine Absenkung. Mancher mag sagen, es sind nur 15 Prozentpunkte. Aber das wird bei vielen Kommunen, die ja nicht auf Rosen gebettet sind, viele Projekte nicht mehr ermöglichen, weil sie die Eigenfinanzierung nicht mehr aufbringen können. Es muss gespart werden und es können nicht mehr alle Projekte stattfinden, die in der Vergangenheit möglich waren, sonst reichen die Mittel nicht. Das sind natürlich Konsequenzen, die im Einzelfall bitter, mindestens aber nicht erfreulich sind. Das wird auch dazu führen, dass weniger in diesen Bereich investiert wird, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Wir haben weiterhin – immer voll konzentriert auf das Ziel, wir müssen Arbeitsplätze schaffen in Mecklenburg-Vorpommern – schon vor einiger Zeit eine Obergrenze für jeden zusätzlichen Arbeitsplatz eingeführt. Die erste Maßnahme war, wir fördern nur zusätzliche Arbeitsplätze und nicht schon bestehende. Das wäre nach dem bundesdeutschen Recht, nach der Bundesgesetzgebung durchaus möglich, dass wir bestehende Arbeitsplätze fördern, auch wenn es nicht mehr werden, wir fördern zusätzliche. Wir haben gesagt, wir nehmen nicht die Obergrenze von möglichen 250.000 Euro pro Arbeitsplatz – das wäre ja möglich, bis dahin kann es gehen –, sondern wir sagen,

maximal 100.000 Euro pro zusätzlichen Arbeitsplatz. Aber es muss weiter eingeschränkt werden und deshalb wurde diese Grenze ja schon auf 80.000 Euro herabgesetzt. 80.000 Euro maximal pro zusätzlich neu geschaffenen Arbeitsplatz. Man wird bei einer volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung in dem einen oder anderen Fall auch einmal eine Ausnahme machen müssen, aber dann müsste der Arbeitsplatzeffekt, wenn er nicht im Unternehmen selbst auftritt, zumindest im Gesamteffekt im Umfeld erzielbar sein. Nur dann macht es Sinn, hier einmal abzuweichen.

Meine Damen und Herren, ich denke, das sind doch, auch wenn es vielleicht so klein aussieht, ganz massiv wirkende Weichenstellungen, Weichenstellungen, die es ermöglichen, aus jedem Euro, aus jedem knappen Euro, der zur Verfügung steht, möglichst viele Arbeitsplätze rauszuholen, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen, die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern möglichst schnell, möglichst weit voranzubringen, diese Wertschöpfungslücke, 10 Milliarden etwa, möglichst schnell zu schließen und Mecklenburg-Vorpommern sowie seine Menschen zu einem unabhängigen Bundesland und von Transferzahlungen unabhängigen Menschen zu machen. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg. Ich denke auch, Herr Dr. Born, Sie werden das anschließend auch so sehen. Ich würde mich freuen, wenn ich weiterhin dabei Ihre Unterstützung finden würde. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Minister Ebnet, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie heute Morgen deutlich gemacht haben, dass Sie sich offensichtlich doch nicht so intensiv mit den chinesischen Verhältnissen auseinandergesetzt haben, allerdings sich dadurch offensichtlich nicht in der Lage sehen, Schlüsse zu ziehen aus einer Wirtschaftsförderung, die zum Beispiel, wenn es um Hochtechnologie geht, die Chancen nutzt, die wir hier verspielen. Ich erinnere nur an das Hochtechnologieprojekt Transrapid.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS: Ah! – Heinz Müller, SPD: Ah, den hatten wir schon lange nicht mehr.)

Auf der anderen Seite, Herr Müller, Sie verstehen das vielleicht einmal zu einem späteren Zeitpunkt, wenn Sie als Besucher wieder in das Land kommen und dann diese Technologie nutzen können, denn die werden Sie nicht aufhalten können, die kommt dann nur von außen in das Land, das ist der Unterschied.

Aber, Herr Minister, einen Hinweis erlaube ich mir. Wenn Sie auf meine Frage nach dem Bruttoinlandsprodukt und dem „Negativwachstum“, das wir im letzten Jahr feststellen konnten, sagen, das sei ja nicht das Wirtschaftswachstum, was sich da ausdrückt, dann muss ich Ihnen Folgendes sagen: Herr Minister, ich glaube, es ist unbestritten, jedenfalls bei den Volkswirten, dass das Wachstum der Volkswirtschaft am Bruttoinlandsprodukt

gemessen wird, und hier haben Sie Negativzahlen aufzuweisen.

(Ute Schildt, SPD: Endlich was Negatives! Endlich! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und dass Sie uns hier mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der gesamten Bundesrepublik nach wie vor die rote Laterne zeigen müssen, das ist traurig genug.

(Ute Schildt, SPD: Das sind wieder Redebausteine.)

Sie haben aber den Eindruck erweckt, es steht hier alles zum Besten. Ich denke, davon kann sich jeder selbst ein Bild machen.

(Siegfried Friese, SPD: Er hat viel differenzierter argumentiert.)

Das jährlich zu aktualisierende Förderprogramm liegt seit einiger Zeit in der Auflage für 2006 vor und es beinhaltet allgemeine Beschreibungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Hauptförderinstrumentarium, das haben wir eben noch einmal vernommen, ist und bleibt die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“. So weit, so gut, könnte man sagen. Das ist alles ziemlich unspektakulär, nicht sonderlich originell und wenig zukunftsweisend. Zuschüsse fast ausschließlich an die unmittelbare Schaffung neuer Arbeitsplätze zu binden und die Förderbeträge gleichzeitig zu kürzen sowie Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen nur noch sehr bedingt zu fördern, das würde ich allerdings als ein einfallloses Unterfangen beschreiben. Dabei ist unbestritten, dass der enger werdende finanzielle Spielraum in der Wirtschaftsförderung kreative Lösungen erfordert.

(Beifall Rainer Pracht, CDU)

Die Betonung liegt dabei allerdings auf kreativ. Was Sie uns stattdessen anbieten, das sind allenfalls schwerpunktlose Kürzungen, mit denen wir uns das gestalterische Element zur Zukunftsförderung leichtfertig aus der Hand nehmen. Erforderlich wäre stattdessen eine inhaltliche Schwerpunktsetzung der Förderungen auf zukunftsweisende Wirtschaftsbereiche wie etwa Technologie- und Hochtechnologieunternehmen. Nach Leseart des Wirtschaftsministers, wir könnten das eben wieder vernehmen, könnte ein junges Technologieunternehmen, das einen hohen Investitionsbedarf ausweist, aber zunächst nur wenige oder gar keine Arbeitsplätze unmittelbar schafft, grundsätzlich keine Förderung mehr erhalten. Das wäre ein fatales Signal für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, denn der Ursprung jedes Arbeitsplatzes ist letztlich auf kreative Ideen und Innovationen zurückzuführen. Andererseits ließe sich der finanzielle Spielraum auch durch ein Umstellen von der reinen Zuschussförderung auf eine revolvierende Darlehensfinanzierung erreichen, jedenfalls teilweise ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Keine Umstellung, aber eine intelligente Verknüpfung.)

Eine intelligente Verknüpfung, ich war ja noch nicht zu Ende, Frau Kollegin Gramkow.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Entschuldigung!)

Ich wollte nämlich gerade sagen, nicht eine vollständige Umstellung, sondern eine Ergänzung und damit, wie

Sie zu Recht sagen, eine intelligente Verknüpfung. Danke für die Unterstützung.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja, so ist sie.)

Die Investitionsförderung ließe sich mit dem geringeren finanziellen Rahmen auf annähernd gleichem Niveau fortsetzen. Außerdem, darauf haben wir ja auch immer wieder hingewiesen, würde das natürlich der deutlichen Eigenkapitalschwäche vieler Unternehmen hilfreich entgegenwirken. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, sich wie der Wirtschaftsminister einfach darauf zu fixieren, Förderbescheide über das Land zu streuen, ohne zu berücksichtigen, dass diese in ihrer Wirksamkeit erst 2009, ja sogar 2010 zur Auszahlung kommen. Das bedeutet, dass teure Zwischenfinanzierungen mit erheblichen Zinsbelastungen für die Unternehmen getätigt werden müssen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Die Unternehmen sagen aber nicht Nein. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Bei gleichzeitig sinkenden Zuweisungen im Rahmen des Solidarpakt II muss man sich mit solchen Denkansätzen auseinandersetzen. Wir, gemeinsam mit Wirtschaftspolitikern aller Fraktionen hier im Hause, bringen dies seit Jahren wie eine tibetanische Gebetsmühle immer wieder vor, aber der Wirtschaftsminister ist derjenige, der sagt, es kommt für ihn nicht infrage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte das noch einmal erläutern: Das würde bedeuten, dass Unternehmen statt einem einmaligen Zuschuss eine öffentliche Unterstützung in Form von Darlehen erhalten, die entsprechend zurückgezahlt werden müssen, die somit im optimalen Fall mehrfach eingesetzt werden können. Andere Länder, die auch im Gegensatz zu unserem Land in der Wirtschaftsförderungspolitik sehr erfolgreich sind, machen es uns vor. So hat Thüringen beispielsweise einen Fonds mit 70 Millionen Euro aufgelegt, aus dem Eigenkapital für die mittelständische Wirtschaft bereitgestellt wird. Ein Zitat des thüringischen Finanzministers bringt es auf den Punkt:

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

„Wir wollen, dass unsere Unternehmen weiter wachsen, denn nur durch Wachstum schaffen wir die notwendigen Arbeitsplätze. So gesehen haben wir nun ein Produkt, das uns in Thüringen auf mehreren Feldern weiterhelfen wird. Der Fonds zielt darauf ab, EU-Fördermittel nicht mehr nur als Zuschüsse zu vergeben, sondern revolutionierend als Beteiligungskapital einzusetzen.“ Ich kann nur empfehlen, anstatt die chinesischen Verhältnisse ausreichend zu studieren und die Zahlen hier dann nicht richtig zu interpretieren, sich mit dem Naheliegenden auseinanderzusetzen und einmal andere Landesregierungen zu befragen, um von ihnen zu lernen, wie man erfolgreich Wirtschaftspolitik macht. Stattdessen versuchen der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister immer wieder, bestimmte Industrieansiedlungen als ganz besonders gelungen darzustellen. Ich zitiere hier aus einem Bericht der „Schweriner Volkszeitung“, da heißt es: „Ein Glücksfall für M-V“. Das war erst am 13.05.2006, also vor wenigen Tagen. Nein, es war allerdings nicht die Landesregierung gemeint, sondern die Ansiedlung. Da der Geschäftsführer des Unternehmens sich selbst öffentlich geäußert hat, nenne ich ausnahmsweise auch das Unternehmen,

und zwar war die Firma Liebherr gemeint, die am Vortag in Rostock eine der wichtigsten Industrieansiedlungen Mecklenburg-Vorpommerns abgeschlossen hatte. Unter den Gästen weilten selbstverständlich auch der Ministerpräsident des Landes und der Wirtschaftsminister. Beide haben bei jeder Veranstaltung keine Gelegenheit ausgelassen, bei der sie auftraten, uns immer wieder zu sagen, wie erfolgreich sie hier mit ihrer Wirtschaftspolitik waren.

(Ute Schildt, SPD: Sind! Sind!)

Es ist mehr als erfreulich, dass ein solches Unternehmen rund 500 Mitarbeiter in einem traditionell familiengeführten Weltunternehmen bei uns beschäftigen wird. Der Grund, warum ich das Thema hier gleichwohl anspreche, ist ganz einfach der, dass die öffentliche Darstellung der Landesregierung ganz offensichtlich erheblich von dem Erfahrungshorizont abweicht, den dieses Familienunternehmen selbst beschreibt. Ich habe eben schon gesagt, der Geschäftsführer hat sich in einer Gastkolumne geäußert, das lässt sich sehr eindrucksvoll nachlesen in den Rostocker Neuesten Nachrichten vom 12.04.2006. Dort hat der Liebherr-Chef Klartext gesprochen. Ich kann nur jedem empfehlen, sich das einmal anzuschauen, dann weiß er, wo tatsächlich die Defizite in unserer Wirtschaftspolitik, die ja günstige Rahmenbedingungen liefern sollen, liegen. Unter anderem kritisierte der Liebherr-Chef, dass der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern mit Fachkräften, Kernkompetenzen, Clustern und moderaten Löhnen wirbt. Nach seinen Erfahrungen, und ich kann Ihnen das gerne wörtlich zitieren, ist das allerdings bisher nur selten der Fall.

Ich weiß, wenn man hier etwas kritisch sagt, deshalb hat der Minister vorhin ja gleich gesagt, dass er davon ausgeht, dass ich wahrscheinlich seine positiven Darstellungen der Arbeitsmarktsituation unterstreiche, weil sonst eines eintritt, sobald man auf Schwachpunkte hinweist, dann gibt es eine Art pawlowschen Effekt, den man damit auslöst. Der besteht darin, dass man schlicht und einfach, das macht der Ministerpräsident ja besonders gerne, des Schlehtredens bezichtigt wird.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Allerdings ist es eine notwendige Voraussetzung dafür, dass man erfolgreiche Wirtschaftspolitik machen kann, damit man sich vielleicht tatsächlich einmal genauso wie Thüringen und Sachsen um die ersten Plätze in einem Wettbewerb streiten kann. Voraussetzung dafür ist, dass man die Schwachpunkte schonungslos aufdeckt, sie analysiert und die notwendigen Konsequenzen daraus zieht.

(Ute Schildt, SPD: Logisch, die Struktur wird gar keine Berücksichtigung finden.)

Wer angesichts einer Arbeitslosigkeit von 20 Prozent in diesem Land sagt, eigentlich läuft alles ganz prima,

(Beifall Rainer Pracht, CDU, und Torsten Renz, CDU)

wir müssen es nur noch bedächtiger machen, ansonsten blifft allens bie'n Ollen, der ist wahrlich nicht in der Lage, uns einen Weg aus der Talsohle aufzuzeigen, geschweige denn ihn anzuführen.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Und deshalb, Herr Minister, ist das, was Sie uns vorgelegt haben, schlicht einfallslos und fantasielos. Es wird Zeit, dass gerade in der Wirtschaftspolitik ein grundlegender Wandel in diesem Lande stattfindet. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit und Unruhe bei Rainer Prachtl, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, ich glaube, wir wohnen in verschiedenen Ländern.

(Torsten Renz, CDU: In welchen denn?)

Als Wirtschaftspolitiker unserer Fraktion, glaube ich, sind wir aktiv in der Wirtschaft unterwegs.

(Heiterkeit bei Beate Schlupp, CDU:
Das stimmt. – Rainer Prachtl, CDU:
Ja, ja, das machen Sie ja jedes Mal. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Wir führen Gespräche vom Handwerksbetrieb über den neu angesiedelten Industriebetrieb und auch mit dem, der sich schon länger mit der Problematik befasst und manchmal um die Existenz kämpft oder erweitert. Ich denke, das tun wir, ob in der CDU, in der PDS oder in der SPD, denn es gehört einfach zu unserer Aufgabe.

(Heiterkeit bei Karin Strenz, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Und
über allem blüht der Raps.)

Insofern möchte ich an dieser Stelle den Ausführungen des Ministers voll zustimmen. Ich nehme nämlich wirklich einen Stimmungsumschwung im Lande wahr,

(Rainer Prachtl, CDU: Das erzählen Sie
jedes Mal, wenn Sie da vorne stehen.)

und zwar auch, Herr Prachtl, in einem Landkreis wie dem Kreis Demmin, der strukturelle Schwierigkeiten hatte,

(Rainer Prachtl, CDU: Jaja!)

der aber deutlich aufgeholt hat.

(Beate Schlupp, CDU: Ach so?! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich sage Ihnen deutlich, es hat viele Neujahrsempfänge in diesem Jahr gegeben, an denen auch die Vertreter der Wirtschaft teilnehmen,

(Beate Schlupp, CDU: Und
danach wird dann kritisiert.)

und da werden sehr ehrliche Gespräche geführt.

(Beate Schlupp, CDU: Ja?)

Und wenn ich vor zwei Jahren bei vielen Handwerksbetrieben ein Stöhnen gehört habe, und zwar ein ehrliches Stöhnen, kein vorgeschobenes, dann habe ich zahlreich im Januar gehört,

(Beate Schlupp, CDU: Die stöhnen jetzt
nicht mehr. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Das haben Sie uns aber hier nie gesagt.)

Frau Schildt, es geht wirklich bergan.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber dann
hatten wir den Regierungswechsel
in Berlin. Das ist schon wahr.)

Ich habe meine Bücher voll bis Mai, das habe ich die letzten vier Jahre nicht gehabt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Siegfried Frieze, SPD)

Das sind Wahrheiten, die bestätigen sich auch nach den ersten fünf Monaten ganz deutlich. Diese Wahrheiten, die muss man aussprechen dürfen. Das tun diejenigen, die damit befasst sind. Wir haben das ...

(Karin Strenz, CDU: Aus welcher Branche
war der denn? Vom Bau? Da wird doch
im Winter gar nicht gearbeitet.)

Nein, Frau Strenz,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Heinz Müller, SPD: Was ist denn hier los?! –
Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Sie sollten einmal hingehen und genau zuhören, da sind eine Stabilisierung und ein Wachstum zu verzeichnen!

(Zurufe von Beate Schlupp, CDU,
und Karin Strenz, CDU)

Und diese Stimmung, die fasst Fuß.

(Beifall Siegfried Frieze, SPD: Richtig. –
Beate Schlupp, CDU: Jaja!)

Und Sie brauchen sie nicht mit dem schwarzen Pinsel wieder überzutünchen, es wird bunter.

(Karin Strenz, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Die Menschen wollen, dass es vorwärts geht,

(Karin Strenz, CDU: Jaja!)

sie arbeiten daran. Wir müssen ihnen auch die ideologische Kraft dazu geben, indem wir unsere Erfolge auf den Tisch legen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Sie brauchen den Kopf nicht zu schütteln, es ist so!

(Egbert Liskow, CDU: Es werden immer weniger
Arbeitsplätze. Es werden immer weniger.)

Zahlreiche Branchen haben in den letzten Wochen hier um parlamentarische Abende gebeten und sie durchgeführt. Das haben sie nicht gemacht, weil sie den Kopf in den Sand stecken

(Siegfried Frieze, SPD: Richtig.)

oder weil sie sagen, es geht bergab mit uns,

(Siegfried Frieze, SPD: Richtig. Jawohl.)

sondern weil sie darauf aufmerksam machen wollten, welche Entwicklung sie genommen haben. Und sie haben uns eindeutig gezeigt, die Kraft der Wirtschaft kommt im Wesentlichen aus sich selbst. Sie bestimmen mit, wie stark sie sind, wie sie Netzwerke bilden. Zahlreiche Netzwerke, die sich in Branchen zusammentun, erklären nämlich uns als Politik, wo sie uns brauchen und wo ihre eigenen Stärken sind. Das machen sie

(Egbert Liskow, CDU: Hervorragend!)

hervorragend.

Was hat denn der AMV in der letzten Woche oder gestern auf dem Branchentag dementiert?

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Was haben uns die Telekommunikationsfirmen in ihrem Netzwerk dargestellt? Viele Branchen sind dabei, BioCon Valley mit dem Wachstum, das ist moderne Technologie, das ist Biotechnologie in unserem Land. Findet das alles nicht statt? Das sind Pflänzchen, die gepflanzt worden sind in den letzten zehn Jahren, die wachsen,

(Beifall Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS:
Genau.)

die müssen wir nur pflegen. Und dafür setzen wir mit den Förderprogrammen unsere Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS)

Ja, das Förderprogramm stellt einen Rahmen dar.

Und das Geld, der Minister hat es dargestellt, ist nicht üppiger geworden, es wird weniger. Deshalb müssen wir ganz genau gucken, in welche Richtung wir es regelrecht am effektivsten einsetzen können. Wir brauchen in unserem Land die Förderung von Arbeit mit modernen Technologien und mit erfahrenen Branchen. Dafür setzt dieses Förderprogramm weitere Akzente. Die Anträge liegen nämlich vor, denn der Ansiedlungswille ist bei uns wie in anderen Bundesländern vorhanden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach?!)

Ich denke, auch Sie, Herr Dr. Born, werden mit Ihren Fachkollegen der anderen neuen Länder in Gesprächen sein, denn Sie sprachen ja über Sachsen und Thüringen. Was mich wundert, ist, dass gerade das Mittel der GA – das ja für uns ein sehr wichtiges ist, ich werde immer darum kämpfen, dass es uns in den nächsten Jahren möglichst auf diesem Niveau erhalten bleibt – in den Ländern nicht so genutzt wird wie bei uns,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach?!)

auch die Brandenburger haben es nicht voll ausgenutzt.

(Ministerin Sigrid Keler: Ja.)

Dazu ist es nämlich nötig, dass man ein hervorragendes Management hat und dieses Instrument auch nutzen will, und zwar bis zum letzten Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und dieses Management, Herr Dr. Born, haben wir in unserem Land.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, das ist richtig.)

Deshalb möchte ich von dieser Stelle einmal ganz deutlich für die SPD-Fraktion ein Dankeschön an unser Landesförderinstitut und an unser Wirtschaftsministerium aussprechen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

die dafür sorgen, dass wir möglichst jeden Euro bis zum Jahresende auch wirklich sinnvoll eingesetzt haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Für investive Zwecke, ja?!)

Ich bin sehr dankbar und froh darüber, auch gegen den Widerstand von Herrn Althaus aus Thüringen, dass es unserem Wirtschaftsminister und

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ministerpräsidenten.)

unserem Ministerpräsidenten gelungen ist, die Investitionszulagen weiter zu sichern. Das ist richtig viel Geld für die Wirtschaftsförderung unseres Landes,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

und zwar Geld, das gebraucht wird, das es uns möglich macht, wesentlich mehr Förderfälle darzustellen, also Wirtschaftsförderung, die gebraucht wird. Wirtschaftsförderung, das ist ein Weg, da haben Sie Recht, aber wir müssen perspektivisch gucken, ob die Wege immer die richtigen sind, ob Darlehen die richtigen Wege sind. Wir haben eine neue Förderperiode ab 2007. Wir wollen gern prüfen, was geht und wie man es umsetzen kann, da gibt es keine andere Diskussion.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja,
dann prüfen Sie mal weiter!)

Aber was wichtig ist, ist die Psychologie. Eine wichtige Frage ist dabei: Wie gehen wir ran an unser Land? Geben wir solche Sprechblasen wie „die rote Laterne“

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

oder sagen wir, wir sind im Wachstum begriffen? Wir treten selbstbewusst auf mit unserer Wirtschaft.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Wir reden unsere eigene Wirtschaft schlecht,

(Rainer Prachtl, CDU: Das haben Sie
uns immer vorgehalten. Erzählen
Sie uns nicht solche Sachen!)

die die Ärmel hochgekrempelt hat.

(Zurufe von Siegfried Frieze, SPD,
und Rainer Prachtl, CDU)

Ich rufe Sie dazu auf, uns auf diesem Weg zu begleiten! Wir sind auf dem richtigen Weg und wir bleiben es.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Döring von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nicht erst seit der Veröffentlichung in der Zeitung „Die Welt“ vom 8. dieses Monats ist uns bekannt, dass sich die Förderung der Europäischen Union in den Jahren 2007 bis 2013 für die neuen Bundesländer im Vergleich zum davorliegenden Förderzeitraum um circa 3,7 Milliarden Euro verringern wird. Auch dass der Bund die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur für 2007 um weitere 100 Millionen Euro kürzt, verwundert Insider nicht wirklich. So ist das mit demokratischen Mehrheiten, meine Damen und Herren von der CDU, und Sie wollen doch dem EU-Parlament oder der Bundesregierung keine Diktatur der Mehrheiten vorwerfen, oder?

(Egbert Liskow, CDU: Jetzt kommt die Wirtschaftspartei.)

Lassen Sie mich aber auf damit verbundene Auswirkungen auf unser Bundesland zurückkommen. Das vorliegende „Regionale Förderprogramm Mecklenburg-Vorpommern 2006“ macht deutlich, dass die Landesregierung nicht nur auf die oben genannten Veränderungen reagiert, sondern strukturelle Ausrichtungen sowohl der Infrastruktur als auch Förderung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen festschreibt. Ein größerer Spielraum wäre hierbei sicherlich wünschenswert, ist jedoch unter den vorhandenen Bedingungen des Finanzhaushalts nicht zu leisten. Was 2006 geleistet wird und wie dies geschieht, das können Sie in der vorliegenden Drucksache 4/1934 nachlesen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Anmerkungen machen, die inhaltliche Aspekte der Unterrichtung durch die Landesregierung ansprechen, und zugleich damit verbundene Problemstellungen verdeutlichen:

Erstens. Die Stärkung vorhandener beziehungsweise die Schaffung von regionalen Netzwerken und die Entwicklung von Wachstumskernen muss gerade in unserem Bundesland im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Als positives Beispiel möchte ich hier die RWI Regionale Wirtschaftsinitiative Ost Mecklenburg-Vorpommern eV nennen, die sich kürzlich in unserem Arbeitskreis vorstellte. Vor drei Jahren unter dem Dach der Regionalen Entwicklungsagentur Mecklenburgische Seenplatte als Teil des durch die Landesregierung geförderten Projektes Regionalmanagement gestartet, vereint sie heute auf freiwilliger Basis über 75 Unternehmen des Maschinen- und Metallbaus, der Elektroindustrie, der Lebensmittelverarbeitung, der Bauwirtschaft, des Dienstleistungssektors sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Diese Kontaktplattform der Wirtschaft ist ein Beispiel, wie mit relativ wenig Aufwand, aber Engagement und Leidenschaft, Erfolge in der regionalen Entwicklung erzielt werden. Freiwillige Mitglieder, die freiwillig Beitrag zahlen und die Zielstellung, ich zitiere, „Vernetzen – Fördern – Stärken“ zum Beispiel mit Kontaktforen mittragen, ermöglichen diese Zusammenarbeit. Solche Netzwerke sind weiter zu fördern, nicht solche, die sich mit dem Problem an sich und für sich befassen, sondern tatkräftige, initiativreiche und in der Sache wirksame Netzwerke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Nach eigenen Aussagen befinden sich circa 750.000 Einwohner im Einzugsbereich der RWI Ost Mecklenburg-Vorpommern eV, wurden 2005 sechs zusätzliche Lehrstellen organisiert, konnte ein Auftrag von Airbus vermittelt und konnten dadurch drei neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zusätzlich wurde eine Mechatronikerklasse mit elf Auszubildenden aufgestellt. Für vier Forschungs- und Entwicklungsprojekte wurde die Netzwerkkoordination übernommen. An der Umsetzung dieser Projekte arbeiten sieben Firmen mit der Hochschule Neubrandenburg, der Fachhochschule Stralsund und dem Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik, Greifswald zusammen, denn die Nutzung innovativer Potenziale ist die Voraussetzung dafür, sich im Wettbewerb mit anderen leistungsstarken Regionen zu messen.

Zweitens, meine Damen und Herren, haben sich die in unserem Bundesland vorhandenen Technologie- und

Gründerzentren hinsichtlich der erreichten Ausstattung gut entwickelt. Hier kommt es jetzt darauf an, vorhandene Wachstumspole zu stärken. Der Ansatz, die Fördermittel des Landesprogramms Technologie- und Innovationsförderung für die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zu verstärken, ist nicht neu und geht genau in die richtige Richtung.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Die Behandlung des regionalen Förderprogramms im Landtag und in den Ausschüssen ist zugleich immer ein Blick auf die Gesamtheit der Wirtschaftspolitik der Landesregierung. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um einige uns vorliegende Ergebnisse der „Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2006“ anzusprechen. Im Wesentlichen wurden hier die Ergebnisse der EU-Förderpolitik mit Stand des Jahres 2005 bewertet und Hinweise und Schlussfolgerungen für die vor uns stehende neue Förderperiode 2007 bis 2013 gegeben beziehungsweise gezogen.

Aus aktuellem Anlass möchte ich an dieser Stelle eine Lanze für die Messförderung brechen. Der aktuelle Anlass ist die leider geringer gewordene Teilnahme von Firmen aus unserem Land an der weltgrößten Industriemesse in Hannover. Dort und auf anderen Messen werden Kontakte, Beziehungen und auch Netzwerke für uns geknüpft, wenn man dort ist, wenn nicht, dann auch, aber für die anderen. Diese Messe ist darüber hinaus ein wichtiger Zugang zur Weltwirtschaft und damit zu Exporten, die unsere Wirtschaft braucht. Natürlich wissen wir alle hier nicht erst seit Vorliegen des angesprochenen, mehrere hundert Seiten umfassenden Gutachtens um die strukturellen Schwächen der Wirtschaft im Land. Die Zukunft und die Lösung des Problems liegen zum Beispiel in einer stärkeren Orientierung der Unternehmen auf den Außenmarkt. Die Gutachter betonen, dass vor dem Hintergrund der relativ geringen Exportquote und der zunehmenden Bedeutung des Außenhandels ein zunehmender Bedarf für die internationale Positionierung durch die Messförderung besteht.

(Beifall Rainer Pracht, CDU)

Besonderes Augenmerk sollte deshalb den in schwächerem Maße erschlossenen Zielgebieten Skandinavien und Osteuropa gewidmet werden, die aufgrund ihrer strategischen Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern stärker als bisher in der Messförderung aufgegriffen werden sollten. Dieses regionale Förderprogramm wird die jetzt laufende Förderperiode abschließen. Das nächste wird von den Gegebenheiten der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 geprägt sein, zu denen auf jeden Fall eine stärkere Messförderung gehören muss.

Drittens, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal auf die Förderung durch die EU zurückkommen. Die europäischen Strukturfonds ermöglichen in ihrer gesamten Bandbreite die Unterstützung von Maßnahmen und Initiativen im Bereich der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Umwelt und der Bildung. Auch hier ist das vorliegende Förderprogramm Grundlage für die Umsetzung der damit verbundenen Zielstellungen wie Stärkung der Wirtschaft und der damit verbundenen Binnenkonjunktur sowie der Abbau der Arbeitslosigkeit. Das bereits mehrfach erwähnte Gutachten weist unter anderem dar-

auf hin, dass das Land zwischen den Jahren 2000 und 2004 trotz intensiver Förderung einen Rückgang von circa 46.000 Erwerbstätigen hatte. Durch Förderung wurden circa 7.700 Arbeitsplätze neu geschaffen und circa 21.600 Arbeitsplätze gesichert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das ist
ja nicht auszuhalten. Geht doch raus,
wenn euch das nicht interessiert!)

Diese Diskrepanz zeigt deutlich, und das gilt nicht nur für unser Land: Die Wirtschaft ist schon lange nicht mehr in der Lage, Arbeitsplätze für eine Vollbeschäftigung bereitzustellen, und wird es auch in Zukunft nicht sein können. Viel zu stark wirken Rationalisierungsnotwendigkeiten, Kostendruck und Profitmaximierung gegen Beschäftigung.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich betonen, dass aus Sicht der Fraktion der Linkspartei.PDS hierbei nur durch den Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ein bundes- und landesweit spürbarer Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen ist. Ich will aber trotzdem darauf hinweisen, dass ich die Regelung des regionalen Förderprogramms, eine Förderung mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbinden und diese in der Regel auf 80.000 Euro pro Arbeitsplatz zu begrenzen, für sehr richtig und wichtig erachte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Damit wird eine klare Zweckbestimmung der Förderung in Mecklenburg-Vorpommern vorgegeben und das ist gut so.

Meine Damen und Herren! Deutlich hervorzuheben ist für das regionale Förderprogramm der ressortübergreifende, integrierte Ansatz. Damit ist sowohl die Grundlage für einen noch effektiveren Mitteleinsatz als auch für die Evaluierung der Förderperiode gelegt. Im Namen der Fraktion der Linkspartei.PDS schlage ich vor, der verfahrensmäßigen Erledigterklärung der Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 4/1934 zuzustimmen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS und Ute Schildt, SPD –

Zurufe aus dem Plenum: Hallo! –

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Hallo, wir sind
fertig. – Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
Frau Präsidentin!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Döring.

Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 4/1934 verfahrensmäßig für erledigt erklären?

(Zurufe aus dem Plenum: Ja.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Luftverkehrskonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Erste Fortschreibung, Drucksache 4/1613.

Unterrichtung durch die Landesregierung: Luftverkehrskonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Erste Fortschreibung – Drucksache 4/1613 –

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre auch dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als erster Redner hat der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet das Wort.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, das Luftverkehrskonzept vom 6. Januar 1998 zu überarbeiten. Es war bereits ordentlich Zeit vergangen, bis diese Aufforderung gekommen ist, und die Überarbeitung war fällig.

Wir haben in die Überarbeitung als eine der Grundlagen mit einbezogen den „Masterplan zur Entwicklung der Flughafeninfrastruktur in Deutschland“, also den Masterplan für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, und haben versucht, das miteinander zu verbinden und in gesamtdeutsche Luftverkehrspolitik einzuordnen. Der neue Masterplan für ganz Deutschland rückt mehr als seine Vorgänger die Großflughäfen in den Mittelpunkt und einige internationale Flughäfen. Das ist Frankfurt, das ist München, das sind die üblichen, die immer vorkommen, die wichtig sind. Die anderen werden für weniger wichtig gehalten.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das wird schon seinen Grund haben.)

Bei den Regionalflughäfen wird nur unter bestimmten Aspekten eine Zukunft gesehen, aber es sind Aspekte, die für Mecklenburg-Vorpommern zutreffen, nämlich die große räumliche Entfernung einer Region vom nächsten Großflughafen, sodass man sagen muss, da ist im Luftverkehr ein leerer Raum, und dieser Raum kann durch andere Verkehrsmittel nicht gefüllt werden. Hier ist das Flugzeug gefordert.

Wofür brauchen wir den Luftverkehr in Mecklenburg-Vorpommern?

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Da bin ich aber gespannt.)

Ich denke, wir brauchen ihn am allerwenigsten dafür, dass jemand bequem oder auch zu einer bestimmten Zeit für sich zu seinem Vergnügen durch die Gegend fliegen kann. Wir brauchen Luftverkehr in Mecklenburg-Vorpommern aus wirtschaftlichen Gründen.

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das ist vorsorglich.)

Unsere Unternehmen sind darauf angewiesen, dass sie schnell und pünktlich ihre Geschäftspartner erreichen, die ein bisschen weiter weg sind. Wir sind darauf angewiesen, dass Unternehmer, die von außerhalb hierher kommen wollen, Investoren zum Beispiel, aber auch andere, die hier Geschäfte machen, schnell und pünktlich zu uns kommen können. Und das geht nun von München aus weniger gut mit dem Zug, weniger gut mit dem Auto, es geht schon besser, wenn man dort in den Flieger steigt und nach Mecklenburg-Vorpommern kommt.

Zu den wirtschaftlichen Gründen gehört auch der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern. Ich hoffe, dass es uns gelingt, und da haben wir noch eine Strecke vor uns, immer mehr Touristen, immer mehr Flugtouristen dazu zu bringen, nach Mecklenburg-Vorpommern mit dem Flugzeug zu kommen. Ich möchte vor allem die ansprechen, die sonst gar nicht kommen würden, die weder mit dem Auto noch mit der Bahn kommen würden, sondern die entweder mit dem Flugzeug kommen würden oder gar nicht, und auch auf die sollten wir nicht verzichten.

Hier gilt es zusammenzuarbeiten zwischen den einzelnen Akteuren, zwischen der Wirtschaft, dem Luftverkehr, zwischen dem Tourismus und dem Luftverkehr. Einige Ansätze gibt es schon, aber, ich denke, wir müssen auch noch eine ganze Menge machen, damit hier etwas geschieht. Das ist doch, möchte man meinen, eigentlich eine ganz einfache Aufgabe: Da haben wir einen Flieger, da sind ein paar Sitze leer, und da haben wir ein Hotel, da sind auch noch ein paar Betten leer. Kann man denn da nicht die leeren Sitze im Flieger so besetzen, dass die leeren Betten im Hotel auch noch gefüllt werden? Hier gibt es Gespräche mit den Hoteliers und den Luftverkehrsgesellschaften im Lande, um tatsächlich zum beiderseitigen Nutzen etwas zu machen und weiterzukommen.

Meine Damen und Herren! Wir haben natürlich auch Flugplätze als Arbeitgeber. In Rostock-Laage sind einige Leute beschäftigt, das darf man nicht unterschätzen. Flugverkehr schafft auch für das Unternehmen Flugplatz Arbeit. Sie sind allerdings nicht die größten Arbeitgeber im Land, aber es sind Menschen beschäftigt, und sie sind genau mit dem Thema Luftfahrt beschäftigt und haben Arbeit. Aber eins ist auch klar für die Zukunft des Luftverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern: Für uns steht jetzt nicht so sehr im Vordergrund oder ist weniger wichtig in Zukunft die Infrastruktur. Infrastruktur haben wir in diesem Land reichlich, was den Luftverkehr betrifft. Im Vordergrund muss jetzt die Nutzung dieser Infrastruktur stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Es sind keine Kapazitätserweiterungen angesagt oder erforderlich, sondern es sind die wirtschaftlichen Betätigungen auf den Flughäfen, die im Vordergrund der Bemühungen stehen müssen.

Die Fortschreibung des Luftverkehrskonzeptes hat klare Grundsätze. Einer davon ist, dass die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen nur so weit erfolgt, wie sie für die weitere Entwicklung unabdingbar ist und wie sie für die Substanzerhaltung, die man nicht gerne aufgeben möchte, erforderlich ist, aber nicht große neue zusätzliche Kapazitäten. Wir haben weiterhin den Grundsatz, dass das Land an keiner der Flugplatzbetreibergesellschaften beteiligt ist. Ich denke, wir sollten auch dabei bleiben. Wir müssen nicht als Landesregierung auch noch Flugbetrieb machen, das können andere besser, das hoffe ich wenigstens.

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Fliegen können wir ohnehin nicht.)

Und ich hoffe auch, dass sie dabei erfolgreich sind durch eigenverantwortliches und wirtschaftliches Handeln. Meine Damen und Herren, wir sollten uns dieser Grundsätze immer bewusst sein.

Es ist auch so, dass das Land kein Flughafeneigentümer im Land ist. Deshalb müssen wir uns hier immer in Bescheidenheit üben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Nicht mehr, das haben wir rechtzeitig abgebogen.)

Wir können nicht als Landesregierung festsetzen, was ein Eigentümer zu tun oder zu lassen hat. Das entscheidet der Eigentümer.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Als Landesregierung sind wir häufig dann gefragt, wenn der Eigentümer etwas tun will und um Fördermittel bittet, weil er sonst nichts machen könnte. Selbst finanzieren kann er es, dann kann er alles tun, wir werden ihn nicht daran hindern können, wahrscheinlich auch nicht wollen. Wenn es um Fördermittel geht, ist die Landesregierung natürlich ein Ansprechpartner und dann kommen die Flugplatzeigentümer auf uns zu. Denen muss ich sagen: Gemach, gemacht!

Wir haben seit 1991 in die Flughäfen und Flugplätze des Landes insgesamt 121,8 Millionen Euro investiert

(Rudolf Borchert, SPD: Viel Geld.)

und das wurde mit insgesamt 105,6 Millionen Euro Fördermitteln unterstützt. Das ist eine ganze Menge und es ist auch eine ganze Menge geschehen, von dem man im Rückblick jetzt sagen muss, es war damals sehr mutig, was da gemacht wurde. Die Steigerung von Mut kennt jeder selbst.

(Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU)

Es war manches sehr mutig, es war auch nicht alles so hundertprozentig richtig, aber es ist viel geschehen. Es ist möglicherweise mehr geschehen, als unbedingt erforderlich wäre aus heutiger Sicht. Also da reicht es insgesamt. Und dann gibt es immer ein paar Wünsche von Flughafengesellschaften, die sagen: So, die anderen sind was, aber wir wollen auch, wir wollen auch was werden, wir wollen größer werden und so weiter. So groß ist der Kuchen nicht, dass er überall für jeden reicht. Den muss man sich teilen. Da darf man seine eigene Attraktivität als Flugplatz und als Flughafen nicht überschätzen und das eigene Passagieraufkommen muss im realistischen Bereich eingeschätzt werden. Das tut manchmal weh, weil es einen zur Bescheidenheit zwingt, aber Bescheidenheit muss ja kein Fehler sein.

Meine Damen und Herren! Wir haben immer unter Berücksichtigung der EU-Vorgaben, dass nämlich eine Subventionierung des Flugverkehrs auf Dauer nicht stattfinden soll, im Lande eine subventionierte Fluglinie, eine Fluglinie von Rostock nach München, zweimal täglich. Mittags fliegt dieser Flieger dann nach Köln/Bonn. Wir haben die Gesellschaft, die diese Fluglinie betreibt, gewechselt. Jetzt müsste ich korrekterweise sagen, nicht wir haben sie gewechselt, sondern es wird jetzt eine andere gefördert als vorher. Das ist der Schalthebel, an dem man etwas machen kann. Es ist jetzt dau-air. Sie fliegt seit Januar von Rostock-Laage nach München und nach Köln/Bonn. Es sieht so aus, als ob dau-air etwas erfolgreicher werden könnte als die Vorgängergesellschaft, die dort geflogen ist. Ich hoffe, dass wir weitere Linienverbindungen bekommen, die ohne zusätzliche Subventionen geflogen werden. Eine ist schon im Programm, das ist am Wochenende die Linie von Rostock über Dortmund nach Zürich und zurück. Wenn dieses Experiment, und es ist im

Moment nur ein Experiment, gelingt, dann kann man sich noch Weiteres vornehmen. Ich denke, wir sollten einfach der Fluglinie die Daumen drücken, dass sie die Maschine gut besetzt bekommt. Die Zusammenarbeit mit den Akteuren ist wichtig. Eine Fluggesellschaft braucht Kunden, mit denen muss man reden, die muss man gewinnen, um die muss man werben. Die Fluggesellschaft dau-air ist dabei. Ich hoffe, dass auch die Wirtschaft des Landes hier so mitzieht, wie sie das ursprünglich einmal in Aussicht gestellt hat.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist unstrittig, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht als internationaler Großflughafen, aber als regional begrenzte Einheit Luftverkehr braucht. Wir sind uns einig, dass wir die Landeskasse möglichst wenig damit belasten sollten. Ich denke, wir sind uns auch einig, dass Investitionen in absehbarer Zeit nicht im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen müssen, sondern dass es jetzt darum geht, durch viele Gespräche, durch richtige Kleinarbeit tatsächlich das vorhandene Angebot zu nutzen und wirtschaftlich zum Tragen zu bringen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte Ihnen von Herzen jetzt einen sehr viel angenehmeren Anblick und Vortrag hier gegönnt, aber da meine Kollegin Ilka Lochner-Borst erkrankt ist, hat sie mich gebeten, ihren Beitrag zu übernehmen. Ich werde mich weitgehend an das Redemanuskript halten.

30 Flughäfen gibt es in Deutschland. Davon befinden sich ganze 5 beziehungsweise rund 17 Prozent im schönen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

(Gesine Skrzepski, CDU: Toll!)

Toll, könnte man sagen, wenn, ja wenn nicht die lästige Nutzen-Kosten- und damit Steuergeldfrage so evident wäre, denn dass das so ganz ohne öffentliche Mittel geht, hat uns der Wirtschaftsminister eben in seinem lebhaften Beitrag sehr eindrucksvoll vor Augen geführt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Rainer Prachtl, CDU: Lebhaft, sehr lebhaft.)

Herzlichen Dank, das ist uns jetzt klar geworden.

Ein zukunftsweisendes und verantwortlich ausgearbeitetes Luftverkehrskonzept muss immer zwei Parameter erfüllen, nämlich infrastrukturelle Erfordernisse des Standortes mit verantwortungsvollem Mitteleinsatz öffentlicher Gelder in Einklang bringen. Sie kennen sicherlich alle diese in schöner Regelmäßigkeit erscheinende Broschüre des Lufthansakonzerne „Politikbrief – Informationsdienst für Entscheider in Politik, Medien und Wirtschaft“, so der Name des Magazins. Behandelt werden in diesem Politikbrief Fragen rund um das Thema Luftverkehrspolitik. Eine immer wieder nachzulesende Kritik wendet sich dabei gegen millionenschwere Ansiedlungsprogramme und Subventionen, die im erbitterten Standortwettbewerb der Länder mit Flughäfen ausgetra-

gen werden. Wörtlich heißt es unter anderem, ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin: „Viele dezentrale Flughäfen sind teure Prestigeobjekte zu Lasten des Steuerzahlers“. Weiter: „Flughäfen sind heute vielerorts regionale Prestigeobjekte – wie Schwimmbäder in den 70er und 80er Jahren. Jeder noch so kleine Ort plante und baute, heute drücken Folgekosten, Renovierungsstau und Unterhaltung auf die kommunalen Haushalte.“ So weit das Zitat.

Was bedeuten diese Aussagen auf das Land Mecklenburg-Vorpommern übertragen? In einem Land, das mit weniger als 1,8 Millionen Einwohnern 17 Prozent aller Flughäfen Deutschlands auf seinem Gebiet unterhält, drängt sich die Frage der möglichen persönlichen Betroffenheit der gemachten Aussagen geradezu auf.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

Klar ist, glaube ich, jedem in diesem Hohen Hause, dass der Status quo mit drei Regionalflughäfen (Rostock-Laage, Neubrandenburg, Schwerin/Parchim), drei Regionalflugplätzen (Heringsdorf, Rügen, Barth), fünf Verkehrslandeplätzen (unter anderem Rechlin und Wismar) sowie zehn Sonderlandeplätzen (unter anderem Pinnow und Güstrow) sich in Zukunft nur dann aufrechterhalten lässt, wenn keine öffentlichen Gelder dafür beansprucht werden. Wie das funktionieren könnte, hat uns der Minister eben eindrucksvoll vor Augen geführt.

Mecklenburg-Vorpommern steht aus unserer Sicht im Wesentlichen vor zwei Herausforderungen: Erstens brauchen wir eine vernünftige Anbindung an das nationale und insbesondere das internationale Luftverkehrsnetz und zweitens müssen wir uns den wirtschafts- und vor allem finanzpolitischen Realitäten stellen, das heißt, die vorhandenen Mittel effizient einsetzen. Daran führt aus meiner Sicht angesichts der Entwicklung der öffentlichen Haushalte kein Weg vorbei. Die Frage ist nur, ob die Landesregierung die Ansicht zur notwendigen Prioritätensetzung teilt oder aber die notwendigen Entscheidungen scheut und stattdessen die Dinge nach dem Motto „Ja, es wird schon irgendwie gehen.“ laufen lässt.

Mit Blick auf das vorgelegte Luftverkehrskonzept in seiner Ersten Fortschreibung, so, wie es uns vorliegt, muss ich leider feststellen, dass die Landesregierung – und das klang eben auch nicht gerade sehr viel entscheidungsfreudiger – offensichtlich Entscheidungsschwächen hat in Bezug auf das Luftverkehrskonzept. Auf insgesamt 56 Seiten wird nicht viel mehr getan – das ist allerdings gut getan und dafür danke ich ausdrücklich Ihrem zuständigen Referat, Herr Minister –, als den Ist-Zustand zu beschreiben. Zugegeben, wie gesagt, viele Daten werden gesammelt und Fakten aufgeführt.

(Beate Mahr, SPD: Sehr schön.)

Es ist auch alles sehr schön übersichtlich, als Broschüre ganz gut geeignet. Politische Entscheidungen werden aber dort nicht einmal als verschiedene Möglichkeiten aufgeführt. Stattdessen wird auf das beschriebene „Ja, es wird schon gehen“ gehofft. Dass es aber eben nicht schon irgendwie geht, zeigt unter anderem der hohe finanzielle Aufwand, den eine leistungsfähige Luftverkehrsinfrastruktur in der Errichtung und Unterhaltung verschlingt.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Ich glaube nicht, dass das die Rede
von Frau Lochner-Borst ist.)

Zuwendungen aus der Gemeinschaftsaufgabe, die Ausrüstung der Luftsichtstellen an den Flugplätzen, die Fluglinienförderung und die vom Land finanzierten Verlustausgleiche, zum Beispiel für Heringsdorf, sind nur einige der Haushaltspositionen, die das Land Millionen kosten.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die Investition ist gerechtfertigt. –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Es ist
immer besser, wenn man die Zwischenrufe
von Herrn Riemann nicht versteht. – Zuruf
von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Allein die konkreten Investitionspläne ...

Ich habe es zum Glück akustisch nicht wahrnehmen können, sonst hätte ich beim Vorsitzenden des Finanzausschusses Schlimmes zu befürchten.

Allein die konkreten Investitionspläne der vier Flughäfen beziehungsweise -plätze, wie sie auf Seite 43 des Luftverkehrskonzeptes angeführt werden, summieren sich auf gut 27 Millionen Euro. In Teilen will ich die Bemühungen der Landesregierung, des Ministers, durchaus anerkennen, beispielsweise zur Einrichtung der Fluglinien von Rostock nach München, Köln oder Zürich. Ich will die nicht nur anerkennen, ich finde das sehr gut. Und wenn wir nach München fliegen können,

(Jochen Schulte, SPD: Von der SPD
lernen heißt siegen lernen.)

ist das eine gute Voraussetzung, um die Anbindungen an die internationalen Flugverkehre zu haben. Für ein schlüssiges, Prioritäten setzendes und den wirtschafts- und finanzpolitischen Anforderungen gerecht werdendes Konzept reicht das aber noch nicht.

Einigkeit in diesem Hause herrscht darin, dass unsere Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen dringend diese Mobilitätsvoraussetzungen brauchen, auch wenn sie kleiner sind als früher oder kleiner werden, allein schon, um sich dem landesgrenzenlosen Wettbewerb stellen zu können. Vernetzte Forschung und Entwicklung oder internationale Arbeitsteilung sind Schlagwörter, die das Erfordernis beschreiben. Deshalb gefällt uns auch durchaus die auf Seite 35 der Unterrichtung dargestellte Gesamtbewertung der Flughäfen und Verkehrslandeplätze. Das ist, wie gesagt, sehr schön übersichtlich. Unter den gewichteten Kriterien Entfernung zu Ober- und Mittelzentren, Verkehrsanbindung, Luftverkehrsaufkommen und Infrastrukturausstattung wird versucht, eine Prioritätensetzung vorzunehmen. Und das Ergebnis dieser Untersuchung ist nicht so überraschend,

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

wird doch mit Rostock-Laage der Flughafen an erster Stelle genannt, der zum Beispiel beim Passagieraufkommen im Jahre 2004 mehr als die Hälfte aller Passagierbewegungen in Mecklenburg-Vorpommern auf sich vereinen konnte. Die Notwendigkeit eines fortgeschriebenen Luftverkehrskonzeptes seitens der Landesregierung, das belegt vermutlich auch das genannte Beispiel, ist deshalb nötiger denn je.

Die Regierung ist aufgefordert, ein Luftverkehrskonzept als integralen Bestandteil der Verkehrspolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu verstehen und auch Wirtschafts- und Raumordnungspolitik unter dieser Prämisse zu behandeln. Eine bloße Zustandsbeschreibung, wie sie

der vorliegende Bericht in weiten Teilen darstellt, kostet, wie uns das der Minister eben mündlich sehr schön blumenreich erläutert hat, alles Geld und die können eigentlich machen, was sie wollen, aber wenn sie öffentliches Geld brauchen, dann brauchen sie unsere Unterstützung.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Herr Dr. Born, was würden Sie denn vorschlagen? – Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Er ist noch nicht so weit.)

Und genau deswegen, Herr Minister, müssen Sie auch ein Konzept vorlegen, damit Sie wissen, nach welchen Kriterien Sie eigentlich fördern sollen. Also die bloße Zustandsbeschreibung reicht bei Weitem nicht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das hat ihm Frau Lochner-Borst doch nicht
aufgeschrieben, was er da alles vorträgt.)

Obwohl alle objektiven Daten für Rostock-Laage sprechen, zögert die Landesregierung mit einem klaren Bekenntnis zu einem leistungsfähigen Verkehrsflughafen im Land Mecklenburg-Vorpommern. Es ist auch sinnvoll, zum Beispiel den Frachtverkehr sinnvoll in dieses Land zu verlagern. Da hätte man sich vorher vielleicht noch stärker anstrengen müssen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Na, na, na, na!)

denn das, was Leipzig hinbekommen hat, hätte man in Parchim auch erreichen können.

(Unruhe bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Verehrte Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Herr Dr. Born, Sie sind doch
ein kluger Mensch!)

es gibt keinen Flughafen weit und breit, der über so günstige Start- und Landebedingungen verfügt wie Parchim.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ja, warum ist denn dann keiner gekommen? –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Warum wollen denn da keine hin?)

Und für den Frachtverkehr wäre sogar eine 24-Stunden-Fluggenehmigung dagewesen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Beste Bedingungen.)

Das ist die Voraussetzung dafür, dass sie überhaupt Frachtflug machen können. Und hätten wir den Transrapid im Land mit einer Anbindung an Parchim, ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Na also! – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Ja, genau!)

Ja, Sie wollen es ja nicht hören, Sie wollen es nicht hören.

... dann bräuchten wir uns heute über den Flughafen Parchim nicht mehr zu unterhalten, dann stünden nämlich die Investoren Schlange, die diese einmalige Infrastruktur nutzen würden.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Dr. Born, wenn Eichhörnchen Pferde wären, dann könnten wir auf Bäumen reiten.)

Es sind immer noch regionale Egoismen, es sind immer noch ...

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Vom Transrapid umsteigen in das Frachtflugzeug, so läuft das!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ja schön,

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

dass jetzt alle wieder putzmunter sind, das freut mich sehr.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das ist sehr belebend.)

Es sind immer noch regionale Egoismen, die das Denken über die Zukunft des Luftverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern bestimmen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das muss ich in meine Rede noch einbauen.)

Ja.

Meine große Sorge ist, dass dadurch letztlich dem ganzen Land geschadet wird. Ich sage noch einmal: Hier ist ein klares Bekenntnis für den Flughafen Rostock-Laage erforderlich und wir können es uns gerade in diesem Bereich nicht leisten, diejenigen, die hier die Chance haben, das auszubauen, im Unklaren zu lassen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das tun wir nicht.)

Dazu brauchen wir ein klares Bekenntnis. Man braucht allerdings auch Mut zur Entscheidung. Und dieser Mut hat offensichtlich unseren Minister nicht nur in dem schriftlichen Bericht schon im Stich gelassen, sondern er hat ihn auch heute nicht gefunden. Vorrangig muss bei allen Entscheidungen die vernünftige Anbindung an das nationale und internationale Luftverkehrsnetz sein. Alles andere ist unter Berücksichtigung der wirtschafts- und finanzpolitischen Realitäten nicht machbar.

Herr Minister, es bedarf einer weiteren Fortschreibung des Berichts. Den ersten Teil können Sie lückenlos übernehmen. Die Bestandsaufnahme ist gelungen, die Perspektive fehlt vollständig. Deshalb kann man nicht sagen, sie ist misslungen, sondern sie ist schlicht nicht vorhanden. Gott sei Dank gehöre ich nicht zu dieser Kategorie der besonders dafür berufenen Mitmenschen, die andere zu bewerten haben, ansonsten müsste man, wenn jetzt eine unserer Pädagoginnen hier vorn stünde, sagen, leider unzulänglich, weil nur der erste Teil da ist, der eine Voraussetzung für den zweiten ist. Ich hoffe, dass die nächste Landesregierung uns einen Bericht vorlegt, der den Namen Luftverkehrskonzept trägt, und wir dann sehr zügig die notwendigen Entscheidungen auch hier im Landtag treffen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Born, ich habe mich hier bemüht, die Augen zuzumachen, um mir dann wenigstens Frau Lochner-Borst vorzustellen,

(Rudolf Borchert, SPD: Da haben Sie aber Fantasie.)

aber das ist nicht so richtig gelungen.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Die Phantasie hat nicht gereicht. Aber richten Sie ihr herzliche Genesungswünsche aus und ich denke mir, dann sehen wir sie hier bald wieder.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das Luftverkehrskonzept oder die Drucksache gelesen haben, dann können Sie dem entnehmen, das Luftverkehrskonzept

(Dr. Ulrich Born, CDU: Luft nicht, Lust.)

ist Grundlage und integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik des Landes.

Lustverkehrskonzept wäre vielleicht auch ganz gut.

So steht es, wenn auch nicht wortwörtlich, aber doch sinngemäß, in der der Unterrichtung zugrunde liegenden Konzeption. Lassen Sie uns einen Moment über solche Aussagen nachdenken. Was ist denn darunter wirklich zu verstehen? Oder was, wie man das heute sagt, muss man darunter reflektieren? Grundlage und integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik des Landes, das ist eine Aussage, die sicher richtig ist, aber doch vielleicht den Weg dafür verbaut – und, Herr Kollege Dr. Born, den Eindruck hatte ich auch bei Ihnen, bei Ihrer Rede eben –, was das Land oder die öffentliche Hand im Allgemeinen und im Bereich des Luftverkehrs tatsächlich bewerkstelligen kann.

Bevor ich zu den Zielen und Möglichkeiten des Landes im Rahmen eines Luftverkehrskonzeptes komme, lassen Sie mich zunächst einmal eine einfache, aber vielleicht für manchen auch in unserem Land provokante Frage aufwerfen: Was ist Luftverkehr? Was es zunächst nicht oder zumindest nicht vorrangig ist, ist das, worüber auch in unserem Land immer wieder diskutiert wird, und das habe ich eben bei Ihnen deutlich genug herausgehört, Luftverkehr ist eben nicht Infrastruktur. Infrastruktur ist eine der Voraussetzungen, dass es Luftverkehr gibt. Neben allen technischen Spezifikationen ist Luftverkehr erst einmal – und es ist bedauerlich, dass ich das einem Kollegen von der CDU-Landtagsfraktion sagen muss – in erster Linie ein Marktgeschehen. Wenn Luftverkehr aber dem Grunde nach Marktgeschehen ist, dann unterliegt er den gleichen Gesetzmäßigkeiten, den gleichen Rahmenbedingungen und den gleichen Schwankungen wie jedes andere Marktgeschehen auch.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Ob es die konjunkturelle Entwicklung weltweit ist oder nur regional in unserem Land, ob es die Entwicklung des Tourismus ist, eine Frage, die für unser Land von erheblicher Bedeutung ist, oder Faktoren, die sich hieraus wiederum ableiten und zu Entscheidungen führen, die regelmäßig nicht in unserem Bundesland getroffen werden – all dieses bestimmt zunächst die Nachfrage und damit den Angebotsumfang des Luftverkehrs im Allgemeinen und

damit auch in unserem Bundesland. Um es auf einen Punkt zu bringen: Die maßgeblichen Umstände, die das Geschäft eigentlich bewegen, sind wirtschaftliche Gesichtspunkte wie Wettbewerbssituation oder Ertragsperspektiven.

Meine Damen und Herren, warum diese Aussage? Die Antwort ist einfach. Jegliches Luftverkehrskonzept – das gilt für den Bund mit seinem Masterplan genauso wie für die einzelnen Bundesländer und dann ist es völlig egal, ob das Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein oder eben in diesem Fall Mecklenburg-Vorpommern ist – kann nur einen Wirtschaftsprozess begleiten, ihn stützen und eventuell, und das ist schon viel an der einen oder anderen Stelle, korrigierend eingreifen. Was es nicht kann, ist, Lösungen zu schaffen, die letztendlich nicht mit den Bedürfnissen des Marktes übereinstimmen.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,

Ute Schildt, SPD,

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Im Ergebnis bedeutet dies, ein Luftverkehrskonzept ist dann erfolgreich, wenn es die verkehrspolitischen Ziele eines Landes, hier des Landes Mecklenburg-Vorpommern, und die Anforderung des Marktes in weitestgehender Übereinstimmung bringen kann.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Das ist eine schwere Aufgabe.)

Tatsache ist, und da kommen wir zu der schweren Aufgabe, Frau Gramkow, dass Deutschland mit rund 400 Flughäfen das dichteste Flughafenetz weltweit hat, Flughäfen, die vom internationalen Drehkreuz mit weltweiten Anbindungen bis hin zur Graspiste für Freizeitflieger reichen. Von dem Letzteren finden wir dann auch reichlich bei uns im Bundesland.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Sehr richtig.)

Von überregionaler Bedeutung sind dabei bundesweit nur einige wenige Großflughäfen wie München, Frankfurt oder Hamburg. Und während einige Großflughäfen sich selbst immer weiter zu global agierenden und börsennotierenden Unternehmen entwickeln, verharrt die überwiegende Zahl der Regionalflughäfen in dem Stadium permanenter Verlustbringer, die nur durch öffentliche Subventionen am Leben gehalten werden können. Stellt man sich die rein betriebswirtschaftliche Frage, ab wann sich ein Flughafen regelmäßig rechnet, das heißt ohne Verlustausgleiche auskommt, kommt man schnell auf erforderliche Passagierzahlen, übrigens auch von den Geschäftsführungen der Regionalflughäfen in unserem Land, von ungefähr 500.000 und mehr Passagieren pro Jahr.

Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, die sämtliche Flughäfen dieses Landes zusammen in der Vergangenheit nicht erreicht haben und voraussichtlich auch in den vor uns liegenden Jahren bei keinem der hiesigen Regionalflughäfen erreicht werden.

Um auf meine Eingangsausführungen zurückzukommen, wenn Luftverkehr Marktgeschehen ist und, wie dargelegt, vorrangig von Faktoren bestimmt wird, auf die das Land nur begrenzten Einfluss hat, dann werden nicht wir als Land vorrangig über die weitere Luftverkehrsentwicklung in unserem Land entscheiden, sondern der Markt, das heißt die Marktteilnehmer – egal, ob es Luftverkehrs-

unternehmen, Geschäftsreisende oder Gewerbetreibende im Bereich des Luftfrachtaufkommens sind, Sie haben das Beispiel Parchim angesprochen, da muss man sich dann fragen, warum sie tatsächlich nicht gekommen sind –, Touristen und all diejenigen in unserem Land, die ein regionales Flughafenangebot nutzen wollen. Was kann beziehungsweise was muss das Land jedoch tun, um die Anforderungen der einzelnen Marktteilnehmer und die damit im Zusammenhang stehenden volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes in Einklang zu bringen? Oder um es einfacher zu formulieren: Was ist das Ziel der Luftverkehrspolitik unseres Landes?

Grundsätzlich, meine Damen und Herren, gilt, Ziel der Verkehrspolitik unseres Landes ist, die Mobilität von Menschen und Gütern als Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und individuelle Entfaltung zu sichern und dabei die Belange der Sicherheit und des Umweltschutzes zu beachten. Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur – und der Herr Wirtschaftsminister hat es hier, glaube ich, deutlich ausgeführt – soll der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern gestärkt werden. Für die Erreichung dieser Ziele müssen alle Verkehrsträger – Straße, Schiene, Wasser, Luft – mit ihren jeweils spezifischen Vorteilen genutzt und zu einem attraktiven, umweltschonenden und sicheren Gesamtsystem vernetzt werden. Daraus, meine Damen und Herren, ergibt sich dann auch die Aufgabe der Luftverkehrspolitik des Landes. Die Verkehrsinfrastruktur muss den wachsenden Anforderungen der Nutzer entsprechend weiter ausgebaut werden. Angesichts zunehmender politischer und wirtschaftlicher internationaler Verflechtungen gewinnt die schnelle Erreichbarkeit auch weit entfernter Ziele künftig weiter an Bedeutung. Hier liegen die spezielle Bedeutung des Luftverkehrs und die Anforderung an eine den Interessen des Landes entsprechende Luftverkehrskonzeption. Flughäfen sind wichtige Bestandteile der regionalen Wirtschaftsstruktur, da sie die schnelle Erreichbarkeit der wichtigen Wirtschaftsstandorte ermöglichen. Oder, um es auf den Punkt zu bringen, Regionen in Deutschland, die keinen angemessenen Anschluss an das internationale oder interkontinentale Flugverkehrsnetz haben und auch im nationalen Netz keine Rolle spielen, werden sich zukünftig nicht ausreichend entwickeln können.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Daneben tragen Flughäfen selbst vor allem durch Investitionen und andere Auftragsvergaben zur Stärkung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im Einzugsbereich bei. Zudem sind die Flugplätze Standort für luftverkehrsverbundene Wirtschaftsunternehmen, die wiederum zur Sicherung und Schaffung von Produktions- und Dienstleistungen beitragen. Ich möchte das hier nicht weiter ausführen. Der Wirtschaftsminister ist eindeutig und ausgiebig darauf eingegangen.

Die Luftverkehrspolitik dient damit der Wettbewerbsfähigkeit der Region als Wirtschaftsstandort. Mit der Globalisierung der Märkte und im Hinblick auf die Ausweitung des EU-Binnenmarktes nimmt der Wettbewerb unter den Wirtschaftsstandorten zu. Die Verkehrsanbindung und damit die Erreichbarkeit der Region, das heißt unseres Landes, ist und bleibt dabei ein besonders wichtiger Standortfaktor. Die regional bedeutsamen Flughäfen für den gewerblichen Luftverkehr und die Verkehrslandeplätze werden als kleinere Knoten im Netz der großen Verkehrsflughäfen besonders von der Wirtschaft benötigt, um Standortnachteile ausgleichen zu können.

Meine Damen und Herren, unser Land liegt – das mag man bedauern, das hat im Bereich des Tourismus auch den einen oder anderen Vorteil, weil es die Landschaft und die Umwelt manchmal schont – im Bereich des Luftverkehrs nicht im Zentrum der nationalen und internationalen Verkehrsströme. Das führt dazu, damit komme ich wieder zum Ausgang meiner Ausführungen, dass unter rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten weder der Betrieb der für den Luftverkehr erforderlichen Infrastruktur noch der Luftverkehr selbst über Entwicklungspotenziale verfügt, die einen durch die öffentliche Hand nicht gestützten Luftverkehr ohne Weiteres ermöglichen. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

Auch wenn wir zukünftig weiter auf selbsttragende Strukturen dringen müssen, befinden wir uns in einer Situation, in der wir im volkswirtschaftlichen Interesse des Landes auf der Grundlage einer Luftverkehrskonzeption gehalten sind, unterstützend auf den Markt einzuwirken. Dazu dienen auch die Maßnahmen, die der Wirtschaftsminister in seiner Rede dargelegt hat, angefangen von der Förderung der Infrastruktur bis zur voraussichtlich zeitlich begrenzten, ich will es mir jedenfalls wünschen, Unterstützung einzelner Verkehrslinien. Wir können den Markt nicht zwingen. Versuche dieser Art sind in der Vergangenheit gescheitert – auch da kann ich an Parchim denken – und werden auch zukünftig scheitern. Aber wir können die Rahmenbedingungen insbesondere im Bereich der Infrastruktur so mitgestalten, dass die Voraussetzungen für eine angemessene Anbindung unseres Landes an den nationalen und internationalen Luftverkehr vorhanden sind. Das Land hat auf der Grundlage seines Luftverkehrskonzeptes mit hohem finanziellen Aufwand Flughäfen und Landeplätze in Mecklenburg-Vorpommern gefördert.

Ziel war und bleibt es, eine leistungsfähige Infrastruktur zu schaffen, um damit die vorhandenen verkehrlichen und wirtschaftlichen Standortnachteile auszugleichen. Dieses wird auch weiterhin auf der Grundlage der vorliegenden Fortschreibung des Luftverkehrskonzeptes geschehen. Allerdings – auch das muss klar und deutlich gesagt werden – kann dieses aufgrund der immer knapper werden finanziellen Ressourcen nur im Rahmen eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen wirtschaftlichen Erfordernissen und finanziellen Zwängen erfolgen. Nicht alles, was regional oder selbst landespolitisch wünschenswert ist, ist finanziell machbar. Damit ist das Luftverkehrskonzept dann allerdings tatsächlich Grundlage und integraler Bestandteil der erfolgreichen Wirtschaftspolitik dieses Landes und findet die Unterstützung meiner Fraktion.

In diesem Zusammenhang schlage ich im Namen der SPD-Fraktion vor, die Drucksache 4/1613 durch die Beratung für verfahrensmäßig erledigt zu erklären und dieser zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schulte.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS der Abgeordnete Herr Döring. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Zeit ist Geld“ ist ein geläufiger Ausdruck. Ich möchte hinzufügen „Zeit ist Realität“.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, das
Flugwesen entwickelt sich. Das weiß ich.)

Das heißt, wenn in der zur Verfügung stehenden Zeit längere Wege zurückgelegt werden sollen, so sind schnellere Transportmittel notwendig.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Diese sollen außerdem noch kostengünstig, zuverlässig, mit hoher Transportkapazität und bequem sein, sowohl in der Ausstattung als auch in der Erreichbarkeit. Ich spreche an dieser Stelle unter anderem über moderne Flugzeuge, die diesen Ansprüchen gerecht werden, und den damit notwendigen Einrichtungen für die Be- und Entladung sowie für Start und Landung. Aber die dabei von mir aufgeführten Eigenschaften sind natürlich relativ zu betrachten. Mit dem vorliegenden Konzept wird das aus dem Jahr 1998 stammende Luftverkehrskonzept des Landes fortgeschrieben. Diese erste Fortschreibung geht auf einen Antrag der Koalitionsfraktionen aus dem Jahr 2004, von der PDS-Fraktion eingebracht, zurück und betont die Bedeutung und Notwendigkeit der angemessenen Entwicklung der notwendigen Infrastruktur für die Standortentwicklung sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen. Auf der Basis der Umsetzung wesentlicher Ziele, Projekte und Vorhaben des „alten Konzeptes“ wurden in der Fortschreibung die neuen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Das war auch die Intention unseres Antrages. Die Weiterentwicklung des Konzeptes wird sowohl am fast verdoppelten Umfang als auch an der umfassenden Analyse der Gesamtsicht und Einordnung des Flugwesens – richtig, es entwickelt sich – in Mecklenburg-Vorpommern deutlich.

Damit liegt uns heute ein mittelfristig verwendbarer fachlicher Planungs- und Handlungsrahmen vor, denn das Konzept geht davon aus, dass ein leistungsfähiges Luftverkehrssystem von existentieller Bedeutung für die Entwicklung einer Region ist. Mecklenburg-Vorpommern muss im Vergleich mit anderen Regionen Deutschlands zur Verbesserung seiner Standortqualität an das nationale und internationale Luftverkehrsnetz angebunden bleiben, so eine weitere Kernaussage des Konzeptes.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Muss aber nicht alles mitmachen.)

Diese Aussage kann ich nur unterstützen.

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, dagegen geht eine Studie der Deutschen Bank vom November 2005 zu deutschen Regionalflughäfen davon aus, dass der Ausbau der meisten Regionalflughäfen nicht notwendig ist. Fazit der besagten Veröffentlichung unter anderem: Der Ausbau der meisten Regionalflughäfen in Deutschland ist eine Verschwendung der ohnehin knappen öffentlichen Mittel. Die Regionalflughäfen sind sowieso nicht wirtschaftlich zu betreiben, erreichen nie die notwendige kritische Größe und sind außerdem nur Prestigeprojekte. Außerdem gebe es genügend Flugplätze in Deutschland. In dieser Studie ist der Flughafen Laage als einer der großen Regionalflughäfen erwähnt, jedoch nicht explizit bewertet worden. Ich will die Aussagen dieser Veröffentlichung gar nicht generell in Frage stellen, meine aber, dass mit Blick auf die Entwicklung unseres Landes und seiner Struktur der Weg in der uns vorliegenden Konzeption der richtige ist.

Die Aussagen der Deutschen-Bank-Studie im Hinterkopf wende ich mich nun einigen Schwerpunkten des Luftverkehrskonzeptes zu. Die damit verbundene Verantwortung drückt sich aus meiner Sicht in der Feststellung des schon erwähnten Masterplans zur Entwicklung der Flughafeninfrastruktur in Deutschland aus, dass mit der Favorisierung von bundesweit acht großen Flughäfen keine Vernachlässigung des Mittel- und Kurzstreckenverkehrs verbunden sein darf. Die Frage nach der Effizienz von dafür eingesetzten Fördermitteln hingegen ist zulässig und notwendig.

Meine Damen und Herren, damit verbunden ist die Frage nach alternativen Transportmöglichkeiten, wobei einseitige Betrachtungen – Herr Kollege Born ist leider nicht da,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch!)

doch, da hinten – hierbei wenig hilfreich sind. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland mit geringer Bevölkerungsdichte. Dass wir dennoch keine Wüste sind, wurde uns erst kürzlich bestätigt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und der Raps blüht auch sehr schön.)

Der Bau der Ostseeautobahn A 20, der geplante Ausbau der Autobahn 241 nach Wismar und der weitere Ausbau des Schienennetzes, hier insbesondere zur Erhöhung der Geschwindigkeit im Fernverkehr, machen aus meiner Sicht die bedarfsgerechte Entwicklung des Luftverkehrs nicht entbehrlich. Zu Standortvorteilen gehört eben auch, dass die Erreichbarkeit des Zielortes so schnell als möglich mit unterschiedlichen Transportmitteln gewährleistet ist. Hier wurde natürlich richtigerweise schon insbesondere die Tourismuswirtschaft angesprochen. Der Regionalflughafen Neubrandenburg zum Beispiel bemüht sich aktuell um die Einrichtung des Linienverkehrs nach München ohne finanzielle Unterstützung durch das Land. Der Regionalflughafen Güttin auf Rügen ringt um die Verlängerung der Start- und Landebahn. Bisher wurden in den Flugplatzausbau circa 300.000 Euro investiert. Die aktuelle Haushaltssituation hemmt zurzeit die Weiterführung.

(Angelika Peters, SPD: Eigenmittel.)

Das besondere Potenzial auf Deutschlands größter und schönster Insel liegt aber nicht nur in der gestiegenen Zahl der Rundflugpassagiere.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Darin, dass wir auf Rügen den größten Besucherstrom im Land haben und hoffentlich behalten werden, liegt die Chance, dass nach der Verlängerung der Start- und Landebahn die Auslastungsquote genauso deutlich ansteigt.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Hauptargument der Befürworter für Neubrandenburg und Güttin sind in beiden Fällen die damit verbundenen Synergieeffekte sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region als auch für die private Nutzung.

Aus der Übersicht für die geplante Luftverkehrsentwicklung in Deutschland bis 2015 wird deutlich, dass der Erhalt beziehungsweise Ausbau von Regionalflughäfen, Regionalflugplätzen und -verkehrslandeplätzen in Mecklenburg-Vorpommern ohne die Unterstützung durch die Landesregierung perspektivisch nicht gesichert ist. Mobilität und der Anspruch, Gesundheitsland Nummer eins zu sein, schließen sich nach meinem Verständnis nicht aus.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber ohne Flugzeuge.)

Im Gegenteil, die Reiselust ist nach wie vor groß, insbesondere bei Senioren und Seniorinnen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Besonders.)

Oder besonders.

Warum also erst aus Vorpommern nach Hamburg oder Berlin fahren, wenn Flugreisen von Rostock oder Neubrandenburg möglich sind.

(allgemeine Unruhe –
Angelika Peters, SPD: Seid nicht
so laut, sonst kann ich nichts hören!)

Auch der ankommende Tourist wird gemäß den aufgezeigten Entwicklungstrends immer mehr die Reiseauswahl nicht nur nach den Zielorten, sondern vermehrt nach bequemer Erreichbarkeit auswählen.

Meine Damen und Herren, die Schwerpunkte künftiger Luftverkehrspolitik müssen sich sowohl am Bedarf – auch am möglichen beziehungsweise zu erwartenden – als auch an den Möglichkeiten orientieren. Die Entwicklung des Luftverkehrs im Land ist im starken Maß abhängig von der internationalen und gesamtdeutschen Entwicklung. Wir sind noch nicht genügend in der Lage, auf diese Trends Einfluss zu nehmen. Gleichzeitig wird der sich entwickelnde Inlandsbedarf zu neuen oder anderen Bedürfnissen führen, als wir sie im Land befriedigen können. Diese und eine Reihe anderer Faktoren haben wir ständig zu beachten und auch unter Berücksichtigung der Fluglinienförderung ständig zu evaluieren. Der Wirtschaftsausschuss der nächsten Legislaturperiode wird gut daran tun, dieses Thema regelmäßig im Auge zu behalten. Eine ausgewogene Infrastrukturentwicklung ist aus meiner Sicht der richtige Weg zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Die vorliegende Fortschreibung des Luftverkehrskonzeptes ist dabei notwendiger Bestandteil.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der Linkspartei.PDS schließt sich dem Vorschlag der Fraktion der SPD an, die Unterrichtung durch die Landesregierung für erledigt zu erklären. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Döring.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Zwei Fraktionen haben es bereits erklärt, also kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 4/1613 verfahrensmäßig für erledigt erklären.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Da ich keinen Widerspruch gehört habe, ist das so beschlossen. Wir haben nur Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ Mecklenburg-Vorpommern für 2004, auf der Drucksache 4/1890.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“
Mecklenburg-Vorpommern für 2004
– Drucksache 4/1890 –**

Es wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Riemann.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf an dieser Stelle einleitend noch einmal daran erinnern, dass wir vor einem Jahr hier im Plenum eine Entschließung zum Fortschrittsbericht 2003 hatten. Ich werde in wenigen Worten den Bericht der Landesregierung zur sachgerechten Mittelverwendung der Solidarpaktgelder zusammenfassen: Wir kommen voran. Die Landesregierung hat von 1 Milliarde Euro, die das Land 2004 erhalten hat, 79 Prozent oder 876,9 Millionen Euro zum Aufbau der infrastrukturellen Lücke verwendet. Ich sage dazu: Gut, wir kommen voran und es geht vorwärts. Aber mit Hinblick auf den letzten Tagesordnungspunkt kann man auch sagen: „Die Bauern lächelten finster ...“ – Grigori Kossonossow.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Rainer Pracht, CDU: Ja.)

Ich sage Ihnen, es ist schön, von einem Wachstum der heimischen Wirtschaft von 1,1 Prozent und von einem steigenden Bruttoinlandsprodukt in 2004 zu lesen. Ich sage Ihnen aber auch, es geht zu langsam voran. Und ich darf daran erinnern, der Kollege Born führte eben den Transrapid an, ich füge hinzu BMW ausdrücklich auf Wunsch von Frau Monegel. Diese Studie und diese Auffassung von mir und meiner Fraktion werden von unabhängigen Forschungsinstituten bestätigt. An dieser Stelle sei nur auf das IWH-Gutachten, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, hingewiesen. Dieses bestätigt in seinen Analysen ...

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Na, wir sind doch stockkonservativ.)

Das hat nichts mit konservativ zu tun, sondern das hat etwas mit wissenschaftlicher Untersuchung der Entwicklung in den neuen Bundesländern zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und Sie sollten ein bisschen mehr Respekt vor der Wissenschaft haben hier in diesem Land, aber auch andersorts.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Haben wir.)

Das hat darauf hingewiesen in seinen Analysen, dass die neuen Länder alle Solidarpaktmittel zu hundert Prozent sachgerecht verwenden werden müssen, um die infrastrukturelle Lücke zum Vergleichsjahr 2004 zu schließen. Daraus lässt sich die Notwendigkeit ableiten, meine Damen und Herren, dass in den neuen Ländern zusätzlich zu den Investitionen aus dem Solidarpakt weitere Landesmittel für Investitionen bereitgestellt werden müssen, um

die aktuellen Investitionen der westlichen Länder auszugleichen

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

und nicht 2020 immer noch hinterherzuhinken.

(Dr. Ulrich Born, CDU: 2005 hat er
schon wieder ein Minuswachstum.)

Meine Damen und Herren, diese Aussage bringt mich zurück zum Fortschrittsbericht. Der Fortschrittsbericht der Landesregierung weist eine sachgerechte Mittelverwendung von 79 Prozent auf. Ich darf an dieser Stelle noch einmal an die Beschlussempfehlung zum Fortschrittsbericht für das Jahr 2003 erinnern.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sie haben vergessen zu sagen,
dass das schon ganz gut ist.)

Der Landtag hat diesem Beschluss des Finanzausschusses einstimmig zugestimmt. Darin wurde die Landesregierung aufgefordert, im Finanzplanungsrat vor Erstellen des Berichtes für 2004 darauf hinzuwirken, dass die Definition der teilungsbedingten Sonderlasten abschließend geklärt wird und sich Bund und Länder auf ein einheitliches Rechenschema verständigen sollen. Frau Ministerin Keler, was haben Sie unternommen oder, besser gesagt, warum sind Sie hier gescheitert? Denn den Auftrag haben Sie augenscheinlich nicht umgesetzt. Der Bund kommt in seiner Nachweisrechnung gerade mal auf eine sachgerechte Mittelverwertung – und, meine Damen und Herren, hören Sie zu – von 32 bis 37 Prozent. Das Land sagt 79 Prozent, der Bund konstatiert 32 bis 37 Prozent. Und diese Nachweisrechnung des Bundes erfolgt unter Federführung eines sozialdemokratischen Ministers!

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, das muss man sich einmal vorstellen,

(Zuruf von Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

ein Unterschied wie Tag und Nacht. Und die Differenzen werden genau an den Punkten erzeugt, die Sie, Frau Keler, in Berlin mit Auftrag des Parlamentes regeln sollten. Hier werden teilungsbedingte Sonderlasten durch Sie in die Rechnung aufgenommen, die gar keine sind: das allseits bekannte Altersübergangsgeld, die Finanzierung der kommunalen Altschulden. Ja, glauben Sie denn, Frau Ministerin, die Pensionslasten in den alten Bundesländern stellen keine Sonderlast dar, vergleichbar mit unserem Altersübergangsgeld,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist sachlich völlig daneben.)

oder die Schulden der Gemeinden, die dort in 40 Jahren Bundesrepublik angehäuft sind, sind nicht vergleichbar mit den kommunalen Altschulden?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nein, sind sie nicht. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich erspare mir an dieser Stelle eine weitere Sachdarstellung zu diesen Punkten und verweise auf die Stellungnahme der Bundesregierung.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Diese, meine Damen und Herren, ist uns leider nicht über den Finanzausschuss zugegangen: Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

(Unruhe bei Thomas Schwarz, SPD)

Aber sie rechnen sich auch die Kreditaufnahmebeträge zum Ausgleich der Fehlbeträge aus vergangenen Jahren an.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist Vorschrift.)

So etwas aber, meine Damen und Herren, ist nur möglich, wenn der Fehlbetrag auch im Entscheidungsjahr, im Entstehungsjahr bei der Nachweisführung mindernd auf die Mittelverwendung angerechnet wurde, so nicht geschehen in den entsprechenden Zahlen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist falsch.)

Kleine Zaubertricks mit Zahlen, meine Damen und Herren, das erleben wir hier zur Genüge. Die Mittel aus dem Solidarpakt II – diese stehen den neuen Ländern seit 2005 zur Verfügung –

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Da ist es besser.)

sind ein wichtiger Bestandteil für den Aufhol- und Aufbauprozess der ostdeutschen Länder. Ich bin ehrlich gesagt froh darüber, dass bei den Verhandlungen zum Solidarpaktfortführungsgesetz im Jahr 2001 sich die Beteiligten darauf verständigt haben, den Begriff „teilungsbedingte Sonderlasten“ zu ersetzen durch den Begriff „teilungsbedingte Sonderlasten aufgrund des bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarfs“.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird uns ab dem nächsten Jahr eine einheitliche und über Jahre vergleichbare Nachweisführung bescheren, eine sauberere Sache als bisher, denn es hilft keinem, die Mittelverwendung schönzurechnen. Der kurzzeitige Erfolg, hier keine negativen Schlagzeilen zu produzieren, kein unbequemes Nachdenken anstoßen zu müssen, was geändert werden muss, wird revidiert durch eine stetige und langfristige Schwäche im Aufholprozess.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie vorhin schon erwähnt, muss Mecklenburg-Vorpommern seine Solidarpaktmittel vollständig zur Schließung der Infrastrukturdefizite aufwenden. Das geschieht zwar im Augenblick nicht, vielmehr wird der überwiegende Teil der Aufbaumittel im laufenden Haushalt versenkt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist falsch.)

Daher, werte Frau Gramkow, ist die von Ihnen immer wieder angesprochene Veränderung beziehungsweise nach Ihrer Meinung notwendige Anpassung des Investitionsbegriffes nicht zielführend.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Schade, Herr Riemann. – Zuruf
von Heike Polzin, SPD)

Sie ist vielmehr in meinen Augen sogar schädlich und ich werde das auch noch begründen. Mit dem Regierungswechsel in Berlin wurde das Festhalten am Solidarpakt bestätigt. Das war und ist gut so.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Aber Ihre Kanzlerin sieht das anders.)

Mit Ihrer Forderung, Frau Gramkow, nach Neudefinition des Investitionsbegriffes stehen Sie hier im Land ziemlich alleine da und öffnen für Neuverhandlungen der Solidarpaktmittel Tür und Tor. Ich darf Sie daran erinnern, dass es die Landesregierung war, also eine mit Beteiligung der PDS, die 2001 dem Solidarpakt II richtigerweise zugestimmt hat. Auch diese Landesregierung hat ihren Bedarf an Unterstützung definiert und nach Berlin gemeldet, unter Mitwirkung Ihrer Ministerinnen und Minister.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig, aber wir können dazulernen. –
Heike Polzin, SPD: Anders als bei
Herrn Riemann, aber der muss es auch.)

Damals war noch keine Rede von einer Änderung beziehungsweise Aufweichung des im Haushaltsgrundsatzgesetz definierten Investitionsbegriffes. Die Mittel aus dem Solidarpakt benötigen wir für Investitionen. Da führt kein Weg dran vorbei und das haben Sie 2001 auch noch so gesehen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Frau Gramkow, Sie mögen ja in der besten Absicht handeln.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Oh! –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Dann habe ich irgendwas falsch gemacht.)

Im Zusammenhang mit der Verwendung der Solidarpaktmittel und der Mittelnachweisführung ist die Forderung nach der Aufweichung des Investitionsbegriffes nicht zielführend

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

und ich sage auch, warum. Elf von sechzehn Ländern haben derzeit keinen verfassungskonformen Landeshaushalt. Was wird geschehen, Frau Gramkow, wenn wir oder die Bundesländer oder der Bund, wie Sie fordern, den Investitionsbegriff ändern und damit zwangsläufig eine neue Diskussion über die Solidarpaktmittel auslösen?

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Größenordnung der Solidarpaktmittel, deren zweckgerechte Verwendung nicht nachgewiesen werden konnte, ist doch Signal für den Handlungsbedarf bei der Haushaltskonsolidierung. Nicht Vorschläge zur Änderung der Berechnungsgrundlage, damit augenscheinlich das Ziel erreicht wird, sind notwendig, sondern es ist notwendig zu erkennen, dass hier noch stärker das Gewicht auf dem Abbau der Kreditaufnahme und der Senkung des Ausgabenniveaus liegt. Nicht zu vergessen ist die Steigerung der Investitionstätigkeit hier im Lande. Die Polizisten haben uns das vorhin gerade vor Augen führen können, wie Polizeistationen verlottern, aber Ministerien immer schöner werden.

(Heike Polzin, SPD: Ah, das platte
Ding müssten Sie doch mal aufgeben!)

Ich sage, das ist Investition für die Leute, die die Arbeit draußen tun. Denn, wie hier im Bericht auf Seite 16 richtigerweise festgestellt wurde, es müssten Anpassungsinvestitionen zusätzlich zur Schließung der Infrastruktur-lücke ausgelöst werden, um das Land den künftigen Anforderungen anzupassen, und das nicht nur im Bereich der Polizei. Die Betonung liegt hier auf „zusätzlich“.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit geht ganz eindeutig die Aufforderung an die Landesregierung, speziell aber an die Finanzministerin: Bauen Sie das strukturelle Defizit des Haushaltes strikter ab, setzen Sie Prioritäten,

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

senken Sie die Nettokreditaufnahme und Sie werden als positiven Nebeneffekt eine Steigerung der zweckgerechteren Mittel aus dem Solidarpakt erhalten! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heike Polzin, SPD: Sehr beeindruckend! –
Thomas Schwarz, SPD: Das war ja
wieder ein guter Vorschlag. –
Heinz Müller, SPD: Auweia!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Riemann.

Es hat jetzt ums Wort gebeten die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Keler. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Herr Riemann!

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Och! Danke!)

Acht Jahre Opposition versperren offensichtlich den Blick auf die Realität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was ist in den letzten vier Jahren finanzpolitisch passiert? In den Jahren 2003 und 2004 haben wir dramatische Steuereinträge erlebt. Gegenüber 2000 waren es fast 500 Millionen jährlich.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Auf der Ausgabenseite haben wir deutliche, nicht vorhersehbare Zuwächse bei den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen. Die Tarifsteigerungen ab 2003 haben uns bei den Personalausgaben zusätzliche Probleme bereitet, denn die zu hohe Personalausstattung zu Beginn der 90er Jahre beim Land führt immer mehr zu strukturellen Überhängen,

(Heike Polzin, SPD: Wer hat denn dafür
gesorgt? – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

die durch den anhaltenden Bevölkerungsrückgang immer schonungsloser zutage treten, übrigens auch bei den Kommunen. Das alles schlägt sich auf die Fortschrittsberichte 2003 und 2004 nieder. Keiner weiß das besser als wir im Finanzministerium.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Die Verwendungsquoten lagen nach unserer Berechnung bei 65 beziehungsweise 79 Prozent. Der Bund kommt auf niedrigere Werte. Der Streit um die richtige Berechnung der Verwendungsquoten geht jetzt bereits

zwei Jahre. Am 31. Mai will der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück mit den ostdeutschen Finanzministern darüber reden. Nur der Vollständigkeit halber die drei Dissenspunkte mit dem Bundesfinanzministerium:

1. keine Anerkennung sonstiger teilungsbedingter Sonderlasten wie Zusatzversorgung – und hier rede ich nur von Zusatzversorgung und nicht von der Sonderversorgung für die Polizei, Herr Riemann –,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

kommunale Altschulden, Ausgaben für die Regelung offener Vermögensfragen, überproportionale Aufwendungen für die hohe Arbeitslosigkeit

2. zu geringe Anerkennung für den Ausgleich der kommunalen Finanzkraftschwäche

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Der Bund rechnet mit maximal 20 Prozent, wir haben im Ist 24 Prozent abgerechnet.

3. Nichtberücksichtigung der Verrechnung des Fehlbeitrages aus dem Jahr 2002
Da ist er uns nämlich schon mal berechnet worden. Dies ist ein typisch mecklenburg-vorpommersches Thema.

Aber ich sage auch, diese Gefechte führen uns nicht weiter. Tatsache ist, dass bis auf Sachsen alle anderen ostdeutschen Länder auch 2004 die zweckentsprechende Verwendung nicht nachweisen können.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, die Sachsen haben es besser.)

Und dann gibt es wieder diese Rituale, wie wir es eben erlebt haben: Die jeweilige Opposition beschimpft die Regierung.

(Heinz Müller, SPD: Das ist richtig. –
Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

In Thüringen macht es die SPD und hier macht es die CDU.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wo liegen die Ursachen für unsere gegenwärtige Lage? Auf alle Fälle nicht in zu geringen Investitionen. Mit 915 Euro je Einwohner haben Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern auch 2004 die zweithöchsten Investitionsausgaben nach Sachsen getätigt, von allen Bundesländern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heinz Müller, SPD: So ist es. –
Detlef Müller, SPD: Hört, hört!)

Der Infrastrukturrückstand gegenüber den westdeutschen Ländern wurde deutlich weiter abgebaut.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich komme gleich dazu.

(Wolfgang Riemann, CDU: Im Durchschnitt
war der Graben zehn Zentimeter tief
und trotzdem ist die Kuh ertrunken.)

Unser Problem waren die bereits erwähnten, nicht vorhersehbaren Steuereinträge auf der einen und die zu hohen laufenden Ausgaben auf der anderen Seite.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Dadurch schnellte die Nettokreditaufnahme 2003 und 2004 sprunghaft in die Höhe. Die Erkenntnis, die wir daraus abgeleitet haben, lautet: Wir müssen unsere laufenden Ausgaben und die laufenden Einnahmen ohne die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wieder zum Ausgleich bringen. Dabei warne ich vor Scheinlösungen.

Und jetzt, Herr Riemann, wird es spannend für Sie. Sie haben eben Frau Gramkow angesprochen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja. Genau dasselbe, was bei Ihnen in der Rede jetzt auch kommt.)

Thüringen und Sachsen-Anhalt (CDU-geführt) plädieren dafür, den Investitionsbegriff zu verändern. Das Schlagwort dafür lautet „Investitionen in die Köpfe“,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig. –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

ein irreführender Begriff in diesem Zusammenhang.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Ja, da muss man mal klopfen. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Ja, das ist sehr richtig.)

Es geht ja genau darum. Ich habe nichts dagegen, dass wir Forschung, Entwicklung, Lehre fördern,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

aber das ist ein irreführender Begriff in diesem Zusammenhang, denn wer glaubt, die Personalausgaben für Professoren, Forscher, Lehrer und andere aus Krediten finanzieren zu können, der wird nicht weit kommen. Kredite für laufende Ausgaben, so hat es der stellvertretende Landrat a. D. Manfred Schrader zwar etwas anrühlich, aber sehr einprägsam erläutert, meine Damen und Herren, das ist, als ob jemand bei 20 Grad Kälte in die Hosen pulvert:

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Das ist am Anfang schön warm, dann aber wird es bitterkalt.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und
Linkspartei.PDS – Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Wir wollen trockene Hosen behalten!

(Rainer Pracht, CDU: Oh, oh, unsere Ministerin!)

Es gibt noch einen zweiten wichtigen Grund, warum wir am Solidarpakt II nicht rütteln sollten. Der Ministerpräsident und ich waren im Sommer 2001 an den Verhandlungen in Berlin beteiligt. Damals gab es noch die Solidarität mit den ostdeutschen Ländern. Jetzt sieht das wesentlich anders aus. Eine Neuverhandlung kann nur zu unseren Lasten gehen. In diesem Zusammenhang frage ich die CDU: Wer von Ihnen war denn beim Treffen der finanzpolitischen Sprecher der CDU-Frakturen in Binz dabei?

(Wolfgang Riemann, CDU: Na der
Sprecher. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Der Sprecher, der Sprecher.)

In einer Pressemitteilung von Herrn Dr. von Storch ...

(Heiterkeit bei Beate Schlupp, CDU:
Na dann wisst ihr doch, wer da war!)

Ich weiß ja nicht, ob er alleine dort war.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er ist doch Sprecher.)

Er teilte mit, dass die finanzpolitischen Sprecher der CDU-Frakturen sich, jetzt zitiere ich: „einstimmig für eine Reform der Finanzverfassung ausgesprochen haben“.

(Rudolf Borchert, SPD: Hört, hört!)

Sie sprachen sich für Vereinfachung und für mehr Wettbewerb im Länderfinanzausgleich aus und dafür, dass die Regeln für den Einsatz der Solidarpaktmittel ausgeweitet werden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heike Polzin, SPD: Nun aber! –
Rudolf Borchert, SPD: Guck an! –
Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie
mitgekriegt, ab welchem Jahr, Frau Keler?
Haben Sie mitgekriegt, ab welchem Jahr?)

Aber, Herr Riemann, mit Schlagworten wie „Wettbewerbsföderalismus“ oder „Steuerhoheit der Länder“ ist wenig gewonnen. Zum Beispiel ist doch die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, dass eine eigene Steuerhoheit der Länder das Solidarprinzip des Föderalismus zumindest tendenziell aushöhlen würde. Ich habe darum diese Pressemitteilung kurz und knapp kommentiert: „Sie wissen nicht, was sie tun.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na!)

Der Finanzausgleich, der wie der Solidarpakt II 2001 unter ganz schwierigen Verhandlungsbedingungen verabschiedet wurde, gilt erst seit dem 1. Januar 2005, also noch nicht einmal anderthalb Jahre. Wir kennen die Auswirkungen noch gar nicht und trotzdem wollen ostdeutsche CDU-Vertreter mit daran herumbasteln. Lassen Sie sich von Ihren Kollegen aus Bremen und Hessen nicht entwickeln! Beide verfolgen eigene, wenn auch gegensätzliche Interessen, die uns nur schaden. Übrigens, der Finanzausgleich und der Solidarpakt II gelten bis 2019. Daran sollten wir festhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich warne auch vor einer zweiten Illusion. Die positiven Ergebnisse bei den Steuereinnahmen lösen die fiskalischen Probleme nicht allein. Ich freue mich über die Steuereinnahmen, natürlich, aber bei genauerer Betrachtung werden wir 2006 gerade mal das Niveau von 1996 erreicht haben. Wir wissen, dass in den Folgejahren durch den Rückgang der Solidarpaktmittel, der EU-Strukturfonds und infolge des Bevölkerungsrückgangs deutliche Mindereinnahmen zu erwarten sind. Deshalb müssen wir unsere laufenden Ausgaben weiter begrenzen. Auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekommen. 2005 haben wir die niedrigste Nettokreditaufnahme seit Bestehen des Landes gehabt. Und in diesem Jahr werden wir voraussichtlich die 300-Millionen-Grenze unterschreiten. Das wird dann in den Fortschrittsberichten 2005 und 2006 sichtbar werden. Wer bei den laufenden Ausgaben so konsequent konsolidiert, wie wir das in dieser Legislaturperiode getan haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na ja.)

der eröffnet sich damit auch Spielräume, um für die Zukunft vorzusorgen.

(Thomas Schwarz, SPD: Richtig.)

Ich möchte dies an zwei Beispielen erläutern:

Erstens. Die Konzentration der Hochschulstrukturen ist die Voraussetzung dafür, dass wir nunmehr auf dieser Basis Hochschulbauinvestitionen weiter energisch vorantreiben können. Das ist genau das, was uns voranbringen wird, nämlich die Einheit von struktureller Neuordnung und Investitionen in die verbleibenden Schwerpunkte.

Zweitens. Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen von entscheidender Bedeutung. Wir haben hier einen besonderen Schwerpunkt gesetzt und mit den wichtigsten Ansiedlungen wie Liebherr, Lidl, Kamps, Flamm und Rücker mehrere Tausend neue Arbeitsplätze geschaffen. Unsere Pro-Kopf-Ausgaben für die GA Wirtschaft und EFRE lagen im vorigen Jahr bei 152 Euro, sie werden in diesem Jahr auf 168 Euro steigen.

(Egbert Liskow, CDU:

Weil Leute weggegangen sind.)

Das viel gerühmte Sachsen erreichte beziehungsweise erreicht nur 75 beziehungsweise 68 Prozent unserer Ausgaben.

(Wolfgang Riemann, CDU:

Ja, weil die Leute hier weglaufen.)

Ach, Sachsen hat doch genauso einen Einwohnerrückgang.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –

Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Riemann, Sie kennen doch die Zahlen. Sachsen ist sogar noch mehr betroffen als Mecklenburg-Vorpommern. Also nun machen Sie doch nicht so eine falsche Rechnung auf!

Frau Schildt ist leider nicht mehr da, aber dass wir so gut sind, das liegt nicht nur an dem guten Management des LFI, sondern das liegt auch daran, dass wir die entsprechenden Komplementärmittel zur Verfügung gestellt haben. Und wir haben Mittel, die Thüringen und Brandenburg nicht in Anspruch genommen haben, zusätzlich abgerufen. Auch das muss man wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, wir haben aus den Steuer- einbrüchen die notwendigen und richtigen Konsequenzen gezogen. Sie von der Opposition haben die von uns eingeleiteten Reformen in allen Punkten bekämpft:

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt nicht.
Wir haben eigene Vorschläge gemacht.)

Verwaltungsreform – abgelehnt, Personalkonzept –

(Rudolf Borchert, SPD: Nicht verstanden. –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

abgelehnt und bis heute leider nicht verstanden, Hochschulstrukturreform zur Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen – abgelehnt,

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
Wolfgang Riemann, CDU, und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Schulreform mit längerem gemeinsamen Lernen und Konzentration auf pädagogisch wünschenswerte große Schulstandorte –

(Thomas Schwarz, SPD, und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Abgelehnt!)

abgelehnt und bekämpft.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie haben ganz offensichtlich keine eigenen zukunftsweisenden Vorschläge.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zwei Ministerien
abschaffen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ihre Fantasie, Herr Riemann, Ihre Fantasie reicht immer nur bis zur Abschaffung zweier Ministerien.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS – Beifall bei
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Rudolf Borchert, SPD: Inzwischen sind es ja drei.)

Aber darüber sind wir faktisch schon lange hinaus mit der Reduzierung von Landesbehörden um mehr als die Hälfte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ah ja!)

Wie kommentierte heute ein Journalist die gestrige Hochschuldebatte? „Wenn Landespolitiker für jeden Politikbereich Priorität fordern, sind sie nicht in der Lage, Prioritäten zu setzen.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Da war
aber noch ein anderer Kommentar. –
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

„Wenn alles Vorrang hat, ohne dass Nachrangbereiche benannt werden, ist nichts prioritär.“ Zitatende.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Wenn das so wäre! Wenn
das so wäre! – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Auch haushaltspolitisch haben Sie wenig zu bieten.

(Egbert Liskow, CDU: Haben Sie den
anderen Kommentar auch gelesen?)

Sie wollten Mehrausgaben beschließen und diese durch die Kürzung gesetzlicher Ausgaben decken. Ich sage, das ist eine verkappte Erhöhung der Nettokreditaufnahme.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS, und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, ich kann nur wünschen, dass Sie von der CDU den Haushalt des Landes nicht in die Finger kriegen.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten
der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
Sie wollen der Opposition den Haushalt
nicht mal mehr zu lesen geben?! Das ist ja! –
Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich fasse zusammen:

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dürfen wir ihn nicht mal mehr lesen?! – Zuruf von Heike Polzin, SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie hat gesagt, wir dürfen ihn nicht in die Finger kriegen.)

2003 und 2004 waren besonders schwierige Jahre. Dies hat sich auf die Fortschrittsberichte negativ ausgewirkt. Die Landesregierung hat ein Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen, vor allem bei den laufenden Ausgaben. Die Auswirkungen zeigen sich im Rückgang der Nettokreditaufnahme in 2005 und 2006. Damit werden wir die Verwendungsquote für die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen schrittweise deutlich steigern, auch wenn wir in 2005 und 2006 die 100-Prozent-Zielmarke noch nicht erreichen werden.

Insgesamt sind wir auf dem richtigen Weg schon ein gutes Stück vorangekommen. Allerdings wird auch nach 2010 noch genug zu tun bleiben, weil dann die Ost-West-Angleichung bei den Personalausgaben voll zu Buche schlägt

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, dann schieben Sie es in die Kreise ab.)

und durch weitere Konsolidierungsmaßnahmen aufgefangen werden muss. In den kommenden Jahren müssen wir die eingeleiteten Maßnahmen und Konzepte konsequent fortführen. Dann werden wir – immer vorausgesetzt, die Lage auf den Aktienmärkten verschärft sich nicht weiter – schon 2009 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung erreichen. Meine Damen und Herren, das bringt uns Spielräume für Investitionen in Bildung und Wirtschaftskraft und das ist ein solides Fundament für die Entwicklung des Landes als selbständige Einheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Thomas Schwarz, SPD: Jawohl, Frau Ministerin!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja bereits ausführlich am 3. März im Finanzausschuss zum Fortschrittsbericht beraten, aber es ist natürlich gut, dass wir heute noch mal die Gelegenheit haben, hier auch im Landtag darüber zu reden zu vorgezogener Stunde zum letzten Tagesordnungspunkt. Bei solch einem wichtigen Thema nehmen wir uns natürlich die Zeit.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Man kann also dem Antragsteller nur dankbar sein, dass wir die Gelegenheit haben, noch mal darüber zu reden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber! Nächste Landtagssitzung!)

Worum geht es? Es geht darum, dass die Frage, ob die 1,1 Milliarden Euro, die Mecklenburg-Vorpommern bekommen hat, im Jahr 2004 im Solidarpakt I zweckgerecht eingesetzt wurden. Der Finanzplanungsrat erwartet von den Ländern den Nachweis darüber. Dieses ist so vorgelegt worden im Oktober 2005 durch unsere Landesregie-

rung und dann entsprechend durch eine Stellungnahme durch das Bundesfinanzministerium bewertet worden. Von den 1,1 Milliarden wurden 882 Millionen und damit 79 Prozent zweckgerecht nachgewiesen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und hier ist der erste Streitpunkt, wie in allen Jahren zuvor, der Streit über die Frage, nicht zweckgerecht oder zweckgerecht und, falls ja, in welchem Umfang. Es geht nicht um die Frage sachgerecht, Herr Riemann, sondern zweckgerecht oder nicht zweckgerecht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Das zweite Thema in dem Zusammenhang, das immer wieder strittig diskutiert wurde, jedes Jahr, ist die Frage der Definition, vor allen Dingen der Frage, ob man die Sonderlasten mit einrechnet oder nicht.

Und drittens kommt in den letzten Jahren, aber auch dieses Jahr vor allen Dingen, eine neue Streitfrage dazu, nämlich der sogenannte Investitionsbegriff, könnte man den erweitern oder nicht erweitern, und dies im Zusammenhang mit der Definition der Mittelverwendung im Solidarpakt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Es gibt zwei Möglichkeiten.)

Zu diesen drei Fragen folgende Bemerkungen, als Erstes zur Verwendungsquote. Die Verwendungsquoten haben sich in Mecklenburg-Vorpommern nach dem jetzt noch gültigen Anrechnungsmodus inklusive der Anerkennung und Einberechnung der teilungsbedingten Sonderlasten folgendermaßen entwickelt: Im Jahre 2000 lagen wir bei 138 Prozent, 2001 bei 135, dann 107 in 2002, 2003 65 und 2004 79 Prozent. Und da fällt schon auf, dass wir zugegebenermaßen in 2003 und 2004 eine Delle nach unten haben, das heißt also keine hundertprozentige, auch nicht annähernd hundertprozentige zweckgerechte Verwendung. Aber auch die Ursachen sind nicht neu. Steuerminderereinnahmen von 445 Millionen Euro in 2002 und 2003 haben genau diese Delle verursacht.

(Egbert Liskow, CDU: Bundesgesetzgebung. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, da hat die PDS zugestimmt für vier Umgehungsstraßen.)

Jetzt gucken wir mal nach vorne.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Alles keine neuen Erkenntnisse.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, können wir uns darauf einigen, dass der Redner hier am Pult redet?

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Rudolf Borchert, SPD: Auch in Kenntnis, dass es ab 2005 mit hoher Wahrscheinlichkeit eine neue Berechnungsmethode geben wird, wenn ich mal unterstelle, wir würden den gleichen Berechnungsmodus beibehalten, hätten wir 2005 durchaus berechnete Erwartungen, so wie in den Jahren vor 2003 zu einer hundertprozentigen zweckgerechten Verwendung zu kommen.

Zum Thema Sonderlasten nur noch etwas in Ergänzung dessen, was Herr Riemann gesagt hat. Es ist ja vereinbart, nicht nur die Berichte, sondern vor allen Dingen die Definition dessen, was zweckgerecht ist, zu überprüfen. Das

ist im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD so vereinbart. Aber es ist schon wichtig, Herr Riemann, deutlich zu sagen, dass teilungsbedingte Sonderlasten nicht so, wie Sie behauptet haben, angeblich in Ost und West gleich wären.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das habe ich nicht gesagt. Das habe ich nicht gesagt.)

Also insofern, Herr Riemann, zur Klarstellung: Teilungsbedingte Sonderlasten sind Kosten der hohen Arbeitslosigkeit, Sicherung eines bedarfsgerechten Ausbildungsangebotes, Ausgaben im Zusammenhang mit der Regelung offener Vermögensfragen, Ausgaben für die Zusatzversorgung der ehemaligen DDR, Finanzierung der kommunalen Altschulden. Welcher von diesen Punkten würde für irgendein westdeutsches Land so zutreffen wie für Ostdeutschland, Wolfgang?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Gar keiner.)

Also das war an der Stelle absolut nicht sachgerecht und hilft uns überhaupt nicht weiter.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Zum Investitionsbegriff. Na ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie so oft und gerade in der Finanzpolitik eignet sich das nicht für ideologische Debatten und auch nicht für parteipolitische Debatten, weil der Investitionsbegriff in allen Parteien, bei Fachleuten, Nichtfachleuten et cetera völlig umstritten ist, querbeet, überall – im engeren Sinne, so, wie die Landesrechnungshöfe das sehen, die möchten ja noch eine Einschränkung des Investitionsbegriffes. Die Bundesregierung, das Bundesfinanzministerium hat sich klar positioniert in dem Sinne: Solidarpaktmittel, um Gottes willen keine Aufweichung des Begriffes! Dem haben sich auch eine Reihe von Ministerpräsidenten und Finanzministern angeschlossen, übrigens aller Parteien. Aber es gibt auch die, die vehement und immer wieder thematisieren, den Investitionsbegriff neu zu definieren oder zumindest neu zu diskutieren. Und so habe ich auch Herrn Born im Zwischenruf hier durchaus vernommen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wenn Herr Böhmer, gerade gewählt und neuer Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, vehement fordert, dass man sich auf eine erweiterte Definition des Investitionsbegriffes verständigen sollte, glaube ich, wird deutlich, dass er an der Spitze einiger anderer steht in der CDU, die hier die Diskussion aufgemacht haben.

(Egbert Liskow, CDU: Aber das muss erst mal verankert sein.)

Egal, wie man dazu jetzt persönlich stehen mag, es ging mir einfach darum, deutlich zu machen, dass das wirklich eine umstrittene Frage ist. Er hat natürlich gleich die Gegenreaktion bekommen von Herrn Milbradt, der ihn aufgefordert hat, damit sofort aufzuhören, und eine Absage erteilt. Wenige Tage später kam Herr Althaus und unterstützte die Position von Herrn Böhmer. Also es ist schon ganz interessant, was sich da abspielt.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch mal auf das Thema eingehen, wie wir zukünftig zu einer besseren zweckgerechten Verwendung kommen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich glaube, die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, Frau Keler hat es noch mal genannt, die sind wichtig und haben die richtigen Weichen gestellt. Es stimmt durchaus, dass man sehr gut aufpassen muss, insbesondere dann, wenn man Wahlprogramme aufstellt, dass man sich letztendlich auch die Frage stellt nach dem eigenen Anspruch, Herr Liskow beziehungsweise Herr Riemann, dass man bei zukünftigen Zunahmen von Mehreinnahmen bei Steuern oder eben auch unter dem Blickwinkel zweckgerechte Verwendung von Solidarpaktmitteln auf keinen Fall noch aktiver die Ausgaben des Landes forcieren soll, im Gegenteil, ich zitiere Herrn Liskow, noch aktiver die Ausgaben des Landes zu minimieren,

(Egbert Liskow, CDU: Das ist so.)

und Herr Riemann darauf verwiesen hat, um Gottes willen nicht weiter konsumieren, sondern investieren.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Jetzt habe ich mir mal – Wort und Tat, das ist ja immer wichtig, wenn man mal davon ausgeht, dass die CDU ein Wahlprogramm aufstellt, das sie nicht nur aufstellt, um in der Opposition zu bleiben, sondern möglicherweise auch mal beim Wort genommen zu werden – dieses CDU-Wahlprogramm durchgelesen und da ist mir Folgendes aufgefallen, alles unter der Prämisse, Ausgaben minimieren, konsumtive Ausgaben minimieren.

(Heike Polzin, SPD: Die eigenen Forderungen.)

Hier finden wir zum Beispiel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung müssen unbedingt erhöht werden, Seite 15 et cetera. Die Zahl der Gerichtsvollzieher muss erhöht werden,

(Egbert Liskow, CDU: Herr Borchert, zum Thema!)

Verbesserung Strafvollzug,

(Egbert Liskow, CDU: Herr Präsident!)

bessere Bezahlung der Polizisten und Wegfall der Elternbeiträge, 120 Millionen Euro pro Jahr.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Liskow, wenn ich der Meinung wäre, dass das nicht zum Thema gehört, hätte ich was gesagt.

(Egbert Liskow, CDU: Aha! – Angelika Peters, SPD:

Kritik am Präsidenten ist das. –

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: So ist es.)

Rudolf Borchert, SPD: Was stellen wir also fest?

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:

Ich kenne den Präsidenten. –

Beate Schlupp, CDU: Wir auch.)

Wir haben eine enorme Diskrepanz zwischen dem, was Sie heute verkünden, Herr Riemann, und dem, was Sie als CDU für die nächsten Jahre für dieses Land hier ins Gespräch bringen, weil als Gegenfinanzierung ist Ihnen bis auf die Reduzierung von inzwischen drei Ministerien von neun auf sechs nichts weiter eingefallen,

(Heinz Müller, SPD: Das kann man ja vielleicht noch ausbauen. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

außer – Entschuldigung, eins habe ich vergessen – die Abschaffung des Moorschutzprogramms. Das steht natürlich auch noch drin.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

So weit zur Frage der Glaubwürdigkeit und der Frage, wie weit Wort und Tat dann zusammen stimmen.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

Man könnte auch sagen: Vielen Dank für diesen CDU-Populismus!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt komme ich wieder zum Gemeinsamen und das hätte ich mir eigentlich auch bei diesem Thema gewünscht. Ich bleibe dabei, was ich zu diesem Thema bereits am 7. April 2005 hier im Landtag gesagt habe: Erstens halte ich dieses Thema, zweckgerechte Verwendung von Solidarpaktmitteln, ja oder nein, nach wie vor überhaupt nicht geeignet für parteipolitische beziehungsweise ideologische Debatten,

(Egbert Liskow, CDU: Dann
machen Sie es doch auch nicht.)

weil das Thema geht kontrovers zwischen Bund und Ländern und kontrovers zwischen den Ländern West und Ost.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zweitens möchte ich heute wieder dafür plädieren, auch wenn es ganz offensichtlich immer schwerer wird, dass die ostdeutschen Länder bei diesem Thema gemeinsam agieren. Siehe Beschluss hier im Landtag am 07.04.2005, da ist es uns gelungen, gemeinsam zu agieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist auch bei der Frage der zweckgerechten Verwendung von Solidarpaktmitteln auf dem richtigen Weg. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Borchert.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Wolfgang Riemann, CDU: Prost, Angelika!)

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzministerin hat die Ausgangsdaten des uns vorliegenden Berichtes eindrucksvoll dargestellt und die Punkte, mit denen wir eigentlich in den Klinsch gehen mit der Bundesregierung, wenn wir uns das Tableau der Abrechnung anschauen, benannt. Und ich bin doch ein bisschen irritiert, weil wir in den Haushaltsberatungen sehr wohl gesagt haben, es kann nicht sein, dass uns Belastungen, die uns durch den Einigungsvertrag und in Veränderung der unterschiedlichen Bundesregierungen ereilt haben, zum Beispiel Anteile der Refinanzierung bei den Sonderversorgungssystemen, nachteilig angerechnet werden können. Und ich wundere mich schon, dass heute bei der CDU-Fraktion diese Frage definitiv mit Nein beantwortet wird, aber vielleicht lernen Sie ja noch dazu.

Ich möchte den Ausführungen von Frau Keler nur noch hinzufügen, dass es nichts nützt, hier zu lamentieren, son-

dern es ist noch einmal klar festzustellen: Trotz einer schwierigen Haushaltslage eines strukturschwachen Landes Mecklenburg-Vorpommern

(Wolfgang Riemann, CDU: Nun reden
Sie mal nicht das Land schlecht!)

haben wir nach wie vor eine sehr hohe Investitionsquote,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

ein Dreifaches der Investitionsquote von vergleichbaren Altbundesländern. Ich darf hinzufügen, dass Bürgermeister und Landräte, die noch nicht mein Parteibuch haben,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Noch nicht!)

wenn sie unser Land besuchen und in kommunalpolitischen Debatten mit uns über die Situation in der Bundesrepublik Deutschland sprechen, neidisch sind.

(Gesine Skrzepski, CDU: Was?)

Ja, sie sind neidisch auf den Ausbau der Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und ich denke, das gehört dazu, wenn wir sagen, wir haben über die letzten 15 Jahre einen sehr hohen infrastrukturellen Nachholbedarf befriedigt, und zwar alle Regierungen, die hier etwas zu sagen hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Linkspartei.PDS – Torsten Renz, CDU:
Sind das die blühenden Landschaften?! –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Sowohl als auch.)

Über 1 Milliarde Investitionen

(Rudolf Borchert, SPD: 1,5.)

kann man nicht einfach wegreken. Wir haben trotzdem im Jahr 2005 und im laufenden Jahr 2006 die niedrigste Neuverschuldung des bestehenden Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Thomas Schwarz, SPD: Jawohl, das stimmt.)

Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Deshalb, denke ich, sollten wir gemeinsam die Anstrengungen, die Solidarpaktmittel zweckentsprechend einzusetzen, nicht kleinreden, und schon gar nicht in der Öffentlichkeit. Und genau das haben Sie gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Thomas Schwarz, SPD: Jawohl.)

Okay, das ist die eine Seite und ich nenne sie nach wie vor Erfolgsbilanz.

Ich will die andere Seite nicht weglassen. Sie haben recht, wir haben es konstatiert, die Finanzministerin hat es beschrieben, wir haben etwas mehr als ein Drittel der notwendigen Umsetzung der Solidarpaktmittel nicht erreicht.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber Ausgaben etwa für die Hochschulen unseres Landes, für Forschung, Entwicklung und Technologie

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Sehr wichtig.)

sind aus meiner Sicht keine Verschwendung, sondern sie sind zukunftsorientierte Ausgaben. Ich nenne sie Investitionen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Und deshalb ist genau das die andere Seite.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sehr richtig, Herr Renz, ich komme gleich dazu.

(Torsten Renz, CDU: Wir haben gelernt. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich freue mich deshalb, dass wir offensichtlich gemeinsam erkannt haben, dass wir Diskussionsbedarf haben. Die Erste, die im Rahmen des Treffens der Ministerpräsidenten erklärte, dass es nicht förderlich ist, wenn der Eindruck entstehe, im Osten werde Geld zweckentfremdet verwendet, ist und war die Bundeskanzlerin Frau Merkel.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Oh, oh!)

Sie regte auf diesem Treffen an, die Verwendungszwecke neu zu definieren. So seien, so die Kanzlerin weiter, auch Investitionen in Hochschulen Investitionen in die Zukunft.

(Torsten Renz, CDU: Sie ist
ja auch Naturwissenschaftlerin.)

Ich freue mich – einige CDU-Politiker sind ja hier genannt worden –, dass in der Präambel des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD in Bezug auf den Aufbau Ost Folgendes steht, Zitat:

(Torsten Renz, CDU: Hier wird
von der falschen Seite gelobt.)

„Weiterhin werden deutliche Akzente bei Bildung, Ausbildung und Forschung gesetzt, um Innovationen zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Ostdeutschland zu verbessern.“

(Torsten Renz, CDU: 6 Milliarden im
Rahmen der Bundesregierung neu aufgelegt. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Herr Platzek forderte, dass Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft künftig als Investitionen anerkannt werden. Auch er kritisierte öffentlich,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das ist europaweit getrennt.)

dass Personalkosten für Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher heute im haushaltsrechtlichen Sinne konsumtive Ausgaben seien. Auf der anderen Seite, immer noch Herr Platzek, sei eine neue Straße laut Haushalt eine Investition, auch wenn sie nirgendwohin führt. Ich denke, darüber müssen wir reden.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

So gewinne Brandenburg, sagt Herr Platzek, keine Arbeit, kein Wachstum, keine Zukunft. Der Mann hat recht.

Ich könnte jetzt noch Frau Pieper erwähnen von der FDP,

(Heinz Müller, SPD: Die ist nicht so bedeutsam. –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Bitte nicht!)

auch andere sind hier genannt worden. Selbst der Sachverständigenrat ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich denke, ich brauche Herrn Gysi dafür nicht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wer jahrelang so wie ich zu Haushaltsrecht gearbeitet und den Investitionsbegriff analysiert hat, dem können Sie zuschreiben, dass er alleine weiß, worüber er redet.

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

Ich darf aber den Sachverständigenrat noch einmal zitieren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Sachverständigenrat erachtete es in seinem Gutachten 2004 für ökonomisch vertretbar, die Mittelverwendung zu lockern. Auf vielen Feldern sei seiner Ansicht nach der Aufbau der Infrastruktur weit vorangekommen. Damit sei jetzt fraglich, ob ein weiterer breiterer Infrastrukturausbau auch angesichts der demografischen Entwicklung tatsächlich zu wirksamen Wachstumsimpulsen führt. Meine Damen und Herren, ich denke, wir müssen darüber reden, in welchem Verhältnis Investitionen in Beton und Investitionen in Bildung zukünftig stehen, und dieser Frage darf sich keiner, auch keine politische Partei, verschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Renz, CDU: SGB III und Antrag stellen!)

Ich denke, Investitionen in Beton führen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, aber Investitionen in Bildung führen ebenfalls nachhaltig zur Sicherung von Arbeit und Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern. Ich würde gerne einen Zweiklang herstellen und nicht immer eine Nachrangigkeit für den Bildungsbereich. Und ich glaube, die deutlichen Schwerpunkte, die wir im Land gesetzt haben für Bildung, Ausbildung, vom Vorschulbereich bis hin zur Weiterbildung, zeigen dieses Bemühen und dieses gemeinsame Akzeptieren.

Und wenn ich von Investitionen in Bildung rede, Frau Finanzministerin, heißt das für mich nicht, den Investitionsbegriff ausufern zu lassen, das Haushaltsgrundsatzgesetz zu ändern. Es geht für mich in erster Linie in der Frage der Solidarpaktmittel darum, ob wir beim Paragraphen 11, in dem nämlich der Verwendungszweck für die Solidarpaktmittel zu realisieren ist, in dem einerseits die kommunale Infrastruktur, die kommunale Finanzschwäche ausgeglichen wird und andererseits die Infrastrukturlücke zu schließen ist, darum, ob es uns gelingt, einen dritten Fördertatbestand mit aufzunehmen, der sagt, auch Investitionsausgaben in Forschung und Bildung können über Solidarpaktmittel finanziert werden. Ich finde, das ist ein Angebot, das macht das Haushaltsgrundsatzgesetz nicht kaputt. Dieses muss man im Übrigen auch nicht über Kredite finanzieren. Es ist eine Frage des Umdenkens. Wir haben auch im Haushaltsrecht derart antiquierte Vorstellungen. Wir sollten irgendwann einmal anfangen, zumindest teilweise damit aufzuräumen.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Das ist das Angebot und ich hoffe, wir sind bereit, es gemeinsam miteinander zu versuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 4/1890 verfahrensmäßig für erledigt erklären? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt den **Zusatztagesordnungspunkt** auf: ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ja, ja.

... Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzsentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik, Drucksache 4/2240, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Bauausschusses, Drucksache 4/2270.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen
zur Änderung des Abkommens über
das Deutsche Institut für Bautechnik**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 4/2240** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bau, Arbeit
und Landesentwicklung**
– **Drucksache 4/2270** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Es ist im Ältestenrat vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik auf der Drucksache 4/2240. Der Bauausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/2270 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelberatung.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Paragraphen 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 4/2240 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/2240 einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Dienstag, den 27. Juni 2006, 13.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.11 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Jörg Heydorn, Renate Holznagel, Vincent Kokert, Ilka Lochner-Borst, Dr. Norbert Nieszery, Volker Schlotmann und Gerd Walther.

Schriftliche Beantwortung

der Nachfragen zu den Fragen 1 und 4

der

Fragestunde

– Drucksache 4/2264(neu) –

Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers

„Sehr geehrte Frau Präsidentin,

im Nachgang zur Frage des Abgeordneten Dr. Born in der Fragestunde der o. a. Landtagssitzung zur Entwicklung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in Mecklenburg-Vorpommern seit 2002 übersende ich Ihnen in der Anlage die Antwort des zuständigen Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Sebastian Schröder

Öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose, die das 50. Lebensjahr vollendet haben (ASP M-V RL B.5.4 ÖBM)

Das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern gewährt mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds (ESF) Zuwendungen für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, um die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten oder wiederzuerlangen und die gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern.

Zuwendungsempfänger sind juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Sitz oder Niederlassung in den kreisfreien Städten bzw. Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns.

Förderfähig ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben. Die geförderten Maßnahmen müssen im öffentlichen Interesse liegen sowie der Erhaltung oder Verbesserung des Angebots im sozialen Bereich, im Bereich der freien Kulturarbeit oder der Umwelt dienen. Die Maßnahmen sind auf das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern auszurichten (Gender-Mainstreaming).

Die Wochenarbeitszeit der einzustellenden Arbeitnehmer/-innen muss mindestens 90 v. H. der tariflichen oder ortsüblichen Arbeitszeit betragen. Arbeitsvertraglich ver-

einbarte Teilzeitbeschäftigung im Umfang von 50 v. H. der tariflichen oder ortsüblichen Arbeitszeit ist möglich.

Im Rahmen der Projektförderung kann dem antragstellenden Träger für die Begründung eines förderfähigen (sozialversicherungspflichtigen) Arbeitsverhältnisses im Wege der Festbetragsfinanzierung ein nicht rückzahlbarer Zuschuss für Personal- und Personalnebenausgaben in Höhe von 1000 €/Monat für bis zu 24 Monate gewährt werden. Bei vertraglich vereinbarter Teilzeitarbeit (50 v. H.) halbiert sich der Zuschuss entsprechend. Die Förderentscheidung erfolgt nach einem Votum der ASP-Regionalbeiräte, davon ausgenommen sind Maßnahmen mit landesweiter Bedeutung.

Soweit für die Beschäftigung von Schwerbehinderten zusätzliche Sachausgaben notwendig sind, kann ein einmaliger Zuschuss zu den Sachausgaben bis zur Höhe von 600 € je beschäftigten Schwerbehinderten gewährt werden.

Die Richtlinie tritt am 1. September 2005 in Kraft und am 31. Dezember 2007 außer Kraft (siehe Anlage, Richtlinie B.5.4 ÖBM).

1. Vorbereitung

Die Information der ASP-Regionalbeiräte Westmecklenburg (WM), Mittleres Mecklenburg/Rostock (MM/R), Vorpommern (VP) und Mecklenburgische Seenplatte (MSP) über die Richtlinie B.5.4 ÖBM sowie über das Verfahren zu deren geplanten Umsetzung bzw. die Mitwirkung der Beiräte erfolgte auf den planmäßigen Beiratssitzungen in der Zeit von Ende August bis Mitte September 2005.

Als Bezugsgröße zur Festlegung der Anzahl an förderbaren Arbeitsstellen je Landkreis/kreisfreier Stadt wurden statistische Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit über die im Jahresdurchschnitt 2004 vorhandene Zahl der Arbeitslosen insgesamt (Tabelle 1, Spalte 3) und der Langzeitarbeitslosen über 50 Jahre (Tabelle 1, Spalte 5) herangezogen. Die daraus berechnete Quote der Langzeitarbeitslosen über 50 Jahre an den Arbeitslosen insgesamt (Tabelle 1, Spalte 6) stellt den Prozentsatz dar, der für die Aufteilung der 400 Stellen auf die einzelnen Landkreise/kreisfreien Städte in Ansatz zu bringen ist (siehe Tabelle 1, Spalte 7).

Tabelle 1: Anzahl förderbarer Arbeitnehmer/-innen nach Regionen sowie Landkreisen und kreisfreien Städten

Region	Landkreis / kreisfreie Stadt	Anzahl AL ¹	AL-Quote (%)	Anzahl LZA ² ü. 50J.	Quote LZA ü. 50J. (% v. AL ges.)	Anzahl förderbarer Stellen
1	2	3	4	5	6	7
MM/R	Hansestadt Rostock	20.173	20,2	2.338	11,6	44
	LK Bad Doberan	9.867	15,7	1.129	11,4	21
	LK Güstrow	12.330	22,4	1.535	12,4	29
		42.370		5.002	11,8	95
WM	Schwerin	8.604	17,7	891	10,4	17
	Hansestadt Wismar	4.112	19,3	528	12,8	10
	LK Ludwigslust	9.152	13,2	869	9,5	16
	LK Nordwestmeckl.	9.175	14,7	882	9,6	17
	LK Parchim	8.933	16,8	948	10,6	18
		39.976		4.118	10,6	78
MSP	Neubrandenburg	8.398	22,5	1.190	14,2	23
	LK Demmin	11.960	26,5	1.580	13,2	30
	LK Meckl.-Strelitz	10.582	23,9	1.338	12,6	25
	LK Müritz	6.810	18,9	994	14,6	19
		37.750		5.102	13,7	97
VP	Hansestadt Greifswald	6.042	22,0	732	12,1	14
	Hansestadt Stralsund	6.621	22,9	909	13,7	17
	LK Nordvorpommern	12.575	21,6	1.695	13,5	32
	LK Ostvorpommern	12.783	22,5	1.315	10,3	25
	LK Uecker-Randow	10.532	26,8	1.428	13,6	27
	LK Rügen	6.356	16,3	833	13,1	16
		54.909		6.912	12,7	131
Summen		175.005		21.134		400

¹ AL – Arbeitslose; ² LZA – Langzeitarbeitslose**2. Phase – Projektideen**

Nach Ankündigung der Förderrichtlinie (Mitte August 2005) sowie der Bekanntgabe des In-Kraft-Tretens des Landesprogramms am 01.09.2005 in den Medien, wurde am 06.09.2005 die erste Projektidee bei der GSA eingereicht.

Insgesamt wurden 635 Projektideen (regionale und landesweite) mit 1074 beantragten Beschäftigungsverhält-

nissen (1,7 Arbeitnehmer/-innen je Projekt) eingereicht, wovon 5,6 % auf Schwerbehinderte sowie 60 % auf Frauen und 40 % auf männliche Arbeitnehmer entfallen (siehe Tabelle 4). Von diesen 635 Projektideen liegen 353 (56 %) im sozialen u. 154 (24 %) im kulturellen Bereich sowie 128 (20 %) im Umweltbereich.

Die Anzahl der mit den Projektideen eingereichten Stellen für Arbeitnehmer/-innen ist somit doppelt so hoch, wie das vorhandene Budget (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Projektideen u. ÖBM-Budget (vor Votierung)

Region	Anzahl Projektideen	Anzahl AN	beantragte Zuschüsse		vorhandenes Budget	
			Gesamt (€)	dav. Zuschuss zu Sachausgaben f. Schwerbehinderte (€)	Anzahl AN	€
MM/R	145	258	6.098.570	3.000	94	2.256.000
WM	146	210	4.992.267	5.400	78	1.872.000
MSP	141	234	5.516.000	12.000	97	2.328.000
VP	183	321	7.548.600	6.000	131	3.144.000
LW ¹	20	51	1.178.966	3.000	100	2.400.000
Summe	635	1074	25.334.403	29.400	500	12.000.000

¹ LW – Projektideen mit landesweiter Bedeutung

3. Phase – Votierung

In den Votierungssitzungen fand die Abstimmung über die durch die Kommunen vorgewählten Projektideen entweder im Block, d. h. über alle Projekte einer Kommune insgesamt, statt oder es erfolgte eine Einzelabstimmung zu jeder Projektidee. Beide Abstimmungsvarianten ließen jederzeit die Möglichkeit eines Vetos durch einzelne Beiratsmitglieder zu, worüber letztlich nochmals abgestimmt wurde.

Die Mitteilung über das Votierungsergebnis erstellte die GSA und ging den Projektträger nach der Votierungssitzung schriftlich zu.

Das vorhandene Budget für die Regionen Westmecklenburg und Mecklenburgische Seenplatte wurde bereits in der ersten Votierungssitzung ausgeschöpft und das der Regionen Vorpommern sowie Mecklenburgische Seenplatte war nach zwei Sitzungen voll ausgeschöpft. Bei den Projektideen mit landesweiter Bedeutung ist keine ausreichende Anzahl an Anträgen gestellt worden, so dass das vorhandene Budget unausgeschöpft blieb (siehe Tabelle 3).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass insgesamt 328 Projektideen mit 422 Beschäftigungsverhältnissen (1,3 Arbeitnehmer/-innen je Projekt) positiv votiert worden sind. Von diesen Projekten liegen 57 % im sozialen, 29 % im kulturellen und 14 % im Umweltbereich.

Tabelle 3: Projektideen und ÖBM-Budget (nach Votierung)

Region	eingereichte Projektideen (bis 31.01.06)		vorhandenes Budget		durch positives Votum gebundenes Budget	
	Anz. AN	beantragte Zuschüsse (€)	Anz. AN	Zuschüsse (€)	Anz. AN	€
MM/R	258	6.098.570	94	2.256.000	94	2.249.100
WM	210	4.992.267	78	1.872.000	78	1.867.667
MSP	234	5.516.000	97	2.328.000	97	2.316.000
VP	321	7.548.600	131	3.144.000	131	3.145.200
LW ¹	51	1.178.966	100	2.400.000	22	520.966
Summe	1074	25.334.403	500	12.000.000	422	10.098.933

¹ LW – Projektideen mit landesweiter Bedeutung

4. Phase – Antragstellung

Die ersten beiden Anträge gingen am 28.10.05 von einem Träger aus der Region Mittleres Mecklenburg/Rostock (Votierungssitzung 20.10.05) bei der GSA ein.

Den Verlauf der Antragstellung insgesamt betrachtet, zeigt sich, dass 94 % der zu erwartenden Anträge in den Monaten November (53 %) und Dezember (41 %) eingereicht worden sind.

Nach Prüfung auf Vollständigkeit und Korrektheit der Anträge sowie Zusammenstellung der Antragsakten (Kopie Projektidee, Protokollbogen, Votierungsschreiben, Originalantrag mit geforderten Unterlagen: Satzung, Registerauszug, Muster Arbeitsvertrag, Nachweis Langzeitarbeitslosigkeit) wurden diese per Bote an das LAGuS Schwerin weitergeleitet.

Ein Teil der im November an die Bewilligungsbehörde übergebenen Anträge haben den Dezember als Maßnahmebeginn gewählt. Insgesamt erhielten 36 Anträge mit

44 Arbeitnehmern/-innen einen Zuwendungsbescheid für Beginn im Monat Dezember, davon haben 35 Personen ihre Beschäftigung am 01.12.2005 und neun im Laufe des Monats aufgenommen.

Die überwiegende Zahl (75 %) der 332 Beschäftigungsmaßnahmen haben im Januar 2006 begonnen und schöpfen somit den maximalen Förderzeitraum von 24 Monaten aus. Bei 47 Maßnahmen (14 %) beträgt der Zeitraum der Förderung 23 Monate und weniger.

Von den 332 bewilligten Beschäftigungsmaßnahmen (regionale und landesweite) liegen 57 % im sozialen Bereich, 29 % im Bereich der freien Kulturarbeit und 14 % im Umweltbereich.

Der prozentuale Anteil Frauen und Männer in den bewilligten Maßnahmen ist mit dem der eingereichten Projekte identisch.

Im Durchschnitt sind 1,3 Arbeitnehmer/-innen je Maßnahme beschäftigt (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Projektideen und bewilligte Beschäftigungsmaßnahmen nach Männern und Frauen

Maßnahmebereiche	Eingereichte Projektideen		Bewilligte Maßnahmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
dav. für Frauen	645	40 %	169	40 %
dav. für Männer	429	60 %	254	60 %
Anteil schwerbehinderte Arbeitnehmer/-innen	60	5,6 %	11	2,6 %
Summe	1074	100 %	422	100 %
Arbeitnehmer/-innen je Maßnahme	1,7		1,3	

Die nähere Betrachtung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse für Frauen und Männer in den drei Maßnahmebereichen zeigt, dass insbesondere im sozialen Bereich überwiegend Frauen (durchschnittlich 74 %) beschäftigt sind.

Hingegen ist in den Maßnahmen im Umweltbereich der Anteil der Männer mit durchschnittlich 61 % höher.

Die 332 bewilligten Beschäftigungsmaßnahmen werden bei 174 verschiedenen Trägern Mecklenburg-Vorpommerns durchgeführt (durchschnittlich 1,9 Maßnahmen je Träger).

Insgesamt wurde mit den bewilligten 332 Maßnahmen bzw. 422 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ein Finanzvolumen von 10.073.508 € gebunden.

Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente im Jahresdurchschnitt 2002 – 2004 sowie Monatsangaben an Januar 2005

Monat/Jahr	ABM	SAM	Arbeitsgelegenheiten
JD 2002	12.571	7.922	–
JD 2003	9.559	6.326	–
JD 2004	6.908	4.759	–
Januar 05	4.377	2.754	1.748
Februar 05	3.859	2.672	3.621
März 05	3.047	2.553	5.971
April 05	2895	2380	8.613
Mai 05	2639	2266	11.136
Juni 05	2979	2176	13.909
Juli 05	4342	2073	16.079
August 05	5643	2000	18.296
September 05	7646	1890	19.599
Oktober 05	9487	1818	20.839
November 05	10188	1713	20.929
Dezember 05	9424	1594	19.447
Januar 06	6908	1502	17.038
Februar 06	5514	1479	15.597
März 06	4531	1459	15.914
April 06	4042	1417	15.606

Quelle: Bundesagentur für Arbeit"

Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur

„Sehr geehrte Frau Präsidentin,

im Rahmen der o. a. Plenarsitzung hatte ich bzgl. der Regelungen zur Beschulung von Kindern des Landes Brandenburg an Schulen im Vorpommerschen Landkreis Uecker-Randow eine Beantwortung auf dem Schriftwege zugesagt.

Für den Schulbesuch der Eingangsklasse an der Grundschule Penkun liegen für das Schuljahr 2006/07 keine Anmeldungen von Schülern aus dem Bundesland Brandenburg vor.

An der Regionalen Schule Strasburg werden gegenwärtig fünf Schüler aus dem Kinderhaus Wilsickow beschult. An der Allgemeinen Förderschule Pasewalk wird gegenwärtig eine Schülerin aus dem Kinderhaus Wilsickow beschult. In diesem Fall handelt es sich um eine

Reintegrationsmaßnahme mit stundenweiser Probebeschulung einer Schülerin im letzten Schulpflichtjahr.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, wie bereits in der Antwort zur Frage 3 in der Plenarsitzung am 18. Mai 2006 ausgeführt, auf den § 115 und die entsprechende Übergangsvorschrift des § 143 (7) des Schulgesetzes M-V hinzuweisen. Wünschenswert und in jedem Fall sachgerecht ist eine Verständigung von Kommune zu Kommune, d. h. vom Schulträger im Land M-V mit dem Schulträger im Land Brandenburg für die überschaubare Zahl von betroffenen Schülern.

Auch hat das Land Brandenburg zu erkennen gegeben, dass eine Beschulung der Schüler aus Brandenburg im Land Brandenburg selbst an erster Stelle des dortigen Landesinteresses steht.

Mit freundlichen Grüßen

Professor Dr. Dr. med. Hans-Robert Metelmann"